



AIB

2V 20899 E

3,- DM

Nov.-Dez.
11-12/1978

9. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Südliches Afrika

- Interview mit ANC-Generalsekretär A. Nzo
- Lösungsversuche und Boykottfrage



CAMP DAVID
und die Stand-
haftigkeitsfront

DOKUMENTATION
des Konflikts
Vietnam - China

NIKARAGUA
Dokumente der
Sandinistas

Inhalt:

AIB-Aktuell: Nichts Neues nach Vorster	S. 3
Südafrika	
Interview mit Alfred Nzo: Eine unwiderstehliche Welle gegen das Regime	S. 4 — 5
BRD—Südafrika	
Jürgen Ostrowsky: Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika	S. 6 — 13
Namibia	
Rainer Falk: Südafrikas Alleingang	S. 14 — 16
Zimbabwe	
Hans Mayer: Rhodesische Übergangsregierung am Ende?	S. 17 — 19
Resolution 423 des UN-Sicherheitsrates zu Rhodesien vom 14. 3. 1978	S. 18
Frontstaaten Afrikas	
Wolfgang Zank: Botswana — das schwächste Glied	S. 20 — 23
Internationale Solidaritätsbewegung	
Johannes Kluthe: Addis Abeba-Konferenz	S. 24
Abschlußerklärung	S. 25
Naher Osten	
Wolfram Brönnner: Das Diktat von Camp David	S. 26 — 29
Abschlußerklärung des 3. Gipfels der Standhaftigkeitsfront	S. 30 — 31
Grundsätze und Ziele	S. 32
Ägypten	
Interview mit Ahmed El Masry: Die „Denkmäler“ der Ära Sadat	S. 33 — 34
Iran	
Wolfgang Ritter: Massenerhebung gegen den Schah	S. 35 — 38
Vietnam—China	
Hoang Nguyen: Von Phnom Penh nach Peking	S. 39 — 43
DOKUMENTATION: Notenwechsel Vietnam—China	S. 43 — 46
Ky Son: Wer sind die Hoas?	S. 47 — 50
Gespräch von Prof. Günter Giesenfeld mit Xuan Thuy: Meinungsverschiedenheiten seit der „Kulturrevolution“	S. 51 — 53
Kampuchea	
Günter Ritter: Die kampucheanische Tragödie	S. 54 — 56
Nikaragua	
Somozismus ohne Somoza?	S. 57
D. Ortega Savecra: Der Kampf geht weiter	S. 58 — 59
FSLN-Kommuniqué zur Eroberung des Nationalpalastes: An das Volk von Nicaragua!	S. 59 — 62
Chile	
Iván Ljubetić: Minenarbeiter trotz der Junta	S. 63 — 65
Beatriz Brinkmann: Die Malbrigadiers der Unidad Popular	S. 65 — 66
BRD-Neokolonialismus	
Gert Hautsch: Zum Beispiel AEG-Telefunken	S. 67 — 69
Rezensionen: Lateinamerika-Analysen	S. 70
Kurzinformationen: BRD—Weltbank, Libanon, Brasilien, Puerto Rico, Äthiopien	S. 71



Antimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 15,— DM; Einzelheft 1,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
Anschritt von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1; Tel. 06421-24672; Konto: Weltkreis Verlags GmbH Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M.
Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Brönnner, Dr. Julia von Freyberg, Wolfgang Gebrcke, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld,
Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulf.
Redaktionskollektiv: Gabriele Brönnner, Wolfram Brönnner (verantwortl.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky, Günter Ritter, Wolfgang Ritter.
Verlag: Weltkreis Verlags GmbH, Brüderweg 16, 4600 Dortmund
Druck: W. J. Becker, Marburg
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Abdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Redaktionsschluß: 15. 10. 1978

Es arbeiteten mit: S. Bolhofer, B. Brinkmann, G. Eckart, G. Faust, H. Finkerbrink, Th. Gruenberg, R. Hegewald, M. Hellmann, Ch. Knaut, H. Mayer, M. Meyn-Rodriguez, B. Pflüg,
U. Rupp, G. und J. Scheer, Ch. Thede, P. Wahi, B. Weng, K. Weizel.

Anzeigen: Das Argument, SKAAL, Deutsche Volkszeitung, Nicaragua-Büro, Hilfsaktion Vietnam, Freundschaftsgesellschaft Vietnam-BRD, ASK zu Nicaragua

Beilagen: Werbekarten Deutsche Volkszeitung und AIB-Festivalabo, Spendenaufruf des ASK zu Chile

AIB-Aktuell: Nichts Neues nach Vorster

Vor der gegenwärtig laufenden XXXIII. UN-Vollversammlung in New York erklärte Außenminister Genscher: „Mit allem Nachdruck drängen die Neun (EG-Länder) auf einen friedlichen und raschen Wandel des Systems der Apartheid in Südafrika. Dieses System der Rassendiskriminierung widerspricht allem, woran das Europa der Neun glaubt.“ Während Genscher mit diesen Worten zum ungezählten Male die Notwendigkeit eines „friedlichen Wandels“ beschwor, kam im Hause der Sicherheitspolizei in Port Elizabeth/Südafrika der 20jährige Lungile Tabalaza ums Leben.

Laut offizieller Darstellung „fiel er aus einem Fenster im vierten Stock“ des Gebäudes. Es ist der 50. jener mysteriösen „Biko-Fälle“ seit 1963. Unterdessen wartet der junge ANC-Aktivist Solomon Mahlangu in der Todeszelle des Zentralgefängnisses in Pretoria auf einen regierungsamtlichen Entscheid über das von seinen Rechtsanwälten eingereichte Gnadengesuch.

Piet Botha: ein burischer Falke

Während Genscher den „friedlichen Wandel“ beschwört, werden die neuesten Zahlen über die Entwicklung des westdeutschen Südafrika-Handels bekannt: Im ersten halben Jahr 1978 hat sich der BRD-Export nach Südafrika um 21 % auf 1,43 Mrd DM erhöht. Die Importe aus Südafrika stiegen im selben Zeitabschnitt um 6,9 % auf 1,3 Mrd DM. Im Sommer noch hatte Bundeskanzler Schmidt in Nigeria damit geprahlt, daß im Jahre 1977 der westdeutsche Nigeria-Handel erstmals (!) den mit der Rassistenrepublik übertroffen hatte.

Dies sind Beispiele aus nur zwei Bereichen, in denen sich der regierungsamtlich zur Schau gestellte Wille nach „friedlichem Wandel“ (mit der Wirklichkeit verglichen) als unglaublich erweist. Das Geschäft floriert mit denen, deren rassistische Brutalität Geschäfte erst lohnenswert macht. Seit Jahren kämpft deshalb die demokratische Weltöffentlichkeit dafür, den Geschäftemachern in Südafrika das Handwerk zu legen. Nicht nur aus moralischen Erwägungen.

Seit langem sind die wirtschaftlichen Beziehungen als die entscheidende und gewichtigste Stütze der Rassistenherrschaft identifiziert. Seit Jahren ringen die Länder an der Seite des südafrikanischen Volkes in den Vereinten Nationen um einen bindenden ökonomischen Boykott gegen das Rassistenregime. Diejenigen, die früher überhaupt keinen Wandel für notwendig hielten und jetzt auf eine „friedliche Lösung“ setzen, haben derartige Forderungen stets zu verhindern gewußt. Nur unter äußerstem Druck fanden sie sich Ende letzten Jahres zur Zustimmung zu einem Waffenembargo bereit, wohlwissend, daß es ohnehin noch Möglichkeiten geben werde – nicht zuletzt, ja ganz besonders aufgrund der ökonomischen Verflechtungen – die Beziehungen fortzusetzen. Wir haben deshalb in der vorliegenden Ausgabe die Notwendigkeit der Verhängung ökonomischer Sanktionen unter verschiedenen Aspekten einer besonderen Betrachtung unterzogen.

Gerade in der aktuellen Situation scheint uns ein verstärktes Mobilisieren für die Beteiligung der BRD an weltweiten Boykottmaßnahmen notwendig zu sein. Der am 20. September 1978 erfolgte Rücktritt des langjährigen Rassistenchefs Vorster verdeutlicht einmal mehr die Krise, in der sich das Regime befindet. Es ist keine akute Krise, die den unmittelbaren Sturz der Rassistenherrschaft signalisiert. Der Nachfolger Piet Botha, der den Einmarsch in Angola 1975 befahl und das Massaker von Cassinga zu verantworten hat, verheißt keine Lockerung oder Liberalisierung der Unterdrückungspolitik. Er gilt sogar als einer der kompromißlosesten Verfechter burischer Aggressivität.

Aber es gibt einen unentrinnbaren Zusammenhang zwischen dem Soweto-Aufstand manifest gewordenen Stärke der südafrikanischen Widerstandsbewegung und dem „Rückzug in die Wagenburg“, wie die Zuflucht der Rassisten zum gesteigerten Rassenwahn von der bürgerlichen Presse verharmlosend umschrieben wird. Das System der Apartheid ist prinzipiell erschüttert, der Griff nach immer neuen Unterdrückungsmaßnahmen ein Ausdruck seiner Herrschaftskrise, wie unser Gespräch mit dem Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC), Alfred Nzo; im einzelnen ver-



Piet Botha, neuer Premierminister Südafrikas

deutlich. Gerade deshalb besitzt die Durchsetzung bindender und umfassender Sanktionen auf internationaler Ebene einen strategischen Stellenwert in der gegenwärtigen Kampfetappe.

Im August kam es bei der Bergarbeiterstadt Rustenberg/Südafrika – etwa 120 km weit von Pretoria – zu einem ersten größeren Gefecht zwischen einer Einheit des Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), dem bewaffneten Flügel des ANC von Südafrika, und Truppen der Rassistenarmee. 10 Regierungssoldaten wurden getötet – die Befreiungskämpfer entkamen in der hereinbrechenden Dunkelheit. Auch die sich in solchen Aktionen andeutende neue Etappe des Befreiungskampfes innerhalb Südafrikas ist ein Element, das die Krise kennzeichnet und verschärft. Der Kampf in Südafrika wird sich zuspitzen. Er bedarf dabei einer breiten internationalen Unterstützung. Inzwischen beziffert man die seit Juni 1976 eingekerkerten Mitglieder des Umkhonto We Sizwe auf über 100. Dazu kommen tausende weiterer politischer Gefangener. Sie benötigen Solidarität.

Wasserträger südafrikanischer Atomproduktion

Nach Angaben des Londoner Instituts für strategische Studien hat das südafrikanische Regime seine Rüstungsausgaben in diesem Jahr um 200 % gesteigert. Der Rüstungswahn gegen die Befreiungsbewegung und ihre befreundeten Nachbarstaaten wäre kaum möglich ohne die Waffenlieferungen aus NATO-Staaten. Der von demokratischen Kräften in der Bundesrepublik am 11./12. November veranstaltete Kongreß gegen die atomare Zusammenarbeit zwischen der BRD und Südafrika wird weitere Fakten über die westdeutsche Zusammenarbeit für die südafrikanischen Atomwaffenpläne ans Tageslicht bringen.

Bundesdeutsche Wissenschaftler und Konzerne gehören zu den Wasserträgern der südafrikanischen Atomindustrie. Die BRD gehört zu den Haupthandelspartnern, sie ist einer der größten Anleihemärkte des südafrikanischen Finanzkapitals. Westdeutsches Großkapital gehört zu den Hauptinvestoren der südafrikanischen Wirtschaft. Ein radikaler Wandel ist nur möglich, wenn es gelingt, derartige Lebensadern rassistischer Gewaltherrschaft auch von außen her zu kappen. Die Bundesregierung ist dazu nicht bereit. Also muß sie gezwungen werden.

Interview mit Alfred Nzo

Eine unwiderstehliche Welle gegen das Regime



AIB: Alfred Nzo, Sie sind amtierender Generalsekretär des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) von Südafrika. Wie sieht der ANC die augenblickliche Situation des Regimes in der Republik Südafrika (RSA)? Muß man von einer allgemeinen Krise sprechen?

A. NZO: In der Tat. Das Apartheidregime sieht sich mit einer sich vertiefenden, umfassenden Krise konfrontiert. Mit der Entwicklung des Kampfes innerhalb des Landes zeichnen sich selbst unter der weißen Minderheit der Bevölkerung verschiedene neue Tendenzen ab. In der Vergangenheit wurde ihnen glauben gemacht, daß das allmächtige Rassistensystem ihre Interessen fortwährend sichern könnte. Es scheint klar, daß ein wachsender Teil dieser Bevölkerung jetzt aufgrund der Situation vom Gegenteil überzeugt ist. Erstmals wurde ihnen das nach der gewaltigen Niederlage des Regimes gegen die MPLA im Verlauf der Aggression gegen Angola und nach den Entwicklungen, die in Südafrika selbst stattgefunden haben, bewußt. Verschiedene Teile der weißen Bevölkerung versuchen jetzt eigene Lösungen des Problems zu finden, andere – und dies ist eine wachsende Zahl – verlassen das Land, weil sie zu der Ansicht gekommen sind, daß dies der beste Weg ist ihre Zukunft und die ihrer Kinder zu sichern.

Verunsicherung unter der weißen Bevölkerung

Natürlich verursacht dies ernsthafte politische Schwierigkeiten des Regimes, das ja immer versucht hat auf der internationalen Ebene jedermann von der Stabilität und der friedlichen Lage im Land, die überhaupt nichts befürchten lasse, zu überzeugen. Und natürlich zeigt dies auch Rückwirkungen in den Vorstandsetagen der multinationalen Konzerne, die nach und nach davon überzeugt werden, daß ihre Interessen nicht mehr entsprechend geschützt werden können. In dem Sinne brachten sie in mehreren Verlautbarungen zum Ausdruck, daß sie sich wegen des politischen Klimas über die Zukunft ihrer Investitionen in Südafrika nicht sicher sind.

Eine andere wichtige Entwicklung liegt darin, daß im Zuge der Entwicklung des Kampfes innerhalb des Landes insbesondere ein Teil der weißen Jugend beginnt, offen gegen das Regime zu revoltieren. Das ist besonders dann der Fall, wenn sie in die Armee eingezogen werden. Zum ersten Mal erfährt das südafrikanische Regime Widerstand von weißen Jugendlichen, die sich entschlossen haben, nicht in eine Armee zu gehen, die dazu benutzt wird, das brutale faschistische Regime in Südafrika zu schützen: so daß schließlich Hunderte von ihnen wegen der Weigerung in die Armee einzutreten oder andere wegen der aus verschiedenen Gründen beantragten Freistellung vom Militärdienst vor Gerichten erscheinen müssen. Es zeigt sich darin wiederum eine wachsende politische Instabilität. Selbstverständlich reagiert das Regime auf die sich entwickelnde Situation innerhalb Süd-

afrikas, indem es sein militärisches Programm großartig ausbaut.

Seit kurzem schließt dieses Programm die Rekrutierung von Schwarzen für die südafrikanische Armee ein, etwas was in der Vergangenheit unbekannt war. Vor nicht so langer Zeit gab jemand vom militärischen Stab in Südafrika bekannt, daß 20 % der Streitkräfte des Regimes, die in den sog. Operationsgebieten, hauptsächlich in Namibia, aktiv sind, aus Schwarzen bestünden. Wenn das Regime Schwarze anheuert für eine Armee, die dann keine rein weiße Armee – auf die in der Vergangenheit so abgehoben wurde – mehr ist, bringt dies sicherlich nicht die Stärke des Regimes zum Ausdruck. Es zeigt vielmehr, daß das Regime allmählich feststellt, daß es alleine nicht fähig ist, die Gegenkräfte in Südafrika in Schach zu halten.

Das Land macht augenblicklich eine tiefe ökonomische Krise durch (siehe dazu Analyse von M. Williams in AIB 3 und 4/1978; d. Red.). Wiederum eine Situation, die wenigstens einige Teile der weißen Arbeiterklasse berührt, die nunmehr auch von der ständig steigenden Arbeitslosigkeit betroffen werden. Obwohl die Hauptlast natürlich auf den Schultern der schwarzen Bevölkerung ruht. Nehmen wir nur die Tatsache, daß derzeit zwei Mio Schwarze in diesem Land arbeitslos sind, dann offenbart dies die Ernsthaftigkeit der Situation. Andererseits beinhaltet diese Entwicklung natürlich auch eine gewisse Explosivität der Situation und von daher den unbarmherzigen Kampf des Volkes. So verschärft sich die Krise des Regimes. Mehr und mehr Leute werden aufgrund der objektiven Bedingungen in den Hauptstrom des revolutionären Kampfes gezogen.

Umkhonto We Sizwe – von den Massen getragen

AIB: Heißt das, der Einfluß des ANC könnte ausgebaut werden? Können Sie einige Indizien anführen?

A. NZO: Die überzeugendsten Beweise für die Stärke des ANC-Einflusses werden vom Regime selbst geliefert. In der unmittelbaren Vergangenheit haben einige Vertreter des faschistischen Regimes in der RSA öffentlich in Pressemitteilungen von der Tatsache einer wachsenden Opposition, die vom ANC geführt werde, gesprochen.

Besonders die weitverbreiteten Aktionen von Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation) sind es, sei es durch Sabotage in einzelnen Städten, sei es durch Ausmerzung von Spionen oder auch durch bewaffnete Zusammenstöße in mehreren Landesteilen, die von Mitgliedern des militärischen Stabes bestätigt wurden. Dabei wird von Verlusten auf beiden Seiten, also nicht nur von jenen auf Seiten des unterdrückten Volkes, gesprochen. Die Pressemitteilungen zielen natürlich darauf ab, die Befreiungskräfte durch ihre Verunglimpfung als terroristische Organisation von der Masse der Bevölkerung zu isolieren.

Aber es hatte gerade die gegenteilige Wirkung in den Köpfen der unterdrückten Bevölkerung zur Folge. Schauen wir auf die letzten Aktionen, so stellen wir fest, daß die unterdrückte Bevölkerung im Bewußtsein zunehmender Stärke der revolutionären Bewegung genügend Vertrauen zu sich selbst gewonnen hat, um in vielfältiger Weise am Kampf des Volkes von Südafrika teilzunehmen.

AIB: Sie sprachen von der Sympathie der Massen für den ANC-Widerstand. Äußert sie sich auch in verstärktem Maße in organisierter Eigenaktivität?

A. NZO: Natürlich, und das ist zugleich ein weiterer bestechender Beweis für das große Prestige das der ANC genießt: es ist die Anziehungskraft, die besonders sein militärischer Flügel ausübt. Eine stetig steigende Zahl junger Leute, die beherzt außer Landes gingen, um sich dort allen Formen von Training zu unterwerfen, um dann besser ausgerüstet und befähigt mit dem Kampf des Volkes im Lande fortfahren zu können, haben sich dem ANC angeschlossen.

Jede Aktion, die unser militärischer Flügel in der RSA unternimmt, führt durch die Zuspitzung der Entwicklungen dazu, daß sich immer mehr Leute – weil sie mit eigenen Augen die Versuche der revolutionären Kräfte, das Regime zu zerschlagen, beobachten können – für die revolutionäre Bewegung entscheiden. Am deutlichsten wurde dies kürzlich bei den Aktionen in Rustenberg, 100 Meilen von Pretoria entfernt, als nach unseren eigenen Berichten soviel Aufregung in diesem Gebiet herrschte, daß die Leute überrascht waren, wie leicht sie Waffen in die Hände nehmen konnten, um den revolutionären Kräften beizustehen. Aber bedingt durch den Charakter der Untergrundbewegung bestehen auch ernsthafte Probleme.

AIB: Worin bestehen diese Probleme in erster Linie? Haben sie sich seit dem Soweto-Aufstand nicht grundlegend gewandelt?

A. NZO: Das Kernproblem ist, daß die Untergrundbewegung das Volk nicht schnell genug erreichen kann, eben weil der Kampf im Untergrund geführt werden muß und nach den rassistischen Gesetzen illegal ist. Dies führt in manchen Fällen dazu, daß die Intensivierung der Propaganda durch den

Feind, vom Volk nicht entsprechend beantwortet werden kann. Es ist aber interessant, daß trotz des Monopols dieser Art von Propaganda in den Händen des Feindes, die das Volk aus der Bahn werfen soll, die Stimmung der Massen gegen das Regime ansteigt, was zur weiteren Intensivierung des Kampfes im Lande führt.

Diese Tendenzen wurden trotz der brutalen Unterdrückung noch während den Massenerhebungen verstärkt, die am 16. Juni 1976 begonnen hatten, sich landesweit ausdehnten und die in der einen oder anderen Form bis heute andauern. Beispielsweise wurde verkündet, daß in Crossroads, einem Ort in der Nähe von Kapstadt, in den vergangenen Tagen Demonstrationen stattgefunden haben, bei denen das brutale Regime – als es sich mit den Massen der Bevölkerung dieser Gegend konfrontiert sah – wieder einige Personen erschossen hat. Das heißt nichts anderes, als daß die Massenkämpfe in der einen oder anderen Form heute in diesem Teil des Landes aufbrechen und morgen in einem anderen Teil und so weiter. Damit wird unser Vertrauen gerechtfertigt, daß die Kombination beider Kampfformen, d. h. der offenen Massenkämpfe des Volkes mit den heimlichen Untergrundaktionen der revolutionären Bewegung, auf längere Sicht eine Art unwiderstehlicher Welle gegen das Regime entwickeln wird.

AIB: Gibt es bereits befreite oder halb-befreite Gebiete in der RSA?

A. NZO: Nein, wir haben dieses Stadium, wo man von befreiten Gebieten spricht, noch nicht erreicht. Wir befinden uns im Anfangsstadium des bewaffneten Kampfes, dessen Aufgabe notwendigerweise zuallererst darin besteht, überall im Lande verwurzelt zu sein, bevor die allgemeine Form des bewaffneten Kampfes stattfinden kann.

Kumpanen Pretorias: Frankreich und die BRD

AIB: Wie beurteilen Sie den Stand der Zusammenarbeit der Westmächte mit dem südafrikanischen Apartheidregime?

A. NZO: Nun, diese Zusammenarbeit besteht nach wie vor. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die im Sicherheitsrat vertretenen imperialistischen Länder immer noch verpflichtende Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika ablehnen. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß trotz des in einer Resolution beschlossenen Waffenembargos, weiterhin Waffen nach Südafrika fließen. Soweit dies nicht offen geschieht wie in der Vergangenheit, machen sie es heute durch ihre Spezialagenten wie Israel und den Iran. Die Bewaffnung des Regimes hält an.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß das Regime aufgrund der Zusammenarbeit mit den westlichen, imperialistischen Ländern, hier besonders mit Frankreich und der BRD, mit seinem Atomprogramm voranschreitet.

AIB: Was bedeutet für Sie die bundesdeutsche OTRAG-„Kolonie“ in Zaire?

A. NZO: Die OTRAG-Frage ist bislang die deutlichste Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent, die klar anzeigt, welche Absichten die imperialistische Welt gegen unseren Kontinent hegt. Der Aufbau eines Raketengeländes auf dem afrikanischen Kontinent, das keineswegs nur Raketen für friedliche Zwecke erprobt, zeigt, welchen Gefahren unser Kontinent ausgesetzt ist. Denn diese Art militärischer Aktivitäten zieht Afrika nicht nur in die Pläne eines einzelnen Landes, wie beispielsweise die BRD hinein, sondern in die Pläne des gesamten NATO-Blocks.

Sie sind sogar soweit gegangen, militärisch zu intervenieren, wie es z. B. bei den Shaba-Ereignissen in Zaire der Fall war. Der Transport belgischer und französischer Streitkräfte mit amerikanischen Flugzeugen, die auf afrikanischer Erde landeten, beweist, daß es sich um eine vorher durchgespielte, in den Korridoren der NATO geplante Aktion handelte.



Jürgen Ostrowsky

Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika

Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen befaßt sich mit den vom Sicherheitsrat der UNO zu beschließenden „Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen“. Nach Artikel 39 der Charta hat der Sicherheitsrat zunächst festzustellen, „ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung“ vorliegt; dann „gibt (er) Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen aufgrund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen“. Die Maßnahmen umfassen im äußersten Falle den Einsatz von militärischen Kräften nach Artikel 42; vor allem aber sind unter Artikel 41 vorgesehen „vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und (der) Abbruch der diplomatischen Beziehungen“.

Die „schützende Hand“ der Westmächte

Die Forderung nach Verhängung bindender ökonomischer Sanktionen wurde erstmals von der UN-Vollversammlung am 6. November 1962 in einer Kampfabstimmung in der Resolution 1761 (XVII) beschlossen. Seither wurden Forderungen nach Sanktionen gemäß Kapitel VII der Charta von der UN-Vollversammlung regelmäßig in allen Sitzungsperioden erhoben, wobei ebenso regelmäßig die Delegationen der Westmächte gegen derartige Schritte stimmten. Ihnen ist es auch zu verdanken, daß im UN-Sicherheitsrat bislang kein Embargobeschluß gegen Südafrika zustandekam, obwohl die Politik des südafrikanischen Regimes nach den Kriterien des Artikels 39 konsequente Maßnahmen dringend erforderlich macht.

Es ergibt sich damit in den Vereinten Nationen die Lage, daß eine klare Mehrheit in der Vollversammlung (und zumeist auch im Sicherheitsrat) für die Verhängung bindender wirtschaftlicher Sanktionen gegen Südafrika eintritt, daß entsprechende Resolutionen der Vollversammlung jedoch von den Westmächten nicht befolgt werden. Im Sicherheitsrat verhindert das Veto derselben Staaten (derzeit ergänzt um die Nein-Stimme des nichtständigen Mitglieds BRD) die Sanktionsbeschlüsse. Erst am 4. November 1977 waren auch die Westmächte im Sicherheitsrat gezwungen, einem bindenden Waffenembargo gegen Südafrika zuzustimmen, wenngleich es ihnen erneut gelang, schärferen Formulierungen der Auswirkungen der südafrikanischen Aggressions- und Repressionspolitik die Spitze zu nehmen (siehe nebenstehenden Wortlaut der Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates).

Vor dem UN-Sicherheitsrat erklärte am 27. März 1977 für den Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) M. J. Makatini: „Die entscheidende Frage für diesen Rat ist, daß Südafrika so wie zur Zeit nicht überleben könnte ohne die Unterstützung, welche die Vorster-Regierung von anderen Ländern erhält. Dies zeigt den Weg für effektive Maßnah-

men seitens der Vereinten Nationen an. Denn, wenn diese lebenswichtige Unterstützung der Apartheid eingestellt würde, bliebe dem gegenwärtigen Regime keine andere Wahl als mit dem Abbau der Apartheid zu beginnen. Es hätte keine Kraft mehr, den Bemühungen des südafrikanischen Volkes sich selbst zu befreien zu widerstehen. Dies ist der wahre Weg zu friedlichem Wandel, der einzige Weg zu friedlichem Wandel.“¹

Dies sind die Positionen der – im übrigen von den Vereinten Nationen anerkannten – Befreiungsbewegung, des legitimen Sprechers der unterdrückten Völker Südafrikas. Akademische Zweifel angesichts der angeblichen Schwierigkeiten, die es mache, „bestimmen zu wollen, was die Mehrheit der afrikanischen Arbeiterschaft in Südafrika tatsächlich will, solange sie über keine funktionierenden Gewerkschaften“ verfüge², sind alles andere als hilfreich und politisch naiv. Die Antworten liegen vor. Der Gewerkschaftsverband SACTU – zwar legal, aber faktisch in den Untergrund gedrängt – fordert eindeutig: „1. Ein Ende aller ausländischen Investitionen in Südafrika. (. . .) 4. Ein Ende jeglicher Förderung von Geschäften in Südafrika, der Werbung für südafrikanische Produkte; sowie einen totalen Boykott Südafrikas auf allen Ebenen“³.

Die entscheidende Frage ist die nach der Ernsthaftigkeit des auch von der Bundesregierung in schöner Regelmäßigkeit bekundeten Willens, alles für die Beseitigung der rassistischen Unterdrückung in Südafrika zu tun. So ist sie zwar der Internationalen Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung (2106/XX) von 1965 beigetreten, bezeichnenderweise aber nicht der Konvention zur Verfolgung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (3068/XXVIII) von 1973. Diese Politik und die konstante Weigerung der BRD wie der anderen westlichen Länder, das überfällige Embargo gegen die RSA zu verhängen – obwohl der Sicherheitsrat noch am 6. Mai 1978 erneut einen Aggressionsakt Südafrikas gegen Angola in einer Resolution verurteilte –, lassen nur den Schluß zu, daß die Interessen der imperialistischen Länder denen der afrikanischen Völker entgegengesetzt sind. An der Diskussion der Boykottforderung in der BRD lassen sich ähnliche Positionen ablesen.

Die Front der Boykott-Gegner

In aller Offenheit hat jüngst der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, Sanktionen gegen Südafrika abgelehnt. Bei einem Vertreter des Monopolkapitals nimmt dies nicht weiter wunder. Ähnliche negative Urteile lassen sich finden bei Kapitalvertretern wie dem Eisen- und Stahlverbandsmanager und CDU-Parlamentarier Hans Dichgans oder bei den politischen und ideologischen Verbündeten der RSA.

Befremdlich mutet freilich an, daß von Amerongen den Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Metall, Eugen Loderer,

ausdrücklich wegen seiner „mutigen Erklärungen“ erwähnt, die darin bestanden hatten, drohende Arbeitsplatzverluste für die BRD wie in Südafrika für die Afrikaner als Argument ins Feld zu führen gegen einen Wirtschaftsboykott „zu diesem Zeitpunkt“⁴. Befremdlich nicht nur deshalb, weil gefragt werden muß, was denn noch alles in Südafrika zu geschehen hat, um einzusehen, daß es „keinerlei Chance mehr gebe, eine Veränderung mit friedlichen und demokratischen Mitteln zu erreichen“ (Loderer) – 15 Jahre, nachdem etwa eine vom Sicherheitsrat eingesetzte Expertengruppe unter Vorsitz von Alva Myrdal zu dem Ergebnis kam: „Allein dieses radikale Mittel (Wirtschaftsboykott; d. Verf.) ermöglicht es, schwere Opfer zu vermeiden und einen Bruch des Wandels zu vermeiden sowie vielen Unschuldigen in Südafrika wie anderswo Leiden zu ersparen“⁵. Loderers Auffassungen bewegen sich überdies in krassem Widerspruch zu den auch von den DGB-Gewerkschaften im Rahmen der Weltgewerkschaftskonferenzen von Genf 1973 und 1974 mitbeschlossenen Sanktionsforderungen.

„Wandel durch Handel“

Auch die von Loderer benutzten Argumente haben nur auf den ersten Blick etwas mit gewerkschaftlichen Positionen zu tun; sie gehören zum Arsenal der Boykottgegner, die sich stereotyp immer wieder derselben Argumente bedienen. Zum einen handelt es sich um die positive Darstellung der Strategie des „friedlichen Wandels“, welche die Westmächte angeblich verfolgen, und welcher Sanktionen abträglich seien; zum anderen – sich daraus ergebend – um die Abqualifizierung der Boykottforderung. Das Konzept des sog. „friedlichen Wandels“ beherrscht dabei nicht nur die Regierungspolitik, sondern als fixe Idee auch die Vorstellungsmöglichkeiten



Brexit alle Verbindungen zur Apartheid!

eines in sich differenzierten Spektrums von Beobachtern und Kritikern der Entwicklungen im südlichen Afrika.

Kerngedanke der Befürworter fortgesetzter wirtschaftlicher Kooperation zwischen BRD und RSA (sofern diese nicht ohnehin der reaktionären Position zuzurechnen sind, die jeden Wandel ablehnt bzw. für eine Unterstützung der RSA plädiert) ist die Auffassung, Handel und Investitionen üben auf das Apartheidsystem positiv verändernde Wirkungen aus und seien ein Instrument zur allmählichen Veränderung zugunsten der sozialen und schließlich politischen Lage der afrikanischen, „farbigen“ und indischen Bevölkerungsmehrheit. Forcierte Industrialisierung werde zur Folge haben, daß die Afrikaner zu höheren Löhnen kämen, in höhere Positionen aufstiegen, immer weniger Diskriminierungen unterlägen und schließlich sogar „im Sinne eines ‚Spill-over-Effekts‘ auch zum Abbau der politischen, sozialen und kulturellen Diskriminierung der nichtweißen Bevölkerung Südafrikas beitragen“. Fazit: „Förderung der Handelsbeziehungen und des Kapitalverkehrs mit Südafrika und der Auslandsinvestitionen“⁶.

Als Vehikel solchen Fortschritts – „langsam, aber gesichert“⁷ – soll u. a. die Einführung und Einhaltung von Verhaltenskodizes ähnlich dem am 20. September vom EG-Ministerrat verabschiedeten dienen – auch wenn bezüglich deren Effektivität selbst manchen Befürwortern dieses Weges nicht ganz wohl ist. Auf derselben Linie bewegte sich auch der SPD-Parteivorstand, als er am 23. November 1976 eine Erklärung zur Südafrika-Politik herausgab, in der die in Südafrika „tätige(n) Unternehmen (. . .) aufgefordert (werden), durch ihr Verhalten und ihre Betriebs- und Personalpolitik ein langfristiges Engagement auch unter einer Mehrheitsregierung vorzubereiten“⁸.

Um den Nachweis zu führen, diese Strategie – ergänzt um politisch-diplomatische Einwirkungen, „sanften Druck“, was immer das sein mag – sei gegenüber Boykottforderungen, ganz zu schweigen von bewaffnetem Befreiungskampf, vorzuziehen, werden stets dieselben Behauptungen bemüht. Sie zielen darauf, einen Wirtschaftsboykott als illusionär, unnützlich oder gar schädlich zu diskreditieren:

1. Sozusagen als Pendant zur „flexiblen“ vorgehensweise des Westens, die auf eine angebliche Gesprächsbereitschaft des Apartheidregimes setzt, wird ins Feld geführt, ein Boykott treibe die weiße Minderheit nur umso tiefer in Isolation und Starrsinn. Der südafrikanische Ökonomieprofessor Arnt Spandau konstatiert: „Ein internationaler Handelsboykott . . . würde mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Erhärtung der Fronten führen“⁹. Im gleichen Sinne argumentieren der KAEF-Autor Manfred Schulz, der Herzchirurg Barnard in seiner persönlichen Darstellung und auch IGM-Vorsitzender Eugen Loderer.¹⁰

2. Das angesichts der Lage der afrikanischen Massen zynischste Argument, ein Boykott träge „gerade die am meisten (. . .), denen er helfen soll“¹¹, vereint eine bemerkenswerte Runde; sie reicht von Herrn Dichgans über Doktor Barnard, DIHT-Chef von Amerongen, den BDI und Eugen Loderer bis hin zu Willy Brandt, der schon 1968 befand, „daß niemandem damit geholfen wäre, wenn die zum Teil bereits hochentwickelten Volkswirtschaften im südlichen Afrika bewußt zerstört würden“¹².

3. Unter Bezugnahme auf das „Beispiel“ der Rhodesien-Sanktionen (so Wolff v. Amerongen) wird argumentiert, ein Boykott sei nicht „universal“ durchsetzbar, was die Vorbedingung seines Erfolges sei: „Ohne Umsetzungschancen in konkrete Aktionen ist der Sanktions- und Boykottansatz . . . ohne größeren strategischen Wert“, stellt R. Rode gewichtig eine Banalität fest, um die nächste anzuschließen: „Ohne den Einbezug der relevanten Partner der RSA (England, USA, BRD, Frankreich) fehlt diesem Ansatzpunkt . . . jegliche Durchschlagskraft“¹³. Skeptisch in Bezug auf die Befolgung



Boykottgegner Loderer (3. v. r.) beim Besuch von Siemens in Südafrika; Boykottgegner von Amerongen (Foto r.)

äußern sich auch Schulz und der Ressortleiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), Gillissen.

4. Ein im Juni 1964 vom Sicherheitsrat eingesetzter Expertenausschuß, der sich aus je einem Vertreter der damaligen Ratsmitglieder zusammensetzte, kam seinerzeit in einer mit der Mehrheit der westlichen Länder angenommenen Expertise zu dem Resultat, Südafrika sei für einen Boykott nicht sehr anfällig, aber auch nicht immun. Die beiden afrikanischen Vertreter sowie diejenigen der Sowjetunion und der CSSR bestritten diese Beurteilung. Heute argumentieren Autoren wie Schulz, Barnard oder der ehemalige Afrika-Korrespondent der FAZ, Seelmann-Eggebert¹⁴ ähnlich wie die Westmächte, zum Teil – wie Schulz – noch krasser.

5. Als immer wieder beeindruckend erweist sich ein „Argument“, das seine Benutzer weiterer Schwierigkeiten geradezu enthebt, weil es diejenigen in Mißkredit zu bringen scheint, die Sanktionen gegen Südafrika fordern. Außenminister Brandt drückte es 1967 noch zurückhaltend aus: „Im übrigen muß man . . . Lippenbekenntnis und Wirklichkeit unterscheiden. Viele Warenströme fließen heute in aller Welt aus politischen Rücksichten über dritte Länder, um das Bestimmungsland zu verschleiern“. Rode macht sich diese Methode zu eigen: „Afrikanische Vorwürfe und Forderungen treffen dabei so lange wenig, als die Erfahrung . . . (besagt), daß . . . afrikanische Staaten selbst umfangreiche Geschäftsbeziehungen mit Südafrika unterhalten“.¹⁵

Seine Schlußfolgerung unterscheidet sich nicht allzusehr von derjenigen der ZDF-Sendung Bilanz vom 9. 3. 1977: „Jene ausländische Forderung, Südafrika wirtschaftlich zu boykottieren, ist angesichts dieser Tatsachen . . . geradezu lächerlich, und wäre höchstens dazu geeignet, uns selbst zu schaden“.

6. Letztere Aussage berührt den Kern des Arguments, ein Boykott sei abzulehnen. Seine Einhaltung füge der Wirtschaft der BRD Schaden zu – wobei bezeichnenderweise ausschließlich drohende Arbeitsplatzverluste als konkrete Folge benannt werden (und dies ausgerechnet von Hauptverantwortlichen für Fortrationalisierung von Arbeitsplätzen wie von Amerongen), nie jedoch die Schmälerung der nach wie vor extrem hohen Profite aus Investitionen in Südafrika. Arbeitslosenzahlen prophezeit A. Spandau für die mit der RSA Handel treibenden Länder ebenso wie Seelmann-Eggebert, während R. Rode zunächst von Exporten nach Südafrika und Rohstoffimporten positive Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsicherung erwartet; verständlich sind hier noch Eugen

Loderers Bedenken.

Nicht alle genannten Autoren lehnen zwar einen Boykott grundsätzlich und endgültig ab (etwa Eugen Loderer); R. Rode z. B. erwägt immerhin „Teilboykotte in empfindlichen Bereichen“¹⁶, während der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Uwe Holtz ausgerechnet bei Erwähnung des Aktionsprogramms der Sozialistischen Internationale „vergißt“, daß in diesem ein Investitions- und Kapitalexportstopp für Südafrika gefordert wird¹⁷.

Trifft der Boykott die RSA-Massen?

Bemerkenswert an den meisten Stellungnahmen ist jedoch zum einen die weitgehende bis zumeist völlige Ignorierung der Position der Befreiungsbewegung, zum anderen die Übereinstimmung mit Argumentationen des „liberalen“ südafrikanischen Kapitals, das die Grundlagen der südafrikanischen, kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch die Praktizierung von Teilreformen sichern will. Die Absage an konsequente Schritte fügt sich ausschließlich in diese auch von den Westmächten angestrebte „Reformpolitik“ ein.

Südafrika — Handelspartner (Angaben in Mio Dollar)								
Staaten	Import — FOB							Jan.— März
	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Großbritannien	699,4	784,8	938,8	764,1	908,7	1209,7	1493,9	354,8
USA	518,7	593,3	658,0	604,5	760,4	1193,3	1340,8	382,8
BRD	410,1	521,4	572,4	534,4	880,3	1362,1	1409,2	317,1
Frankreich	85,7	124,7	146,6	128,5	180,9	292,5	335,4	70,5
Japan	263,8	309,6	409,0	345,6	548,1	883,4	840,3	170,2
Kanada	74,3	98,7	66,2	53,4	58,7	101,8	110,5	30,0
Italien	118,8	146,2	147,3	122,1	174,6	300,2	275,9	68,0
Belgien	33,5	47,6	53,2	45,9	79,1	144,7	144,3	28,1
Schweden	53,0	63,1	61,5	56,7	80,9	131,6	141,4	29,3
Schweiz	57,1	69,4	78,5	81,1	99,9	162,5	192,5	36,7
Australien	55,0	84,0	87,0	91,4	130,8	127,6	117,8	28,9
Niederlande	58,0	82,0	81,7	80,8	100,0	192,5	192,5	42,6
Hongkong	22,5	27,1	29,5	20,2	36,9	59,2	49,3	14,0
Weitere Handelspartner Südafrikas sind u. a. Taiwan, Spanien, Brasilien, Österreich, Finnland, Israel und Rhodesien.								
EWG	1421,7	1729,6	1965,6	1699,8	2358,5	3553,0	3901,5	891,5
Gesamt	2922,2	3566,3	4038,7	3657,5	4735,8	7225,2	7591,2	1803,0

(Quelle: Zentrum gegen Apartheid, Dokumente, Berlin o. J., S. 70)

Vertreter der aufgeführten „Gegenargumente“ müssen sich eine Reihe von Gegenfragen vorbehalten lassen:

1. Daß die weiße Minderheit durch einen Boykott noch un-nachgiebiger werde, kann nur befürchten, wer die Entwicklung der letzten Zeit ignoriert hat: die Ermordung streikender Bergarbeiter 1973, das Massaker von Soweto 1976, die Aggressionsakte gegen Angola 1975 und 1978, das Verbot der Gruppen der Black-Consciousness-Bewegung und der liberalen afrikanischen Zeitungen im Herbst 1976 . . . Wieviele Belege brauchen die empfindsamen Anhänger des „Gesprächs“ mit dem Rassistenregime noch?

2. Daß ein Boykott die afrikanischen Arbeiter trifft, braucht man nicht umständlich nachzuweisen. Daß aber ausgerechnet die Verantwortlichen für Hungerlöhne, unzumutbare soziale und Lebensbedingungen, die Profiteure von Unterdrückung und Ausbeutung ihr Herz für die Opfer entdecken, ist mehr als geschmacklos. Der angeblich so segensreiche Kapitalismus Südafrikas hat bereits mehr als 2 Mio Afrikaner arbeitslos gemacht. Was sind demgegenüber die kurzfristigen zusätzlichen Opfer für die unterdrückten Massen in Südafrika, wenn der Boykott sie der Befreiung von Terror und Armut näherbringt, statt – was die logische Konsequenz dieses pharisäerhaft moralisierenden „Arguments“ wäre – ihre Leiden auf unabsehbare Zeit zu verlängern?

Die Antworten der Befreiungsbewegung, der fortschrittlichen Gewerkschaftsbewegung Südafrikas sind – in vollem Bewußtsein der Konsequenzen – bekannt. Diejenigen, die sich diesem „Argument“ der Kapitalvertreter, die ihre Interessen stets als diejenigen der Massen auszugeben versuchen, angeschlossen haben, täten besser daran, auf die wirklichen Vertreter der Afrikaner, „Farbigen“ und Inder Südafrikas zu hören.

3. Daß ein Boykott untauglich sei, weil er – wie Rhodesien beise – nicht eingehalten werde (so z. B. von Amerongen), ist eine Dreistigkeit. Haben doch eben diejenigen Länder, diejenigen Konzernvertreter, die sich heute dieses demagogischen Verwirrspiels bedienen, durch Bruch der Sanktionen dafür gesorgt, daß er keine entscheidende Wirkung erzielen konnte¹⁸. Daß ein Boykott nicht durchsetzbar sei, weil die wirtschaftlichen Interessen zu stark seien, kennzeichnet zum einen die Interessen, ist zum anderen aber demoralisierender Verzicht auf politische Initiativen, auf Aktion und Entfaltung von Druck, in dem sich Geringschätzung demokratischer Massenaktivitäten und der Mobilisierbarkeit solidarischer Handlender ausdrücken. Die Regierungen der westlichen Länder haben bisher allein auf Druck reagiert – sie werden es künftig nicht anders halten; der Verzicht auf ein Druckmit-

tel ist gleichbedeutend mit der Hinnahme der bisherigen Politik.

4. Daß die RSA ökonomisch nicht zu treffen sei, ist eine Annahme, deren Zustandekommen offenkundig vom politischen Standort der Analytiker abhängt, wie die Abstimmung über die UN-Expertise (siehe oben) gezeigt hat. Ihr stimmt überdies noch nicht einmal Spandau zu. Bereits 1963 wurde im Rahmen einer internationalen Konferenz festgestellt, daß Südafrika von Boykottmaßnahmen erheblich betroffen würde; eine Studie der Vereinten Nationen kam 1970 zu ähnlichen Schlüssen; W. Schneider-Barthold vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik nimmt bereits für einen Boykott allein durch die BRD „verheerende Auswirkungen“ an, die „vermutlich politische Folgen nach sich zöge(n)“¹⁹.

In der Tat ist Südafrikas Außenwirtschaft (sowohl bezüglich des Absatzes und der Devisenbeschaffung als auch bezüglich des Imports moderner Technologie) auf wenige Länder angewiesen. Ein Boykott durch sie (USA, Japan, die EG-Länder) betrafte etwa rund 82 % der Gemüseausfuhren, 59 % der Berbauproduktionsausfuhren, 83 % der Textilausfuhr, 87 % der Exporte von Edelsteinen und Edelmetallen, 67 % der Ausfuhr von Basismetallen.²⁰

5. Daß einige neokolonialistische und auf die imperialistischen Staaten fixierte afrikanische Staaten wie die Elfenbeinküste oder Gabun mit der RSA handeln, ist gewiß fatal genug, aber das Resultat gezielter Beeinflussung durch Länder wie Frankreich. Daß ein revolutionäres Land wie Mocambique aufgrund der traditionellen Deformation seiner eigenen Wirtschaft unter der portugiesischen Kolonialherrschaft und unter dem Einfluß Südafrikas und Enlands z. B. seine Transportwege noch für südafrikanische Güter offenhält, ist ebenfalls imperialistischer Politik anzulasten. Und es ist zugleich von der Notwendigkeit diktiert, eine unmittelbare militärische Konfrontation mit Südafrika zu vermeiden. Weder kann Mocambique, das die bestehende Abhängigkeit abzubauen sucht, der ernste Wille abgesprochen werden, an einem Boykott teilzunehmen, noch ist dies ein Argument gegen einen Boykott durch Südafrikas Hauptpartner.

Gefährdung von Arbeitsplätzen in der BRD?

Bleibt das „Argument“, ein Boykott schade der BRD-Wirtschaft, indem er Arbeitsplätze koste. Arbeitsplätze kosten die rasch wachsenden Auslandsinvestitionen des BRD-Kapitals (siehe Serie BRD-Neokolonialismus in AIB 7–8/1978 ff.), zu denen in den vergangenen Jahren nicht zuletzt die Südafrika-Investitionen beigetragen haben: Personalausweitungen südafrikanischer Tochterfirmen stehen Rückgänge im Personalbestand der inländischen Produktionsanlagen gegenüber, wie sich anhand von Geschäftsberichten nachweisen läßt.

Geht man davon aus, daß ein eventueller Exportstopp Arbeitsplätze gefährden könnte (wobei die Größenordnungen, die zuweilen angegeben werden, durchaus umstritten sind), und sieht man einmal von Kompensationsmöglichkeiten im Handel mit anderen Regionen und Ländern ab, so bleibt dennoch zu fragen, ob in dieser Argumentation nicht eine Verkehrung von Relationen und Prinzipien vorliegt. Die Delegierten von über 200 Mio Arbeitern und Arbeiterinnen der ganzen Welt (nämlich vor allem der WGB- und IBFG-Gewerkschaften), die auf den Genfer Konferenzen den Boykott Südafrikas forderten, haben dies gewiß nicht ohne Verantwortung für die Arbeitsplätze ihrer Kolleginnen und Kollegen getan. Vor allem aber taten sie es im Bewußtsein ihrer internationalistischen Solidaritätspflicht, der gegenüber mögliche kurzfristige Nachteile zurückzustehen haben.

Muß es schon Mißtrauen erregen, wenn die Vertreter und Organe des Großkapitals sich als Anwälte der unterdrückten Massen in Südafrika ausgeben, so ergibt sich auch aus der

Südafrika — Handelspartner (Angaben in Mio Dollar)								
Staaten	Exporte							Jan.— März 1976
	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	
Großbritannien	715,0	625,0	585,1	687,5	1012,7	1413,4	1228,9	229,0
USA	151,9	181,2	166,4	190,7	235,3	352,1	587,2	96,2
BRD	144,0	152,7	154,2	171,5	274,5	468,0	572,7	146,5
Frankreich	60,2	56,3	53,7	73,7	99,6	99,4	125,2	38,4
Japan	211,7	252,9	255,5	335,5	353,2	520,5	661,2	140,6
Kanada	39,6	39,4	54,5	65,8	82,8	127,2	178,6	36,5
Italien	62,3	59,4	52,0	100,0	114,7	131,4	121,0	49,4
Belgien	88,3	78,0	79,7	105,6	174,8	213,6	188,8	42,4
Schweden	11,1	10,8	13,3	15,6	16,4	22,4	24,7	5,3
Schweiz	14,5	7,3	11,7	20,1	45,0	123,4	236,6	56,4
Australien	18,5	17,7	20,0	21,3	34,3	47,2	39,1	13,4
Niederlande	45,3	48,8	50,9	72,2	86,6	103,1	113,3	34,1
Hongkong	31,4	33,6	36,9	44,1	69,0	77,6	66,6	13,5
Weitere Handelspartner Südafrikas sind u. a. Taiwan, Spanien, Brasilien, Österreich, Finnland, Israel und Rhodesien.								
EWG	1135,7	1039,4	997,3	1242,9	1819,7	2485,5	2400,0	558,6
Gesamt	2194,0	2175,1	2185,8	2645,4	3498,2	4915,4	5318,2	1162,4

(Quelle: Zentrum gegen Apartheid. Dokumente, Berlin o. J., S. 71)

Waffenembargo gegen Südafrika

Der Sicherheitsrat,

- unter Hinweis auf seine Resolution 392 (1976), in der er die südafrikanische Regierung wegen ihrer Zuflucht zu massiven Gewaltakten und zur Tötung von afrikanischen Menschen, darunter auch von Schulkindern und Studenten sowie anderen, die ihre Ablehnung der rassistischen Diskriminierung zum Ausdruck brachten, auf schärfste verurteilte und diese Regierung aufforderte, die Gewaltakte gegen das afrikanische Volk unverzüglich einzustellen und umgehend Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid und der rassistischen Diskriminierung zu ergreifen,
- in der Erkenntnis, daß die Stärkung des militärischen Potentials und die anhaltenden Angriffshandlungen Südafrikas gegen die Nachbarstaaten die Sicherheit dieser Staaten ernsthaft beeinträchtigen,
- in der Erkenntnis ferner, daß das bereits bestehende Waffenembargo verstärkt und ohne irgendwelche Vorbehalte oder Einschränkungen universell angewendet werden muß, wenn eine weitere Verschärfung der ernsten Lage in Südafrika verhindert werden soll,
- in Kenntnisnahme der Erklärung von Lagos über Maßnahmen gegen die Apartheid (S/12426),
- zutiefst besorgt darüber, daß Südafrika an der Schwelle zur Herstellung von Kernwaffen steht,
- unter scharfer Verurteilung der südafrikanischen Regierung wegen ihrer repressiven Maßnahmen, ihrer herausfordernden Fortsetzung des Apartheidsystems und ihrer Angriffe auf benachbarte unabhängige Staaten,
- in der Auffassung, daß die Politiken und Handlungen der südafrikanischen Regierung Gefahren für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit in sich bergen,
- unter Hinweis auf seine Resolution 181 (1963) und andere Resolutionen über ein freiwilliges Waffenembargo gegen Südafrika,
- in der Überzeugung, daß ein bindendes Waffenembargo gegen Südafrika in erster Linie universell angewendet werden muß,
- deshalb aufgrund von Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen tätig werdend,

1. stellt fest, daß der Erwerb von Waffen und dazugehörigem Material durch Südafrika angesichts der Politik und der Handlungen der südafrikanischen Regierung eine Bedrohung der Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt;
2. beschließt, daß alle Staaten ab sofort die Lieferung von Waffen und dazugehörigem Material aller Art nach Südafrika einzustellen haben, einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, von Militärfahrzeugen und -ausrüstungen, von paramilitärischer Polizeiausrüstung sowie von Ersatzteilen für die vorgenannten Gegenstände, und daß sie gleichermaßen sowohl die Bereitstellung aller Arten von Ausrüstungen und Materialien als auch die Gewährung von Lizenzvereinbarungen für die Herstellung oder Wartung der genannten Rüstungsgegenstände einzustellen haben;
3. fordert alle Staaten auf, angesichts der Ziele dieser Resolution alle in bezug auf die Herstellung und Wartung von Waffen, von Munition aller Art und von militärischen Ausrüstungen und Fahrzeugen mit Südafrika bestehenden vertraglichen Vereinbarungen und Südafrika dafür gewährten Lizenzen im Hinblick auf deren Beendigung zu überprüfen;
4. beschließt ferner, daß sich alle Staaten jeglicher Zusammenarbeit mit Südafrika bei der Herstellung und Entwicklung von Kernwaffen zu enthalten haben;
5. fordert alle Staaten einschließlich der Nichtmitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf, strikt in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieser Resolution zu handeln;
6. ersucht den Generalsekretär, dem Rat über die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Resolution zu berichten und den ersten Bericht spätestens am 1. Mai 1978 vorzulegen;
7. beschließt, diesen Punkt im Hinblick auf weitere, gegebenenfalls angesichts der Entwicklung der Dinge erforderlichen Maßnahmen auf seiner Tagesordnung zu belassen.

Die Resolution wurde mit 15 Stimmen ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen angenommen.

(Quelle: Vereinte Nationen, Bonn, Nr. 6/1977, S. 198)

Betrachtung der gegen Sanktionen vorgebrachten Behauptungen und der Strategie der „Reformen durch Investitionen“, was der ANC schon 1973 auf der UN/OAU-Konferenz in Oslo hervorhob: „Daß die verbreitete und willkommene Herausstellung der den schwarzen Arbeitern gezahlten Hungerlöhne Gefahr läuft, zur Legitimation von Investitionen wie des Status quo in Südafrika mißbraucht zu werden. Ja, dieses Vorgehen legitimiert nicht nur bestehende Investitionen, sondern fördert noch weitergehendes Engagement unter dem Vorwand, daß, je größer die Kapitalbeteiligung, der Einfluß äußerer Interessen auf eine aufgeklärte Betriebspolitik umso größer sei.“²¹

Geschichte und Gegenwart der südafrikanischen Entwicklung zeigen jedoch, daß für die Gesamtsituation der unterdrückten Völker in der RSA Auslandsinvestitionen nicht nur keine wirklichen Verbesserungen brachten, sondern das Gegenteil. Das Jahrzehnt nach Sharpeville brachte Südafrika einen enormen Aufschwung der ausländischen Investitionen, zumal aus der BRD. Es war zugleich das Jahrzehnt schärfster Repression, die unter der Losung des damaligen Justizministers Vorster stand, es gebe „Zeiten in der Geschichte einer Nation . . . , in denen nicht nur die Vernunft sprechen darf, sondern auch Blut – und diese Zeit ist jetzt.“²²

Die wirtschaftlichen Beziehungen namentlich der imperialistischen Mächte zur RSA stärken das Apartheidregime unabweichlich, sei es durch die Steuerzahlungen der Konzernfilialen, sei es durch die Exportgewinne Südafrikas oder schließlich durch den Transfer von Technologie und (lange Zeit) von Facharbeitern und Spezialisten. Dies gilt auch und in besonderem Maße für die militärische Aufrüstung Südafrikas. Die Wirtschaftsbeziehungen ermöglichen es der RSA über die Mittel zu verfügen, die sie zum Ausbau ihres Aggressions- und Repressionspotentials verwendet. Einen direk-

ten Beitrag leisten Warenlieferungen und Investitionen dadurch, daß Südafrika in den Besitz von Technologien kommt, ohne die das Funktionieren moderner Waffensysteme unmöglich ist; schließlich können auch ausländische Unternehmen in der RSA zur Waffenproduktion verpflichtet werden.

Ein südafrikanischer Wirtschaftswissenschaftler ist es, der mit der frommen Zweckklüge aufräumt, Auslandsinvestitionen übten reformerische Einflüsse auf die Verhältnisse in der RSA aus: „Der Einfluß, der von ausländischen Kapitalisten ausgeübt werden mag, scheint sich eher auf die Politik ihrer eigenen Regierungen zu erstrecken als auf die der südafrikanischen Regierung.“²³

Aufhebung der Rassenschranken – ein Trugschluß

Entsprechend der simplen Tatsache, daß die Interessen der jeweiligen Kapitalien sich niederschlagen in der Politik „ihrer“ Regierungen, ist der bisherige „Wandel“ in Südafrika ausgefallen – und dies nach fast zwei Jahrzehnten Politik des „friedlichen Wandels“.

Von den positiven Veränderungen, die u. a. von der Anwendung des „EG-Kodex“ erwartet wurden, muß z. B. auch R. Rode, in dessen Modellüberlegungen derartige Instrumente eine wichtige Rolle spielen, feststellen, daß es mit ihnen nicht weit her war, und die Berichte selbst der Firmen mit Bundesbeteiligung eher durch Schönfärberei auffielen²⁴. Wie anders sollte es auch sein angesichts eines Kodex, der großzügige Interpretationen zuläßt, und dessen Wert auf Null schmilzt, wenn man die Forderung nach einer Bezahlung in Höhe von 50 % über dem offiziell festgelegten Existenzminimum vergleicht mit dem, was tatsächlich zur Unterhaltung einer mehrköpfigen Familie notwendig ist? Daß selbst

Militärisch-nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika

Die Vollversammlung, in tiefer Besorgnis über die fortgesetzte und schnelle militärische Aufrüstung in Südafrika, alarmiert durch die verzweifelten Bemühungen des Rassistenregimes in Südafrika, in den Besitz von Kernwaffen zu gelangen, verurteilt aufs schärfste das Rassistenregime Südafrikas wegen seiner massiven Gewaltakte gegen das unterdrückte südafrikanische Volk, seiner fortgesetzten illegalen Besetzung Namibias, seiner Unterstützung für das illegale rassistische Minderheitsregime Südrhodesiens und seiner wiederholten Aggressionsakte gegen unabhängige afrikanische Staaten, in der Erkenntnis, daß die anwachsende Militarisierung Südafrikas und seine Pläne der nuklearen Entwicklung die Gefährdung des Friedens und der Sicherheit in der Welt beträchtlich erhöhen, verurteilt die ungeachtet wiederholter Resolutionen der Vereinten Nationen fortgesetzte Zusammenarbeit bestimmter Regierungen und transnationaler Gesellschaften mit dem Rassistenregime, die dieses Regime befähigt, sein Militärarsenal zu entwickeln und seine nukleare Entwicklung voranzubringen, erinnert an ihre Aufforderung an den Sicherheitsrat, entsprechend Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen verbindliche Maßnahmen zu ergreifen, um die vollständige Verwirklichung des Waffenembargos gegenüber Südafrika und die Beendigung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Südafrika zu gewährleisten, nimmt Kenntnis von der Resolution 418 (1977) des Sicherheitsrates vom 4. November 1977, drückt ihr tiefes Bedauern aus, daß drei ständige Mitglieder des Sicherheitsrates – Frankreich, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika – damit fortgefahren sind, sich einem umfassenden Embargo hinsichtlich der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Südafrika zu widersetzen, in Anbetracht der Notwendigkeit dringender Maßnahmen zur Gewährleistung der vollständigen Verwirklichung der Sicherheitsrats-Resolution 418 (1977) und zur Förderung ihrer Ausdehnung auf alle Gebiete der Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Südafrika, die die militärische Aufrüstung und nukleare Entwicklung des Landes direkt oder indirekt erleichtert, sowie auf die gesamte militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika, nimmt Kenntnis von der Deklaration über Aktionen gegen die Apartheid, wie auf der vom 22.–26. August 1977 in Lagos stattgefundenen Weltkonferenz für Aktionen gegen Apartheid angenommen wurde¹,

1. ruft alle Regierungen auf, unverzüglich bedingungs- und vorbehaltlos Resolution 418 (1977) des Sicherheitsrates zu verwirklichen, ungeachtet jeglicher bestehender Verträge und vergebener Lizenzen und zu gewährleisten, daß alle Gesellschaften, Organisationen und Einzelpersonen in ihren Zuständigkeitsbereichen diese Bestimmungen einhalten;

2. ruft alle Staaten auf, insbesondere Frankreich, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland sowie die Vereinigten Staaten von Amerika, sich in Übereinstimmung mit Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen an effektiven internationalen Aktionen zu beteiligen, um die große Bedrohung des Friedens, die aus der Politik und den Aktionen des Rassistenregimes in Südafrika erwächst, abzuwenden;

3. ersucht den Sicherheitsrat, gemäß Abschnitt VII der Charta alle Staaten aufzufordern, ungeachtet jeglicher bereits bestehender Verträge:

a) jegliche Lieferungen von Waffen, Munition, militärischen Ausrüstungen oder Militärfahrzeugen und Ersatzteilen für das Genannte nach Südafrika ausnahmslos zu unterlassen;

b) zu gewährleisten, daß solche Lieferungen nicht über andere Länder nach Südafrika gelangen;

c) keine militärischen Ausrüstungen oder Zubehör zu importieren, welche von Südafrika selbst oder in Zusammenarbeit mit ihm hergestellt wurden;

d) den Austausch von Militär-, Marine- und Luftwaffenattachés mit Südafrika einzustellen;

e) jegliche Form militärischer Zusammenarbeit mit Südafrika zu beenden;

f) alle Lizenzen zurückzuziehen und jegliche technische Unterstützung für die Herstellung von militärischen Ausrüstungen und Zubehör in Südafrika einzustellen;

g) jeglichen Transfer von nuklearer Ausrüstung oder von spaltbarem Material oder Technologie nach Südafrika einzustellen;

h) den Gesellschaften, Institutionen oder Agenturen in ihrem Zuständigkeitsbereich jede Zusammenarbeit mit Südafrika zu verbieten, sei es direkt oder durch Beteiligung an in Südafrika registrierten Gesellschaften bei der militärischen Aufrüstung oder der nuklearen Entwicklung;

i) zu verhindern, daß ihre Staatsbürger in Einrichtungen in Südafrika arbeiten, in denen Zubehör für Militär- und Polizeikräfte hergestellt wird oder die an der nuklearen Entwicklung beteiligt sind;

j) den Angehörigen von südafrikanischem Militär und Polizei sowie Personen, die in der nuklearen Forschung und Entwicklung tätig sind, Visa zu verweigern;

4. ersucht weiterhin den Sicherheitsrat, einen Mechanismus zur Überwachung der Realisierung der unter Punkt 3 aufgeführten Maßnahmen zu schaffen;

5. ruft alle Regierungen und Organisationen auf, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Zielstellung dieser Resolution zu ergreifen;

6. ermächtigt den Anti-Apartheid-Ausschuß,

a) alle Entwicklungen hinsichtlich der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Südafrika zu verfolgen und zu publizieren und der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat über alle behaupteten Verletzungen von Sicherheitsrats-Resolution 418 (1977), die ihm bekannt werden, zu berichten;

b) sich mit Experten zu beraten, Hearings abzuhalten und Konferenzen und Kampagnen zu unterstützen, um die vollständige Beendigung der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime in Südafrika zu fördern.

Diese Resolution wurde mit 113 gegen 7 Stimmen bei 17 Enthaltungen angenommen. Gegenstimmen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, USA. Enthaltungen: Australien, Dänemark, Guatemala, Irland, Island, Kanada, Kostarika, Malawi, Neuseeland, Niederlande, Nikaragua, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Surinam, Zentralafrika.

(Quelle: Centre against Apartheid. Notes and Documents, New York. Nr. 2/Februar 1978, S. 16–19)

in Zahlen drastische Lohnerhöhungen für Afrikaner wenig besagen, bezeugt kein Geringerer als Harry F. Oppenheimer, Präsident des Konzerngiganten Anglo American – DeBeers: „Prozentual gesehen sind die Löhne für die Schwarzen schneller gestiegen als die der Weißen, aber es ist wichtig sich zu erinnern, daß wegen der historischen Kluft der Löhne eine etwa 50prozentige Erhöhung der schwarzen Entlohnung und eine 10prozentige Erhöhung bei den Weißen in absoluten Zahlen nur eine Verbreiterung der Kluft bedeutet.“²⁵

Auch was die tendenzielle Aufhebung der „colour bar“, der Rassenschranke betrifft, die Afrikanern den Zugang zu qualifizierteren Tätigkeiten versperrt, erweist sich das Vertrauen in eine solche Entwicklung als Trugschluß: „In Wirklichkeit ist

es überhaupt nichts Neues, daß die Rassenschranke sich verschiebt. Betrachtet man die Entwicklung seit 1921, so sieht man, daß die Weißen stetig nach oben gerückt sind, in Managementtätigkeiten und Aufseherstellungen, und daß der Anteil der Afrikaner, die angelernte Tätigkeiten verrichten, gewachsen ist. Die Erfordernisse der Wirtschaft haben sich verändert, und infolgedessen bedurfte sie nicht mehr einer so großen Zahl unqualifizierter afrikanischer Arbeitskräfte, sondern eines größeren Anteils angelernter Arbeiter. Aber dies bedeutet keineswegs, daß die Rassenschranke durchbrochen ist. Rassenunterschiede bleiben bestehen in der Zuweisung der Arbeit und bei der Bezahlung . . . Und die Grundlage des Systems ist geblieben.“²⁶

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika

Die Vollversammlung, erinnert an ihre Resolution 31/6 H vom 9. November 1976, bekräftigt erneut, daß jede Zusammenarbeit mit dem Rassistenregime Südafrikas einen feindlichen Akt gegenüber dem unterdrückten Volk Südafrikas und eine verachtenswerte Herausforderung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft darstellt,

in der festen Überzeugung, daß verbindliche wirtschaftliche Sanktionen gemäß Abschnitt VII der Charta der Vereinten Nationen notwendig sind, um eine schnelle Ausrottung der Apartheid zu begünstigen,

nimmt Kenntnis von dem Bericht des Anti-Apartheid-Ausschusses, verurteilt die fortdauernde und verstärkte Zusammenarbeit bestimmter Regierungen und transnationaler Gesellschaften mit dem Rassistenregime Südafrikas,

1. ersucht den Sicherheitsrat dringend, verbindliche wirtschaftliche Sanktionen gegen Südafrika in Betracht zu ziehen;
2. ruft alle Staaten auf, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südafrika einzustellen und effektive Maßnahmen zur Verhinderung einer solchen Zusammenarbeit von Gesellschaften in ihrem Zuständigkeitsbereich mit Südafrika zu ergreifen;
3. ersucht alle Staaten, insbesondere:
 - a) alle Anleihen für Südafrika und Investitionen in Südafrika zu verbieten;
 - b) alle Anreize für den Handel mit Südafrika zu unterlassen;
 - c) den Austausch von Handelsmissionen mit Südafrika zu beenden;
 - d) ein Embargo über die Versorgung Südafrikas mit Erdöl und Erdölprodukten und über Investitionen in die Erdölindustrie Südafrikas zu verhängen;
 - e) den Flug- und Schiffsgesellschaften, die eine Route nach und von

Südafrika unterhalten, Vergünstigungen zu verweigern;

4. bestärkt Gewerkschaften, Kirchen, Anti-Apartheid-Bewegungen und andere Organisationen in ihren Kampagnen gegen die Zusammenarbeit mit Südafrika;

5. ersucht den Sonderausschuß gegen Apartheid,

a) alle zur Verfügung stehenden Informationen über die Zusammenarbeit transnationaler Gesellschaften mit dem Rassistenregime in Südafrika, das eine Politik der Apartheid verfolgt, zu veröffentlichen, so daß Regierungen und Organisationen geeignete Maßnahmen ergreifen können, um die Beendigung einer solchen Zusammenarbeit zu gewährleisten;

b) alle geeigneten Schritte zu unternehmen in Zusammenarbeit mit der Organisation für Afrikanische Einheit, um ein Öl-Embargo gegen Südafrika zu fördern;

c) Aktionen, die auf die Einstellung des Luft- und Schiffsservices nach und von Südafrika gerichtet sind, zu fördern;

d) alle anderen geeigneten Schritte zu unternehmen, um die Verwirklichung dieser Resolution zu fördern;

6. ruft alle Regierungen und Organisationen auf, zur Verwirklichung dieser Resolution mit dem Sonderausschuß gegen Apartheid zusammenzuarbeiten.

Diese Resolution wurde mit 111 gegen 7 Stimmen bei 22 Enthaltungen angenommen. Gegenstimmen: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Luxemburg, USA. Enthaltungen: Australien, Botswana, Dänemark, Finnland, Griechenland, Iran, Irland, Island, Italien, Japan, Malawi, Neuseeland, Niederlande, Nikaragua, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Swasiland, Uruguay, Zentralafrika.

(Quelle: Centre against Apartheid. Notes and Documents, New York, Nr. 2/Februar 1978, S. 20–22)

Es ist bezeichnend, daß die Bundestagsabgeordnete Lennette von Bothmer – die 1975 immerhin noch die Auffassung vertrat, man müsse die BRD-Unternehmen in der RSA zu Lohnerhöhungen und Arbeitsverbesserungen anhalten, während Boykotte unmöglich seien – nunmehr nüchtern konstatiert, daß die Anwesenheit westdeutscher Firmen in der RSA das Apartheidsystem nicht nur nicht „allmählich aufgebrochen“ habe, sondern, „daß das Gegenteil wahr ist.“²⁷ Maßnahmen wie der „EG-Kodex“ – über dessen Annahme selbstredend nicht die afrikanische Arbeiterklasse befragt wurde, sondern der in paternalistisch-arroganter Manier vom grünen Tisch aus verordnet wurde (bezeichnenderweise ist in ihm von Streikrecht keine Rede) – reduzieren sich bei näherem Hinsehen auf Manöver moderner Betriebsführung und den Versuch, „sozialpartnerschaftliche“ Vorstellungen in Südafrika zur Geltung zu bringen, um so wiederum radikalen Gewerkschaften den Boden zu entziehen.

Eine Politik des Status quo

Erweisen sich die Behauptungen vom „friedlichen Wandel“ durch eifriges Investieren als hohle Phrase, so steht es um die Veränderungen im politischen Bereich nicht besser, obwohl gerade wirtschaftliche Beziehungen auch hier für gehörige Reformen sorgen sollen.

Fällt es den Theoretikern des „Spill-over-Effekts“ schon schwer, über vage Andeutungen hinaus zu erklären, wie dieser wundersame Effekt vonstatten gehen soll, so befinden sie sich vor allem im Irrtum über den Gegenstand ihrer Spekulationen. Zum einen beweist die Realität Südafrikas, daß sich trotz vermehrter Investitionen usw. keine fortschrittlichen Veränderungen in der RSA eingeschlichen haben – im Gegenteil (siehe oben). Zum anderen verkennen sie, daß jedweder Wandel sich lediglich im Rahmen des bestehenden Systems und unter der Herrschaft des bestehenden Regimes abspielen kann – das durch drastische Maßnahmen zu liqui-

dieren eben nicht Inhalt ihrer politischen Vorstellungen, Szenarios usw. ist. Folglich wird sich ein jeder Schritt stets unter der Herrschaft des Apartheid-Regimes und im Rahmen des Apartheidsystems bewegen. Im Kern, so Abdul S. Minty, „handelt es sich natürlich um eine Strategie des Status quo, durch die Druck ausgeübt werden mag, um solche Veränderungen zu institutionalisieren, die auch dem weißen Regime annehmbar sind.“²⁸

Die Politik des „friedlichen Wandels“ und ihre Elemente haben manches erreicht – Südafrikas unterdrückte Völker haben sie nicht der Freiheit näher gebracht. „Die zahlreichen Besuche in Südafrika, um die Lage zu studieren, haben der Organisation der Arbeiter keinerlei Fortschritt gebracht“, resümiert die SACTU, „sondern haben lediglich zu raffinierteren Antworten der Public-Relations-Verantwortlichen der Multis geführt.“²⁹ Ein Bericht des Außenpolitischen Ausschusses für Firmen in Südafrika des US-Senats kam im Januar 1978 zu dem Ergebnis: „Amerikanische Investitionen hatten den eindeutigen Effekt der Stärkung der ökonomischen und militärischen Unabhängigkeit des südafrikanischen Apartheid-Regimes.“³⁰

Genau dies aber dürfte bezweckt gewesen sein. Denn angesichts der revolutionären Veränderungen in Afrika wird der RSA in der westlichen Globalstrategie mehr und mehr die Rolle einer regionalen Macht zugemessen, deren Funktion durch irgendwelche Maßnahmen zu beeinträchtigen sich verbietet.

Die Strategie des „friedlichen Wandels“ ist eine Notlüge der imperialistischen Mächte, um durch taktische Anpassungsmanöver ihren entscheidenden Einfluß im südlichen Afrika zu erhalten. Die aus dieser Strategie abgeleiteten „Argumente“ gegen Sanktionen legitimieren objektiv lediglich eine Politik des „Geschäfte machen als sei nichts gewesen“.

Zugleich ist diese Politik gegen die Zielsetzungen, die Strategie und Taktik der nationalen Befreiungsbewegung gerichtet, die mit Auslassungen wie den folgenden diffamiert wird: „Wirtschaftliche Schwierigkeiten größeren Umfangs, wie sie

die Boykottforderung herbeiführen will . . . , würden die Radikalisierung der Schwarzen fördern und die Gefahr eines Massenblutbades und folgenden Massenelends erhöhen.“³¹ Die Auffassung der Befreiungsbewegung, der bewaffnete Kampf stelle derzeit aufgrund der Erfahrungen die Hauptform des Kampfes gegen das Apartheidregime dar, aus ethischen Erwägungen nicht zu teilen, ist eine Sache. Eine Argumentation gegen „gewaltsamen“ Wandel verkehrt sich indessen in eine reaktionäre, wenn sie die Strategie der Befreiungsbewegung diffamiert und verleumdet. Genau dies ist mitunter der Fall.

So begrüßt z. B. Schulz die UN-Politik der BRD, die es ablehnt, einen „mit allen verfügbaren Mitteln“ geführten Kampf „des Volkes von Südafrika“ zu unterstützen als „sowohl realistisch als auch verantwortungsbewußt. Eine andere realistische und verantwortungsbewußte Politik in dieser Frage gibt es derzeit nicht.“³² Rode stimmt dem insoweit zu, als er einen befremdlichen „Gewaltverzicht“ der Bundesregierung anführt: „Wenn wie im Falle der deutschen Bundesregierung in der eigenen nationalen Frage (!) auf gewaltsame Lösungsversuche verzichtet worden ist, können gewaltsame Austragungsformen für fremde Konflikte keine Unterstützung finden.“³³

Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Notes and Documents, Centre Against Apartheid (Hrsg.), United Nations, New York, Nr. 12/77, April 1977, S. 17
- 2) So R. Rode, Bonn und Pretoria: Lerndefizite und Lernerfolge in der Südafrika-Politik der Bundesrepublik, in H. Bley/R. Tetzlaff (Hrsg.), Afrika und Bonn, Reinbek 1978, S. 115
- 3) Workers' Struggle for Freedom, hrsg. von The S. A. C. T. U., London 1977, S. 22
- 4) Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 7. 1. 1978
- 5) Une voie nouvelle pour l'Afrique du Sud. Rapport du Groupe d'experts constitué en application de la résolution adoptée le 4 décembre 1963 par le Conseil de sécurité, Nations Unies, New York 1964, S. 35
- 6) So M. Schulz, Die Südafrikapolitik der Vereinten Nationen, in: L. Harding/M. Schulz/H. Voigt, Die Südafrikapolitik der UNO und der Kirchen, hrsg. von Wissenschaftl. Kommission des Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden (KAEP), München/Mainz 1977, S. 41
- 7) E. O. Czempiel, in: R. Rode (Hrsg.), Der Konflikt im Südlichen Afrika, München/Mainz 1977, S. 130
- 8) Zit. nach: Informationsdienst Südliches Afrika, Bonn, Nr. 6/Dezember 1976, S. 11. Zur Position der Sozialistischen Internationale siehe AIB 3/1978
- 9) A. Spandau, Wirtschaftsboykott gegen Südafrika, Kapstadt/Wetton/Johannesburg 1977, S. 126
- 10) M. Schulz, a. a. O., S. 40; Ch. Barnard, Südafrika – Anatomie einer Verzerrung, Düsseldorf/Wien 1978, S. 133; FAZ, 17. 1. 1978
- 11) G. Gillissen, Rassenstaat – Ständestaat – Gottesstaat?, Stuttgart 1978, S. 111
- 12) Zit. nach: W. Brandt, Der Wille zum Frieden. Perspektiven der Politik, Frankfurt/M. 1973, S. 287
- 13) R. Rode, Wandel in Südafrika, Hamburg, o. J. (1976), S. 151
- 14) R. Seelmann-Eggebert, Das Kap der Stürme. Südafrikas Weg in die Krise, Stuttgart 1978, S. 238
- 15) R. Rode, in: H. Bley/R. Tetzlaff, a. a. O., S. 103
- 16) R. Rode, in: H. Bley/R. Tetzlaff, a. a. O., S. 119
- 17) U. Holtz in: Menschenrechte in Südafrika, Hrsg. Winfried Baßmann, München 1978, S. 147. Wortlaut des SI-Aktionsprogramms in AIB 3/1978
- 18) Zum BRD-Anteil hieran siehe J. Ostrowsky/W. Geisler, Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf, Köln 1978, S. 70/71
- 19) W. Schneider-Barthold, Die deutsche Südafrika-Politik aus wirtschaftlicher Sicht, in: Afrika-Spectrum, Hamburg, 76/3, S. 233
- 20) Nach: South Africa 1975. Official Yearbook of the Republic of South Africa, Pretoria o. J., S. 533
- 21) Southern Africa. The UN-OAU Conference. Oslo 9.–14. 4. 1973, Uppsala 1973, Bd. II, S. 186
- 22) Nach: B. Bunting, The Rise of the South African Reich, Harmondsworth 1969, S. 522

Die ideologische Maxime für derartige Verirrungen lieferte der damalige Außenminister Scheel am 19. September 1973 vor der UN-Vollversammlung: „Kein politisches Ziel rechtfertigt die Gewalt: kein Nationalismus, kein Klassenkampf, keine koloniale oder Rassenauseinandersetzung, weder Utopien noch Ideologien.“³⁴

Zynischer ist die Rechtfertigung von Unterdrückung selten formuliert worden.

Treten zur Propagierung des „friedlichen Wandels“ noch Motive hinzu wie – so bei Rode³⁵ – die Befürwortung eines Einwirkens im Sinne „unsere(r) eigenen legitimen Interessen“, so wird klar, daß hier mit Modellen, Szenarios (auch wenn sie so erheiternde Schritte wie „Ermutigung“ von Konzernen enthalten³⁶) usw. sozialliberale Stückwerk-Politik propagiert wird, die Kapitalinteressen transportiert:

- Alle einschlägigen Vorstellungen beinhalten notwendigerweise die Aufrechterhaltung der ökonomischen und politischen Machtpositionen des Rassistenregimes – und damit seiner Aggressivität und Repressionspolitik.
- Die Strategie des „friedlichen Wandels“ ist eine Strategie der Vergeblichkeit, da sie gerade das einzige wirksame Instrument potentiell friedlichen Wandels ausschließt: wirtschaftliche Boykottmaßnahmen.

- 23) Zit. nach: Spotlight on . . . „Bonn-Pretoria Axis“, Hrsg. ASK, Frankfurt/M. o. J., S. 3
- 24) R. Rode, in: H. Bley/R. Tetzlaff, a. a. O., S. 105
- 25) Anglo-American Corp., Chairman's statement 1975, S. 7
- 26) Sechaba, London, Nr. 1/1976, S. 55/56
- 27) Vgl. Forum E, Bonn, Nr. 1/1975, S. 38 und W. Baßmann, a. a. O., S. 156
- 28) A. S. Minty, The Case for Economic Disengagement, in: Notes and Documents, a. a. O., S. 6
- 29) Economic Crisis in South Africa. The Worker's Burden, hrsg. von The S. A. C. T. U., London 1977, S. 15
- 30) Zit. nach: FAZ, 30. 1. 1978
- 31) G. Gillissen in: FAZ, 22. 10. 1977
- 32) M. Schulz, a. a. O., S. 39
- 33) R. Rode, a. a. O., S. 139
- 34) Rede des Bundesministers des Auswärtigen vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 19. September 1973 in New York
- 35) R. Rode, in: H. Bley/R. Tetzlaff, a. a. O., S. 97/98
- 36) Memorandum: 33 Thesen zur deutschen Afrika-Politik, H. Bley/R. Tetzlaff, a. a. O., S. 293

Deutschlands dunkle Vergangenheit in Afrika

Die Liebe zum Imperium ein Film von Peter Heller

„Ein dokumentarischer Film darüber, wie im letzten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts ein deutscher Kleinbürger auszog in Afrika Rohstoffe, Absatzmärkte und Arbeitsplätze für das Reich zu besorgen und dabei ein Imperium begründete.“

Produktion, Verleihinformation und Verkauf:



VORBÄRTS FILM

Peter Heller 089-195987 D8 München 19 Blütenburgstrasse 17

Rainer Falk

Südafrikas Alleingang

Als die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder USA, BRD, Frankreich, Großbritannien und Kanada und die Südwestafrikanische Volksorganisation SWAPO am 12. Juli d. J. einen politischen Kompromiß über den Weg zur Unabhängigkeit Namibias erzielten, da schien einer „friedlichen Lösung“ des Namibia-Problems (siehe AIB 12/1977) kaum noch etwas im Wege zu stehen. Tatsächlich aber dauerte die Euphorie nur gut zwei Monate: Am 20. September d. J. verkündete Vorster – sozusagen als politisches Testament –, daß Südafrika Ende November 1978 in seiner De-facto-Kolonie Wahlen in eigener Regie durchführen lassen werde. Der Termin wurde inzwischen auf Anfang Dezember verschoben; aber dies ändert nichts daran, daß damit nunmehr endgültig die Weichen auf einen neokolonialistischen Alleingang Pretorias gestellt sind.

Südafrika hatte dem westlichen Namibia-Plan schon Ende April 1978 seine formale Zustimmung gegeben. Gleichzeitig jedoch hatte es zu dem bislang größten Schlag gegen die Befreiungsbewegung ausgeholt: Bei einem Überfall der südafrikanischen Besatzungstruppen auf das SWAPO-Flüchtlings- und Durchgangslager in Cassinga/Südangola starben über 500 Zivilisten, Kinder, Alte, Frauen, im Kugelhagel der Rassisten. Schon diese eigentümliche Parallelität – der zur Schau gestellte „Friedenswille“ und das brutale Massaker in Cassinga – gab Aufschluß über die Doppelstrategie des südafrikanischen Regimes in Namibia. Mehr noch aber deutete Pretorias reale Politik in Namibia selbst darauf hin, was das Regime mit der Zukunft des Landes im Sinne hatte. Obwohl auf diplomatischem Parkett stets zu Verhandlungen bereit, bestand Pretorias Hauptziel in Namibia schon immer darin, ein Marionettenregime von seinen Gnaden zu etablieren, das seine Interessen gewissermaßen stellvertretend wahrnimmt. Ganz auf dieser Linie wartete Südafrika nicht das Ende der seit April 1977 laufenden Verhandlungen mit den Westmächten ab; es bereitete vielmehr schon seit Ende 1977 zielstrebig den Boden dafür vor, notfalls auch ohne unverzügliche internationale Anerkennung jene Farce in die Wege zu leiten, die es nun Anfang Dezember abhalten wird. Das begann mit der Einsetzung eines „Generaladministrators“ für Namibia, dessen Posten seit September 1977 der ehemalige Oberrichter Marthinus Steyn bekleidete. Das wurde fortgesetzt mit der am 26. Juni d. J. angeordneten und inzwischen abgeschlossenen Wählerregistrierung. Das gipfelte schließlich in der Ankündigung vom 20. September.

Angst vor einem Wahlsieg der SWAPO

Zu diesen „Wahlvorbereitungen“ des südafrikanischen Regimes gehörte auch ein bis heute anhaltender Feldzug gegen die politische Repräsentanz der SWAPO im Innern des Landes. Während Dirk Mudge, der Vorsitzende der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) und Favorit Pretorias, unbehellig, ja sogar mit Militärbegleitschutz eine massive Propaganda- und Wahlkampagne in die Wege leitete, wurden seit April d. J. über 14 hohe SWAPO-Funktionäre in Haft genommen – zumeist unter dem Vorwand, zu einem Boykott der Steyn'schen Wählerlisten aufgerufen zu haben. Mit tribalistischen Parolen aufgeputschte Banden wurden ihrerseits



SWAPO-Präsident Sam Nujoma (M.) mit den 5 westlichen Außenministern (l. Vance, 2. v. r. Genscher)

zum Überfall auf SWAPO-Kundgebungen angestachelt, um die selbstproduzierten Anlässe für Veranstaltungsverbote und weitere Verhaftungen von SWAPO-Anhängern zu liefern. Heute noch – so sagt der Vizepräsident der SWAPO in Windhoek, Daniel Tjongarero, sind mehr als 200 seiner Kampfgefährten als politische Gefangene inhaftiert.¹

Angesichts derartiger Verhältnisse könnte natürlich von einer Atmosphäre, die freie Wahlen unter gleichberechtigter Teilnahme aller politischen Gruppierungen des Landes begünstigen würde, keine Rede sein. Der von UN-Generalsekretär Waldheim zur Abwicklung des vom UN-Sicherheitsrat im Juli 1978 übernommenen Namibia-Plans eingesetzte Sonderbeauftragte, der Finne Martti Ahtisaari, hielt deshalb zu Recht eine Friedensstreitmacht von 7500 UN-Soldaten und 1200 zivile UN-Bedienstete für erforderlich, um eine Übergangsperiode in Namibia gemäß den in der UN-Resolution 385 festgelegten Prinzipien einleiten zu können. Die Aufgaben dieses UN-Personals sollten laut der Übereinkunft zwischen der SWAPO und den fünf Sicherheitsratsmitgliedern in der Gewährleistung eines Waffenstillstands bestehen; darüber hinaus in der Überwachung des Abzugs der südafrikanischen Truppen bis auf 1500 Mann, der Garantierung freier Wahlen, der Entlassung der politischen Gefangenen und der Rückkehr jener etwa 40 000 Namibier, die das Kolonialregime ins Exil getrieben hatte.

Angesichts einer solchen umfassenden internationalen Kontrolle der Übergangsperiode sah das südafrikanische Besatzungsregime seine Zukunftschancen in Namibia zusehends davonschwimmen. Was ihm erst als Möglichkeit erschien, seinen Einfluß auch über das Datum der Unabhängigkeit hinaus zu sichern, drohte nunmehr einen politischen Prozeß in die Wege zu leiten, über den die demokratische Legitimität der SWAPO, des authentischen Repräsentanten des Volkes von Namibia, eindrucksvoll bestätigt worden wäre. Die Angst vor einem Wahlsieg der SWAPO ist denn auch – geht man nach den Worten des Sprechers der „gemäßigten“ südafrikanischen Oppositionspartei, Japie Basson der wahre Grund für Südafrikas Nein zum Unabhängigkeitsplan der UNO.²

Die jetzt entstandene Situation verschafft der DTA, die sich bislang neben der relativ bedeutungslosen rechtsradikalen Aktionsfront zur Bewahrung der Turnhallenprinzipien (AKTUR) als einzige zu der Wahlfarce bereiterklärte, alle Aussichten auf einen „Wahlsieg“ und eine Sitzmehrheit in dem

von Pretoria anvisierten 50-köpfigen Marionettenparlament, dessen erste Aufgabe in der Verabschiedung einer Verfassung Namibias bestehen soll. Damit erweist sich das ganze Manöver als eine bloße Neuauflage der seit 1976 in Pretoria veranstalteten Turnhallenkonferenz, an der die meisten jener von Pretoria eingesetzten und im Rahmen der – auf Namibia übertragenen – Bantustangesetzgebung bezahlten Stammeshäuptlinge teilgenommen hatten, die auch jetzt in der DTA unter der Schirmherrschaft des Sprechers der weißen Minderheit, Dirk Mudge, vereinigt sind.



SWAPO-Guerillas

Der in der Turnhalle erzielte Kompromiß, der die jeweiligen Privilegien der schwarzen Marionetten und der weißen Geschäftsleute und Großfarmer berücksichtigt, ist praktisch identisch mit dem Programm der DTA. Er sieht die weitere Balkanisierung Namibias nach tribalistischen Gesichtspunkten, die physische und politische Liquidation der SWAPO und die Beibehaltung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse unter der Kontrolle der ausländischen Konzerne, insbesondere des südafrikanischen Kapitals, vor. Dieses auf einer antikommunistischen Grundhaltung basierende Konzept findet nicht nur die volle Unterstützung Südafrikas, sondern in zunehmendem Maße wesentlicher Kapitalkreise im Westen.

Neuauflage der alten Turnhallenkonferenz . . .

Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist das in jüngster Zeit enorm forcierte Engagement der westdeutschen Unionsparteien CDU und CSU in Namibia. Diese sorgen dafür, wie das in London erscheinende Magazin Africa zu berichten weiß, daß es der DTA bei ihrem Wahlkampf nicht an finanziellen Mitteln fehlt. Über die vor zwei Jahren in Windhoek gegründete Interessengemeinschaft Deutscher Südwestler flossen bislang über 100 000 Rand in die Wahlkampfkassen der DTA, die überdies die taktische und strate-

Chronologie der Namibia-Diplomatie

1949: Nach der Gründung der UNO werden Forderungen laut, das vom Völkerbund an Südafrika verliehene Treuhandschaftsmandat an die neue Weltorganisation zurückzugeben.

1950: Der Internationale Gerichtshof in Den Haag erklärt Namibia zum internationalen Territorium, allerdings ohne die Übernahme der Treuhandschaft durch die UNO zu fordern.

1960: Äthiopien und Liberia, die einzigen afrikanischen Mitglieder des ehemaligen Völkerbunds, leiten ein Verfahren beim Internationalen Gerichtshof gegen Südafrika in die Wege.

1966: Der Internationale Gerichtshof erklärt sich als nicht zuständig. Gleichzeitig wird das südafrikanische Mandat über Namibia durch die Resolution 2145 der UN-Generalversammlung für beendet erklärt. Die SWAPO beginnt den bewaffneten Befreiungskampf.

1967: Die Generalversammlung beschließt die Einsetzung des UN-Rates über Namibia zur Übernahme der Verwaltung in Namibia und zur Überwachung des Rückzugs der südafrikanischen Militär- und Polizeieinheiten aus Namibia.

1969: Der UN-Sicherheitsrat erneuert die Beendigung des südafrikanischen Mandats, erklärt Südafrikas Namibia-Präsenz als illegal und setzt als Ultimatum für den südafrikanischen Rückzug den Oktober 1969 fest.

1970: Der UN-Sicherheitsrat ruft die Mitgliedsländer dazu auf, diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen, die Südafrikas Aktivität in Namibia betreffen, abzubrechen. Gleichzeitig appelliert er an den Internationalen Gerichtshof, Empfehlungen über die juristischen Konsequenzen von Südafrikas fortgesetzter Präsenz in Namibia zu erarbeiten.

1971: Der Internationale Gerichtshof bestätigt die Illegalität der südafrikanischen Präsenz in Namibia und erklärt es als verbindlich, sich aller Verhandlungen mit Südafrika über Namibia zu enthalten. Die ständigen Sicherheitsratsmitglieder Großbritannien und Frankreich legen ihr Veto gegen die Übernahme der Position des Internationalen Gerichtshofs durch den UN-Sicherheitsrat ein.

1972: Eine internationale Konferenz in Brüssel leitet eine neue Phase der internationalen Solidarität mit der SWAPO und ihrem Befreiungskampf ein. Die OAU und die Konferenz der Bewegung der Nichtpaktgebundenen verleihen der SWAPO den Beobachterstatus. Die OAU verlangt ökonomische Sanktionen gegen Südafrika. Der UN-Sicherheitsrat erklärt die Situation in Namibia zur Bedrohung von Frieden und Sicherheit in der Region und droht „effektive Maßnahmen“ an, um die Anwendung der UN-Resolutionen sicherzustellen. UN-Generalsekretär Waldheim eröffnet Gespräche mit allen am Namibia-Konflikt beteiligten Parteien.

1973: Nach ergebnislosen Verhandlungen ernennt die Generalversammlung Sean McBride zum ständigen UN-Kommissar für Namibia

und erkennt die SWAPO als den „authentischen Vertreter des Volkes von Namibia“ an.

1974: Die SWAPO wird zum assoziierten Mitglied der Weltgesundheitsorganisation und der UNESCO. Sie erhält Delegiertenstatus bei der Konferenz des Internationalen Roten Kreuzes über humanitäres Recht, der Internationalen Seerechtskonferenz und ist auf Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) vertreten. Der Namibia-Rat der UNO erläßt in Übereinstimmung mit der Generalversammlung ein Dekret, das die Ausbeutung aller materiellen und natürlichen Ressourcen Namibias unter Strafe stellt. Der Sicherheitsrat fordert erneut Südafrikas Rückzug, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Rückkehr der Exilierten und droht „geeignete Maßnahmen“ an, wenn diese Forderungen nicht vor Mai 1975 erfüllt werden.

1975: Die Commonwealth-Gipfelkonferenz lädt die SWAPO offiziell zur Teilnahme ein. Im UN-Sicherheitsrat verhindern Frankreich, Großbritannien und die USA durch Veto eine Resolution über ein verbindliches Waffenembargo gegen Südafrika.

1976: In der UN-Sicherheitsratsresolution 385 werden die Abhaltung freier Wahlen „unter Aufsicht und Kontrolle der UNO“ in Gesamt-Namibia, die Freilassung aller politischen Gefangenen, der Rückzug der südafrikanischen Truppen und Verwaltung aus Namibia gefordert. Weiter werden ultimativ Aktionen angedroht, falls Südafrika die Forderungen nicht bis zum 31. August 1976 erfüllt. Im Oktober verhindern Frankreich, Großbritannien und die USA per Veto eine Sicherheitsratsresolution, die Strafmaßnahmen gegen Südafrika unter Berufung auf Kapitel 7 der UN-Charta (Bedrohung des Weltfriedens) fordert. Die UN-Generalversammlung erkennt die SWAPO als den „einzigen authentischen Repräsentanten des Volkes von Namibia“ an und spricht ihr den vollen Beobachterstatus bei der Generalversammlung und das Recht zur Teilnahme an allen UN-Organisationen zu.

1977: Die fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates rufen eine Kontaktgruppe zur Durchführung von Verhandlungen zwischen Südafrika und der SWAPO ins Leben (April).

1978: Im April stimmt Südafrika dem westlichen Verhandlungsvorschlag zu. Im Juli einigen sich die fünf Westmächte mit der SWAPO. Eine Resolution des Sicherheitsrats, die parallel zu den Verhandlungsergebnissen verabschiedet wird, anerkennt den Tiefseehafen Waalfisch-Bay als integralen Bestandteil Namibias. Als UN-Kommissar für Namibia wird Martti Ahtisaari (Finnland) zum Sonderbeauftragten Kurt Waldheims bestimmt, um die Überwachung der Übergangsperiode zur Unabhängigkeit zu gewährleisten. Im September verläßt Südafrika mit der Ankündigung, „Wahlen“ unter eigener Kontrolle abzuhalten, den Verhandlungsweg.

gische Unterstützung von Spezialisten der Hans-Seidel-Stiftung der CSU erhält. Von propagandistischer Seite leisten die beiden größten Tageszeitungen Windhoeks Allgemeine Zeitung und The Windhoek Advertiser Schützenhilfe, deren Gleichschaltung zu Wahlkampforganen der DTA nach dem Aufkauf des Windhoeker Zeitungsverlages John Meinert Pty. Ltd. durch den Braunschweiger CSU-Anhänger und Turnhallenfan, Dr. Dieter Lauenstein, erfolgt ist. Obendrein hat die Afrika-Fördergesellschaft e. V. in der BRD zu Wahlkampfspenden für die DTA aufgerufen. Der von namhaften

BRD-Konzernen unterstützte Sammelaufwurf weist darauf hin, daß Spendengelder zu 100 % von der Einkommenssteuer abgesetzt werden können. Der Chef der ominösen Afrikagesellschaft ist kein anderer als der frühere SA-Mann mit der SS-Auszeichnung „Totenkopfring“ und ehemalige Südafrikabotschafter der BRD, Sonnenhol.³

Daß es sich hier keineswegs um das Treiben einer kleinen Schar rechtsradikaler Interessenten handelt, sondern um einen Kreis von Personen, hinter dem sich relevante westdeutsche Kapitalinteressen verbergen, wird vollends klar, wenn man beachtet, daß zur selben Zeit die westdeutsche Großindustrie dabei ist, in einem Turnhallen-Namibia ihre Repräsentanz zu sichern: Auf Initiative der Deutsch-Südafrikanischen Industrie- und Handelskammer erfolgte inzwischen die Gründung einer SWA/Namibia-Deutsche Industrie- und Handelskammer in Windhoek.⁴

Politische Parteien Namibias

1. Südwestafrikanische Volksorganisation von Namibia (SWAPO)

Im April 1960 aus verschiedenen nationalen Gruppierungen gegründete Befreiungsbewegung unter der Präsidentschaft von Sam Nujoma. Die SWAPO ist unangefochten stärkste politische Kraft in Namibia und der einzige authentische Repräsentant des namibischen Volkes. Seit der Eröffnung des bewaffneten Kampfes durch die Volksbefreiungstreitkräfte (PLAN) unter dem Oberkommando Sam Nujomas am 28. August 1966 ist der SWAPO die Schaffung halbbefreiter Gebiete zunächst im Caprivistreifen und ab 1977 auch in der an Angola grenzenden Ovamboprovinz gelungen. Traditionell stark unter der Ovambobevölkerung verankert, hat die SWAPO, die als Organisation nie verboten werden konnte, im Laufe der Jahre Unterstützung und Anerkennung bei nahezu allen Bevölkerungsgruppen Namibias gewonnen. Unabhängige Beobachter schätzen ihre Chancen in freien Wahlen auf etwa 70 % der Stimmen.

2. Demokratische Turnhallenallianz (DTA)

Marionettenbündnis aus Teilen der weißen Minderheit und der von Pretoria abhängigen Stammeshäuptlinge unter Vorsitz des südafrikanischen Günstlings Dirk Mudge. Die DTA wird vor allem aus Südafrika und der BRD finanziert. Sie gilt als potentieller Staatshalter Südafrikas nach der für Ende des Jahres vorgesehenen einseitigen Unabhängigkeitsregelung. Ihr Ko-Präsident, der Herero-Häuptling Clemens Kapuuu, wurde im März d. J. ermordet. Er galt als das von CIA finanzierte schwarze Aushängeschild einer zukünftigen Marionettenregierung. Aus der von Südafrika veranstalteten Turnhallenkonferenz hervorgegangen, sind die programmatischen Grundlagen der DTA strikt tribalistischer und antikommunistischer Natur.

3. Aktionsfront der Bewahrung der Turnhallenprinzipien (AKTUR)

Vom Turnhallenbündnis abgespaltene rechtsradikale Splittergruppe unter Vorsitz von A. H. du Plessis. Die AKTUR tritt für die strikte Einhaltung des ursprünglichen Turnhallenkonzepts ein und wendet sich auch gegen die Beseitigung der krassen Oberflächenerscheinungen des Apartheidsystems.

4. Namibische National-Front (NFF)

Von der Südwestafrikanischen Nationalunion (SWANU) dominiertes Bündnis politischer Splitterruppen unter dem Vorsitz von Justus Garoeb. Die sich ehemals linksradikal gerierende SWANU gilt heute als „gemäßigt“. An der NFF ist auch der neokoloniale Ableger der südafrikanischen oppositionellen United Party beteiligt, die einen „aufgeklärten“ Kapitalismus propagiert. Die NFF kann ihre politischen und propagandistischen Aktivitäten in letzter Zeit ohne Behelligung durch den kolonialen Terror- und Repressionsapparat ausüben.

5. SWAPO-Demokratisch (SWAPO-D)

1976 aus der SWAPO ausgeschlossene Spaltergruppierung unter dem Vorsitz des Renegaten Andreas Shipanga. Die SWAPO-D-Anhänger hatten 1976 versucht, unter Mithilfe des CIA und des westdeutschen BND die SWAPO zu spalten, um einen sog. gemäßigten Flügel in die Turnhallenkonferenz einzubringen. Die Organisation versucht vor allem, unter SWAPO-Anhängern Einfluß zu gewinnen. Im September d. J. besuchte ihr Vorsitzender die BRD, wo er u. a. von Außenminister Genscher, Vertretern der CDU-nahen Afrika-Stiftung und der EKID bereitwillig empfangen wurde.

... mit westdeutschen Kapitalspritzen

Das Interesse des westdeutschen Kapitals in Namibia umfaßt in der Tat ein Spektrum, das derartige Aktivitäten erklären kann. Dazu gehört neben etwa 100 Niederlassungen von BRD-Konzernen vor allem das bundesdeutsche Engagement in der Roessingmine unweit des im September 1977 entdeckten atomaren Testgeländes in der Kalahariwüste. Heute schon wird von hieraus Uranoxyd in die BRD geliefert. Im Jahre 1979 soll die jährliche Förderkapazität auf 5000 t erhöht werden, was selbst die Jahresausbeute aller südafrikanischen Goldminen vom Volumen her übertreffen würde.⁵

Der südafrikanische Alleingang in Namibia zielt auf die Sicherung auch derartiger Interessen. Zugleich sucht sich das Regime als direkter Adressat der Weltöffentlichkeit aus der Schußlinie zu manövrieren. Ohne Positionen in Namibia wesentlich angetastet zu sehen, kann es nach der Wahlfarce Anfang Dezember auf sein Marionettenregime in Windhoek als dem zuständigen Verhandlungspartner verweisen.

Die fünf westlichen Mitglieder des Sicherheitsrates haben die jetzt entstandene Situation zu einem beträchtlichen Teil mitverantwortlich. Anstatt das von ihnen wirtschaftlich am Leben gehaltene Regime in Pretoria frühzeitig zu einem ernsthaften Rückzug zu zwingen, haben sie es als gleichberechtigten Verhandlungspartner anerkannt und die sich dahinziehenden Gespräche immer wieder vorgeschoben, wenn es um die Einleitung konsequenter Schritte zur Beseitigung des südafrikanischen Kolonialjochs ging. Wenn jetzt die „großen Gefahren“ beschworen werden, die sich aus dem Alleingang Südafrikas ergeben können,⁶ so darf man vermuten, daß auch dies durch das Bestreben motiviert ist, zu allererst die Positionen westlicher Konzerninteressen sicherzustellen.

Den demokratischen Kräften Namibias hingegen ist einmal mehr bewußt geworden, daß nur ihr eigener Kampf das Ziel der Unabhängigkeit erreichen kann. „Wir werden den bewaffneten Kampf intensivieren und, welches Marionettenregime Pretoria auch immer in Namibia errichten wird, wir werden es liquidieren“, sagte SWAPO-Vizepräsident Misheke Muyongo zwei Tage nach der Ankündigung der Wahlfarce und fügte hinzu: „Wir rufen unsere Freunde, insbesondere die sozialistischen Länder, dazu auf, uns die notwendige militärische Unterstützung zu geben.“⁷

Anmerkungen:

- 1) Rand Daily Mail, Johannesburg, 13. 9. 1978
- 2) Rand Daily Mail, 9. 9. 1978
- 3) Vgl. Africa, London, Nr. 85/September 1978 und Neues Deutschland, Berlin, 23./24. 9. 1978
- 4) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 9. 10. 1978
- 5) FAZ, 26. 6. 1978
- 6) So etwa Außenminister Genscher vor der UN-Vollversammlung am 26. 9. 1978, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 108/28. 9. 1978
- 7) The Times, London, 23. 9. 1978

Hans Mayer

Rhodesische Übergangsregierung am Ende?

Wie nicht anders zu erwarten, erwies sich die „interne Lösung“ des rhodesischen Premierministers Ian Smith vom 3. März 1978 im Laufe der vergangenen Monate als unfähig, die grundlegenden Voraussetzungen zur Beilegung des Rhodesienkonflikts zu schaffen. Sollten dennoch die angestrebten Wahlen zur formalen Übergabe der Macht an die schwarzen Vertreter zum 1. Januar 1979 im Exekutivrat führen, was angesichts der desolaten militärischen und ökonomischen Verhältnisse als unwahrscheinlich gilt, so stünden die Chirau, Muzorewas und Sitholes vor unlösbaren Problemen.

Wirtschaftlich befindet sich Rhodesien am Rande des Zusammenbruchs; international ist es wie ehemals isoliert. Die militärische Lage läßt deutlich erkennen, daß die Patriotische Front unter Joshua Nkomo und Robert Mugabe in ihrem Kampf für die Befreiung Zimbabwes kurz vor dem endgültigen Sieg über das Smith-Regime und die mit ihm verbundenen schwarzen Marionetten steht. Obwohl die USA und Großbritannien an dem Zustandekommen der internen Lösung nicht unbeteiligt waren und mit ihr lange Zeit sympathisierten, konnten auch sie nicht umhin, ihre offizielle Anerkennung von der Beteiligung der Patriotischen Front abhängig zu machen.

Dabei waren die drei „internen Führer“ Zimbabwes im März d. J. angetreten, das Land zu befrieden und eine Mehrheits-herrschaft auf der Basis „one man, one vote“ (ein Bürger, eine Stimme) zu etablieren. Jedoch bestimmte die zwischen Smith und den beteiligten kompromißlerischen schwarzen Politikern erzielte Übereinkunft, die im wesentlichen die weiße Vorherrschaft in Rhodesien festschrieb, den Handlungsspielraum des Exekutivrates. Es war daher nicht verwunderlich, daß die in den darauffolgenden Monaten beschlossenen Maßnahmen über die Bestellung von schwarzen Ko-Ministern und die Erhöhung der Gehälter für die Mitglieder der gebildeten Übergangsregierung kaum hinausgingen. Eine eingehendere Betrachtung läßt vielmehr erkennen, daß sich die politische Situation seither grundsätzlich verschlechtert hat. Die großangekündigte Freilassung politischer Gefangener entpuppte sich als schamloses Manöver. So stellte sich nämlich vor der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen heraus, daß trotz der Entlassung einiger Verhafteter unter der freilich entwürdigenden Verpflichtung zu oppositioneller Enthaltensamkeit, Ende Juli d. J. doppelt so viele verurteilte politische Gefangene in rhodesischen Gefängnissen einsaßen als 1 1/2 Jahre zuvor. Eine Reihe neuer „Verdächtiger“, darunter vor allem Anhänger der Patriotischen Front, waren erst zwischen März und Anfang Juni 1978 eingekerkert worden. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Hinweise für die Annahme, daß die „Sicherheitskräfte“ der Rhodesier zunehmend dazu übergehen, überhaupt keine Gefangenen mehr zu machen, sondern derartige Fälle im wahrsten Sinne des Wortes im Feld zu erledigen.

Die Liberalisierung der Rassengesetzgebung war zudem ohne jede praktische Relevanz. Für Schwarze war der Zugang zu Restaurants, Kinos und Hotels sowie die Ausübung wirtschaftlicher Tätigkeiten innerhalb von Industriearealen bereits in den letzten Jahren möglich, nach Verabschiedung des



Smith (r.) mit Regierungsqwislingen Muzorewa (l.) und Chirau

Gesetzesentwurfs aber keinesfalls sicherer geworden. Demgegenüber blieb die Magna Charta des rhodesischen Rassismus, das Gesetz über den Landbesitz (Land Tenure Act von 1969), unangetastet. Das Gesetz liefert die Handhaben für strikteste Rassentrennung auf der Grundlage des Eigentums und der Nutzung von Land. Auf ihm beruht die getrennte Schulerziehung und Gesundheitsfürsorge, die Errichtung von für Weiße reservierte Wohngegenden, aber insbesondere liegt darin die Ursache für die Verelendung der Masse der afrikanischen Bevölkerung in den ländlichen Gebieten Zimbabwes.

Der zentrale Punkt für die interne Stabilität der Übergangsregierung und ihre internationale Anerkennung war jedoch die Durchsetzung eines Waffenstillstandes gegen die Patriotische Front. Smith erhoffte sich, daß zumindest ein Teil der Freiheitskämpfer ihre Waffen niederlegen würde. Muzorewa und Sithole sollte in dieser Frage die Rolle des Vermittlers zukommen. Noch vor der eigentlichen Übereinkunft der drei Marionetten mit Smith hatte der amerikanische Lobbyist Romain, der in den USA mit an rhodesischem Chrom interessierten Großkonzernen seit langem eine Kampagne zur Aufhebung der Rhodesien-Sanktionen betreibt, einen schließlich unter dem Namen von Sithole herausgegebenen Plan zur „Reintegration“ der Freiheitskämpfer verfaßt. Anfang Mai rief die Übergangsregierung die Guerillas dazu auf, „den Kampf einzustellen und sich dem friedlichen Übergang zur Mehrheitsherrschaft anzuschließen.“

Nkomo, Ko-Präsident der Patriotischen Front betonte in seiner Reaktion, daß sich mit der „internen Lösung“ nichts geändert habe. „Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe wird so lange weitergeführt, bis alles erreicht ist, was wir wollen.“¹ Die optimistischen Äußerungen Sitholes und Muzorewas, daß sie rasch die Unterstützung der Freiheitskämpfer gewinnen würden, erwiesen sich als Windei und fanden keinerlei Resonanz unter den Frontkämpfern.

Außenpolitisch hatten die rhodesischen Quislinge vergeblich versucht, auf ihren zahlreichen Reisen eine internationale Anerkennung der „internen Lösung“ herbeizuführen oder zumindest den vom UN-Sicherheitsrat verhängten Wirtschaftsboykott bei einzelnen Ländern aufheben zu können. Der UN-Sicherheitsrat rief jedoch alle Staaten auf, keine Anerkennung auszusprechen. Die westlichen Länder enthielten sich

Resolution 423 des UN-Sicherheitsrates zu Rhodesien vom 14. 3. 1978

Der Sicherheitsrat, indem er seine Resolutionen über die Südrhodesien-Frage und besonders die Resolution 415 (1977) vom 29. September 1977 in Erinnerung ruft, der wiederum bestätigt, daß die andauernde Existenz des illegalen Regimes in Südrhodesien eine Quelle der Unsicherheit und Instabilität in der Region ist, und eine ernsthafte Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit darstellt, der ernsthaft besorgt ist über die andauernden militärischen Operationen des illegalen Regimes, einschließlich seiner Aggressionsakte gegen unabhängige Nachbarstaaten, der entrüstet ist über die andauernden Exekutionen von Freiheitskämpfern durch das illegale Regime, der dringende Maßnahmen als notwendig erachtet, um das illegale Regime zu beenden und eine Regierung, die auf Mehrheitsherrschaft gegründet ist, zu etablieren,

1. Verurteilt alle Versuche und Manöver des illegalen Regimes, die auf die Erhaltung der Macht durch eine rassistische Minderheit und auf die Verhinderung des Erreichens der Unabhängigkeit Zimbabwes abzielen;
2. Erklärt jede interne Lösung unter dem Schutz des illegalen Regimes für illegal und unannehmbar und ruft alle Staaten auf, keiner solchen Lösung zuzustimmen;
3. Erklärt des Weiteren, daß das rasche Ende des illegalen Regimes und die Auflösung seiner Militär- und Polizeikräfte die erste Vor-

bedingung für die Wiederherstellung der Legalität in Südrhodesien darstellen, so daß Vereinbarungen gemacht werden können für den friedlichen und demokratischen Übergang zur wahren Mehrheits-herrschaft und Unabhängigkeit im Jahr 1978;

4. Erklärt darüber hinaus, daß solche Vereinbarungen wie unter Punkt 3 angestrebt, die Abhaltung von freien und korrekten Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Erwachsenen-Stimmrechts unter der Aufsicht der Vereinten Nationen einschließen;

5. Ruft das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um das illegale rassistische Minderheitsregime in Südrhodesien zu beenden und die echte Dekolonisierung des Territoriums in Übereinstimmung mit der Resolution 1514 (XV) der Vollversammlung und anderer Resolutionen der Vereinten Nationen zu bewirken;

6. Ist der Auffassung, daß das Vereinigte Königreich als die verwaltende Macht mit Unterstützung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen in sofortige Beratungen mit den betroffenen Parteien eintreten sollte, um die Ziele einer wahren Dekolonisierung des Territoriums zu erreichen;

7. Fordert den Generalsekretär auf, nicht später als am 15. April 1978 über die Ergebnisse der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

(Quelle: The Zimbabwe Review. Special-Number, Lusaka 1978, S. 19)

bezeichnenderweise bei der Stimmabgabe im UN-Sicherheitsrat (siehe Wortlaut der Resolution 423). Starke reaktionäre Kräfte in den USA und Großbritannien plädierten sogar offen für die Anerkennung der „internen Lösung“ oder die Aufhebung des Boykotts, ohne sich letztendlich durchsetzen zu können. Mit dem Scheitern der Befriedigungsstrategie und dem Ausbleiben internationaler Anerkennung war die Rolle der Schwarzen innerhalb der Übergangsregierung de facto bedeutungslos geworden.

Die erste Krise der Übergangsregierung knapp 14 Tage nach der Einsetzung der schwarzen Ko-Minister hatte die Schwäche der beteiligten Afrikaner bereits deutlich zum Ausdruck gebracht. Byron Hove, Mitglied des Vereinigten Afrikanischen Nationalrates (UANC) Muzorewas und Justizminister, war, nachdem er eine größere Beteiligung der Afrikaner in Polizei, Verwaltung und Justizapparat gefordert hatte, auf Druck von Smith und mit Unterstützung von Chirau und Sithole entlassen worden. Die in den nachfolgenden Monaten vereinzelt lautgewordene Kritik von Seiten Sitholes oder Muzorewas ist pure Heuchelei, wenn man bedenkt, daß sämtliche Maßnahmen der Übergangsregierung mit Zustimmung eben dieser schwarzen Exekutivratsmitglieder beschlossen worden sind. Der weiße Außenminister charakterisiert durchaus zutreffend: „Muzorewa, Sithole und Chirau haben ihren Kopf für das Abkommen riskiert . . . Die mit uns kooperierenden Schwarzen wollen, daß wir das andere Element (Patriotische Front; d. Red.) für sie kontrollieren . . . Der Vertrag ist gegenseitig.“² Sie haben sich damit auf Gedeih und Verderben der weißen Vorherrschaft ausgeliefert.

Patriotische Front in der Offensive

Selbst innerhalb des UANC regt sich zunehmend Unmut über Muzorewas offenkundige Bereitschaft, weiterhin mit Smith zusammenzuarbeiten. Die meisten Mitglieder an der Basis haben ihre aktive Mitarbeit im UANC eingestellt. Auf den Wahlveranstaltungen von Chirau, Sithole oder Muzorewa finden sich nur noch wenige unentwegte Anhänger. Dagegen ist es der Patriotischen Front gelungen, auf ihren geheimen politischen Versammlungen, die landesweit abgehalten werden, ihre Basis in der Bevölkerung weiter auszubauen.

Dazu hat nicht unwesentlich die Zuspitzung der militärischen Lage beigetragen. Die Patriotische Front hat den Guerillakrieg verschärft. In letzter Zeit lieferten die Freiheitskämpfer

den sog. Sicherheitskräften Smiths wöchentlich in jeder Provinz ein größeres Gefecht mit offenem Schlagabtausch. Allein im Juli forderte der Krieg nach amtlichen Angaben 517 Tote.

Die Polizei sieht sich mittlerweile gezwungen, die schwarzen Vorstädte der Hauptstadt Salisbury ständig zu überwachen. Nach sechs Jahren Krieg fanden dort im Juli die ersten Schußwechsel zwischen Freiheitskämpfern und Polizeikräften statt. Außerhalb Salisburys gelten nur noch wenige Fernstraßen und Verkehrswege als „sicher“. In einer Reihe von Gebieten finden nur noch gelegentliche Angriffe der Regierungstruppen aus der Luft statt. Andere Teile des Landes an der mocambiquanischen Grenze mußten endgültig geräumt werden. Über die meisten Vorkommnisse wird aufgrund der seit Januar verschärften Pressezensur gar nicht berichtet. Die 6000 Kämpfer der Patriotischen Front kontrollieren heute nahezu 90 % Zimbabwes und beginnen örtlich mit dem Aufbau einer eigenen Verwaltung. Tekere, Generalsekretär der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) bekundete in einem Interview: „Wir sind jetzt in der Offensive, . . . während wir gleichzeitig die Bevölkerung und die Camps verteidigen müssen.“³

Andererseits greift Smith zu immer brutaleren Mitteln, um sein Regime zu verteidigen. Über 13 000 Söldner, darunter vornehmlich Südafrikaner, Portugiesen und Amerikaner sowie eine nicht unbeträchtliche Zahl von Deutschen, sollen wieder einmal ihr blutiges Unwesen treiben. Auch Südafrikas Polizeitruppen nehmen im Süden Rhodesiens wieder aktiv an den Kämpfen teil. Zahlreiche Gemetzel in Dörfern müssen den Regierungstruppen angelastet werden: die Patriotische Front sprach davon, daß Smith täglich 30–30 schwarze Zivilisten umbringen lasse.

Mocambiques und Sambias territoriale Souveränität wurde erneut mehrfach verletzt. Im Juni drangen Luftlandeeinheiten bis tief nach Mocambique ein, um 17 Flüchtlinge und zwei belgische Entwicklungshelfer zu ermorden. Durch besondere Grausamkeit zeichnen sich die Selous Scouts, eine schwarze Eliteeinheit der rhodesischen Kriegsmaschinerie, aus. Zeugen können belegen, daß als Freiheitskämpfer verkleidete Scouts Dörfer angegriffen haben und Missionare töteten. Das Ziel dieser auch im Vietnamkrieg angewandten psychologischen Taktik ist es, die Patriotische Front von der Dorfbewölkerung und der Weltöffentlichkeit zu isolieren. Es liegen auch begründete Annahmen dafür vor, daß die von der rhodesischen Armee mitausgebildeten Pseudo-Guerillas, die aus Anhängern Sitholes rekrutiert werden, Massaker verübt

haben.⁴ Die Patriotische Front hat die gegen sie gerichteten Anschuldigungen von Anfang an als eine Kampagne bewertet, den Befreiungskampf zu verleumden, um die internationale Anerkennung der „verräterischen internen Lösung“ zu erlangen.

Rezept für einen Bürgerkrieg

Innenpolitisch kündigte Smith in einer Rundfunkansprache im September die Liquidierung aller mit den Guerillas zusammenarbeitenden Organisationen an. Der Notstand wurde durch die Ausrufung einzelner Kriegsrechtsbestimmungen weitgehend verschärft; die Errichtung von weiteren sog. Schutzdörfern zügig vorangetrieben. Die Hauptlast, darauf wies Smith ausdrücklich hin, hätten natürlich die Afrikaner zu tragen. Smith drohte gar mit der Generalmobilmachung. Unmittelbar nach der Rede setzte eine Verhaftungswelle gegen 250 untere und mittlere Funktionäre der Afrikanischen Volksunion Zimbabwes (ZAPU) ein. Schließlich kündigte die Übergangsregierung am 16. September die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Afrikaner an. Damit bewahrheitete sich die Prophezeiung Kaundas, des Präsidenten von



Koprsäsidenten der Patriotischen Front Nkomo (l.) und Mugabe

Sambia, der in der „internen Lösung“ das Rezept für einen Bürgerkrieg internationalen Charakters sah.

Die forcierten Kriegsanstrengungen wurden von einer rapiden Verschlechterung in der rhodesischen Wirtschaft begleitet. Entgegen der von offizieller Seite in Salisbury wieder und wieder geäußerten Überzeugung von der angeblichen Stabilität wird das Volkseinkommen 1978 zum zweiten Mal hintereinander um 7 % zurückgehen. Die Zeiten wirtschaftlicher Expansion nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung 1965 sind damit endgültig vorbei. Allein die Industrieproduktion fiel in den vergangenen drei Jahren um ca. 15 %. Viele mittlere und kleine Unternehmen schlossen ihre Tore, auffallend viele weiße Farmer verließen ihren Besitz. Vergangenen August setzten sich 1300 Rhodesier weißer Hautfarbe ins Ausland ab. Die Außerkraftsetzung des Byrd-Amendments – letzteres erlaubte amerikanischen Firmen seit 1971 gegen die verpflichtenden Sanktionsbeschlüsse der UNO zu verstoßen – und die sinkenden Rohstoffpreise auf den Weltmärkten – es gibt bekanntlich viele, die sich wie BP und Shell um UN-Sanktionen wenig scheren – verursachten einen spürbaren Rückgang der Devisenreserven. Innerhalb Jahresfrist sah sich das Regime im April erneut gezwungen, den rhodesischen Dollar abzuwerten. Bei Vorlage des Staatshaushalts mußten deshalb erstmals Zwangsanleihen eingeführt werden, um die Kriegsmaschinerie, die täglich 210 Mio DM verschlingt, weiter in Gang halten zu können.

Die Folgen der wirtschaftlichen Krisensituation werden voll auf die schwarze Bevölkerung abgewälzt; sie ist durch die steigende Inflationsrate, die Zunahme der Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Einfrierung der Löhne und Sozialausgaben,

sowie der Schließung von Hunderten von Schulen am härtesten getroffen. Wachsender Widerstand wird blutig unterdrückt, wie der Bergarbeiterstreik, bei dem vier Menschen umkamen.

Unterdessen kommen die angloamerikanischen Verhandlungsversuche wegen der verzögernden Taktik von Smith kaum vom Fleck. London und Washington hatten es wohlweislich unterlassen, das Abkommen von Salisbury zu bejubeln. Obwohl in Abstimmung mit Südafrika selbst auf eine neokolonialistische Lösung hinarbeitend, waren sie realistisch genug, die Existenz und das Gewicht der Patriotischen Front nicht zu leugnen. Die auffällige diplomatische Aktivität in Sachen Rhodesien ist von einer eher vorsichtigen Beobachtung und Unterstützung der „internen Lösung“ geprägt, bei Fortführung intensiver Verhandlungen mit der Patriotischen Front und den Frontstaaten.

In einer Reihe vorbereitender Gespräche für eine Neuauflage der Malta-Konferenz vom letzten Jahr zeigten sich die Führer Nkomo und Mugabe kompromißbereit hinsichtlich der Rolle der UNO und des britischen Kommissars in einer Übergangsperiode, blieb aber konsequent was die Besetzung der Schlüsselpositionen in einem Übergangskabinet und die Etablierung eines Einparteiensystems betrifft, worauf die intensiven Bemühungen zum Zusammenschluß von ZANU und ZAPU hinielen.

Smith in Lusaka gescheitert

Eine geschlossene Ablehnung neuer Verhandlungen unter Einschuß der Patriotischen Front kennzeichnete in der Anfangsphase die Haltung der Marionettenregierung in Salisbury. Smith und Chirau bedeuteten jedoch schon im Juni unter dem Eindruck, daß die interne Lösung die erhoffte Stabilisierung des Regimes nicht erbringen konnte, eine gewisse Bereitschaft, an einer Allparteien-Konferenz teilzunehmen; ihre Gespräche mit britischen und amerikanischen Unterhändlern sowie den Außenministern der beiden Länder brachten bis heute jedoch keine Fortschritte. Der ursprüngliche Termin für die Konferenz im April 1978 ist längst geplatzt.

Smiths spektakulärer Gang nach Lusaka zu einem Geheimgespräch mit Nkomo im August d. J. enthielt unzweifelhaft das Eingeständnis, daß seine Koalition mit Chirau und Co alleine keine Aussicht auf Erfolg mehr hat. Schon früh wurde seitens der USA, Großbritanniens und Südafrikas dieses imperialistische Manöver versucht. Mit Hilfe des unter starkem innenpolitischen Druck stehenden Kaunda wollte man die ZAPU aus der Patriotischen Front herauslösen und in die „interne Lösung“ integrieren. Nkomo versicherte jedoch anschließend, er werde mit Smith nicht hinter Mugabes Rücken über wichtige Fragen sprechen. Der Vizepräsident der ZAPU, Chinamano, ließ mittlerweile erklären, daß Nkomo niemals zurückkehren werde, um sich dem Exekutivrat anzuschließen. Es blieb auf dem anschließenden Treffen der Frontstaaten und der Patriotischen Front dennoch ein gewisses Unbehagen.

Das Ende der Übergangsregierung unter Smith ist abzusehen. Der letzte Teil des Abkommens vom 3. März, die Wahlen, haben wenig Aussicht, noch durchgeführt zu werden. Smith fühlt sich nach jüngsten Äußerungen auch nicht mehr an das Abkommen gebunden. Wahlen wären außenpolitisch ohnehin wenig erfolgversprechend, weil sie kaum so abgehalten werden könnten, daß sich einige westliche Länder zur Aufhebung der Sanktionen bereitfinden könnten. Ohne die Patriotische Front läßt sich über Zimbabwes Zukunft nicht mehr entscheiden.

Anmerkungen:

- 1) Neues Deutschland, Berlin, 13./14. 5. 1978
- 2) Süddeutsche Zeitung, 18. 5. 1978
- 3) Baghdad Observer, Bagdad, 19. 5. 1978
- 4) Observer, London, 13. 8. 1978

Wolfgang Zank

Botswana – das schwächste Glied



Botswanische Kamelreiterpatrouille an der Grenze zu Südafrika (l.); Präsident Khama (r.)

Eingeklemmt zwischen Rhodesien und der Republik Südafrika liegt Botswana, eine Insel Schwarzafrikas inmitten des Herrschaftsgebietes der Rassisten. Zwischen dem Sambesi im Norden und dem Malopo im Süden erstreckt sich ein Gebiet von der Größe Frankreichs. In ihm leben etwa 700.000 Menschen, etwa soviel wie in Essen. Die Bevölkerungsdichte von 0,8 Personen je qkm ist selbst für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich gering: Die Insel ist kaum bewohnt.

Das Land ist lebensfeindlich. Der größte Teil der Oberfläche wird von der Kalahari-Wüste eingenommen. Flugsandfelder und vor allem Dornbuschsteppe bestimmen das Bild. In den östlichen Ausläufern der Kalahari, in einem schmalen Streifen von etwa 70 km Breite, entlang der Grenze zu Südafrika und Rhodesien, konzentriert sich die Bevölkerung. Viehherden und etwas Ackerbau, einige moderne Bergwerke, etwas Verwaltung und Dienstleistungen, wenige Kleinbetriebe, eine Bahnlinie, das ist Botswana.

Noch um die Zeitenwende war der Südteil Afrikas ausschließlich von Buschmännern bewohnt – kleinen, hellbraunhäutigen und dünnlippigen Jägern und Sammlern, die in kleinen Stämmen ihre jeweiligen Gebiete durchstreiften. Dann erfolgte in zwei Wellen vom Norden her die Einwanderung der negroiden Bantu, kulturell und technisch weit überlegene Bauernvölker. In den östlichen Ausläufern der Kalahari wurde das Volk der Tswana sesshaft; die Buschmänner wurden absorbiert oder verdrängt. In der Kalahari fanden sie eine ökologische und politische Nische, wo 20.000 von ihnen heute noch leben.

Die Tswana gingen in dem regenarmen und wenig fruchtbaren Gebiet vorwiegend zu Viehzucht über, Rinder und Ziegen. Sie gaben die Landbearbeitung allerdings nicht völlig auf, vorwiegend Hirse, Mais und Hülsenfrüchte. Vieh war Privateigentum, Weideland Gemeinbesitz.

Stammesoberhaupt ist der Kgosi (König, Häuptling), der alle ausführende und rechtsprechende Gewalt unter Hinzuziehung von Unterhäuptlingen vereint. Er kann allein entscheiden, muß aber vorher die Versammlung der Männer

des Stammes anhören. Es herrscht Redefreiheit. Kriegsbeute gehört dem Kgosi; aber man erwartet von ihm, daß er sie weitergibt, aus Getreide beispielsweise ein Getränk für alle brauen läßt. Das Amt des Kgosi ist in männlicher Linie erblich, aber: „Ein Häuptling muß seinem Stamm dienen.“ Erfüllt er die Erwartungen nicht, wandert ein Teil des Stammes aus. Oder der Kgosi wird schlicht ermordet.¹

Durch lange Traditionen geformt, verhalten sich Kgosi entsprechend. Diese Haltung war notwendig zum Funktionieren des sozialen Systems. Ein Ergebnis ist die enge Bindung der Stammesmitglieder an ihren Häuptling. Das gilt heute noch.

Protektorat Bechuanaland

1884 ließ Cecil Rhodes das heutige Botswana von britischen Truppen besetzen und erklärte es zum Protektorat Bechuanaland. Das Deutsche Reich faßte damals in Südwestafrika Fuß, nördlich des Oranje-Flusses lagen die Burenrepubliken, und Rhodes wollte eine Vereinigung beider Bereiche verhindern, gleichzeitig die Landverbindung vom Kap nach Nordosten sichern. Das Siedlungsgebiet der Tswana war damit auf die Kap-Kolonie und Bechuana aufgeteilt. Bechuana spielte in der Politik des britischen Imperialismus eine untergeordnete Rolle. 1897 ließen die Briten über sein Territorium eine Bahnlinie zu den rhodesischen Minenbezirken bauen; sie importierten etwas Fleisch und die Tswana waren als Saisonarbeiter für die südafrikanischen Bergwerke nützlich. Ansonsten interessierte Bechuana nicht.

Wie in anderen Gebieten herrschten die Briten mittels der „indirekten Herrschaft“. Sie beschränkten sich auf die Durchsetzung der Rahmenentscheidungen und überließen die Verwaltung den traditionellen einheimischen Eliten. Man erschütterte deren Position so wenig wie möglich, hielt sie sich gewogen und vermittelte dem Nachwuchs eine britische Ausbildung. Indirekte Herrschaft und ökonomisches Desinteresse sorgten dafür, daß die traditionellen Strukturen in

einem Ausmaß überdauerten, wie es selten der Fall ist. Auch ethnisch waren die Tswana weitgehend unter sich geblieben. Keine Masseneinwanderung weißer Siedler wie in Rhodesien, kein Import indischer Arbeitskräfte wie in Südafrika, keine Verpflanzung afrikanischer Völker. 1965 lebten ganze 8.000 Nichtafrikaner in Bechuana.

Wäre es allein nach den südafrikanischen Rassisten gegangen, wären die Tswana nicht unter sich geblieben. Zwischen den Weltkriegen und noch Anfang der 50er Jahre unternahm Südafrika einige Anläufe, sich Bechuana einzuverleiben. Die Regierung in Pretoria wollte es für 35.000 Pfund kaufen; sie drohte damit, den Tswana die Arbeitsmöglichkeiten in den Transvaal-Minen zu nehmen, und sie übte Druck auf die britische Regierung aus.²

Antirassistische Tradition der Tswanas

Die Tswana-Häuptlinge organisierten erfolgreichen Gegen- druck: Der Kampf gegen den burischen Rassismus hat heute eine jahrzehntelange Tradition. Personifizierung des Wider- standes der Tswana gegen den Rassismus ist Seretse Khama.³ Er wurde 1921 als Kronprinz der Kgosi-Dynastie der Bamangwato, des mit Abstand größten der acht Tswana- Stämme, geboren. Von seinem regierenden Onkel wurde er zunächst nach Südafrika geschickt (es gab dort damals noch Ausbildungsstätten für Afrikaner), dann nach Oxford und London. Durch seine Heirat mit einer weißen Angestellten bekam er einige Auswirkungen der Apartheid am eigenen Leib zu spüren. Wegen seiner Mischehe belegte ihn die Süd- afrikanische Regierung mit einem Einreiseverbot, 1951 ver- bot ihm Churchill auf südafrikanischen Druck hin die Rück- kehr nach Bechuana. Sie wurde ihm erst 1956 nach Ver- zicht auf die Häuptlingswürde gestattet.

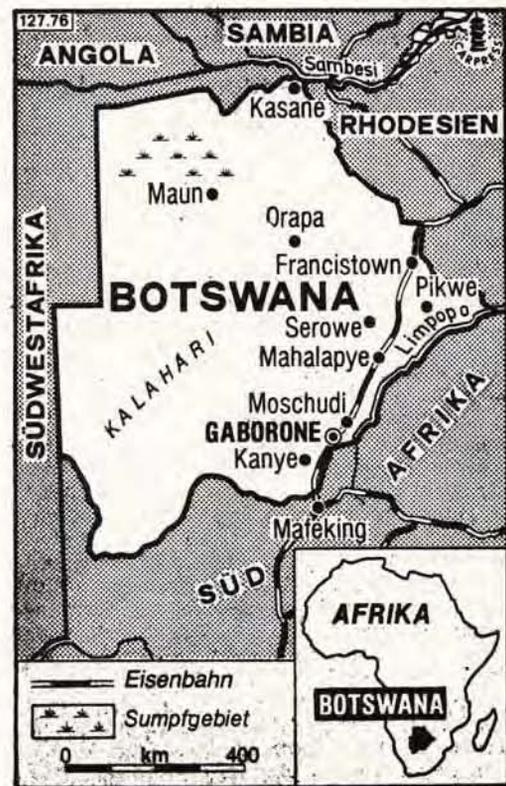
1963 begann Khama im Gebiet seines Stammes mit der Or- ganisierung der Demokratischen Partei von Botswana (BDP), im März 1965 gewann er die ersten allgemeinen Wahlen (29 von 32 Sitzen), wurde Ministerpräsident der ersten autonomen Regierung, und im September 1966 übernahm er in der neuen Hauptstadt Gaborone das Amt des Präsidenten von Botswana.

Am 30. September 1966 wurde Botswana formal unabhängig. Das Wort „unabhängig“ konnte einem Beobachter damals allerdings nicht ohne ironischen Unterton über die Lippen kommen: Der Außenhandel war mit Südafrika über eine Zollunion verkettet. Die Inlandswährung war der südafrika- nische Rand. Die Bahnlinie gehörte der rhodesischen Eisen- bahngesellschaft. Botswana besitzt keinen Zugang zum Meer, und fast der gesamte Außenhandel mußte über die RSA oder Rhodesien gehen. 3/4 aller Importe kamen aus diesen Län- dern, 2/3 der Exporte gingen via Südafrika nach Groß- britannien.⁴

Infrastruktur und Landwirtschaft waren kaum weiterent- wickelt, und nach wie vor mußten 30.000 Saisonarbeiter in südafrikanischen Gruben Beschäftigung suchen. Mehr als 3/4 der Bevölkerung waren nach wie vor Analphabeten, einhei- mische qualifizierte Arbeitskräfte gab es so gut wie nicht. Der Staatshaushalt war hoffnungslos defizitär und auf Gedeih und Verderb von britischen Unterstützungszahlungen ab- hängig. Kein Zweifel, in dieser Art „Unabhängigkeit“ sah Pretoria wenig Probleme. Kein Wunder, daß die südafrika- nische Regierung Botswana als Brückenkopf betrachtete, als Mittler in einem anzustrebenden „Dialog“ mit Schwarz- afrika.

Botswana ging jedoch daran, sich aus der Umarmung zu lö- sen. 1969 wurden die Ausgleichszahlungen innerhalb der Zollunion mit der RSA neu ausgehandelt. Zwischen Botswana, Lesotho, Swasiland und der Republik Südafrika herrscht zollfreier Warenverkehr. Dafür werden an der Gren- ze zu Südafrika alle Waren einheitlich mit dem südafrika-

Botswana-Daten



Lage: Nachbarländer: Republik Südafrika, Namibia, Zimbabwe und Sambia.

Fläche: 570.000 qkm

Bevölkerung: 725.600, davon 46.000 Wanderarbeiter.

Hauptstadt: Gaborone

Wirtschaft: Hauptsektor Landwirtschaft, insbesondere Viehzucht. Verarbeitende Industrie ist noch wenig entwickelt und in Kleinbetrieben organisiert. Wichtigstes Unternehmen ist die fleischverarbeitende Botswana Meat Commission. Der Bergbau nahm in den letzten Jahren eine schnelle Entwicklung und trug 1976 etwa 12 % zum Bruttoinlandsprodukt bei. Wichtigstes Mineral: Diamant. Daneben Kupfer, Nickel, Mangan, Asbest, Kohle. Wichtigstes Exportland: Großbritannien; wichtigster Importlieferant: Republik Südafrika; Hauptexportgüter: Fleisch, Kupfer, Diamanten.

Infrastruktur: Das Straßennetz besteht im wesentlichen aus Sandpisten mit relativ wenig Asphaltstraßen um Gaborone und Francistown. Die einzige Bahnlinie ist nach wie vor im Besitz der Rhodesian Railways.

Bildungswesen: 70 % der Kinder besuchen die Primarschule, nur 7 % der 13–17-jährigen die Sekundarschule. 465 Studenten im In- und 218 im Ausland (1976). Mangel an einheimischen Fachkräften auf allen Gebieten. Analphabetenrate beträgt noch 65 %.

Religion: Animismus (Naturreligion)

Politische Struktur: Parlamentarische Regierungsform nach britischem Muster. Parlament mit zwei Kammern, Nationalversammlung und Kammer der Häuptlinge. Es gibt vier Parteien, von denen die Demokratische Partei Botswanas (BDP) die Regierungspartei von Präsident Seretse Khama ist. Die anderen sind die Volkspartei Botswanas (BPP), die Nationale Front Botswanas (BNF) und die Unabhängigkeitspartei Botswanas (BJP), die sich derzeit in 5 von insgesamt 32 Parlamentssitzen teilen. Für 1979 sind Parlamentswahlen angesetzt.

nischen Zollsatz belegt, wofür Botswana Ausgleichszahlungen von Pretoria erhält; vor 1969 nicht der Rede wert, dann immerhin 1/3 der Einnahmen des Staatshaushaltes. 5 Mio Rand waren es 1970, 1975 schon 25 Mio. Beim Herauswinden aus der südafrikanischen Umarmung kamen Botswana einige geologische Entdeckungen zu Hilfe. In den Jahren seit 1959 wurden große Mengen an Bodenschätzen entdeckt, und fast jedes Jahr kamen neue Funde hinzu. 1966 arbeiteten gerade zwei kleine Mangan-Gruben und eine unbedeutende Asbest-Mine. Aber 1970 nahm die Diamant-

Grube bei Orapa die Arbeit auf, 1973 die Kupfer-Nickel-Zeche bei Selebi-Pikwe und der Kohlen-Abbau bei Moropule, 1976 eine zweite Diamant-Grube bei Lethlkanne, und 1977 wurde der Abbau eines weiteren Diamant-Feldes, bei Jaweng, in Planung genommen.⁵ Diese dritte Grube wird Botswana Mitte der 80er Jahre in die Gruppe der größten Diamantenproduzenten der Erde aufrücken lassen.⁶ Die Regierung in Gaborone verfügt damit seit Anfang der siebziger Jahre über eine zusätzliche, ergiebige Finanzquelle.

Im äußersten Nordosten, am Sambesi, grenzt Botswana in einem winzigen Streifen von 400 m an Sambia. Eine Fähre (Freiheitsfähre) ist die einzige direkte Verbindung zu Schwarzafrika. Dieser Grenzübergang lag abseits der vom Kolonialismus organisierten Güterströme. Schon 1966 kamen Sambia und Botswana überein, eine gepflasterte Allwetter-Straße zwischen beiden Ländern einzurichten. Der Bau wurde 1972 begonnen. Diese Straße, die Bot-Sam, wird die weiße Umklammerung einen weiteren Spalt öffnen. Besonders die neuen Bergwerke machten das Problem der Energieversorgung akut. Strom aus Südafrika zu importieren, wäre nur halb so teuer gewesen wie die Eigenerzeugung von Energie. Botswana entschied sich für den Aufbau eigener Kraftwerke.

Die bisher wichtigste Maßnahme gegen die südafrikanische Vorherrschaft ergriff Botswana im September 1974, als es die Währungsunion mit der RSA aufkündigte. Seit 1976 verfügt es über eine eigene Währung, den Pula, und eine eigene Zentralbank, damit über die Instrumente einer unabhängigen Währungspolitik. 1976 wurden schließlich die Übernahme der Bahnlinie und die Auflösung der Zollunion mit der RSA als Ziele der Regierungspolitik benannt.

Parallel mit dem schrittweisen Herausarbeiten aus der ökonomischen Umklammerung ging ein Erweitern des politischen Spielraumes. Die scharfe öffentliche Verurteilung der Apartheid bildet bereits eine traditionelle Konstante. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion und zur VR China 1971 gegen den erklärten Willen Pretorias dokumentierten den Willen zu einer unabhängigen Außenpolitik. Die Unterschrift Khamas schließlich unter die erste gemeinsame Erklärung der Frontstaaten im September 1976, dann die Resolution des Luanda-Gipfels 1977 zeigten, daß auch Botswana entschlossen war, sein außenpolitisches Gewicht für die Befreiungsbewegungen in die Waagschale zu werfen.

Es überrascht nicht, daß sich die Einstellung der anderen Staaten Schwarzafrikas, die Botswana zunächst mit erheblicher Skepsis begegneten, wandelte. Tansanias Präsident Nyerere: „Wir haben mit Bewunderung die Entwicklung Botswanas in den letzten Jahren verfolgt.“⁷

Herauswinden aus der RSA-Umklammerung

Botswana ist auf dem Weg zur Unabhängigkeit ein großes Stück vorangekommen. Aber am Ziel ist es noch nicht. Fortschritte trugen oft Kompromißcharakter. So mußte Botswana bei Erschließung der Bergwerke den Zustrom südafrikanischen Kapitals akzeptieren. Der De Beers-Konzern ist an der Diamantenproduktion beteiligt, die Anglo-American an der Kupfer-Nickel-Grube in Selebi-Pikwe.

Es ist wahr, nach wie vor betreibt Botswana mit den Rassist-Staaten eine umfangreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit. Vorschläge in Richtung auf einen hundertprozentigen Bruch sind jedoch wenig praktikabel. Nach wie vor verfügt Pretoria über eine Klaviatur von Druckmöglichkeiten. Gelegentlich z. B. stockt der Transport botswanischer Güter zu den südafrikanischen Häfen aufgrund „technischer Schwierigkeiten“. Seit einigen Jahren setzen Pretoria und Salisbury zusätzlich nackte militärische Gewalt ein. Allein 1976 überschritten die Truppen des Smith-Regimes 12 mal die Grenze.⁸ Botswanas bewaffnete Kräfte, eine Polizei von 9.000 Mann, kann da wenig ausrichten. Auch der 1977 be-



Zerstörtes ZAPU-Büro in Francistown

schlossene Aufbau einer Armee wird an der militärischen Verwundbarkeit kurzfristig wenig ändern.

Der äußere Druck zwingt Botswana Zurückhaltung bei der materiellen Unterstützung der Befreiungsbewegungen auf. Militärisches Hinterland ist es kaum. Die Ausbildung der Guerilla muß andernorts organisiert werden, Versorgung in großem Stil kann über Botswana nicht erfolgen, und auch gegen den zeitweiligen Rückzug von Truppen der Befreiungsbewegungen auf ihr Territorium nimmt die Regierung in Gaborone zumindest offiziell Stellung.

Botswana ist hingegen seit langem wertvoll als Zuflucht- oder zumindest Übergangsstation für politisch Verfolgte. Die Zuflucht ist jedoch unsicher, denn Pretoria oder Salisbury empfinden gegenüber Botswanas Souveränität wenig Skrupel. Rhodesische Truppen entführten vier botswanische Staatsangehörige, um sie vor Gericht zu stellen, und der südafrikanische Studentenführer Ongkopotse Abraham Tiro wurde in Gaborone durch eine Paketbombe ermordet. Büros der Befreiungsbewegungen in Francistown flogen in die Luft.

Innenpolitisch macht Botswana im „Auge des Zyklons“ einen fast idyllisch ruhigen Eindruck. Größere Auseinandersetzungen finden nicht statt, die Opposition hat Bewegungsfreiheit, die parlamentarische Demokratie funktioniert. Scheinbar eines der wenigen Beispiele, wo der Export britischer Institutionen gelungen ist.

Gelungen ist der Export der Hülle. Politisch dominieren nach wie vor die Häuptlinge. Khama hat ihr Vertrauen, die Tswana vertrauen den Häuptlingen, und so erhielt Khama bei jeder Wahl seine 95 %. Die Bevölkerung sah bisher wenig Anlaß, gegen die politischen Strukturen anzugehen. Mit wenigen Ausnahmen wird sie als unpolitisch geschildert. Die Wahlbeteiligung sank von 70 % auf 35 % 1974. Es sind allerdings Kräfte am Werk, die auf eine Erschütterung des traditionellen Gleichgewichtes hinarbeiten. Die Landwirtschaft kann die wachsende Bevölkerung nicht ernähren. Ersatzarbeitsplätze gibt es zum Teil in den Städten oder nach wie vor in Südafrika. Familienstrukturen und alte Bindungen werden zerrissen. Traditionell ist die Kleinfamilie, aber in dem Großdorf Manyana beispielsweise waren 1972 70 % aller Mütter unter 30 Jahren nicht verheiratet.⁹

Die Bauern mit privatem Landbesitz breiten sich außerhalb und auf Kosten der Stammesgebiete aus, und innerhalb der Stammesgebiete schreitet die Konzentration des Viehbesitzes voran (Khama selbst ist einer der größten Viehbesitzer). Neue Klassen entstehen. In den Städten entwickelte sich eine, wenn auch noch kleine, Händlerschicht. Lohnarbeit breitet sich aus, gegenwärtig sind es 10 %. Dabei verdienen Lohnabhängige im Agrarbereich etwa 1/6 von dem, was in der Industrie und im Dienstleistungssektor gezahlt wird. Hochdotierte weiße Experten führen einen Lebensstil vor, der in krassem Gegensatz steht zur Armut vieler schwarzer Arbeiter, insbesondere der Arbeitslosen. Das Proletariat ist noch

schwach. Gegenwärtig sind es kaum 50.000, davon etwa 11.000 organisiert. Noch kein gewichtiger Machtfaktor, aber es fängt an, sich bemerkbar zu machen. Im Sommer 1975 traten die Grubenarbeiter von Selebi-Pikwe in einen Streik für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Regierung und Konzerne, die gemeinsam die Grube betreiben, machten gegen die Arbeiter Front. 2.800 Arbeiter wurden entlassen, der Streik brach zusammen.¹⁰

Die Führung Botswanas sucht die Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital, nur eben nicht mit südafrikanischem. Von „Sozialismus“ oder „nichtkapitalistischem Entwicklungsweg“ findet sich in den Plänen der Regierung kein Wort. Die Ziele des laufenden Planes lauten: Ökonomisches Wachstum, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Unabhängigkeit, stetige Entwicklung. Neben der gezielten Ermunterung ausländischer Investoren setzt die Regierung auf die Entwicklung eines eigenständigen privaten Unternehmertums. In ihm sehen die traditionellen Eliten ihre Fortsetzung in einem modernisierten Botswana.

Hoffnungen des Westens

Westliche Afrika-Politik setzt mit Grund in Botswana als „gemäßigtem“ Staat einige Hoffnung. Die Bundesrepublik ist übrigens wirtschaftlich wie politisch mit von der Partie. Die Metallgesellschaft ist der größte Vermarkter des Kupfers von Selebi-Pikwe, Botswana erhält Entwicklungshilfe (1977 waren es 19 Mio DM Finanzspritzen und 4 Mio technische Unterstützung), und im März 1977 war die damalige Entwicklungsministerin Schlei zu Besuch in Gaborone.

Botswana ist der schwächste der Frontstaaten. Seine Bevölkerung ist am kleinsten, und er ist ökonomisch wie militärisch am verwundbarsten. Selbst elementar am Sturz der Rassistenregime interessiert, leistete und leistet er seinen Beitrag zum Befreiungskampf. Auf dem Weg der Herauslösung aus kolonialen Herrschaftsstrukturen konnte er beachtliche Fortschritte erlangen. Sein Präsident steht in einer

langen Tradition des Kampfes gegen den Rassismus. Aber es ist eine andere Tradition anticolonialistischen Kampfes, als sie der Postangestellte Patrice Lumumba oder der Krankenpfleger Samora Machel verkörpern. Obwohl in aktiver Auseinandersetzung mit dem rassistischen Teil des imperialistischen Herrschaftssystems, arbeitet Botswana mit anderen imperialistischen Staaten zusammen und ist mit ihnen vernetzt. Das Erkennen der wirklichen Bündnispartner und Gegner wird dadurch erschwert. Traditionelle Eliten haben einen Einfluß wie selten, deren Positionen wiederum gerade durch die von ihnen geförderte kapitalistische Entwicklung gefährdet wird. Man sieht schwer, wie unter diesen Vorzeichen die innere Stabilität langfristig erhalten bleiben kann.

Anmerkungen:

- 1 Eine systematische Einführung in die Lebensweise der Tswana existiert nicht. Die Ausführungen hier beruhen auf einigen Artikeln der Informationsblätter aus Botswana, insbesondere Nr. 5 / 1975
- 2 Ebenda, 3 / 1975
- 3 Eine Biographie Khamas findet sich z. B. in Horizont, Berlin, Nr. 24 / 1973
- 4 Vgl. H. Tschakert, Verkehrsströme, Infrastruktur und Kooperation in der Konfliktregion südliches Afrika – unter besonderer Berücksichtigung von Sambia und Botswana, Hamburg 1977, S. 39 ff.
- 5 Ausführliche Darstellung des Bergbaus z. B. in A. Halbach, Botswana – Wirtschaftsstruktur, herausgegeben von der Bundesstelle für Außenhandelsinformation
- 6 Handelsblatt, 1. 6. 1978
- 7 Zitiert bei H. Tschakert, Verkehrsströme, a. a. O., S. 49
- 8 Erklärung von Vizepräsident Masire, zit. in Horizont, Nr. 3 / 1977
- 9 Report on Village Studies (1972), zitiert bei F. Kürschner, Botswana, in: D. Nohlen / F. Nuscheler (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. 2 Afrika, Hamburg 1976, S. 119
- 10 Informationsblätter aus Botswana, 5 / 1975

Das AIB verschenken!

Liebe AIB-Abonnenten und Leser,

wenn Sie zu Weihnachten, an Geburtstagen oder zu anderen Anlässen ein nicht alltägliches Geschenk suchen, empfehlen wir Ihnen ein **AIB-Geschenkabo**.

Sie machen damit sich und dem Beschenkten eine Freude. Sie stärken damit das AIB. Und Sie können damit der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung einen neuen Interessenten oder Engagierten gewinnen helfen.

Das Geschenkabo kostet bis zum 31. 12. 1978 nur 15,- DM, ab Januar 1979 kostet es 20,- DM. Geben Sie dazu Ihre Anschrift wie die des Beschenkten an und Ihre Unterschrift. Senden Sie diesen Abschnitt oder ein entsprechendes Anschreiben an uns ein und überweisen Sie zuvor den Abo-Betrag auf das Konto: Postscheck-Konto Ffm., 312093-607 Weltkreis Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund. Wir senden dann dem Beschenkten umgehend oder zum gewünschten Zeitpunkt ein Geschenkschreiben zu.

Ich verschenke ein AIB-Jahresabo ab Nr. an:

(Name und Anschrift des Beschenkten)

Schenkender:

(Name und Anschrift)

(Datum der Zustellung)

(Unterschrift)



Johannes Kluthe **Addis Abeba-Konferenz**



Fidel Castro und Haile Mariam Mengistu in Addis Abeba

„Castro trägt Hornbrille – die kubanische Revolution jetzt völlig verbürokratisiert.“ So oder ähnlich hätte es sich wohl angehört, wenn der Spiegel über die Solidaritätskonferenz zu berichten gehabt hätte, die am 14. September 1978 von Fidel Castro und dem äthiopischen Staatschef Mengistu in Addis Abeba eröffnet wurde. In der Tat trug der Kubaner eine Brille. Doch wem die politischen Inhalte wichtiger sind als Äußerlichkeiten, für den erbrachte die Konferenz, die die Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) initiiert hatte, wichtige und z. T. neue Ergebnisse.

Schon die Thematik (offizieller Titel: Internationale Konferenz der Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Völker gegen Imperialismus und Reaktion) zielte auf eine wichtige politische Aussage: die Verzahnung der Probleme Afrikas mit denen des arabischen Raumes. Und so war denn auch in den Diskussionsbeiträgen ein wesentlicher Gedanke, daß der Imperialismus derzeit eine abgestimmte Offensive in diesen beiden Weltregionen gestartet hat. Vom Eingreifen Ägyptens und Marokkos in Zaire (Hand in Hand mit Frankreich und Belgien) über die Rolle der arabischen Reaktion, insbesondere der Saudis, in Eritrea und im Ogaden, bis zu den NATO-Plänen einer „patriarchischen“ Streitmacht und den Destabilisierungs- und Putschversuchen gegen fortschrittliche Regimes reicht die Kette der Beispiele an denen die imperialistische Strategie in der afro-arabischen Region deutlich wird. Offensichtlich geht es dabei u. a. darum, den stark unter Druck geratenen Rassistenregimes im Süden Afrikas etwas Entlastung zu verschaffen, indem man neue Frontabschnitte eröffnet und neue Konflikt-herde vor allem in Schwarzafrika schafft.

Ihr politisches Gewicht bezog die Konferenz von Addis Abeba zu einem großen Teil aus der breiten und in vielen Fällen sehr prominenten Teilnehmerschaft. Die Befreiungsbewegungen waren durchweg mit führenden Vertretern gekommen, so Nkomo und Mugabe für die Patriotische Front und Alfred Nzo für den ANC-Südafrika, Mansur Omar für die POLISARIO und Abdullah Hourani für die PLO. Die PFLO, die Befreiungsbewegung des Oman, die in den vergangenen Jahren einige Rückschläge hatte einstecken müssen, war zum ersten Mal seit langem wieder auf einer internationalen Konferenz vertreten. Als bewußte Demonstration

der weltweiten Einheit des antiimperialistischen Kampfes muß auch die Teilnahme des chilenischen KP-Generalsekretärs Luis Corvalan, der Frente Sandinista aus Nicaragua und der Montoneros aus Argentinien verstanden werden.

Insgesamt waren über 70 Länder mit Solidaritätsorganisationen, Parteien und – vor allem aus Schwarzafrika – Regierungsvertretern präsent. Aus der Bundesrepublik nahm das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) teil.

Erstmals Verurteilung Chinas

Neben der Analyse neuerer Tendenzen der imperialistischen Politik in Afrika und im arabischen Raum versuchte die Konferenz auch einige verallgemeinernde Schlußfolgerungen für den Kampf der antiimperialistischen Kräfte zu ziehen (siehe Wortlaut der Abschlusßerklärung). So wurde Addis Abeba vor allem auch zu einem eindringlichen Plädoyer für die Einheit aller progressiven Kräfte. Als strategische Kernfrage wurde das Bündnis der nationalen Befreiungsbewegungen mit den sozialistischen Ländern betrachtet, wobei die Rolle der Sowjetunion und Kubas nicht nur als wichtiger Faktor sondern auch als politisch und moralisch völlig legitim bewertet wurde. Zum ersten Mal wurde auf einer Konferenz dieser Art die chinesische Außenpolitik verurteilt. Daß mit Ausnahme der rumänischen Delegation alle Teilnehmer der entsprechenden Passage in der Abschlusßerklärung zustimmten, wurde als kleine Sensation empfunden. Offenbar hatten die chinesischen Provokationen gegen Vietnam auch bei denen, die noch einige Illusionen über den Charakter der maoistischen Politik hatten, die letzten Zweifel beseitigt.

Um ein kurzes Fazit zu ziehen: Die Konferenz von Addis Abeba war ein wichtiger Schritt nach vorn in der Analyse der derzeitigen Lage in Afrika und in der arabischen Region; es wurden wichtige Schlußfolgerungen für die Praxis der antiimperialistischen Bewegung gezogen. Koordiniertes Handeln der nationalen Befreiungsbewegungen, der sozialistischen Länder, der fortschrittlichen Regimes in Afrika und im Nahen Osten und der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung ist dabei eine entscheidende Voraussetzung für ein erfolgreiches Handeln. Addis Abeba war ein wichtiger Beitrag dazu.

Abschlußerklärung

1. Die Teilnehmer der Internationalen Konferenz, die vom 14. bis 17. September 1978 in Addis Abeba stattfand, Vertreter von Regierungen, Parteien, nationalen, internationalen und regionalen Organisationen und Nationalen Befreiungsbewegungen, erklären ihre feste Solidarität mit dem Kampf der afrikanischen und arabischen Nationen gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus und Rassismus, für Freiheit, Unabhängigkeit, sozialen, ökonomischen und kulturellen Fortschritt. (. . .)

7. Die Aktionseinheit zwischen den Kräften des Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen, die im Kampf gegen den Kolonialismus für Freiheit und Unabhängigkeit entstand, ist heute zu einem überragenden Faktor für Entwicklung und Fortschritt in der Welt geworden. Der Kampf für Frieden und Abrüstung gehörte immer zu den wichtigsten Zielen der fortschrittlichen Kräfte und der sozialistischen Länder, denn der Kampf um wirkliche Unabhängigkeit und ökonomische Entwicklung ist eng mit dem Kampf für Frieden und Abrüstung verknüpft. Der richtige Weg ist Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichberechtigung und insbesondere die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern. Es ist unbedingt notwendig, die starke antiimperialistische Front aus den sozialistischen Ländern, den nationalen Befreiungsbewegungen, den fortschrittlichen Schichten in den Entwicklungsländern und der Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften in der kapitalistischen Welt zu festigen.

8. Die Konferenz von Addis Abeba stellt fest, daß der Imperialismus, der mit den lokalen Reaktionären Hand in Hand arbeitet, versucht, die arabischen und afrikanischen Nationen auf ihrem Weg zu nationaler Unabhängigkeit, sozialem Fortschritt und internationaler Solidarität aufzuhalten. Er versucht, mit allen Mitteln die Abschaffung der rassistischen Regimes im südlichen Afrika zu hintertreiben und die Verwirklichung eines dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten zu blockieren.

9. Diese Schlußfolgerung beruht auf Tatsachen wie

- der Einmischung der NATO in Zaire,
- der zunehmenden Anzahl von Intrigen des Imperialismus und der Reaktion im Gebiet des Roten Meeres, des Horns und anderer Teile von Afrika,
- dem Aufbau der sog. Panafrikanischen Streitmacht unter der Kontrolle von NATO-Regierungen,
- den Anstrengungen, einen Südatlantischen Militärpakt zu schaffen,
- dem Einsatz von Söldnern,
- den Versuchen, den mutigen Kampf des palästinensischen Volkes für seine nationalen Rechte zu unterdrücken und dem Nahen Osten Vereinbarungen aufzuzwingen, die den legitimen Interessen und Bestrebungen der arabischen Nationen schaden, und
- den Versuchen, im Libanon und im Süden der arabischen Halbinsel Spannungen zu schaffen, die sich insbesondere gegen die Demokratische Republik Jemen richten.

10. Die Konferenz hat die Haltung der chinesischen Führer analysiert und mit Entrüstung und Befremden deren Kollaboration mit reaktionären, imperialistischen und faschistischen Regimes festgestellt, wie Chile, der Regierung Südafrikas und Israel.

11. Die Teilnehmer der Konferenz klagen darüber hinaus die chinesischen Führer der Komplizenschaft mit der Aggression gegen Angola und Äthiopien und chauvinistischer, expansionistischer Politik gegen das sozialistische Vietnam an. Die antisowjetische Haltung der chinesischen Führer dient nicht der Sache der nationalen Befreiungsbewegung.

12. Die Teilnehmer erklären ihren festen Willen, den Rassismus im südlichen Afrika auszurotten und fordern mit Entschiedenheit die Liquidierung des Rassistensregimes in Rhodesien und die Übergabe der vollen Macht an das Volk von Zimbabwe; sie fordern den

vollständigen Rückzug Südafrikas aus Namibia, die Eliminierung des Systems der Apartheid und der Bantustans in der rassistischen und faschistischen Republik von Südafrika.

13. Die Teilnehmer verurteilen die Verhängung des Kriegsrechts und die daraufhin erfolgte Verhaftung von Hunderten von Mitgliedern der Patriotischen Front durch das faschistische Smith-Regime. Die Konferenz erklärt ihre feste Unterstützung für die Patriotische Front Zimbabwe, die SWAPO Namibias und den ANC Südafrikas, die einzigen authentischen Vertreter ihrer Völker.

14. Die Konferenz verurteilt die gemeinsamen Anstrengungen der westlichen imperialistischen Mächte in Zusammenarbeit mit ihren rassistischen Stellvertretern, den kämpfenden Völkern von Zimbabwe und Namibia neokolonialistische Lösungen aufzuzwingen.

15. Die Konferenz begrüßt die feste Haltung der Frontstaaten – Angola, Botswana, Sambia, Moçambique und Tansania – bei ihrer umfassenden Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes der Völker im südlichen Afrika.

16. Die Konferenz erklärte ihre Unterstützung für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung des heroischen Volkes der Westsahara, das unter der Führung der POLISARIO kämpft.

17. Der Sieg des sozialistischen Äthiopiens über die Kräfte des Feudalismus, Imperialismus, innerer und äußerer Reaktion, ist eine lebendige Bestätigung der unerschöpflichen und unbezwingbaren Kraft derjenigen Nationen, die den Weg der Freiheit und des Fortschritts gewählt haben. Die Teilnehmer der internationalen Konferenz bringen ihre kämpferische und brüderliche Solidarität mit dem Volk Äthiopiens zum Ausdruck und wünschen den Bürgern dieses alten afrikanischen Landes kraftvolle Einigkeit, Frieden und Wohlergehen.

18. Die Teilnehmer der Konferenz übermitteln brüderliche Solidaritätsgrüße den palästinensischen Arabern, die unerschütterlich und kühn den Verschwörungen von Imperialismus, Zionismus und arabischer Reaktion widerstehen und einen mutigen Kampf führen für ihre unveräußerlichen nationalen Rechte, für die Rückkehr in ihre Heimat, für Selbstbestimmung und die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates. Die Konferenz erklärt ihre feste Unterstützung für die PLO, die einzige legitime Vertretung des palästinensischen Volkes. Die Konferenz verurteilt die Politik der Separatlösungen für den arabisch-israelischen Konflikt. Die Konferenz erklärte ihre Unterstützung für die vollständige Befreiung aller besetzten arabischen Territorien.

19. Die Teilnehmer der Konferenz unterstreichen den großen Beitrag der Bewegung der Nichtpaktgebundenen für den Kampf der Nationen gegen den Imperialismus und die letzten Bastionen von Kolonialismus und Rassismus. Sie drücken ihre Zuversicht aus, daß die Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen im nächsten Jahr in Havanna, der Hauptstadt Kubas, ein Erfolg wird.

20. Die Internationale Konferenz in Addis Abeba erklärt ihre hohe Wertschätzung und Hochachtung vor der Sowjetunion, vor Kuba und den anderen sozialistischen Ländern, ebenso wie vor den fortschrittlichen Kräften der Welt für ihre selbstlose internationale Hilfe und Unterstützung für die afrikanischen und arabischen Nationen in ihrem gerechten Kampf. Die praktische und wirksame Solidarität Kubas ist zu einem überaus bedeutenden Faktor für die Befreiung Afrikas und die Festigung der Unabhängigkeit geworden.

21. Die Konferenz erklärt mit Entschiedenheit, daß die Völker der Welt unvermeidbar über die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion siegen werden.

22. Es werden Freiheit und Demokratie, Frieden und Fortschritt für die afrikanischen und arabischen Nationen und für die ganze Welt herrschen.

(Quelle: ASK-Mitteilung, Frankfurt/M., 28. 9. 1978)

Richtigstellung

In AIB 10/1978 ist uns ein technisches Versehen unterlaufen: In der Moncada-Rede Fidel Castros muß es auf S. 22, rechte Spalte, 11. Zeile von unten natürlich heißen, daß die Nichtpaktgebundenen-Bewegung „eine antiimperialistische, antikolonialistische und fortschrittliche Kraft sein sollte“.

Wolfram Brönner

Das Diktat von Camp David



Das Gipfeltreffen Carter-Begin-Sadat von Camp David endete am 17. September d. J. mit Vereinbarungen, die die Szenerie des Nahostkonflikts und der Palästinafrage einschneidend verändern. Sie schreiben einen Separatthandel unter amerikanischer Federführung fest, den der ägyptische Präsident Anwar al Sadat mit seiner Jerusalem-Reise im November 1977 auslöste.

Die zwei in Camp David unterzeichneten Rahmenabkommen zum Frieden im Nahen Osten bzw. für den Abschluß eines Friedensvertrages Ägypten–Israel bekunden freilich nur die halbe Wahrheit. Denn erst unter Hinzuziehung der zusätzlichen bilateralen Geheimabsprachen der Unterzeichnermächte wird die ganze Tragweite eines Komplotts sichtbar, welches das Exekutivkomitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als „ernsteste Verschwörung seit 1948“ anklagte.

Im Gegensatz dazu gaben die westeuropäischen EG-Neun einschließlich der BRD am 19. 9. 1978 eine zustimmende Erklärung ab; Bundeskanzler Helmut Schmidt bezeichnete die Camp David-Resultate gar als geeignet, den Friedensprozeß entscheidend zu fördern. Bonn bestätigte sich damit einmal mehr als verlässlicher Assistent der neokolonialistischen US-Anpassungsstrategie im Nahen und Mittleren Osten, die seit dem Oktoberkrieg 1973 hartnäckig einen „Ausgleich“ zwischen Israel und den „gemäßigten“ Arabern ansteuert.

Die Abkommen von Camp David sind zu allererst das Werk dieser „Ausgleichs“politik Washingtons, die 1974 von der Nixon-Administration eingefädelt und unter der Regie der Carter-Regierung zur Blüte gebracht wurde.

Die Anstöße zu einer gewandelten neokolonialistischen Strategie und Nahostdiplomatie bezogen die Architekten der US-Außenpolitik Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski vornehmlich aus den Rückschlägen des Vietnamkrieges, dem Ringen der Entwicklungsländer um eine Neue Weltwirtschaftsordnung, aus der Kräfteverschiebung des Oktober-

krieges (1973) und als Reaktion auf neue Bedingungen in der arabisch-persischen Region; so auf ihren außergewöhnlichen wirtschaftlichen Attraktivitätszuwachs infolge der „Ölmilliarden“, die Bedeutung der Sicherung des arabischen Ölzuflusses in die westlichen Metropolen und der Vermeidung eines erneuten Einsatzes der Ölwanne in Kombination mit dem Nahostkonflikt. Um den Nahostkonflikt in den Griff zu bekommen und die Profitinteressen der US-Monopole zu wahren, wurde ein flexibles Auseinanderdividieren der arabischen Front und Verschleppen einer politischen Gesamtlösung, d. h. der Genfer Nahostfriedenskonferenz obengestellt. Das war die Quintessenz des von Außenminister Henry Kissinger gefertigten Drehbuchs der sog. „Schritt für Schritt-Politik“ bzw. der Teillösungen ebenso wie der von der Carter-Administration zunächst in schillernden Farben offerierten vorgeblichen Nahost-„Alternative“. Beide zielten auf einen prowestlichen Interessenausgleich zwischen Ägypten/Saudi Arabien (m. E. auch Syriens) und Israel. Je mehr im Zeitraum 1973–78 die PLO und die Palästinafrage (in den Vereinten Nationen!) an Gewicht gewannen, desto verschlagener gerieten die US-Methoden zu ihrer Eliminierung.

Kissingers Separatthandel 1975

Erste Früchte trug die Washingtoner „Ausgleichs“politik mit der Ratifizierung des israelisch-ägyptischen **Sinai-Separatabkommens** am 4. September 1975, als dessen Initiator und Vermittler US-Außenminister H. Kissinger agierte. Die 1974 vertagte Genfer Konferenz und die Beschlüsse der Vereinten Nationen wurden damit unterlaufen, Hauptkonfliktparteien wie Syrien, die PLO und die Sowjetunion ausgebootet. Das Abkommen aber beanspruchte groteskerweise, eine Teillösung im Rahmen der Genfer Konferenz zu sein. Es formulierte eine definitive Verpflichtung zum Gewaltverzicht (Ar-

tikel I und II) und einen israelischen Teilrückzug an der Sinai-front.

In drei Zusatzdokumenten vereinbarte man damals u. a. die Stationierung von 200 US-„Technikern“ bzw. einer amerikanischen Überwachungsstation auf dem Sinai, eine US-Wirtschaftshilfe für Ägypten von 750 Mio Dollar, zuzüglich zweier Atomreaktor- und diverser Waffenlieferungen. Israel aber honorierten die USA mit einer 2 Mrd.-Dollar-Entschädigung und weitreichendsten Garantien, darunter dieser: „Die USA werden auf lange Sicht . . . Israels Bedürfnisse an Rüstungs- und Wirtschaftshilfe sowie Energieversorgung erfüllen . . . Die USA werden im UN-Sicherheitsrat gegen jeden Resolutionsentwurf, der das Abkommen beeinträchtigen würde, ihr Veto einlegen . . . Die USA werden einer Einberufung der Genfer Friedenskonferenz nur nach Konsultationen mit Israel zustimmen, ihre Haltung auf dieser Konferenz mit Israel abstimmen und die PLO nicht anerkennen und nicht mit ihr verhandeln, solange diese das Existenzrecht des Staates Israel nicht anerkennt.“¹

Die ägyptische Kapitulationshaltung eröffnete den USA und Israel die Blockierung der Genfer Nahostkonferenz. Sie war die faktische Aufkündigung der Verpflichtung Ägyptens gegenüber der Solidarität mit den anderen arabischen Frontstaaten und der PLO. Das Sinai-Separatabkommen erlaubte Israel, seinen militärischen Eskalationskurs vor allem gegen den palästinensischen Widerstand im Libanon zu konzentrieren. In der Tat stellte die Stilllegung der ägyptischen Front Israel einen Freibrief für das „ungehinderte Losschlagen im Norden“ aus², wie Israels Interventionismus im libanesischen Bürgerkrieg 1975/76 und sein Südlibanonkrieg im März 1978 (siehe AIB 5/1978) dokumentierten.

Im Kern waren alle diese Operationen auf die entscheidende Schwächung bzw. Zerschlagung der palästinensischen Widerstandsbewegung gerichtet, die nach dem Sinai-Abkommen zum Haupthindernis für die Verwirklichung des „Ausgleichs“ plans erwuchs – und eben hier trafen sich die Interessen der USA, Israels und des proimperialistischen arabischen Lagers.

Carters „neuer Ansatz“

Die im Ergebnis des Libanonkrieges erwachsene neue Ausgangslage barg für die im Januar 1977 installierte Carter-Administration durchaus zwiespältige Momente in sich. Die Positionsgewinne der saudisch-ägyptischen Promotoren einer „amerikanischen Lösung“ standen dem ungebrochenen Gewicht der Palästinafrage in der UNO, einer relativ raschen politischen Rekonsolidierung der PLO wie ihres Bündnisses mit Syrien gegenüber. Diese Ausgangssituation wurde zusätzlich im Mai 1977 durch die israelische Machtübernahme des unflexiblen Begin-Regimes kompliziert.

Die seither zutagegetretenen Differenzen zwischen Washington und Tel Aviv aber reduzieren sich im Kern auf Reibungsverluste zwischen dem eigendynamischen zionistischen Expansionsdrang und dem US-Drängen auf großzügigere Zugeständnisse an die „gemäßigten“ Araber. Doch die Carter-Administration bewahrt einen feinen Unterschied: Sie verstärkt einerseits ihren Druck auf die arabischen Regimes, um sie zu weiteren – in Wirklichkeit einseitigen – kapitulationalistischen Zugeständnissen gegenüber Israel zu drängen. Andererseits greift sie nicht zu einer realen Druckmaßnahme gegenüber Israel; und dies obgleich es aufgrund seiner nach wie vor extremen ökonomisch-militärischen Abhängigkeit von den USA in diesem Fall unbedingt Wirkung zeigen müßte.

Was sich insofern an Washingtons Grundposition im Nahostkonflikt geändert hat, ist also das – verglichen mit der Ära Nixon – deutlichere Abrücken von einer wenig arabische Hoffnungen nährenden eindimensionalen zu einer zweidi-

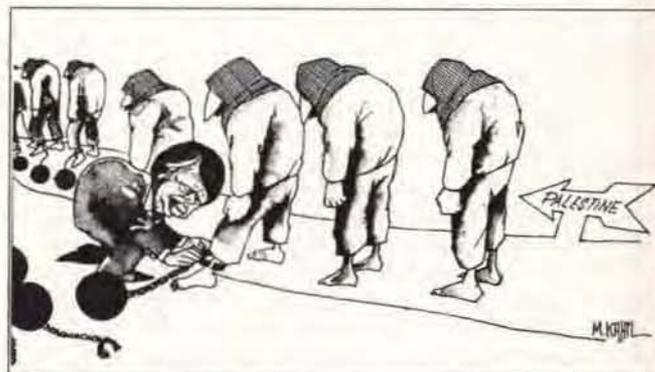
mensionalen Nahostpolitik. Freilich geschah dies bei einer weiteren Übervorteilung Israels: Das illustrierte die Fortsetzung der US-Vetopolitik im UN-Sicherheitsrat, wo man – wie im Januar 1976 – gegen eine überwältigende Mehrheit beispielsweise im Februar 1977 eine Resolution blockierte, welche Israel für seinen vollständigen Abzug aus den okkupierten Gebieten eine Frist bis zum 1. Juni 1977 setzte und die „unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, einschließlich des Rechtes auf Rückkehr und des Rechtes auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität in Palästina“ forderte.³

Im Widerspruch dazu hatte die Carter-Administration bei ihrem Amtsantritt den arabischen Völkern einen „neuen Ansatz“ im Nahen Osten verheißen, der einen „Gesamtrahmen“ bzw. eine baldige Gesamtlösung des Nahostkonflikts favorisiere. Neben der Gewährleistung „gesicherter Grenzen“ solle er auch eine „gerechte Lösung für das Problem der Palästinenser“ als die „wichtigsten Elemente“ beinhalten. Ende Juni 1977 ging sie noch einen Schritt weiter, als sie von der Notwendigkeit „einer palästinensischen Heimstätte“ sprach, welche man sich eigenständig oder „in einer Vereinigung mit Jordanien“ vorstellen könne. Weiter war von Gesprächen in „Genf noch 1977“ die Rede.⁴

„Ersatz“ für Genf

Nachdem Washington so in der arabischen Welt Hoffnungen geweckt hatte, brachte die diplomatische Mission von US-Außenminister Vance im August 1977 durch sechs Hauptstädte des Nahen und Mittleren Ostens eine erste Desillusionierung. Die Vance-Vorschläge beinhalteten: den stufenweisen Abzug Israels aus besetzten Gebieten mit einigen Grenzkorrekturen, die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Aufhebung des gegen ihn bestehenden arabischen wirtschaftlich-diplomatischen Boykotts, die Gewährung einer palästinensischen Heimstätte im Rahmen des jordanischen Staates, schließlich eine – von Ägypten lautstark befürwortete – Genf vorgeschaltete Konferenz mit „einer Art palästinensischer Beteiligung“. Nämliche unter amerikanischer Ägide geplante „Arbeitsgruppe“ der Außenminister wurde nicht nur von der PLO, sondern auch von Syriens Präsident Assad als „Ersatz für Genf“ zurückgewiesen.

In der Tat war dieses Projekt eher zur Ersetzung denn zur Vorbereitung der Genfer Konferenz geeignet, sah die „Arbeitsgruppe“ doch gerade den Ausschluß der PLO und der Sowjetunion aus dem Verhandlungsprozeß vor.



Aufgrund des Nichtzustandekommens dieser „Arbeitsgruppe“ brachte die Carter-Administration im September/Oktober 1977 eine weitere gezinkte Karte ins Spiel: Unter der Voraussetzung, daß die PLO die UN-Sicherheitsratsresolution 242 aus dem Jahre 1967 akzeptiere (in ihr ist bekanntlich nur von einer „Flüchtlingsfrage“, nicht aber von „Palästinenserrechten“ die Rede) und mit ihr das Existenzrecht Israels anerkenne, könne eine Beteiligung der PLO auch aus Washingtoner Sicht hingenommen werden. Als indessen die

PLO-Führung Carter beim Wort nahm und eine Verhandlungsformel zur Verbesserung der Resolution 242 anbot, zog er zurück. Sicherheitsberater Z. Brzezinski scheute sich dennoch nicht, der PLO die Schuld am Scheitern der Wiederaufnahme der Genfer Konferenz zuzuschreiben, um mit den Worten „Bye, bye PLO“ (Lebe Wohl PLO) selbstherrlich ihren Ausschluss von allen künftigen Verhandlungen zu verkünden.

Dasselbe Schicksal ließ die Carter-Administration einer sowjetisch-amerikanischen Nahosterklärung vom 2. Oktober 1977 folgen, in der man sich erstmals zur Anerkennung der „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ und zur Wiederaufnahme der Genfer Konferenz noch 1977 bekannte.⁵

Verhütung eines „radikalen“ Palästinenserstaates

Die mit dem spektakulären Jerusalembesuch des ägyptischen Präsidenten Sadat am 19. November 1977 eröffneten Separatverhandlungen mit dem Begin-Regime brachten die erneute Aufspaltung der arabischen Front und die Torpedierung der Genfer Nahostkonferenz mit sich. Sadats Mission verhalf jener separaten Vance-„Arbeitsgruppe“ nachträglich auf der sog. Genfer Vorkonferenz Mitte Dezember 1977 in Kairo, bei der Ägypten, Israel, die USA und ein UN-Beobachter unter sich blieben, zur Geburt.

Die US-Unterstützung dieser Separatinitiative bedeutete den offenen Bruch der sowjetisch-amerikanischen Erklärung. Mehr noch gingen Vance und Carter zur Jahreswende 1977/78 auf Reisen, um die ägyptisch-israelischen Separatabsprachen zu konsolidieren. Speziell suchten sie einem Anschluß Jordaniens und möglicherweise auch Syriens nachzuhelfen, buhlten sie um die – nach außen hin zurückhaltende – Unterstützung vor allem seitens Saudi Arabiens und des Iran.

Anfang Dezember 1977 befand Vance die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz für „jetzt nicht so wichtig“. Und kurz darauf verblüffte Brzezinski mit einem Plädoyer für eine „Vielfalt“ separater „Verhandlungen“, die man sich als „Bewegungen in Richtung einer Regelung“, und zwar als drei konzentrische Kreise vorzustellen habe – ein Neuaufguß von Kissingers Diplomatie der „kleinen Schritte“. Nach Brzezinski beinhalte der innere erste Kreis, also die erste „Friedensphase“, einen ägyptisch-israelischen Separatfrieden. Der zweite, mittlere Kreis, könne dann eine Übereinkunft Israels mit „gemäßigten“ Palästinensern und Jordanien bringen. Der dritte und äußere Kreis sähe ein Separatabkommen Israel-Syrien vor, wonach einer Genfer Konferenz die Aufgabe der Bestätigung dieser Separatprodukte zufallen könnte.

Washington votierte damit zugunsten der Kernforderungen des am 28. Dezember 1977 der Knesset vorgelegten israelischen sog. Begin-Friedensplans. Die darin offerierte „Selbstverwaltung“ beanspruchte – neben der uneingeschränkten Fortsetzung der israelischen Besiedelung („Judaisierung“) – ein fortdauerndes israelisches „Souveränitätsrecht“ auf die besetzten Gebiete und stellte lediglich eine „Überprüfung“ dieser Prinzipien nach fünf Jahren in Aussicht. Er reklamierte ferner die Aufrechterhaltung der israelischen Okkupation Ostjerusalems sowie von israelischen Militärstützpunkten und Siedlungen auf der zu räumenden Sinai-Halbinsel.

Das Beharren auf einer israelischen Militärpräsenz auf dem Sinai und die Verweigerung einer Zusage zur wenigstens perspektivischen irgendwie gearteten Autonomie Westjordaniens und Gazas wurden denn auch Stolperstein für die ägyptisch-israelischen Separatgespräche Ende Januar 1978. Dabei hatte es Sadat gewiß nicht an Bereitschaft zu neuerlichen Zugeständnissen fehlen lassen: Er pflichtete einer – die PLO ausbootenden – Einbeziehung „gemäßigter“ Palästinenser ebenso bei wie Carters Kompromißformel für ein „autonomes palästinensisches Heimatland“, das u. U. „patrouillierende“ israelische Truppen beibehalten und zunächst ein-



In Camp David ignoriert: okkupierte syrische Golan-Höhen

mal „an Jordanien gebunden“ sein könnte.⁶ Insofern herrschte Einigkeit zwischen Ägypten und dem US-Außenministerium, das in einer Studie das Grundanliegen verriet, bei der Entwicklung eines nationalen „palästinensischen Heimatlandes“ müsse unter aktuellen Bedingungen unbedingt „die Installierung einer konservativen oder bürgerlichen palästinensischen Regierung (abgesichert sein; d. Verf.), so daß die Palästinenser sich nicht in die Kubaner des Nahen Ostens verwandeln“.⁷

Camp David: ein abgeschwächter Begin-Plan

Washingtons Vermittlungstätigkeit zur Wiederaufnahme der seit Januar 1978 stockenden israelisch-ägyptischen Separatverhandlungen wurde schließlich im September 1978 Erfolg beschieden. Das Treffen Carters, Sadats und Begins vom 5.–17. September in Camp David legte das Fundament für einen Separatfrieden.

Die Kernpunkte der **Rahmenvereinbarung zum Frieden im Nahen Osten**, des ersten Dokuments von Camp David, stimmen weitgehend mit dem Begin-Plan vom Dezember 1977 überein. In einer Übergangsperiode von fünf Jahren wird den Bewohnern des okkupierten Westjordan- und Gazagebietes eine „Selbstverwaltung“ und „Autonomie“ eingeräumt. Deren Modalitäten allerdings sollen ausgehandelt werden von Israel, Ägypten und Jordanien. „Palästinenser“ sind lediglich als Bestandteil der beiden letzteren Delegationen vorgesehen. Von einem arabischen Volk Palästinas, der PLO, ihrem Recht auf nationale Selbstbestimmung und einen unabhängigen Staat ist überhaupt nicht die Rede, wohl aber wird Israel eine bleibende – obzwar reduzierte – Militärpräsenz und wie ihm auch Jordanien eine „Sicherheitsrolle“ zugebilligt. Für die Verhandlungsphase sollten ferner die Siedlungsexpansion Israels in den besetzten Gebieten eingestellt werden.

Begin unterstrich allerdings, daß dieser Stopp nach seiner Auffassung nur drei Monate (bis zur Unterzeichnung eines ägyptisch-israelischen Separatfriedensvertrags) gelte; im übrigen beharre Israel auf seinem Anspruch auf Souveränität und Truppenstationierung während und nach der fünfjährigen Übergangszeit. Als besonderen zionistischen Erfolg bei der Aushandlung des Dokuments wertete er ferner, daß die „legitimen Rechte des palästinensischen Volkes“ nicht definiert und keine Volksabstimmung über die Zukunft der okkupierten palästinensischen Territorien verankert worden sei.

Doch weist dieser Rahmenvertrag zum Frieden im Nahen Osten noch weitere eklatante Entgleisungen auf: Ägypten erneuert seinen Gewaltverzicht. Nichtbehandelt wird der Status des okkupierten palästinensischen Ostjerusalem wie Israels Besetzung des syrischen Golan.

Die **zweite Rahmenvereinbarung** von Camp David sieht die Unterzeichnung eines ägyptisch-israelischen Separatfriedensvertrages innerhalb von drei Monaten vor. Er beinhaltet Ägyptens volle diplomatische Anerkennung Israels, die Entfaltung von wirtschaftlichen, kulturellen usw. Beziehungen. Innerhalb von zwei bis drei Jahren verpflichtet sich Israel zum Abzug seiner Besatzungstruppen vom Sinai, während Ägypten einschränkende Truppen- und Rüstungspräsenz östlich des Suezkanals zusicherte.

Die Knesset billigte am 28. September mit einer 2/3-Mehrheit die israelische Räumung auch der Siedlungen auf der Sinai-Halbinsel.⁸

Sadats geheime Verzichte

Die einhellige Zurückweisung des Camp David-Kuhhandels seitens der arabischen Welt, die Gegenaktion der Arabischen Standhaftigkeitsfront (siehe ihre nachstehenden Dokumente vom 3. Gipfel in Dämaskus) und die vorsichtige Distanzierung selbst Jordaniens und Saudi Arabiens, verweist auf den Charakter der Abkommen als einseitiger arabischer Verzichtserklärung. Denn mit den Rahmenvereinbarungen wie in den ergänzenden Geheimabkommen von Camp David hat Sadat de facto akzeptiert:

1. Den Verzicht auf das Prinzip des vollständigen Rückzugs der israelischen Besatzer (Abzug aus allen 1967 okkupierten Gebieten).

2. Verzicht auf den nationalen Befreiungskampf, so durch ein Nichtangriffsversprechen und den Verzicht auf eine vertiefte diplomatische Isolierung Israels.

3. Die Hinnahme der zionistischen Forderung, statt multilateraler Gesamtverhandlungen direkte bilaterale Verhandlungen Israels mit jedem arabischen Staat einzeln zu führen.

4. Die Verhinderung einer Einschaltung der Sowjetunion in jeden arabisch-israelischen Verhandlungsprozeß.

5. Die Geheimabsprache USA-Israel von Camp David orientiert auf die „Liquidation der ‚radikalen‘ Elemente der PLO, um sie in eine ‚pazifistische‘ Organisation zu verwandeln“. Im ägyptisch-israelischen Geheimprotokoll verpflichtet sich Kairo, anstelle der PLO „den Aufbau einer ‚dritten Kraft‘, bestehend aus palästinensischen Elementen, die mit den Haschemiten liiert und zur Akzeptierung der Vereinbarungen von Camp David bereit sind, zu ermutigen.“

6. Den Versuch, auch Syrien durch massiven Druck, darunter amerikanisch-saudische Mittelstreichungen und israelische Aggressionsakte, zum kapitulationalistischen Nachgeben zu zwingen. Dahinein gehört auch die israelisch-ägyptische Übereinkunft von Camp David, durch gemeinsame „Anstrengungen . . . Syrien innerhalb der nächsten 12 Monate zum Verlassen des libanesischen Territoriums zu zwingen“, sowie ein gemeinsames politisch-militärisches Konsultationssystem einzurichten, „um allen von der Front der Standhaftigkeit oder einem seiner Mitglieder unternommenen Operationen entgegenzutreten“. Um das Maß voll zu machen, vereinbarten Sadat und Begin gegenseitige Hilfe bei der Zerschlagung der „Basen der ‚Terroristen‘“ (d. h. des palästinensischen Widerstands) und die Etablierung „eines Systems der Kooperation der Geheimdienste“.

Eine faktische gegenrevolutionäre Kumpanei USA-Israel-Ägypten bezeugen die Geheimabsprachen von Camp David ferner in dem Ansinnen, zur gemeinsamen Druckausübung auf „gemäßigte“ arabische Regimes und zur Förderung der internationalen Rehabilitierung Israels sowie zur US-Aufrüstung beider Regimes, um ihnen den Interventionismus in afro-arabischen Ländern zu ermöglichen, welche „bedroht sind von der ‚inneren Subversion‘ oder dem ‚internationalen Kommunismus‘“. Während Israel von Washington die Zusage von 5 Mrd Dollar Kapitalhilfe für die nächsten fünf Jahre und einer Luftbrücke zur Waffenversorgung im Kriegs-

fall erhielt, wurde Ägypten „eine Art Marshall-Plan“ – mehrere Mrd Dollar westlicher Wirtschaftshilfe in den nächsten fünf Jahren – sowie „eine militärische ‚Protektion‘ Amerikas“, d. h. ca. 5000 amerikanische Militärberater und die Lieferung moderner Waffen quittiert.⁹

Camp David reicht insofern weit über das Sinai-Separatgeschäft von 1975 hinaus. Es weist auf die Installierung eines neokolonialistischen, aggressiven Bündnissystems im arabischen Raum unter US-Vormundschaft, das Israel, Ägypten, Saudi Arabien und Jordanien vereinen soll – auf der Grundlage einer „amerikanischen Lösung“ der Palästinafrage.

Anmerkungen:

- 1) Nach: Europa-Archiv, Hamburg, Nr. 13/1975, S. D 611–614 und D 635–640; Current History, New York, Januar 1976, S. 32–42
- 2) Newsweek, New York, 22. 9. 1975 und 15. 9. 1977
- 3) Vereinte Nationen. Informationsdienst, Dié Vereinten Nationen 1977, Genf, 24. 10. 1978
- 4) U. a. nach: Europa-Archiv, Nr. 18/1977, S. D 509 und D 515; Events, Beirut, 15. 7. 1977
- 5) Frankfurter Rundschau, 6. 10. 1977
- 6) Events, 27. 1. 1978; Süddeutsche Zeitung, München, 30. 1. 1978
- 7) Events, 13. 1. 1978
- 8) Voller Wortlaut in: Guardian Weekly, London, 24. 9. 1978
- 9) Wortlaut der Zusatzvereinbarungen von Camp David in: Afrique Asie, Paris, Nr. 171/2. 10. 1978

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

AS 25/26

Burkhard Tuschling: **Habermas Die „offene“ und die „abstrakte“ Gesellschaft**

Das Buch enthält u. a.:

- Einzelanalysen der wichtigsten Habermasschen Schriften
- einen Vergleich des Habermasschen und des Popperschen Modells einer „offenen“ Gesellschaft
- Interpretationen der Rechts- und Staatsphilosophie von Hobbes, Locke, Rousseau, Kant und Hegel, aufbauend auf einem neuen Ansatz zu einer materialistischen Theorie des Staats und des Rechts, in Auseinandersetzung u. a. mit der Interpretation Macphersons
- eine Einschätzung von Habermas' „Kritischer Theorie“ vor dem Hintergrund dieser ideologischen Tradition

Zum Schluß wird versucht, die „Kritische Theorie“ von Habermas aus der politischen, ökonomischen und ideologischen Konstellation der Epoche nach 1945 verständlich zu machen.

Das Buch wendet sich vor allem an Philosophen, Soziologen, Politikwissenschaftler, Juristen; es ist auch als Einführungstext gedacht. (Doppelband).

AS 32

Gesellschaftsformationen in der Geschichte

Erstmals wird von Gesellschafts- und Geschichtswissenschaftlern der BRD versucht, einen Überblick über den Diskussionsstand zum Problem der Gesellschaftsformationen in der Geschichte zu gewinnen und diese Kategorie in der forschenden Erörterung einzelner Gesellschaftsformationen zu erproben. Trotz unterschiedlicher Positionen im einzelnen, von denen aus auch die marxistische Theorie kritischer Reflexion unterzogen wird, erhärtet sich doch insgesamt die Aussage des historischen Materialismus, daß ohne die Aufarbeitung der Geschichte aus der Folge ihrer ökonomischen Strukturen heraus gesellschaftliches Sein und Bewußtsein nicht hinreichend erforscht werden können.

Die Beiträge behandeln die Periodisierungsfrage (L. Krader), archaische Gesellschaften (H. D. Seibel), die Antike (M. Schmidt), den Feudalismus (L. Kuchelbuch, B. Michael und H. H. Nolte) den Kapitalismus (K. H. Tjaden), die DDR-Diskussion (K. Naumann), Probleme des Kommunismus, der Plan-Kategorie und des Geschichtsbewußtseins (P. Brockmeier/B. Heidmann/F. Tomberg).

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM
Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM
(AS 25/26: jeweils doppelter Preis.)

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 95

**Adressenänderungen
bitte rechtzeitig
bekanntgeben!**

Abschlußerklärung des 3. Gipfels der Standhaftigkeitsfront



Auf Einladung von Präsident Hafez al-Assad, des Präsidenten der Syrischen Arabischen Republik, wurde vom 20.–23. September 1978 in Damaskus die 3. Sitzung der Gipfelkonferenz der panarabischen Staaten-Front der Standhaftigkeit und Konfrontation abgehalten. Es nahmen daran teil die Präsidenten Houari Boumedienne, Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Oberst Muammer al-Ghaddafi, Generalsekretär des Allgemeinen Volkskongresses des Lybisch-Arabischen Sozialistischen Volksstaates, Präsident Ali Nasser Mohammed, Vorsitzender des Präsidialrates und Ministerpräsident der Volksdemokratischen Republik Jemen und Bruder Yassir Arafat, Vorsitzender des Exekutivkomitees der PLO und Oberkommandierender der Streitkräfte der Palästinensischen Revolution.

Schlußfolgerungen aus Camp David

Die Konferenzteilnehmer unterzogen die Entwicklungen, die nach der Konferenz von Algier (2. Gipfel der Standhaftigkeitsfront im Februar 1978, Wortlaut seiner Deklaration in AIB 3/1978; d. Red.) auf arabischer und internationaler Ebene eingetreten sind, einer Prüfung, einschließlich der Fortsetzung der kapitulationalistischen Politik durch Präsident Sadat. Sie unterzogen auch die Arbeit der Konferenz von Camp David und ihre Folgen einer Prüfung. Die Konferenzteilnehmer unternahmen eine ausführliche und umfassende Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen der Lage und kamen zu folgenden Schlußfolgerungen:

1. Die Politik Präsident Sadats und die Ergebnisse der Konferenz von **Camp David** sind eine **Ausweitung der amerikanisch-israelischen Verschwörung** gegen die arabische Nation, die Palästinafrage und die Rechte des palästinensischen Volkes. Sie vernachlässigen auch die objektiven Tatsachen des arabisch-israelischen Konflikts. Dies wird nur zu einer Verschärfung der Spannung in der Region führen und dazu, daß der Weltfrieden und die internationale Sicherheit den größten Gefahren ausgesetzt wird.

2. Durch sein geheimes betrügerisches Einverständnis mit dem zionistischen Feind und dem Imperialismus in Camp David hat sich Präsident Sadat gegen die Einheit der arabischen Sache und gegen die höchsten Interessen der arabischen Nation verschworen. Ebenso hat er die Charta der Arabischen Liga, den gemeinsamen arabischen Verteidigungsvertrag und die Resolutionen der Arabischen Gipfelkonferenzen mit dem Versuch verletzt, die Palästinafrage zu liquidieren und die politischen Leistungen des palästinensischen Volkes auszuhöhlen, die durch diesen Kampf und mit dem Blut der Märtyrer vollbracht wurden.

3. Präsident Sadat hat durch seine Politik der arabischen Solidarität einen neuen Schlag versetzt, indem er Ägypten vom arabisch-israelischen Kampfplatz wegführte und es zu einem Verbündeten des Feindes machte. Für die arabische Nation kommt dies einer Bedrohung und dem Versuch gleich, ihre Zukunft und Sicherheit zu beherrschen.

4. Präsident Sadat hat das internationale **Konzept des gerechten Friedens in der Region aufgegeben**, eines Friedens, der auf dem vollständigen israelischen Rückzug aus dem gesamten besetzten palästinensischen und arabischen Land beruht und auf der Anerkennung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, insbesondere seines Rechts auf Rückkehr in die Heimat, auf Selbstbestimmung und auf Gründung eines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Grund und Boden unter der Führung der PLO, seiner einzigen legitimen Vertretung.

5. Die Abkommen, die in Camp David erzielt wurden, sind Teil eines allgemeinen Planes, den Einfluß und die Herrschaft des US-Imperialismus und des Zionismus in Ägypten, dem arabischen Heimatland und Afrika zu begründen und das ägyptische Regime als Werkzeug zu benutzen, um den nationalen Befreiungsbewegungen Schläge zu versetzen.

6. Die Abkommen von Camp David stellen die **Zustimmung von Präsident Sadat zum zionistischen Plan** dar, den palästinensischen nationalen Boden weiterhin widerrechtlich an sich zu reißen, das Westufer (Westjordangebiet, d. Red.) und Gaza unter der Herrschaft der zionistischen Besatzungstruppen als Kolonie zu halten und Jerusalem als die Hauptstadt Israels zu annektieren. Auf diese Weise hat Präsident Sadat die Opfer des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation für ihren Boden und ihre heiligen Verpflichtungen ebenso verworfen wie die Charta der Islamischen Konferenz, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Resolutionen der Nichtpaktgebundenen Staaten und den Wunsch der internationalen Gemeinschaft, die besetzten palästinensischen und arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, zu befreien.

7. Präsident Sadat, der die **Abkommen von Camp David** unterzeichnet hat, hatte keine Vollmacht, das palästinensische Volk und die arabische Nation zu vertreten. Folglich bindet das, worüber man sich mit den zionistischen Feinden geeinigt hat, die arabische Nation nicht und wird deshalb **für null und nichtig und illegal erklärt**.

8. Die Abkommen von Camp David haben die Grundsätze der UN-Charta und des Völkerrechts ebenso **verletzt wie die Resolutionen der Vereinten Nationen**, in denen eindeutig festgestellt wird, daß die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes und der Rückzug aus allen besetzten palästinensischen und arabischen Gebieten zwei Grundvoraussetzungen für die Herstellung eines gerechten Friedens in der Region sind.

Die arabische Nation hat ihre Ablehnung der Abkommen von Camp David bekanntgegeben, deren Ziel es ist, die Palästinafrage und die Rechte des palästinensischen Volkes zu beseitigen und den arabischen Charakter Jerusalems aufzugeben. Dies beweist wieder einmal die Isolation des Sadat-Regimes und seine Abweichung von den einmütigen Wünschen der arabischen Nation.

Maßnahmen gegen die Verschwörung

Nachdem die Konferenz diese Tatsachen und deren schwerwiegende Folgen für die arabische und internationale Lage ebenso wie für die Zukunft des Kampfes gegen den Feind hergeleitet hatte, nahm sie eine Reihe von Entschlüssen an, um die Front der Standhaftigkeit und Konfrontation zu unterstützen, um sie instand zu setzen, der Verschwörung Widerstand zu leisten, in die Präsident Sadat verwickelt ist.

Diese Entschlüsse und Maßnahmen sind folgende:

- a) Die Abkommen und Ergebnisse von Camp David abzulehnen und zu verurteilen und die Entschlossenheit zu betonen, ihnen Widerstand zu leisten und sie zu vereiteln und den Kampf gegen den zionistischen Feind und den Imperialismus mit allen Mitteln fortzusetzen.
- b) Diese kapitulationalistischen Abkommen als illegal und als null und nichtig zu betrachten, weil sie arabische und palästinensische Rechte aufgeben, und besonders weil sie unter Bedingungen abgeschlossen

und unterzeichnet wurden, in denen durch die zionistische Besetzung und ihre Fortsetzung Gewalt angewendet wird.

e) Die Deklaration der Grundsätze, der Ziele und Institutionen der nationalen Front der Standhaftigkeit und Konfrontation anzunehmen.

d) Die **Strategie der nächsten Phase** auf den folgenden Grundlagen festzulegen:

I) Die Legalität der Abkommen von Camp David nicht anzuerkennen und alles abzulehnen, was sich aus den Abkommen ergibt;

II) die PLO in ihrer Eigenschaft als der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes zu unterstützen;

III) die arabischen Mittel zusammenzulegen und arabische Solidarität auf der Grundlage des Kampfes gegen den zionistischen Feind und gegen die Ergebnisse von Camp David zu erreichen und sich dieser Phase und der ernststen Gefahren und dem schweren Schaden entgegen zu stellen, die sie für die Hauptziele der arabischen Nation mit sich bringt;

IV) die Weltöffentlichkeit vor der Gefahr der Abkommen von Camp David für den Frieden und die Sicherheit in der Region und in der Welt zu warnen;

V) die arabischen Staaten aufzurufen, ihre nationale Verantwortung zu übernehmen, eine entschlossene Haltung gegen die Ergebnisse von Camp David einzunehmen, sich der bevorstehenden kritischen Phase zu stellen, sich der Front der Standhaftigkeit anzuschließen und mit ihr zusammenzuarbeiten, damit sie die Folgen der Verschwörung zwischen den USA, Sadat und den Zionisten vereiteln kann, und auch die Linie der Standhaftigkeit zu unterstützen, um die arabische nationale Existenz zu schützen.

e) Abbruch der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur ägyptischen Regierung, einschließlich der ägyptischen Einrichtungen und Firmen, und Anwendung der Beschlüsse des arabischen Boykotts gegen Israel gegenüber allen Personen, die mit dem Feind zusammenarbeiten, Handel treiben.

f) Ergreifung praktischer Maßnahmen zur Unterstützung der Kräfte der Standhaftigkeit, von denen Syrien die wichtigste Basis ist, und Schaffung aller Voraussetzungen, die für die Wiederherstellung des strategischen Gleichgewichts in der Region notwendig sind, nachdem das ägyptische Regime den Schauplatz des Kampfes mit dem zionistischen Feind verlassen hat.

g) Verurteilung der imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten, ihres Bündnisses mit dem zionistischen Feind und dem Sadat-Regime und ihrer Fortführung einer feindlichen Politik gegenüber den Rechten und Zielen der arabischen Nation. Die Vereinigten Staaten sind dadurch unser Feind geworden, und sie können bei den Bemühungen zur Herbeiführung eines gerechten Friedens in der arabischen Region nicht als Vermittler angesehen werden. Die Vereinigten Staaten haben die schwerwiegenden Konsequenzen zu tragen, die sich aus der Konferenz von Camp David ergeben oder ergeben werden.

h) Erlangung größtmöglicher internationaler Unterstützung für den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes und der arabischen Nation und Festigung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, von denen die Sowjetunion an erster Stelle steht, zum Schutz der Unabhängigkeit der arabischen Länder und zur Sicherung ihrer Freiheit und ihres Fortschritts und der Errungenschaften der arabischen Befreiungsbewegung.

Den panarabischen Befreiungskampf stärken

Bei der Erörterung der Lage im arabischen Heimatland bekundeten die Konferenzteilnehmer ihre tiefe Sorge darüber, daß eine kleine Gruppe im **Libanon** weiterhin mit dem israelischen Feind Geschäfte macht, Recht und Ordnung in der Stadt Beirut untergräbt und für einen neuerlichen Brudermord, die Teilung des Libanon und die Zerschlagung der Zentralregierung arbeitet. Die Konferenz erklärt ihre Unterstützung der Einheit, des arabischen Charakters und der nationalen Souveränität des Libanon. Die Konferenzteilnehmer haben außerdem ihre Befriedigung über und ihre Unterstützung für die Sicherheitsmaßnahmen der arabischen Friedensstreitkräfte bekundet. Ferner bekundete die Konferenz ihre Unterstützung für die Haltung der Syrischen Arabischen Republik im Libanon, denn das Ziel dieser Politik ist die Vereitelung von Aufwiegelungsversuchen zwecks Vertuschung des Komplotts, das die Liquidierung des Palästina-Problems, die Teilung des Libanon und die Schaffung isolationistischer Kleinstaaten auf seinem Boden, die die Allianz der USA, Sadats und Israels unterstützen, vorsieht.

Die Konferenzteilnehmer grüßen voller Stolz die arabischen **Palästinenser**, die angesichts der Okkupation in **den besetzten palästinensischen Gebieten** standhaft ausharren, diese Menschen, die für die

Sache der Befreiung kämpfen. Die Konferenz bestätigt die weitere gesamtarabische Verpflichtung gegenüber der PLO, der Palästinafrage und gegenüber der weiteren Unterstützung für den Kampf des palästinensischen Volkes zur Erlangung seiner nationalen Rechte unter der Führung der PLO.

Die Konferenz grüßt das arabische **Volk von Ägypten** und lobt das Heldentum und die Anstrengungen des Volkes und der Streitkräfte von Ägypten für das nationale Wohl. Die Konferenz ist zuversichtlich, daß das ägyptische arabische Volk dank seines Nationalbewußtseins und seines Patriotismus die richtige und entschlossene Haltung gegenüber dem Sadat-Regime einnehmen wird. Dieses Regime will dieses Volk und seine Streitkräfte in die US-Knechtschaft treiben und Ägypten aus seiner natürlichen Stellung innerhalb des arabischen Kampfes gegen den Imperialismus und gegen den zionistischen Feind herausnehmen.

Die Konferenz bekundet ihre tiefe Sorge darüber, daß dem arabischen Volk in der **Westsahara** seine nationalen Rechte, insbesondere sein Recht auf Selbstbestimmung, vorenthalten werden. Die Konferenz verurteilt entschieden alle Maßnahmen, die mit diesem Recht nicht in Einklang stehen. Die Konferenz bekräftigt die Notwendigkeit, dem westsaharaischen Brudervolk die Wahrnehmung seines Selbstbestimmungsrechts gemäß den Entschlüssen der UNO und der OAU zu ermöglichen.

Die Konferenz erörterte die Entwicklungen, die den **Jemen** betreffen, den Ernst der Fortdauer der gespannten Lage zwischen den beiden Teilen des Jemen und die tiefgreifende Auswirkung dieser Lage auf die Brüder im Jemen und in der Region. Die Konferenz betont deshalb die Notwendigkeit, die Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege des Dialogs und mit friedlichen Mitteln und Methoden auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Souveränität, der Unabhängigkeit, der gemeinsamen Interessen beider Teile des Jemen und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu lösen. Die Konferenz verurteilt alle militärischen und aggressiven Akte, die die beiden Teile des Jemen in eine bewaffnete Auseinandersetzung ziehen könnten, was allein den Zielen des Imperialismus und Zionismus dienlich wäre.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß die Beschlüsse des Rates der Arabischen Liga hinsichtlich der **Volksdemokratischen Republik Jemen** unvereinbar mit der Charta der Arabischen Liga und deshalb illegal sind. Die Konferenz anerkennt die verantwortungsbewußte Haltung der Volksdemokratischen Republik Jemen, wie sie in ihren offiziellen Erklärungen und Stellungnahmen, in denen für eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Brudervölkern mit friedlichen Mitteln plädiert wird, zum Ausdruck kommt. Die Konferenzteilnehmer bekunden ihre tiefe Sorge über die ausländische Militärpräsenz in **Oman**. Die Konferenz bekräftigte ihre Unterstützung für das omanische Volk in seinem Kampf für Befreiung und nationale Unabhängigkeit.

Die Konferenz erörterte die Lage auf dem **afrikanischen Kontinent**. Sie **verurteilt die imperialistische Einnischung** in die inneren Angelegenheiten des Kontinents. Die Konferenz bekräftigt ihre Opposition gegen die rassistischen Regimes, die ein natürlicher Verbündeter des rassistischen zionistischen Gebildes sind. Die Konferenz erklärt ihre uneingeschränkte Unterstützung für die afrikanischen nationalen Befreiungsbewegungen. Die Konferenzteilnehmer bekräftigten ihren Wunsch, den Rahmen des afrikanisch-arabischen Dialogs zu erweitern, seine Grundlage zu festigen und ihn auf verschiedene Gebiete auszudehnen.

Die Konferenz ist der Auffassung, daß es ein Gebot der panarabischer Verpflichtung ist, **den Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation und die PLO entschlossen zu unterstützen**, da sie die solide Grundlage sind für den Kampf zur Wahrung der Rechte der arabischen Nation in Palästina und der Ressourcen und Reichtümer des arabischen Heimatlandes und für die Vereitelung der verschiedenen Formen kapitulationalistischer und defätistischer Regelungen, die allein den ehrgeizigen Bestrebungen des Komplotts des US-Imperialismus und des zionistischen Feindes im ganzen arabischen Heimatland dienen.

Die Konferenzteilnehmer bekunden ihre Zuversicht, daß die Kräfte, die für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit auf der Welt sind, ihre Unterstützung für Syrien, das palästinensische Volk und die arabische Nation in ihrem gerechten und legitimen Kampf verstärken werden. Die Konferenz verpflichtet die arabische Nation, den Marsch des Kampfes, der Standhaftigkeit und des Widerstands bis zur Verwirklichung der panarabischen Ziele der arabischen Nation fortzuführen.

Damaskus, 23. 9. 1978

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 31/5, 10, 1978)

Grundsätze und Ziele

Aus der Position der Standhaftigkeit und Entschlossenheit heraus, sich den die arabische Nation in ihrem gerechten Kampf gegen die seitens der Kräfte des Zionismus, des Imperialismus, der Reaktion und der Spaltung drohenden Gefahren zu stellen;

in Verteidigung der Existenz, Sicherheit, des Schicksals, der Rechte, der Unabhängigkeit und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der Nation;

aus der Entschlossenheit heraus, den Bestrebungen der arabischen Nation zu entsprechen und militärische Kräfte aufzubauen, die in der Lage sind, sich allen Gefahren zu stellen, die besetzten arabischen Territorien zu befreien, die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zurückzugewinnen und die palästinensische Frage vor den Verschwörungen zu schützen, die darauf abzielen, sie zu liquidieren und die zionistische Existenz zu festigen;

ausgehend von dem panarabischen Konzept des Kampfes, den die arabische Nation unternimmt, um die arabische Einheit zu erreichen, das arabische Heimatland zu befreien, Fortschritte zu erzielen und eine arabische Gesellschaft aufzubauen, die in der Lage ist, ihre Existenz und Würde zu verteidigen, ihren Boden zu schützen und zum Aufbau einer menschlichen Zivilisation beizutragen, die frei von allen Formen der Aggression, des Imperialismus und der Beherrschung ist;

in Durchführung von Paragraph 9 der Erklärung von Tripolis vom 5. Dezember 1977, die die Errichtung einer nationalen Front zur Vereinigung der Ressourcen und Anstrengungen vorsieht, um die Ziele der arabischen Nation zu erreichen, wurde ein Abkommen über die folgende Erklärung erzielt:

Artikel 1: Eine nationale Front soll gebildet werden, die als die panarabische Front der Standhaftigkeit und Konfrontation bezeichnet werden soll. Die Front soll sein:

1. die Basis für den nationalen Kampf und die Mobilisierung der arabischen Massen und ihrer Ressourcen, um die obersten nationalen Ziele zu erreichen;

2. das Werkzeug der arabischen Nation in ihrer Schlacht gegen Zionismus und Imperialismus sowie für Standhaftigkeit und Befreiung;

3. eine arabische Kraft, die gegenüber allen arabischen Kräften offen ist, die sich an der Übernahme ihrer nationalen Verantwortung beteiligen wollen.

Artikel 2: Die Front hat sich zur Erreichung der folgenden grundlegenden nationalen Ziele verpflichtet:

1. Für die arabische Einheit zu arbeiten, den Kampf für Einheit zu unterstützen, zu versuchen, jedes der arabischen Einheit im Wege stehende Hindernis zu beseitigen und Beziehungen der Einheit zwischen den Mitgliedsstaaten der Front zu entwickeln und für ihren wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu arbeiten.

2. In der palästinensischen Frage die hauptsächlich arabische Sache zu sehen. Folglich ist es für jede arabische Seite unzulässig, in dieser Verpflichtung Zugeständnisse zu machen oder sie zu beeinträchtigen oder irgendwelche Aktionen zu unternehmen, die der palästinensischen Sache und den historischen nationalen Rechten des palästinensischen arabischen Volkes schaden könnten.

3. Alle besetzten palästinensischen und arabischen Territorien vollständig zu befreien und bei keinem dieser Rechte Zugeständnisse zu machen oder es aufzugeben oder die nationale Souveränität über diese Territorien zu unterminieren.

4. Die konstanten nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechtes auf Rückkehr in seine Heimat und auf Selbstbestimmung sowie auf die Errichtung seines unabhängigen nationalen Staates in Palästina, zurückzugewinnen und die palästinensische Frage weder aufzugeben noch damit zu feilschen.

5. Den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung der PLO – der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes – zu unterstützen.

6. Die arabischen militärischen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ressourcen zu mobilisieren und sie im Kampf gegen den Hauptfeind, dargestellt durch die zionistische Existenz, Imperialismus und Kolonialismus, einzusetzen.

7. Die Beziehungen zu den befreundeten und Bruderstaaten und den Staaten des sozialistischen Lagers, insbesondere zur Sowjetunion, und zu den den Befreiungskampf der arabischen Nation gegen Zionismus und Imperialismus unterstützenden Kräften, zu konsolidieren und auszubauen.

8. Die nationalen Befreiungsbewegungen auf dem afrikanischen Kontinent zu unterstützen und den rassistischen Regimes Widerstand zu leisten, die natürliche Verbündete des zionistischen Staatswesens darstellen.

Artikel 3: Zur Erreichung ihrer Ziele wird die Front die folgenden Aufgaben erfüllen:

1. Billigung politischer Aktionspläne im arabischen und internationalen Bereich auf eine Art und Weise, die zur Konsolidierung der panarabischen Position führt, ihren grundlegenden Zielen dient und die kapitulatonistische Politik zum Scheitern bringt.

2. Genehmigung von mit Krieg und Frieden zusammenhängenden Fragen.

3. Organisation und Leitung der Verteidigungsfragen und Zustimmung zu damit verknüpften Plänen.

4. Füllen von Entscheidungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung der Mittel für die finanzielle, wirtschaftliche und militärische Unterstützung der Konfrontation.

5. Genehmigung der Informationspolitik.

6. Unterstützung jeder Seite im Falle einer Aggression mit verschiedenen Mitteln, darunter auch mit Streitkräften, da irgendein Angriff auf irgendein Mitglied der Front einen Angriff gegen alle Mitglieder darstellt.

7. Bildung der notwendigen Organe und Institutionen, um die Ziele zu erreichen und die Aufgaben durchzuführen, die in dieser Proklamation erwähnt sind.

Artikel 4: Folgende Organisationen und Institutionen werden gebildet:

A. Das Oberkommando

1. Das Oberkommando besteht aus den Führern der Mitgliedsstaaten.

2. Das Kommando der Front tritt einmal alle sechs Monate abwechselnd in einer der Hauptstädte der Mitgliedsstaaten zusammen. Das Kommando tritt außerdem zusammen, wann immer eine Notwendigkeit dafür besteht oder eines seiner Mitglieder dies beantragt.

3. Das Kommando entscheidet mehrheitlich und seine Beschlüsse sind für alle Mitglieder verbindlich.

B. Das politische Komitee

1. Das politische Komitee besteht aus den Außenministern der Mitgliedsstaaten.

2. Das politische Komitee hat folgende Aufgaben:

a) Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse des Oberkommandos;

b) Empfehlung eines Planes für die politische Arbeit;

c) Koordinierung der politischen Arbeit der Mitgliedsstaaten;

d) Durchführung der vom Oberkommando übertragenen Aufgaben.

3. Das politische Komitee tagt einmal alle drei Monate abwechselnd in einem der Mitgliedsstaaten. Es tagt außerdem wann immer die Notwendigkeit dafür besteht oder eines seiner Mitglieder dies beantragt.

C. Das Informationskomitee

1. Das Informationskomitee besteht aus den Informationsministern der Mitgliedsstaaten.

2. Das Informationskomitee hat folgende Aufgaben:

a) Vorlegung der Informationspläne;

b) Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse für den Bereich der Information;

c) Koordinierung der Angelegenheiten der Information zwischen den Mitgliedsstaaten.

3. Das Komitee tritt einmal alle sechs Monate abwechselnd in einem der Mitgliedsstaaten zusammen. Es tritt außerdem zusammen, wann immer eine Notwendigkeit dafür besteht oder eines seiner Mitglieder dies beantragt.

D. Das Militärkommando

a) Entsprechend einem Beschluß des Oberkommandos der Front wird ein gemeinsames Militärkommando gebildet. Dieser Beschluß definiert die Befugnisse, die Zuständigkeit, die Aufgaben und die Beziehungen zwischen den Streitkräften der Mitglieder der Front.

Artikel 5: Jeder arabische Staat, der die Grundsätze und Ziele der Front anerkennt und der Front beitreten möchte, hat das Recht, Mitglied der Front zu werden.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 31/5. 10. 1978)

Interview mit Ahmed El Masry

Die „Denkmäler“ der Ära Sadat

Dieses AIB-Interview mit dem Vertreter der Ägyptischen Kommunistischen Partei, Ahmed El Masry, entstand am Vorabend von Camp David. Dennoch erhellt es wesentliche Aspekte der amerikanisch-israelisch-ägyptischen Separatvereinbarungen. Die ÄKP wirkt bekanntlich seit ihrer Rekonstituierung im Jahre 1975 in der Illegalität, ein Schicksal, das gegenwärtig auch der 1976 als linker Flügel der Arabischen Sozialistischen Union (ASU) konstituierten Nationalprogressiven Sammlungsbewegung bzw. Partei (PNP, Vorsitz Khaled Moheddi) droht. Mit der Überführung des zentristischen ASU-Flügels in die fortan allein regierende Nationaldemokratische Partei im September d. J. verband Präsident Sadat — neben dem Verbot der gerade erst rekonstituierten bürgerlichen Neuen Wafd-Partei — die Forderung nach Selbstauflösung der PNP. Für sie, die Nasseristen und Marxisten vereint (und von der ÄKP unterstützt wird), ist — so Sadat — „kein Platz mehr unter uns“, da sie seine Separatpolitik entschieden verurteilt und an den Prinzipien der nationaldemokratischen Revolution festhält. Mit der verschärften Verfolgung und der Illegalisierung der gesamten Linksoption führt Sadat seine 1976 verheißene „demokratische Öffnung“ ad absurdum.

AIB: Wie schätzen Sie die von Sadat/Begin im November 1977 eingeläutete Separatinitiative und die Aussichten auf die Möglichkeit eines ägyptisch-israelischen Separatfriedens in der gegenwärtigen Situation ein?

A. E. MASRY: Seit der Initiative Sadats haben in Ägypten die Kommunistische Partei und auch die Nationalprogressive Partei wiederholt gegen sie Stellung bezogen. Die ÄKP hat in einer Erklärung vom November 1977 aufgezeigt, daß ein Separatgespräch mit Israel keinen gerechten Frieden erbringen kann. Ein gerechter Frieden beinhaltet unserer Ansicht nach eine Lösung des palästinensischen Problems, eine Lösung im Sinne der Gewährung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes einschließlich der Bildung eines souveränen Staates, natürlich auch die Zurückziehung aller israelischen Truppen von sämtlichen 1967 besetzten arabischen Gebieten.

Das kann man nicht erreichen durch einen Separatfrieden, denn der betrifft nicht nur Ägypten, sondern auch die Palästinenser und die Syrer. Und man kann Israel, eine pro-imperialistische Kraft im Nahen Osten, nicht durch Vermittlung der Imperialisten überzeugen. Man kann Israel nicht zum Frieden bewegen, wenn man auf eine klare antiimperialistische, antizionistische Haltung verzichtet. Die Prophezeiung der ägyptischen Kommunisten und der Nationalprogressiven Partei hat sich voll bestätigt. Was die Initiative Sadats erreicht hat, war eine weitere Schwächung der arabischen antiimperialistischen Front, der Front gegen die Aggression, gegen die ungerechte Besetzung der arabischen Gebiete.

Sadat erreichte mit seiner Initiative die Stärkung der Positionen Israels und auch eine gewisse Lockerung der durch Beschlüsse der UNO erfolgten Isolierung Israels.

AIB: In der gegenwärtigen Diskussion ist der von Begin im

Dezember 1977 vorgelegte Plan noch immer nicht aus der Welt und Sadat hat in der letzten Zeit laut „informierten Kreisen“ neue Zugeständnisse gemacht.

A. E. MASRY: Man kann in der Tat sagen, daß die letzten ägyptischen Vorschläge an Israel nichts anderes als eine Zusammenfassung älterer israelischer Vorschläge sind. Das zeigt schon wie weit die Kapitulation gegangen ist, die Kapitulation gegenüber der Aggressivität und dem Expansionismus Israels.

Aber Israel hat sie auch abgelehnt, weil sich die Kräfteverhältnisse durch Sadats Initiative und durch vorherige Schritte Sadats — wie das Sinai-Abkommen 1975 — zugunsten Israels verändert haben. Sadat hat praktisch die Palästinenser aufgegeben. Sadat schlägt vor, daß Gaza, ein palästinensisches Gebiet, an Ägypten zurückgegeben wird und Westjordanien an Jordanien. Er lehnt eine ständige israelische Verwaltung in diesen Gebieten nicht ab.

Eine Übergangszeit arbeitet für Israel

Er akzeptiert eine fünfjährige Übergangszeit, die von Israel vorgeschlagen wurde. Ohne in die Details zu gehen, kann man sagen, daß praktisch die ägyptischen Vorschläge die israelische Expansionspolitik unterstützen, denn Israel steht nicht still in dieser Zeit, denn Israel verändert die Verhältnisse in den okkupierten Gebieten, israelische Behörden werfen die arabischen Bauern hinaus aus ihren Ländereien, die dann durch extremistische Zionisten besetzt werden. Die Existenzbasis wird den arabisch-palästinensischen Bauern entzogen. Damit schafft Israel die Voraussetzungen für weitere Vertreibungen von Palästinensern, sowie die für die weitere jüdische Emigration nach Israel. Diese fünfjährige Übergangszeit ist natürlich eine ausgezeichnete Chance, egal was die Israelis jetzt versprechen oder was Sadat verspricht, die Durchsetzung dieser Ziele israelischerseits voranzutreiben.

AIB: Und die Sinaifrage?

A. E. MASRY: Was den Sinai betrifft, so hat Sadat auch hier Konzessionen gemacht. Er akzeptierte jüngst, daß Israel auch die Pässe besetzt, was zu Widersprüchen in der Armee geführt hat. Die Pässe sind strategisch wichtig. Die ägyptischen Militärs waren sich einig, daß technisch gesehen die Sicherheit des Landes nicht gewährleistet werden kann, wenn diese Pässe nicht unter der Kontrolle der ägyptischen Armee bleiben. Wir dürfen nicht vergessen, daß unmittelbar in diesem Gebiet amerikanische militärische Basen gebaut worden sind. Diese sog. Frühwarnstationen sind nichts anderes als eine neue Form von amerikanischen Kontrollpunkten. Gewarnt wird nicht Ägypten vor einer israelischen Aggression, gewarnt wird Israel für den Fall, daß versucht wird, die besetzten Gebiete zu befreien.

AIB: Das Sinai-Abkommen enthielt doch bereits einen Gewaltverzicht, oder?

A. E. MASRY: Ja, es beinhaltet auch einen Gewaltverzicht. Wir wollen, daß friedliche Verhältnisse auch im Nahen Osten entstehen, aber das kann nur auf der Basis eines gerechten Friedens geschehen und auf dem heiligen Recht eines Volkes sein Territorium zu befreien und seine Souveränität zu verteidigen – darauf kann man nicht verzichten.

AIB: Wie sehen Sie die Tatsache, daß der Südlibanonkrieg inmitten der Separatgespräche ausgebrochen ist? Heißt das, daß Israel damit im Verein mit den USA und Ägypten, quasi im Tauschgeschäft für den Sinai, neue ungeahnte Möglichkeiten der Expansion an der Front im Norden und Osten erhalten wird?

A. E. MASRY: Natürlich hat Israel diese Lage ausgenutzt. Das israelische Ziel bestand darin, die arabische antiimperialistische Front zu spalten. Das hat Israel auch erreicht mit der Initiative Sadats.

Vor der Initiative Sadats, unmittelbar nach dem Sinai-Abkommen von 1975 begann der Bürgerkrieg im Libanon. Bekannt ist auch die Rolle Israels in diesem Bürgerkrieg, denn heute ist es klar, daß Israel die Phalangisten und die Anhänger von Chamoun (Nationalliberale) auch militärisch unterstützte. Genauso prompt nach der Initiative Sadats begann auch die israelische Aggression gegen den Libanon im März 1978. Und diese Initiative erfolgte unmittelbar nach einem verbrecherischen Akt der israelischen Luftwaffe, wobei viele palästinensische und libanesisische Kinder umgekommen sind.

AIB: Sadat hat seit den Januarunruhen 1977 einige Versuche unternommen, um eine ökonomische Krisenbewältigung und Befriedung in Ägypten einzuleiten. Wie ist die ökonomisch-soziale Situation in Ägypten gegenwärtig einzuschätzen?

A. E. MASRY: Seit Beginn der „Politik der offenen Tür“ hat die ÄKP die ägyptische Arbeiterklasse und die gesamte Bevölkerung gewarnt und betont: Kein soziales, ökonomisches und politisches Problem unseres Landes kann auf Basis einer kapitalistischen Entwicklung gelöst werden. Der einzige Weg aus der Krise ist der Weg der konsequenten Verfolgung einer sozialistischen orientierten Politik.

Die Arbeiterklasse Ägyptens hat als erste die Ergebnisse der Öffnungspolitik gespürt, natürlich auch andere Teile der Bevölkerung. Die Wirtschaftspolitik Sadats zielte von Anfang an auf die Lockerung aller Restriktionen und aller Hindernisse, die das patriotische Regime von Nasser geschaffen hat, um die ökonomische Unabhängigkeit des Landes zu konsolidieren. Der Inhalt der Politik der offenen Tür besteht eigentlich darin, die kapitalistischen Verhältnisse zu restaurieren, Ägypten zu öffnen für das Auslandskapital, das Land beherrschen zu lassen von einer Koalition von Auslandskapital und einheimischem parasitärem Kapital.

Auch arabisches Kapital wirkt neokolonialistisch

Ich meine mit Auslandskapital auch das Kapital, das aus Saudi Arabien kommt. Denn das Wort arabisches Kapital ist nur eine Verschleierung eines bestimmten Sachverhalts: Dieses Kapital wirkt in der gleichen neokolonialistischen Richtung. Die Ergebnisse der Wirtschaftspolitik Sadats bestätigen voll die Voraussage der ÄKP und anderer fortschrittlicher Kräfte, denn tatsächlich wurde kein einziges Problem gelöst. Auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens begegnet man krisenhaften Erscheinungen. Ganz gleich ob man das Bildungssystem, Gesundheitswesen, das Verkehrswesen, die Kanalisation, das Nachrichtenwesen betrachtet, nichts funktioniert in Ägypten.

AIB: Ist damit nicht auch die Demontage des ägyptischen Wirtschaftspotentials verbunden?

A. E. MASRY: Das ist die logische Folge eines parasitären Kapitalismus. Seine ungezügeltere Ausbreitung bedingt, daß die Grundlagen des Reproduktionsprozesses, die Grundlagen der

nationalen Produktion von diesem Regime zerstört werden. In Ägypten ist das Verhältnis von Konsumtion und Akkumulation im Nationaleinkommen dermaßen verändert worden, daß der Prozeß der Erneuerung und der Produktion praktisch stagniert. Viele Betriebe können nicht mit voller Kapazität arbeiten, nicht einmal mehr mit einer Kapazität von 70 % oder 60 %. Dafür werden Waren importiert auf der Grundlage von kurzfristigen Krediten mit 18 % Zinsen und mehr.

Anstatt eine auf die eigenen Möglichkeiten gestützte Lösung zu suchen, hat Sadat eine Politik verfolgt, die den USA, der BRD, Frankreich und England die neokolonialistische Vorherrschaft in Ägypten besichern wird.

Sadat kann nicht zeigen, wieviele Betriebe er gebaut hat, seitdem er an die Macht gekommen ist. Und tatsächlich, wenn die Zeit von Nasser ein Denkmal hinterlassen hat, so ist es der staatliche Sektor und besonders der Assuan-Staudamm – gleichzeitig ein Denkmal der ägyptisch-sowjetischen Freundschaft, ein Symbol für das neue Ägypten, für die Absicht zu industrialisieren, die Verhältnisse auf dem Land zu entwickeln. So gesehen hat die Sadatzeit die Zersetzung des staatlichen Sektors betrieben, aber nichts als Kneipen, Bars und Touristikhoteles hervorgebracht: Mehr hat diese Zeit an „Denkmälern“ nicht geschaffen, abgesehen von den Veränderungen auf politischem Gebiet.

Die Standhaftigkeitsfront – eine wichtige Gegenkraft

AIB: Welche Bedeutung messen Sie der Arabischen Front der Standhaftigkeit zu?

A. E. MASRY: Wir meinen, daß die Bildung der Front der Standhaftigkeit ein sehr wichtiges Ereignis ist. Wir sehen die Ergebnisse der Konferenzen von Tripoli und Algier als positiv an. Wir glauben, das wichtigste dabei ist, daß sich einige arabische Staaten finden, die bereit sind, gegen die imperialistische Offensive zusammenzuarbeiten. Es sind einige Staaten bereit, konsequent die PLO zu unterstützen. Das wurde auch in den Konferenzdokumenten verkündet.

Natürlich übersehen wir nicht bestimmte Schwächen dieser Front der Standhaftigkeit. Damit der Front der Standhaftigkeit größere Erfolge möglich würden, müßte sie natürlich auch den Irak einschließen. Das war Gegenstand vieler Bemühungen der Präsidenten Ghaddafi, Boumedienne und der PLO. Leider hat sich der Irak der Front nicht angeschlossen. Wir meinen, daß eine praktische Unterstützung Syriens im Falle einer israelischen Aggression oder die militärische, ökonomische und politische Unterstützung bei der Befreiung der besetzten Gebiete am besten von Seiten des Irak kommen könnte, denn der Irak hat gemeinsame Grenzen mit Syrien.

Wir meinen, daß die Front der Standhaftigkeit zu einer wirklichen Kraft werden kann, wenn diese Front der Standhaftigkeit die veröffentlichten Prinzipien konsequent verwirklicht. Natürlich wurde das teilweise schon getan. Aber die Unterstützung der PLO bedeutet auch die Unterstützung der nationalprogressiven Bewegung im Libanon. Die Unterstützung der PLO bedeutet auch die Unterstützung der nationaldemokratischen Bewegung Ägyptens, denn das ist die Bewegung, die direkt mit Sadat konfrontiert ist. Sie ist die Bewegung, die letzten Endes die Verhältnisse entscheiden kann. Wir meinen, daß die Auffassung der Bildung der Front im Sinne einer breiten Arbeit auf vielen Ebenen, um diese imperialistische Offensive zum Scheitern zu bringen, verstanden werden muß. Es gilt, die Einheit nicht nur der vier Staaten, sondern aller progressiven antiimperialistischen Kräfte in diesem Gebiet zu schaffen und das einheitliche Handeln in den wichtigsten Problemen zu einem Leitprinzip werden zu lassen. Denn bisher nutzen unsere Feinde, die Imperialisten, die israelischen Expansionisten und die arabischen Reaktiönäre, unsere Spaltungserscheinungen.

Wolfgang Ritter

Massenerhebung gegen den Schah

Im Iran ist in den letzten Wochen und Monaten ein Aufschwung des antidiktatorischen Massenkampfes zu verzeichnen, der in jüngster Geschichte des Landes einmalig ist. Sowohl von der Breite der Bewegung als auch von den Kampfformen her haben die Protestaktionen gegen das Schah-Regime eine neue Qualität erreicht. Millionen Iraner wollen nicht mehr leben wie bisher und bringen ihren Unmut öffentlich zum Ausdruck.

Während der Schah gegenüber dem Ausland weiterhin ein „Liberalisierungsprogramm“ anpreist, versucht er im Lande selbst die Opposition mit den brutalsten Mitteln – wie z. B. der Ausrufung des Kriegsrechts – zum Schweigen zu bringen. Das dokumentieren die blutigen Ereignisse am 9./10. Januar 1978 im Kum, wo die Anzahl der erschossenen Demonstranten auf über 100 stieg, in Täbriz am 18./19. Februar, wo die Anzahl der Toten nach Augenzeugenberichten 600 betrug, in der heiligen Stadt Mesched, wo es 250 Tote gab. Ebenfalls von Schah-Truppen umgebracht wurden mehrere hundert Personen bei Aufständen in Isfahan, Schiraz und Abadan. Allein am „blutigen Freitag“ im September starben 3000 friedliche Demonstranten in Teheran, darunter viele Frauen und Kinder, im Kugelhael der Soldaten.

Einig in der Losung „Sturz des Schah“

Tatsächlich hat diese Massenerhebung, die sich spontan auf der Straße zusammengeschlossen hat, ohne daß es bereits eine politisch-organisatorische Einheitsfront der Schah-Gegner gäbe, das Regime an den Rand seiner Existenz gebracht. Außenpolitisch bedeutet das zugleich, daß der Iran nicht mehr in einem Maße wie zuvor als stabiler Baustein in der Globalstrategie des Imperialismus angesehen werden kann.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wer die Millionen Iraner sind, die selbst unter akuter Lebensgefahr öffentlich protestieren, und welche politischen Ziele sie verfolgen.

Dazu erklärt die Tudeh-Partei des Iran, „daß unter den gegenwärtigen Bedingungen die Frage des Entwicklungsweges, obwohl sie sehr wichtig ist, keineswegs im Vordergrund steht. Die iranische Opposition besteht aus Kräften, die aus fast allen Klassen und Schichten der Gesellschaft kommen. Sie vertreten die verschiedensten politischen Strömungen. Aber in einem Punkt sind sie einig. Sie sind nicht mehr bereit, die persönliche Diktatur des Schah und seiner Familie zu ertragen. Sie sind nicht mehr bereit, sich vom SAVAK, dem furchtbaren Geheimdienst des Regimes, unterdrücken zu lassen. Im Kampf gegen das Schah-Regime geht es entgegen den Lügen und Verleumdungen des offiziellen iranischen Propagandaapparates weder um den Sozialismus noch darum, die Reformen rückgängig zu machen. Es geht hauptsächlich um die Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten. Es geht um die Einhaltung der Prinzipien der Charta der Menschenrechte, die von den gesetzgebenden Organen des gegenwärtigen Regimes ratifiziert worden ist. Am Kampf um Freiheit und Menschenrechte beteiligen sich große Teile der Werktätigen, eine große Anzahl von Angehörigen der



Manifestation in Teheran

Mittelschichten, von Beamten, Schriftstellern, Künstlern, Studenten, Professoren, Geistlichen und sogar ein Teil der Bourgeoisie.“¹

In vorderster Front im Kampf gegen die Diktatur steht die Arbeiterbewegung, deren Aktionen wie bei dem Generalstreik in Teheran am 6. 9. 1978 in zunehmenden Maße auch die Filialen der ausländischen Konzerne betreffen. Da das Auslandskapital eine der wichtigsten Stützen des Schah ist, reagiert er in diesem Bereich mit besonderer Härte. Streiks sind generell verboten, die Bildung von Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeiter vertreten, ist strikt untersagt. Andernfalls greifen vielfach werkseigene „Ordnungstruppen“ des SAVAK ein, so daß es fast täglich zu blutigen Auseinandersetzungen kommt.

Dennoch fanden in letzter Zeit eine Reihe von Streiks statt, wie 1975 im Textilwerk Nr. 20 der Provinz Schahi, bei dem 16 Arbeiter getötet wurden, oder im März 1976 bei Goodyear

Streiks im Iran

in Teheran. Anfang Oktober 1977 traten die Arbeiter der Druckerei „25. Schahriwar“ in den Ausstand und führten zugleich einen Hungerstreik durch. Im Augenblick ist fast der gesamte öffentliche Dienst im Iran lahmgelegt, weil die Angestellten zum Ausgleich gegen die Inflation mehr Lohn fordern, als in den staatlichen Leitlinien festgelegt ist.

Damit wird immer deutlicher, daß es dem Regime auch mit Hilfe ihm höriger „gelber“ Gewerkschaften nicht gelungen ist, die Arbeiterbewegung zu kontrollieren und auszuschalten. Das ist vor allem ein Verdienst der Partei der Arbeiterklasse des Iran, der Tudeh-Partei. Die Tudeh-Partei ist heute der Hauptgegner des Regimes. In der Geschichte des Landes wurde keine andere politische Kraft einem solchen Terror und solcher Verfolgung unterworfen wie sie. So hervorragende Führer der Partei wie die Volkshelden Khosro Rousbeh und Parviz Hekmatdju wurden ermordet. Der Schah identifiziert alles, was er für schlecht und „subversiv“ hält, mit der Tudeh-Partei.

Spitze des Widerstands: die Arbeiterbewegung

Die Tudeh-Partei wendet sich in der gegenwärtigen historischen Situation gegen den vom Regime eingeschlagenen kapitalistischen Entwicklungsweg. Sie setzt sich für den Weg einer sozialistischen Orientierung ein, der reale Grundlagen für den Übergang zum Sozialismus schafft und definiert die gegenwärtige Phase als Etappe der nationaldemokratischen Revolution, d. h. der Befreiung vom imperialistischen Einfluß, der Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten sowie der Durchführung grundlegender Reformen.

In der aktuellen Situation, wo sich das Ende der Schah-Diktatur deutlich abzeichnet, setzt die Tudeh-Partei die Schaffung einer national-freiheitlichen Republik und die Abschaffung der Monarchie auf die Tagesordnung. Die Republik sollte nach ihren Vorstellungen eine Regierung besitzen, die aus einer nationalen Koalition der antidiktatorischen Kräfte besteht; ein solches Programm der nationalen Koalition legte die Tudeh-Partei am 4. September d. J. vor (voller Wortlaut in AIB 10/1978). Die Tudeh-Partei ist damit die einzige oppositionelle Kraft, die ein wissenschaftlich begründetes und präzises Programm vorzuweisen hat. Insbesondere Ihre seit Jahren wichtigste programmatische Losung von der Errichtung einer Einheitsfront aller national-demokratischen Kräfte im Kampf gegen Reaktion und Imperialismus hat aktuelle Brisanz erlangt.

Obwohl der Schah unter dem Druck der Massenbewegung einige Zugeständnisse machen mußte und nicht verhindern konnte, daß sich in den letzten Wochen über 17 Parteien konstituierten und an die Öffentlichkeit traten, kann die Tudeh-Partei ihre Tätigkeit weiterhin nur illegal ausführen.

Zu den Parteien, die sich in der letzten Zeit zu Wort melden, gehören neben einigen faschistischen und ultrareaktionären Kräften auch Parteien, die seit Mossadeghs Sturz bis heute das Vertrauen von großen Teilen der Bevölkerung genießen. Zu diesen Parteien zählen: Die Nationale Front, die Partei des Iran, die Bewegung für die Freiheit des Iran und die Unabhängige Partei. Sie unterstützten schon die Regierung Mossadeghs und die Verstaatlichung der Erdölindustrie oder gehörten der von ihm gegründeten Nationalen Front an. Sie machen besonders durch das Auftreten einiger Persönlichkeiten von sich reden, zu denen auch der ehemalige Gesundheitsminister unter Mossadegh, Karim Sanjabi, zählt. Die Nationale Front legte inzwischen ein 12-Punkte-Programm vor, in dem die Freilassung der politischen Gefangenen, die Abschaffung der Militärgerichte, ein unabhängiges Justizwesen und die Zulassung aller politischen Parteien und Gruppen verlangt wird. Sie spricht sich damit auch für eine Legalisierung der Tudeh-Partei aus.

Eine tragende Rolle im Kampf gegen die Diktatur spielen die

Der Iran wird gegenwärtig mit einer Welle von Streiks überzogen, die sich gegen die Ausrufung des Kriegsrechts, gegen die Korruption und gegen die durch die Inflation bedingte materielle Verelendung der Werktätigen richten. Über den Generalstreik, der Anfang Oktober aus Protest gegen das brutale Vorgehen der Armee und die Erschießung von über 3000 Demonstranten in Teheran ausgerufen wurde, berichtete die L'Humanité am 2. 10. 1978: „Der Streik, der gestern in Teheran und allen Großstädten des Iran ausgerufen wurde, war machtvoll und man könnte behaupten total. Am Vorabend hatte der General ‚Minister des Kriegsrechts‘ diese Bewegung, wie alle anderen Kundgebungen auch, als illegal erklärt. Noch nichts ist entschieden. Gerade in der Hauptstadt waren die Türen des Bazars geschlossen, ebenso wie acht von zehn der kleinen Unternehmen geschlossen blieben. So demonstrierte die Bevölkerung gegen die Untersuchungshaft von Ayatollah Khomeini im Irak, aber auch für das Ende der Schah-Diktatur und für die Errichtung einer wirklichen Demokratie. So streikten die Angestellten der Zentralbank und der Nationalbank für ihre berechtigten Forderungen vor den Banken. Die Gymnasiasten von zwei Schulen in der Nähe Avenue Chanaz haben eine Kundgebung vor ihrem Gymnasium abgehalten. Die Polizei gab daraufhin Warnschüsse in die Luft ab.“

Durch das Kriegsrecht bedingt wurde auch zum ersten Mal offiziell Zensur ausgeübt, indem bewaffnete Soldaten die Redaktionsräume der Verlage kontrollierten. Daraufhin wurde ein landesweiter Zeitungstreik ausgerufen, in den sich auch so renommierte Blätter wie „Kayhan“ (Welt) und „Ettelat“ (Information) einreihen und der erfolgreich abgeschlossen wurde. In einer Drei-Punkte-Erklärung des Kabinetts wurde neben der Pressefreiheit zugesagt, daß sich keine Behörde mehr in die Belange der Presse einmischen werde. Außerdem müssen sich Journalisten künftig nur noch vor ordentlichen Gerichten und nicht mehr vor den Militärgerichten verantworten.

Ein umfassender Streik findet augenblicklich auch im öffentlichen Dienst statt: Dort befanden sich Mitte Oktober d. J. weit über 60 000 Menschen im Ausstand.

Intellektuellen. Die „Vorlesungsabende der Schriftsteller und Dichter“ in Teheran, an denen tausende von Zuhörern teilnahmen, erzwangen Ende 1977 Zusammenkünfte demokratischer Kräfte, die in den Jahren zuvor vom SAVAK brutal verhindert worden waren. Hier zeigte sich auch die trotz des Analphabetentums für hiesige Verhältnisse kaum faßbare Popularität der fortschrittlichen Schriftsteller im Iran, die fast alle aufgrund der Verteidigung freiheitlicher und patriotischer Ideen einige Zeit in den Gefängnissen zugebracht haben. Der iranische Schriftstellerverband hatte bereits im Juni 1977 durch ein mutiges Schreiben an den damaligen Ministerpräsidenten Howaida und durch die Anprangerung der Menschenrechtsverletzungen auf sich aufmerksam gemacht. In einer anderen Publikation ruft der Verband „alle nationalen und fortschrittlichen Kräfte dazu auf, sich in einer antidiktatorischen Einheitsfront zusammenzuschließen.“

Manchmal gelingt es den Schriftstellern, mit einer eigens dafür konzipierten metamorphischen Sprache die Zensur für einige Tage zu überlisten, oftmals wird sie illegal vertrieben. Aufgrund des hohen Wirkungsgrades dieser Literatur fällt die Reaktion des Regimes entsprechend aus: Wegen „der Verteilung von subversiver Literatur“ sollen jetzt sechs Personen vor ein Militärgericht gestellt werden, das für „Vergehen gegen die Staatssicherheit“ zuständig ist. Der wichtigste Literat des Landes, M. A. Beh-Azin, wurde eingekerkert, mußte jedoch nach Protestdemonstrationen im Iran und dank internationaler Solidarität freigelassen werden.

Im Jahre 1978 verbreiterte sich der antidiktatorische Widerstand unter der Intelligenz und den Mittelschichten ganz erheblich. So verlangte beispielsweise die iranische Anwalts-Vereinigung von der Regierung, die Gesetze zu beachten, die Respektierung der Menschenrechte und insbesondere der Rede- und Versammlungsfreiheit sowie eine unabhängige Rechtssprechung und die Abhaltung korrekt durchgeführter freier Wahlen. Rund 30 Anwälte, Schriftsteller, Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bildeten An-

fang 1978 die Iranische Gesellschaft zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, die sich mit mehreren Briefen an die Vereinten Nationen zu Wort meldete und eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen im Iran durchführte. In einem Brief an UN-Generalsekretär Kurt Waldheim fordert sie eine Untersuchung der „erbarmungslosen Massaker an einer Zahl von gebildeten jungen Leuten.“² Zu einer geschlossenen Front gegen den Schah kam es unter den Händlern des Teheraner Basars, der seit dem blutigen Freitag des 8. September 1978 von bewaffneten Posten kontrolliert wird. Die Vereinigung von Basarkaufleuten setzte mehrfach die Schließung des Basars aus Protest gegen die Ermordung von Demonstranten durch.

Welche Rolle spielt die Geistlichkeit?

Eine wesentliche Rolle bei den jüngsten Demonstrationen und im gesamten Leben des Iran spielten Fragen der Religion. Rund 98 % der Bevölkerung des Iran sind Muselmanen, davon etwa 90 % schiitische Moslems. Die schiitische Geistlichkeit teilt sich in verschiedene Kategorien, obgleich eine formale Hierarchie unter ihnen nicht existiert. Die am meisten anerkannten und geachteten unter ihnen nennt man „Ayatollah“ (Zeichen Allahs); sie können die Fetwa herausgeben, die religiösen Verordnungen zu aktuellen Fragen des gesellschaftlichen Lebens, die für alle Schiiten bindend sind. Die Mehrheit der schiitischen Geistlichkeit bilden die Mullahs. Sie betreiben die alltägliche religiöse Propaganda unter der Bevölkerung. Die Geistlichkeit des Iran ist nach der Tradition unabhängig von der Macht des Schahs, sie erhält von ihm keine finanzielle Unterstützung. Nur einem kleinen Teil ihm nahestehenden höheren Geistlichen gewährt er Hilfe und Pensionen.

Um ihren Einfluß zu vergrößern, nutzt die Geistlichkeit den alten Brauch, von Behörden verfolgten Personen oder denjenigen, die gegen die Tätigkeit der Behörden protestieren, unantastbare Zuflucht in den Moscheen, Grabstätten oder Häusern ihrer bekannten Persönlichkeiten zu gewähren. Aus diesem Grund sind auch heute noch die Moscheen vielfach der Ausgangspunkt von Protestaktionen, weil sie wenigstens ein Minimum an Schutz vor den Angriffen des SAVAK und der Armee bieten. Tatsächlich verfügte die Geistlichkeit bis vor kurzer Zeit über wichtige Mittel des Einflusses auf das gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Leben des Landes: Über die religiöse Macht, die Volksbildung, den Einfluß auf die Gerichte und die geistlichen Besitztümer, „Wagfs“ genannt.

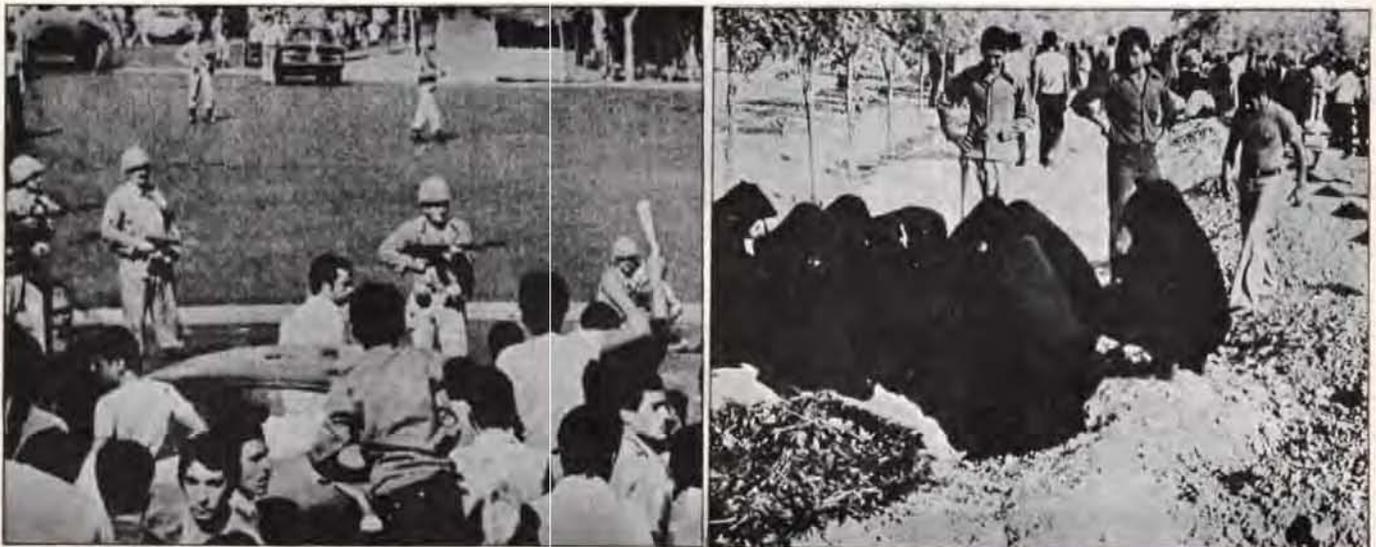
In den Ergänzungen zum Grundgesetz, die im Oktober 1907

angenommen wurden, ist die Errichtung einer Kommission von fünf höheren Geistlichen vorgesehen, welche kontrollieren sollten, ob die vom Medschlis (Unterhaus) verabschiedeten Gesetze mit dem Geist des Islam übereinstimmen. Weil die gesellschaftlichen Bedingungen mit diesem seinem Wesen nach mittelalterlichen Beschluß nicht mehr übereinstimmen und weil die demokratische Bewegung angewachsen war, wurde nach 1907 eine solche Kommission nie wieder eingerichtet.

In sozialer Hinsicht unterscheidet sich die Lage der höheren Geistlichkeit bedeutend von der Situation der einfachen Mullahs, welche enger mit den breiten Volksmassen verbunden sind und in größerem Umfang deren Interesse vertreten. Deshalb beteiligen sich einige Vertreter der Mullahs aktiv an der demokratischen, nationalen und antiimperialistischen Bewegung.

Die höhere Geistlichkeit besteht hauptsächlich aus Vertretern der Feudalaristokratie und der Großgrundbesitzer. Sie war lange Zeit eine feste Stütze der Monarchie im Iran. Allerdings waren die Juni-Ereignisse des Jahres 1963, als der Schah die ersten sechs Punkte seiner „Weißen Revolution“ (siehe dazu AIB-Sonderbroschüre zum Iran, Juli 1975) mit Waffengewalt gegen die Proteste der Geistlichen durchsetzte, ein schwerer Schlag für die traditionelle Übereinstimmung zwischen dem Hof des Schah und der Geistlichkeit. Ein besonderer Streitpunkt war beispielsweise die Enteignung von Bodenbesitz der Wagfs ohne Einwilligung der Geistlichkeit und der Verkauf der Wagfs an Staatsbeamte. Sie waren auch gegen die Einberufung der Frauen zum Wehrdienst, gegen die Vorführung amoralischer ausländischer Kinofilme und vor allem den wachsenden Einfluß der Amerikaner im Iran.

Der führende Ayatollah Chomeini verurteilte den Schah als Handlanger der USA, die sich auf Kosten der nationalen Interessen des Iran in die inneren Angelegenheiten des Landes einmischten. Wie er in einem an den früheren Ministerpräsidenten Howaida gerichteten Brief begründet, wurde er wegen seiner Kritik an der diplomatischen Unantastbarkeit aller amerikanischen Militärexperten aus dem Lande gejagt. Der Ayatollah Chomeini lebt heute im Exil im Irak, von wo aus er den Kampf gegen den Schah fortführt. Dort hat sich seine Position weiter radikalisiert. Sie geht damit über die Vorstellungen des Ayatollah Schariat Madari, der im Iran lebt, hinaus. Schariat Madari fordert die Rückkehr zu den Verfassungsbestimmungen von 1907, schließt also ein weiteres Verbleiben des Schah im Amt des Monarchen nicht aus. Dagegen sagt Chomeini: „Die Prinzipien von Demokratie und Freiheit stehen im grundsätzlichen Gegensatz zu diesem Regime, schon zur bloßen Existenz dieses Schahs.“³ Auf der anderen Seite sind seine eigenen Vorstellungen von der Zu-



Teheran: Schah-Truppen vor der Eröffnung des Feuers; Trauernde vor den Gräbern erschossener Demonstranten

kunft des Landes relativ unpräzise und laufen auf die Forderung nach Schaffung eines islamischen Staates hinaus.

Der Kritik der Geistlichkeit versucht der Schah zu entgehen, indem er sich einerseits als das „Werkzeug Allahs“ bezeichnet und sich sehr religiös gibt, sich andererseits aber auch nicht scheut, hunderte von Mullahs zu verhaften oder zu verbannen.

Unruhe auch in der Armee

Die Welle der Unruhen und Aufstände hat auch vor den Toren der Kasernen nicht halt gemacht. Die Spannungen zwischen den 3 Befehlshabern und den unteren Dienstgraden nehmen zu. In den Kasernen wird eine beispiellose Hetzkampagne aufgezogen, die Demonstranten werden als kriminelle Feinde des Landes hingestellt. Bei den Soldaten, die aus überwiegend ländlichen Gebieten stammen und aus entfernten Landesteilen nach Teheran geschafft wurden, wird der Haß gegen die Städter geschürt.

Sehr bald zerbricht aber dieses eingespinnne Feindbild, „weil die Oppositionellen niemals von sich aus angreifen . . . Aber was da an ihnen vorbeizieht, ist sichtlich nicht der böse Feind, kein subversiver Haufen, sondern das Volk, dem sie selber entstammen.“ Die Soldaten erkennen, daß die Proteste gegen die Teuerung, Wohnungsknappheit und Korruption sehr berechtigt sind. Niemand kann es daher überraschen, daß allein aus der Spezialeinheit der iranischen Armee, die zur Niederschlagung der Volksbewegung eingesetzt wurde, 400 Personen desertiert sind.⁴ In der Kaserne Hesmatieh wurde der Hauptmann Bigdali von einem Untergebenen erschossen.

In den letzten Tagen wurden sogar Flugblätter der Opposition von Armeeingehörigern unter der Bevölkerung verteilt. In Täbriz wurde von einem Regiment der Schießbefehl in Frage gestellt. Daraufhin wurden in großer Eile Einheiten aus dem Kurdengebiet zum Einsatz nach Täbriz gebracht. Wiederholt richteten auch Untergebene ihre Waffen auf die ranghöheren Befehlshaber und wurden dafür standrechtlich erschossen.

Obwohl sie als Instrument zur Unterdrückung des Volkes geschaffen wurde, besteht eine langjährige Tradition des anti-imperialistischen Kampfes auch in der Armee. Hier ist es von besonderer Bedeutung, daß die Tudeh-Partei vor allem auf das untere Offizierskorps eine große Anziehungskraft ausübt. Vor dem Putsch gegen Mossadegh im Jahre 1953 hatte die Tudeh-Partei allein 640 Angehörige in diesem Bereich der Armee. Zwar wurde die Gruppe später unter Hinzuziehung der Amerikaner entdeckt und zerschlagen, es muß aber trotz allem damit gerechnet werden, daß sich Tendenzen einer Fortführung dieser Tradition entwickeln. Welche Angst das Regime davor hat, geht schon daraus hervor, daß mehrere Offiziere, die Mitglieder der Tudeh-Partei waren und seit über 20 Jahren gefangen gehalten werden, vor kurzem aus dem Gefängnis Ghasr bei Teheran auf eine kleine Insel im Persischen Golf verlegt wurden, wo das Klima so mörderisch ist, daß es für die Gefangenen den langsamen aber sicheren Tod bedeutet.

Ansichts der heutigen Situation, in der der SAVAK die Protestdemonstrationen gegen das Regime nicht mehr verhindern kann und die Armee mit Unterstützung der 40 000 US-Berater der letzte Stützpfiler des Schah ist, orientiert die Tudeh-Partei darauf, daß sich die Aktionen der Bevölkerung zunehmend an die Angehörigen der Armee wenden. „Brüder, Soldaten, tötet nicht eure Brüder!“ riefen die Teilnehmer der großen Demonstrationen in Teheran, an denen bis zu 1 Mio Menschen beteiligt waren. Am Freitag, dem 8. September 1978, gab der Schah dennoch den Schießbefehl und es kam zu einem großen Blutbad. Selbst nach Ansicht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. 9. 1978 bringt „dieses Gemetzel den tragenden Pfeiler seiner Macht in Gefahr,“ weil es die Soldaten an ihrem Auftrag zweifeln macht.

Auf der Grundlage einer festen Aktionseinheit der antidiktatorischen Kräfte wurden sogar in den Gefängnissen weltweit beachtete Hungerstreiks politischer Gefangener zur Verbesserung ihrer Lage durchgeführt. In vielen Fällen konnten dabei Erfolge verzeichnet werden.

Auch was die generelle Frage der Kampfmethoden anbetrifft, konnten gerade hier wesentliche Fortschritte erzielt werden. Von großer Bedeutung ist es, daß sich die richtigen Methoden des politischen Kampfes, die Aufklärung, Mobilisierung und Organisierung der Bevölkerung, im wesentlichen durchgesetzt haben.

Das gilt auch für einen Teil der Gruppen, die bislang einseitig den bewaffneten Kampf als einzige Lösungsmöglichkeit der Probleme im Iran propagierten. Während die von Vertretern des linken Flügels der Geistlichkeit organisierten „Modjahedine Khalg“, d. h. Volkskämpfer, ihre bislang islamisch-maoistisch geprägten Ansichten einer Prüfung unterziehen und auf die Lektüre der revolutionären Klassiker sowie ihre Verarbeitung durch die Tudeh-Partei verweisen, hat sich von den Fedayin des Volkes eine Gruppe abgespalten, die die Losung von der antidiktatorischen Front aufgegriffen hat. Die Durchsetzung des politischen Massenkampfes ist aber auch unter dem Aspekt wichtig, daß abenteuerliche Aktionen einiger ultralinken Elemente nur der Armee den Vorwand zum Eingreifen unter der Losung der „Verteidigung der Ordnung“ liefern. Das wiederum könnte aber nur das Überleben der bankrotten Pahlawi-Dynastie verlängern.

Anmerkungen:

- 1) Informationsbulletin des ZK der Tudeh Partei Irans, o. O., Nr. 15/1978, S. 3
- 2) Zit. nach Süddeutsche Zeitung, 26. 1. 1978
- 3) Zit. nach: Berliner Extra Dienst, 8. 9. 1978
- 4) Nach: Süddeutsche Zeitung, 29. 8. 1978

Solidaritätskomitee für Afrika Asien und Lateinamerika SKAAL

Das SKAAL unterstützt den Kampf der Völker des Trikontinents gegen Ausbeutung und Unterdrückung.
Das SKAAL leistet materielle Hilfe für diejenigen, welche die Ursache der Armut und des Elends beseitigen.

Das SKAAL informiert über das Geschehen im Trikontinent.

‘Solidarität’ ist das Organ des SKAAL und informiert über:

Die Geschichte und Probleme der unterdrückten Völker. Die Befreiungskämpfe im Trikontinent. Den Aufbau der unabhängigen Staaten. Die Politik der Schweiz im Trikontinent. Die Arbeit des SKAAL. Die theoretische Diskussion der kolonialen Revolution. Die Hintergründe der Unterentwicklung. Stellungnahmen der Befreiungsbewegungen, Parteien, Gewerkschaften und nationaler- und internationaler Organisationen des Trikontinents.

Ausschneiden und einsenden an: SKAAL, Postfach 2009

CH-4001 BASEL

Ich möchte Informationsmaterial/Probenummer ‘Solidarität’ erhalten

Ich abonniere die ‘Solidarität’
 Jahresabonnement (IO Nummern: Fr.15.--)
 Unterstützungsabonnement (ab Fr.20.--)

Ich möchte Mitglied des SKAAL werden (Fr.25.--)
und erhalte damit das SKAAL-Bulletin ‘Solidarität’

Vorname, Name

Strasse

Nummer

PLZ

Ort

Datum

Wir setzen in diesem Heft die in den AIB/4 und 10/1978 begonnene ausführliche Berichterstattung und Dokumentierung über den Konflikt zwischen der SR Vietnam einerseits und der VR China und Kampuchea andererseits fort. In drei Artikeln wird weiteres Hintergrundmaterial zur chinesischen Vietnampolitik einschließlich des vietnamesisch-chinesischen Notenwechsels vom Sommer 1978, zum Problem der Auslandschinesen (Hoas) in Vietnam und zur Entwicklung in Kampuchea geliefert. Ein Interview, das Prof. Günter Giesenfeld Ende August d. J. während seiner Vietnam-Reise in Hanoi mit Xuan Thuy, Sekretär des Zentralkomitees der KP Vietnams und vormaliger Außenminister der Demokratischen Republik Vietnam, führte, rundet das Bild ab. Unsere dokumentarischen Materialien und Analysen mögen dem Leser das aktuelle Konfliktschehen in Indochina durchschaubarer machen und ihn zur Parteinahme auf Seiten des wirklichen Opfers der Spannungen, nämlich Vietnams, bewegen. Das vietnamesische Volk bedarf dieser Solidarität dringend: Mit dem Erbe unermesslicher Kriegsschäden belastet, muß sich das Land mit Nachbarn auseinandersetzen, die eigentlich seine Freunde sein sollten. Stattdessen lehnen China und Kampuchea die konstruktiven Lösungsvorschläge Vietnams ab. Am 24. September d. J. hat die VR China nun die Gespräche über das Hoa-Problem einseitig für abgebrochen erklärt. Peking legte damit offen, daß es ihm gar nicht um Lösung der strittigen Fragen, sondern lediglich um eine Aufrechterhaltung der Spannungen geht.

Hoang Nguyen

Von Phnom Penh nach Peking

Am 31. Dezember 1977 erklärten von einem Pekingener Kernpult aus Führer des Demokratischen Kampuchea, daß Vietnam in ihr Land eingefallen sei und daß diese „Aggression“ Vietnams bezwecke, „Kampuchea einer Indochinesischen Föderation einzuverleiben“. Die Wahrheit ist, daß infolge der Befreiung von Phnom Penh (17. April 1975) und besonders seit April 1977 die kampucheanischen Streitkräfte wiederholt auf vietnamesisches Gebiet eingedrungen waren, sowohl zu Land als auch zu Wasser. Sie massakrierten vietnamesische Zivilisten und zerstörten ihr Eigentum. Die vietnamesische Seite war gezwungen, sich in Notwehr zu verteidigen, während sie Verhandlungen vorschlug, um den Konflikt friedlich zu lösen und die Bande der Freundschaft zwischen beiden Ländern wiederherzustellen. Aber dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Phnom Penh erklärte, daß es nur in Verhandlungen eintreten würde, nachdem Vietnam seine „aggressiven und expansiven Anschläge“ aufgegeben habe – d. h. wenn es aufgehört habe etwas zu tun, das es überhaupt nie getan hatte. Ähnlich war es am 24. Mai 1978 in Peking, als der Sprecher des Amtes für Angelegenheiten der Überseechinesen der VR China, der in einer Erklärung an die Nachrichtenagentur Hsinhua Vietnam wegen „Verfemung, Verfolgung und Vertreibung von Hoas nach China“ verurteilte.

Nach Beendigung eines dreißigjährigen antiimperialistischen Krieges müßte das siegreiche Vietnam jetzt völlig friedliche Tage genießen können, damit sein Volk das verwüstete Land wieder aufbauen kann. Aber gegenteilige Entwicklungen haben sich nach und nach eingestellt, und dieser legitime Traum hat sich nicht erfüllt. Was sogar noch schlimmer ist: der Ursache dieser Tragik sind Länder, die unsere Freunde und Genossen sein sollten.

Vor fast einem halben Jahr brachen sog. Grenzkonflikte zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Demokratischen Kampuchea aus. Jetzt steht der sogenannte Konflikt um das Hoa-Volk in Vietnam an, der die SR Vietnam und die Volksrepublik China zu Gegnern macht. Beobachter haben eine bemerkenswerte Sache herausgefunden: Die beiden Ereignisse weisen zu viele ähnliche Züge auf!

Dem ging eine Serie von chinesischen Maßnahmen voraus, die Anfang d. J. begonnen hatten. Zuerst machte Peking seine Politik gegenüber den Auslandschinesen bekannt; deren



Übersetzungsstelle der Hoas in Mong Cai. Am anderen Ufer liegt die chinesische Stadt Dang Xing.

Kernstück es war, die Angelegenheit allen Chinesen zu verkünden, die im Ausland wohnten, ganz gleich ob sie die Nationalität des Gastlandes angenommen hatten oder nicht, und sie alle zu verpflichten, an einer weltweiten „antihegemonistischen“ Front teilzunehmen. Nachdem diese Linie durch die chinesischen Medien breit publiziert worden war, brachen viele Hoas „plötzlich und spontan“ nach China auf. Tatsächlich liefen sie einfach nach China über, ohne die Grenzübergänge zu passieren, die vorher von beiden Seiten für den Grenzübertritt vereinbart worden waren.

Der Hoa-Exodus hat Vorläufer

Diejenigen, die 1954/55 in Nordvietnam waren, werden sich an die erzwungene Massenevakuierung erinnern, die von den französischen Kolonialisten und amerikanischen Imperialisten ausgelöst wurde, nachdem das Genfer Abkommen festgelegt hatte, daß Vietnam vorübergehend zweigeteilt werden sollte und daß das Volk wählen konnte, in welcher Zone es leben wollte, wobei diese Wahl innerhalb von 300 Tagen ge-

troffen sein mußte. Unter dem Einfluß einer intensiven Gerüchekampagne – wie in den Pentagon-Papieren zugegeben – verließen abertausende von Katholiken des Nordens aus Furcht, „ihren Glauben zu verlieren“ und vor den „Atombomben, die die USA auf den Norden werfen würden“ ihre Häuser, Reisfelder und Obstgärten – die schwerverdienenden Früchte vieler Jahre Arbeit –, um nach Südvietnam zu gehen. Dort wurden sie in „katholischen Verteidigungsgürteln“ um die „Hauptstadt“ der Saigoner Marionettenregierung angesiedelt, während ihre jungen Männer sich zu den ersten Einheiten der „Republikanischen Armee“ der Marionetten auf der US-Soldliste meldeten.

Ein zweiter erzwungener Exodus aus Vietnam begann im Frühjahr 1975, in Folge der allgemeinen Offensive der südvietnamesischen Volksbefreiungsarmee. Durch die US-Propaganda mit einem „Blutbad“ verschreckt, flohen zehntausende von Vietnamesen in Panik aus dem Land, und nicht wenige sollten von den Vereinigten Staaten in dunklen Mächenschaften gegen ihr Vaterland mißbraucht werden.

Schädigung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus

Zielscheiben der gegenwärtigen dritten Wanderbewegung sind die Hoas und die vietnamesischen Bürger, die Minderheitenvölkern angehören, welche längs der vietnamesisch-chinesischen Grenze wohnen. Die Furcht vor einem nahenden Krieg und die Verlockung, dem Ruf des chinesischen Mutterlandes zu folgen, haben zehntausende von Hoas veranlaßt, ein Vietnam zu verlassen, das sie sehr liebgewonnen hatten, und über Waldpfade nach China zurückzugehen. Verzweiflung quälte die Herzen vieler. „Mein Land, ob richtig oder falsch“, diese Aussage eines Amerikaners mag ihren Entschluß letztlich beeinflussen haben. Tragödien zerstörter Familien, die wegen des Konfliktes geteilt wurden: einige Mitglieder wollten bleiben, während andere sich zum Gehen entschieden.

Die ersten Heimkehrer wurden in den Dienst einer landesweiten Propagandakampagne gegen Vietnam von noch nicht dagewesenem Ausmaß gestellt. Ihre Bilder und Stimmen wurden von den chinesischen Medien und bei öffentlichen Zusammenkünften benutzt, um folgende Vorwürfe zu illustrieren: „Vietnam ist Chinas Feind Nr. 1; ein Günstling des ‚Sozialimperialismus‘; eine Nation, die Freundlichkeit mit Undankbarkeit entlohnt“; usw. usf. Diese „Indoktrinierung“ der Chinesen wurde systematisch durchgeführt mit dem Ziel, das Ansehen



Von China halbfertig hinterlassene Brücke über den Roten Fluß

Vietnams beim chinesischen Volk zu beschmutzen und die langjährige Freundschaft der beiden Länder zu zerstören. Die angewandten Methoden erinnern an die Intrigen der kampucheanischen Behörden: Rassenhaß gegen die Vietnamesen zu säen und psychologische Vorbereitungen für weitergehende Schritte zu treffen.

In Vietnam bewirkte die Massenflucht der Hoas Ergebnisse, die China erwartet hatte: ein durcheinander, schädlich für Ordnung und Sicherheit in einigen Gebieten, wo diese plötzliche Knappheit an Arbeitskräften auch einige Schwierigkeiten in der Produktion verursachte (siehe detailliert den Beitrag Vu Cans in AIB 10/1978; d. Red.). Dies bereitete den Weg für einen noch schlimmeren Schritt gegen den sozialistischen Aufbau in Vietnam: am 12. Mai 1978 sandte das chinesische Außenministerium eine Nachricht an das vietnamesische Außenministerium mit der Ankündigung, daß China die Unterstützung für Vietnam kürzen würde. „Durch die plötzliche massenhafte Vertreibung chinesischer Bewohner hat die vietnamesische Seite China eine Menge Schwierigkeiten bereitet und die finanzielle und materielle Belastung der chinesischen Regierung enorm erhöht“, lautete die Nachricht, „weshalb sich die chinesische Regierung gezwungen sieht, eine Anzahl von Projekten, für die China die komplette Ausstattung liefern sollte, zu streichen, und das Geld, das China für diese Projekte als Hilfe an Vietnam zahlen sollte, einzubehalten, damit die Gelder und Materialien umfunktioniert werden können zur Verwendung für den Lebensunterhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für die zurückgekehrten Chinesen.“

Zuerst wurden 21 Hilfsvorhaben gestrichen, dann noch einmal 51, was fast die gesamte chinesische Hilfe für Vietnam ausmachte; die meisten chinesischen Experten wurden auch zurückgezogen. Am 24. Mai 1978 machte Peking die Ho-Frage mit der oben genannten Erklärung des Sprechers des Amtes für Angelegenheiten der Überseechinesen publik.

Wortbrüchigkeit der chinesischen Regierung

Die Fakten müssen offen benannt werden: die chinesischen Behörden haben vollkommen unrechtmäßig gehandelt. Sie haben Tatsachen verdreht und Abkommen verletzt, die zwischen beiden Parteien und Regierungen getroffen worden waren.

Denn nach der Befreiung Nordvietnams 1955 kamen das Zentralkomitee der Partei der Werktätigen Vietnams und der Kommunistischen Partei Chinas überein, daß die Chinesen in Nordvietnam unter die Verantwortung der vietnamesischen Partei fielen und schrittweise vietnamesische Staatsbürger werden sollten. 1956 bestätigte der verstorbene chinesische Premierminister Tschou En Lai während eines Vietnam-Besuches dieses Abkommen.

Vietnam und China sind zwei Nachbarländer mit vergleichbarer Stufe der ökonomischen Entwicklung. Ihre Kulturen haben viele ähnliche Züge. Da sie nun beide dem Weg sozialistischen Aufbaus folgen, nachdem sie Seite an Seite gegen ihren gemeinsamen Feind, den Imperialismus, gekämpft haben, ist die schrittweise Annahme der vietnamesischen Staatsangehörigkeit durch die in Vietnam lebenden Chinesen, wie es von beiden Seiten vereinbart wurde, nur natürlich. Indem sie die Linie vertraten, die von den Zentralkomitees der beiden Parteien gemeinsam beschlossen wurde, ergriffen die vietnamesische Regierung und die chinesische Verwaltung Maßnahmen auf Staatsebene mit dem Ziel, die Hoas zu mündigen vietnamesischen Bürgern zu machen. Die Hoas genießen nun alle sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Rechte, und zusammen mit anderen Teilen der vietnamesischen Gemeinschaft leisteten sie einen wertvollen Beitrag zur Verteidigung und zum Aufbau Vietnams.

Im Januar 1961 gab das vietnamesische Außenministerium seine Zustimmung zu folgendem Vorschlag der chinesischen

Botschaft in Hanoi: Hoas, die in China Verwandte besuchen wollten, sollten bei den vietnamesischen Behörden eine Genehmigung beantragen, welche eine Liste dieser Hoas an die chinesische Botschaft schicken würden, die ihnen dann „Touristenbescheinigungen“ und Einreisevisa nach China ausstellen würden. Während der letzten 15 Jahre wurde dieses Verfahren dauernd praktiziert. Aber parallel zu ihrer Maßnahme, die Hoas zurückzuholen, haben die chinesischen Behörden die Abkommen einseitig gebrochen, die in dieser Frage bestanden. Sie sandten eine Erklärung an das Außenministerium der SR Vietnam, in der sie feststellten, daß vom 5. Mai 1978 an alle Chinesen, die wünschten, nach Hause zurückzukehren, zuerst eine Bescheinigung von der chinesischen Botschaft erhalten müßten, bevor sie Ausreisevisa bei den zuständigen vietnamesischen Stellen beantragten. In einer Erklärung vom 8. Mai an die chinesische Botschaft in Hanoi setzte das vietnamesische Außenministerium die chinesischen Behörden davon in Kenntnis, daß es sich an das Abkommen, das zwischen den Zentralkomitees der beiden Parteien erzielt worden war, halten würde, und deshalb müsse das Verfahren für Reisen von Hoas zwischen den beiden Ländern unverändert bleiben.

Obstruktion einer bourgeoisen Hoa-Minderheit

In Südvietnam nahmen schon 1956 die meisten Chinesen die vietnamesische Staatsbürgerschaft an und wurden von da an Vietnamesen chinesischer Abstammung genannt. Von dem Saigoner Marionetten-Regime war einiger Druck auf sie ausgeübt worden, aber außerdem spielte der Reiz ökonomischer und politischer Rechte, die die vietnamesische Staatsbürgerschaft bringen würde, eine bedeutende Rolle. Auf jeden Fall war das ein politisches Ereignis, das sich vor über 20 Jahren abgespielt hatte. Als 1976 allgemeine Wahlen zur Wiedervereinigung des Landes abgehalten wurden, genossen die Vietnamesen chinesischer Abstammung in Südvietnam ihre vollen Rechte und erfüllten ihre Pflichten als vietnamesische Bürger. Sie wählten und stellten sich zur Wahl für die Nationalversammlung des wiedervereinigten Vietnam. In der gegenwärtigen Nationalversammlung der SR Vietnam gibt es mehrere Abgeordnete chinesischer Abstammung, überseechinesen im strengen Sinn des Wortes sind relativ selten: Es sind Menschen mit Bescheinigungen, die von Macao, Hongkong oder Taiwan ausgestellt wurden; andere sind diejenigen, die aus Kampuchea nach dem Staatsstreich von Lon Nol (1970) und nach der Befreiung von Phnom Penh (17. 4. 1975) geflohen sind.

Im sozialistischen Umwälzungsprozeß, der in den Großstädten und Städten Südvietnams stattfindet, haben die Arbeiter chinesischer Abstammung zusammen mit anderen Vietnamesen eine aktive Rolle gespielt. Eine Anzahl von Mitgliedern der südvietnamesischen Bourgeoisie sind vietnamesische Bürger chinesischer Abstammung; die meisten leben in Cho Lon. Vor der Befreiung wurden den Bourgeois besondere Vorteile von den Imperialisten im Rahmen ihrer Politik des „Teile und Herrsche“ gewährt, und sie konnten durch grausame Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung, einschließlich derjenigen chinesischer Abstammung, große Vermögen anhäufen. Während der Widerstandskriege standen sie in heimlichem Einverständnis mit den Imperialisten, unterstützten ihre Kriegsmaschinerie und halfen ihnen, Südvietnamesen zu massakrieren. Nach der Wiederherstellung des Friedens leiteten sie illegale Aktivitäten wie Spekulation, Hortung, Marktkontrolle und Wirtschaftssabotage. Bei der sozialistischen Umgestaltung Vietnams ist, wie auch in anderen sozialistischen Ländern einschließlich Chinas vor einigen Jahren, die Beseitigung der Bourgeoisie als Klasse unumgänglich. In Vietnam wurde die Umwälzung auf eine gerechte und vernünftige Weise durchgeführt. Obwohl die meisten vietnamesischen Bourgeois chinesischer Abstammung diese bereitwillig



Vor der geschlossenen chinesischen Grenze wartende Hoas

akzeptierten, widersetzte sich verständlicherweise eine kleine Minderheit aufgrund ihres klassenmäßigen Charakters. Die werktätige Hoa-Bevölkerung spielte eine positive Rolle, indem sie half, den Bourgeois die Vorgänge durch Diskussion mit ihr und Kampf gegen sie im Verlauf des Veränderungsprozesses zu verdeutlichen, wobei ihnen diese Aufgabe die Kenntnis der chinesischen Sprache erleichterte. Nach dem erwähnten gesellschaftlichen Umgestaltungsprozeß wurden nicht wenige jener arbeitenden Menschen auf wichtige Posten in verschiedenen staatlichen Unternehmen und Fabriken oder gemischtwirtschaftlichen Betrieben berufen.

Warum das Schweigen zu den Hoas Kampuchreas?

Dies spricht Bände für die vollkommen gleiche Behandlung, die allen Mitgliedern der vietnamesischen Gesellschaft ohne Rücksicht auf ihre ethnische Herkunft zugutekommt. Kein Ausländer kann solch eine Behandlung genießen. Überall auf der Welt, in jedem Land, kommen Fremde nicht an Beschränkungen im sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben vorbei. Dies gilt auch für die Vietnamesen in China. Daher gehen die Selbst-Rechtfertigungsversuche der Pekinger Propagandamaschinerie weit am Kern der Sache vorbei.

Peking sagt, daß es verpflichtet sei, seine nationalen Interessen zu schützen. Es ist einleuchtend, daß jede Regierung, die wirklich ihre Bürger vertritt, in diesem Sinne handeln muß. Aber das Problem hier betrifft nicht Bürger der Volksrepublik China, sondern vietnamesische Bürger, die der Rechtsprechung der SRV unterliegen. Noch viel weniger ist es eine Angelegenheit von „verfolgten Chinesen“, oder von „Einwohnern, die hereingelegt, verfolgt und vertrieben werden“. Während Peking von „mißhandelten Chinesen“ redet, hat es noch nie eine Frage beantwortet, die von so vielen Menschen gestellt wird: Warum hat sich die VR China gegenüber dem Terror, der Plünderung und der grausamen Behandlung, die über 1/2 Mio Chinesen in Kampuchea durch die Behörden in

Phnom Penh erlitten haben, blind und taub gestellt? Viele dieser „mißhandelten Chinesen“ sind nach Südvietnam geflüchtet, wo sie durch die vietnamesischen Behörden und die Bevölkerung in Schutz genommen und versorgt werden.

Eine andere Unverschämtheit ist es, zu sagen, daß Vietnam Freundschaft mit Undank beantwortet hätte. Die KP Vietnams, die vietnamesische Regierung und das Volk Vietnams haben die wertvolle Unterstützung und Hilfe, die ihnen von der KP Chinas der chinesischen Regierung und dem chinesischen Volk gewährt wurden in ihrem Widerstand gegen die USA, für die Rettung der Nation, niemals vergessen. Sie haben hierfür öffentlich ihre Dankbarkeit ausgedrückt. Sie haben immer wieder bekräftigt, daß diese Hilfe einen wichtigen Beitrag zum Sieg des vietnamesischen Volkes geleistet hat.

Auf der anderen Seite hat die ganze fortschrittliche Menschheit anerkannt, daß der ausdauernde und siegreiche Kampf des vietnamesischen Volkes in großem Maße zur revolutionären Sache der Arbeiterklasse und unterdrückten Völker der ganzen Welt beigetragen hat.

Es ist allgemein bekannt, daß China nun dabei ist, seine Bande zu den USA und anderen westlichen Ländern zu verstärken, seine Unterstützung für die Gründung einer NATO im Fernen Osten zugesagt hat und sich mit reaktionären und imperialistischen Kräften in der ganzen Welt verbündet. Vietnam dagegen betreibt eine Politik der Unabhängigkeit, der Souveränität und der internationalen Solidarität. Hierbei hält Vietnam das Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus hoch und unterstützt tatkräftig den anti-imperialistischen revolutionären Kampf der Menschheit, besonders der Entwicklungsländer, für ihre nationale Befreiung und soziale Emanzipation.

Da es den chinesischen Behörden mißlungen ist, Vietnam auf ihren Kurs zu zwingen, haben sie ihm alle möglichen schlechten Etiketten angeheftet und nichts unversucht gelassen, es unter Druck zu setzen, es zu schwächen und daran zu hindern, die Wunden des Krieges zu heilen und den sozialistischen Aufbau voranzutreiben.

Selbst viele chinesische Führer haben immer wieder erklärt, daß es an China läge, sich bei Vietnam für seinen Kampf zu bedanken, und daß die Hilfe auf Gegenseitigkeit beruht habe. Zu sagen, daß Vietnam undankbar sei, bedeutet zum einen, die Unwahrheit auszusprechen, zum anderen, den Beteuerungen der chinesischen Behörden über den gegenseitigen Beistand in der internationalen Arena zu widersprechen.

Die Ähnlichkeit zwischen den Methoden, die von Kampuchea gebraucht, und jenen, die von China angewandt werden, beschränkt sich nicht hierauf. Es wurde gezeigt, daß sich beide auf reine Erfindungen stützen, um die Spannungen mit Viet-



An der kampucheanischen Grenze verwundeter Vietnameser

nam anzuheizen, und daß beide ihre Völker psychologisch manipulieren und den Rassenhaß gegen die Vietnamesen unter ihnen aufstacheln. Aber es geht um mehr. Beide, China und Kampuchea, haben stur alle vietnamesischen Vorschläge zur Beilegung der Probleme, die sie absichtlich provoziert haben, abgelehnt.

Laut der Erklärung des Sprechers des Amtes für Angelegenheiten der Überseechinesen beim Staatsrat der VR China vom 24. 5. 1978 gaben die chinesischen Behörden einseitig bekannt, daß sie Schiffe zu den Häfen von Haiphong und Ho-Chi-Minh-Stadt schicken würden, um Auslandschinesen zu evakuieren. Am 28. Mai 1978 schlug das vietnamesische Außenministerium vor, daß Vertreter beider Parteien und Regierungen so schnell wie möglich zusammentreffen sollten – konkret gesagt, Anfang Juni in Peking –, um im Geiste der Freundschaft und im Sinne der Interessen beider Nationen ihre Meinungsverschiedenheiten über das Hoa-Problem, einschließlich des Vorschlages der chinesischen Regierung, Schiffe zur Evakuierung nach Vietnam zu entsenden, zu diskutieren und zu lösen. Auf diesen Treffen könnten die beiden Seiten auch andere Probleme von gemeinsamem Interesse diskutieren.

Vorwände zur Ablehnung von Verhandlungen

Wir erkennen an, was zwischen Vietnam und China vereinbart worden ist; und wir respektieren die historische Tatsache, die schon seit über 20 Jahren existiert, daß die Hoas in unserem Lande vietnamesische Bürger geworden sind. Dies hat ihnen offensichtliche Vorteile gebracht. Ist es dagegen gerecht, daß diese Hoas, während sie alle Rechte eines vietnamesischen Staatsbürgers genießen, gleichzeitig als Ausländer angesehen werden sollen, ohne Verpflichtungen diesem Lande gegenüber und in vielen Fällen außerhalb seiner Rechtsprechung stehend? Sollten die chinesischen Behörden Veränderungen des bestehenden Status der Hoas in Vietnam wünschen, würde dies Verhandlungen zwischen den beiden Ländern gemäß internationaler Gepflogenheiten erfordern. Folglich ist der oben erwähnte Vorschlag bezüglich eines Treffens zwischen den Vertretern beider Parteien und Regierungen angemessen und vernünftig.

Es ist bedauerlich, daß die chinesische Seite, die wiederholt ein Geschrei und Jammern über das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen den Nationen und gegen die großmachtchauvinistische Arroganz angehoben hat, solch einen Vorschlag nicht für gerecht und vernünftig gehalten hat. Eine Note des chinesischen Außenministeriums vom 2. 6. 1978 (Wortlaut siehe weiter unten; d. Red.) und eine Erklärung des gleichen Ministeriums vom 9. 6. 1978 lehnten den vietnamesischen Vorschlag mit der Begründung ab, daß er „heuchlerisch“ sei und, „daß er unter den gegenwärtigen Bedingungen aus Gründen der Propaganda gemacht worden sei“. Während sie Nein zu Verhandlungen sagte, gab die chinesische Seite einseitig der vietnamesischen Seite ihre „Entscheidung, Schiffe zu den Häfen von Haiphong und Ho-Chi-Minh-Stadt zu senden, um die mißhandelten Chinesen heimzuholen“ bekannt. Die chinesische Seite betrachtete diesen Vorstoß als die „Ausübung ihrer legitimen Rechte“ und „erwartete von der vietnamesischen Seite, sich gemäß international anerkannten Prinzipien damit zufrieden zu geben.

Beim Vergleich mit jenem Vorwand, der von Kampuchea benutzt wird, um Verhandlungen abzulehnen („Kampuchea wird erst in Verhandlungen eintreten, wenn Vietnam seine bösen Pläne der Aggression und des Anschlusses Kampuchreas an eine sog. Indochinesische Föderation aufgegeben hat“ usw.), sieht man, daß während Kampuchea bei verdrehten Argumenten Zuflucht sucht, China einfach unverschämt ist. China wie Kampuchea haben Angst vor Verhandlungen und versuchen, Bemühungen zu einer Regelung zu umgehen, da sie beide im Unrecht sind. Sie verwenden einfach Erfindun-

gen und Verleumdungen als Vorwand, um gegen Vietnam vorgehen zu können. Der Unterschied zwischen China und Kampuchea liegt in der Tatsache begründet, daß letzteres als Werkzeug vom ersteren benutzt wird.

Wie hat die vietnamesische Seite angesichts der großmachtchauvinistischen Haltung Chinas, das Vietnam seinen Standpunkt aufzuzwingen sucht, reagiert? Wir rufen die Hoas, die sich in Vietnam niedergelassen haben, auf, im Lande zu bleiben und mit dem übrigen Teil der vietnamesischen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Wir haben sie niemals „vertrieben“, wie die chinesische Seite fälschlicherweise behauptet, noch haben wir sie jemals „geächtet“ oder „verfolgt“.

Andererseits haben wir niemals irgendeinen Ausländer dazu gezwungen, die vietnamesische Staatsbürgerschaft anzunehmen, wie dies die Chinesen behaupteten; auch haben wir keinen Hoa daran gehindert, Vietnam in Richtung China zu verlassen. Die Hoas besitzen hier eine große Bandbreite von Entscheidungsmöglichkeiten: Sie können die Ausreise aus Vietnam beantragen. In diesem Falle werden ihnen alle notwendigen Vorkehrungen zugutekommen, und sie können die chinesische Staatsbürgerschaft annehmen, wenn sie es wünschen. Wenn sie sich allerdings dafür entscheiden, in Vietnam zu bleiben, wie wir es begrüßen würden, bedeutet dies, daß sie den Status quo gewählt haben; mit anderen Worten, sie haben ihren Wunsch zum Ausdruck gebracht, den Status eines vietnamesischen Staatsbürgers zu genießen.

Während sie die Entsendung von chinesischen Schiffen nach Vietnam hinausposaunen, bestehen die chinesischen Behörden zur Zeit hartnäckig darauf, daß diese Schiffe nur „mißhandelte chinesische Einwohner“, nicht aber Hoas, Vietnamesen chinesischer Abstammung oder einfach Auslandschinesen, aufnehmen sollen. Die Weltöffentlichkeit, einschließlich der Hoas, beginnt zu verstehen, was tatsächlich hinter dem proklamierten Eifer der chinesischen Behörden, die Hoas aus der „Unterdrückung“ durch Vietnam zu retten, steckt. Einige der Hoas, die sich von der hinterhältigen Propaganda Chinas hatten beeinflussen lassen und klammheimlich nach China ausgewandert waren, schafften es später, wieder nach Vietnam zurückzukehren, nachdem sie einen Teil

der traurigen Wahrheit herausgefunden hatten. Andere, denen dieses nicht gelungen ist, haben mit allen Mitteln – schriftlicher oder mündlicher Benachrichtigung – versucht, ihre Verwandten und Freunde, die sich noch in Vietnam befinden, zu warnen, sich nicht dazu verleiten zu lassen, das Land zu verlassen.

Androhung noch schärferer Maßnahmen

In ihren Machenschaften gegen Vietnam haben die chinesischen Behörden das Hoa-Problem als Vorwand benutzt, um die Hilfe an Vietnam einstellen; alle Fachleute aus Vietnam zurückziehen und drei vietnamesische Generalkonsulate in Südchina schließen zu können. Gleichzeitig haben sie ihre Unterstützung für Kampuchea bei den jüngsten Grenzkonflikten mit Vietnam verstärkt. Was wird als nächstes geschehen? Der chinesische Ministerpräsident Teng Hsiao-ping drohte damit, sogar noch schärfere Maßnahmen gegen Vietnam einzuleiten.

Aber werden das chinesische Volk wie auch das Volk von Kampuchea eine solche Politik der Erpressung durch ihre Führung dulden? Die traditionelle Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen, wie auch zwischen dem vietnamesischen und kampucheanischen Volk besitzt eine starke Lebenskraft. Die leuchtende Gerechtigkeit der Sache des vietnamesischen Volkes und der SRV hat die Unterstützung aller freiheits- und friedensliebenden Menschen der ganzen Welt gewonnen.

Die Weltöffentlichkeit ist besorgt über die tiefgründigen Ursachen dieser traurigen Lage. Beobachtern, die sich nicht so leicht von lauter Anschuldigungen beeinflussen lassen, erscheint das Wesen des Problems jedoch schon ziemlich klar vor Augen. Wir glauben unsererseits fest daran, daß sich die Freundschaft zwischen dem vietnamesischen Volk auf der einen Seite und dem chinesischen und kampucheanischen Volk auf der anderen Seite als unerschütterlich erweisen wird.

(Quelle: The Hoa in Vietnam. Dossier, Hanoi 1978, S. 7–18)

DOKUMENTATION

Notenwechsel Vietnam—China

Vietnamesische Regierungsnote vom 18. 5. 1978

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam entbietet der Regierung der Volksrepublik China ihre Grüße und hat die Ehre, ihr folgendes zur Kenntnis zu geben:

Am 12. Mai 1978 sandte das chinesische Außenministerium der vietnamesischen Botschaft in Peking eine Note, in der sie sie von der Entscheidung der chinesischen Regierung informierte, die finanzielle Unterstützung und die vollständige Ausrüstung für 21 Projekte zurückzuziehen. Der von der chinesischen Seite angegebene Grund war, daß die betreffenden Mittel und Materialien benötigt würden, um Vorkehrungen für die Lebenshaltung und die produktive Tätigkeit der heimgekehrten Chinesen zu treffen.

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam hat von dieser Entscheidung mit großer Überraschung und mit Bedauern Kenntnis genommen; durch eine bloße Note ihres Außenministeriums hat die chinesische Seite einseitig Vereinbarungen aufgekündigt, die zwischen den Führern der beiden Parteien und Regierungen getroffen worden waren. Die vietnamesische Regierung hält es für notwendig, folgendes auszudrücken:

1. Bis jetzt haben die Völker von Vietnam und China einander stets

unterstützt und geholfen im Kampf gegen den Imperialismus und beim Aufbau des Sozialismus. Die große, wertvolle und wirksame Unterstützung, die Partei, Regierung und Volk Chinas dem vietnamesischen Volk gewährt haben, war ein wichtiger Beitrag für den großartigen Sieg im Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-Aggression, für die nationale Rettung. Dieser Sieg war ein gemeinsamer Sieg für beide Völker, von Nutzen für die nationale Verteidigung und für den sozialistischen Aufbau von Vietnam und China. Nach der Unterzeichnung des Pariser Abkommens über Vietnam wurden im Juni 1973 zwischen einer Partei- und Regierungsdelegation Vietnams und einer Delegation von Partei- und Regierungsdelegation Chinas Gespräche geführt, während derer Genosse Tschou En Lai im Namen der Partei und Regierung Chinas feierlich versprach, daß die nicht zurückzuzahlende Hilfe für Vietnam weitere fünf Jahre in der Höhe des Jahres 1973 fortgesetzt würde.

Nach dem vollständigen Sieg der vietnamesischen Revolution besuchte eine hohe Delegation der vietnamesischen Partei und Regierung, das Testament von Präsident Ho Chi Minh erfüllend China, um ihre tiefe Dankbarkeit für die Unterstützung gegenüber Partei, Re-

gierung und Volk Chinas auszudrücken und zugleich eine langfristige Zusammenarbeit mit China auf vielen Gebieten für den nun beginnenden Zeitabschnitt vorzuschlagen. Die vietnamesische Seite bat die chinesische Seite ernstlich, wie versprochen, ihre Hilfe einige weitere Jahre fortzusetzen, um dem vietnamesischen Volk zu helfen, seine Kriegswunden zu heilen, die Wirtschaft wiederherzustellen und weiterzuentwickeln und das Land wiederaufzubauen. Aber bedauerlicherweise ging China auf die Bitte Vietnams nicht ein.

Ende 1975 kürzte China seine nicht zurückzahlende Hilfe für Vietnam und kündigte 1977 auch seine Darlehen auf. Ungefähr um diese Zeit wurden viele Schwierigkeiten der chinesischen Seite bei der Verwirklichung der Hilfe, auf die man sich einige Jahre zuvor geeinigt hatte, offensichtlich. Im Hinblick auf die nun im Aufbau befindlichen Projekte sagten die chinesischen Führer zu, sie aktiv durchzuführen, und betrachteten es als ihre internationale Verpflichtung, sie zu realisieren. Aber die Entwürfe trafen spät ein, Maschinen und Ausrüstung wurden entweder spät geliefert oder sie entsprachen nicht den Erfordernissen; chinesische Experten hatten oftmals nichts zu tun; der Fortschritt beim Aufbau vieler Projekte war demgemäß langsam und beeinträchtigte dadurch ernsthaft die Planungen sowohl für den Aufbau als auch die Inbetriebnahme dieser Projekte. Die vietnamesische Seite ersuchte die chinesischen Genossen wiederholt, Maßnahmen zu ergreifen, um den Aufbau der Projekte zu beschleunigen, aber die Situation besserte sich nicht.

Unterdessen schuf die chinesische Seite unnötige Behinderungen für die normalen Tätigkeiten der in Vietnam arbeitenden chinesischen Experten. Am 4. Mai 1978 erklärten die chinesischen Genossen, die Vietnamesen hätten sich unfreundlich verhalten, indem sie im Zusammenhang mit dem Selbstmord des chinesischen Experten Xie Weitang, der in der Textilfabrik von Vinh Phu arbeitete, „einseitige Handlungen“ vorgenommen hätten. Unter diesem völlig falschen Vorwand hat China all seine Experten, die in dieser Fabrik arbeiteten, vorzeitig zurückgezogen.

Es hat eine Reihe derartiger Vorfälle gegeben, was anzeigt, daß die Entscheidung der chinesischen Regierung, eine Anzahl von vollständig eingerichteten Fabrik-Projekten einzustellen, mit ihrer Absicht einhergeht, ihre Hilfe für Vietnam zu reduzieren.

2. Wir haben sorgfältig die Beschuldigungen in der chinesischen Note untersucht, daß Vietnam die Hoa-Bevölkerung „ächte, verfolge und vertreibe“. Sie sind beide völlig falsch und weisen auf eine der Politik von Partei und Regierung Vietnams zuwiderlaufende Haltung; sie werden von China als Vorwand benutzt, um seine Absicht, die Hilfeleistung für Vietnam einzustellen, zu realisieren.

Wie Ihr wißt, sind das Zentralkomitee der chinesischen Partei und das Zentralkomitee der vietnamesischen Partei 1955 übereingekommen, daß die chinesischen Einwohner in Vietnam der Führung der vietnamesischen Arbeiterpartei unterstellt und allmählich zu vietnamesischen Staatsbürgern gemacht würden. In den vergangenen mehr als 20 Jahren haben die vietnamesische Partei und Regierung diese Vereinbarung stets respektiert und korrekt erfüllt. Die Hoa-Bevölkerung in Vietnam hat die gleichen Rechte und Pflichten gehabt wie vietnamesische Staatsbürger. In keinem anderen Land der Welt sind die Hoas so gefördert und so gut behandelt worden wie in Vietnam. Die Mehrheit der Hoa-Bevölkerung in Vietnam sind Arbeiter, die in vietnamesischen kollektiven Produktionsorganisationen wie in landwirtschaftlichen oder handwerklichen Kooperativen oder in Staatsbetrieben angestellt sind, Tausende Hoas sind Kader und Mitglieder der Kommunistischen Partei Vietnams geworden; viele von ihnen haben führende Positionen auf verschiedenen Ebenen in Partei, Verwaltung, Front und Massenorganisationen innegehabt. Ihre Kinder studieren an vietnamesischen Schulen und Universitäten wie vietnamesische Kinder, eine große Zahl von ihnen sind Ingenieure, Ärzte, hochqualifizierte Techniker geworden, die in verschiedenen Wirtschaftszweigen Vietnams arbeiten. Im Rahmen der Wettbewerbsbewegung in der Produktion wurden Hunderte von Kadern und Arbeitern aus dem Hoa-Volke zu „Kämpfern des Wettbewerbs“ erwählt; einigen wurde sogar der Titel „Held der Arbeit“ verliehen. Hoas haben teilgenommen am Kampf gegen die US-Aggression, für die nationale Rettung und den sozialistischen Aufbau und haben einen wertvollen Beitrag zur gemeinsamen Sache geleistet. Partei und Regierung Vietnams haben diesen Beitrag des Hoa-Volkes hochgeschätzt; sie haben stets im vietnamesischen Volke den Geist der Solidarität, des Respekts und der gegenseitigen Zuneigung und Unterstützung zwischen dem Viet- und dem Hoa-Volke, die in Harmonie in der großen Familie des sozialistischen Vietnam zusammengelebt haben, gepflegt.

Die Freundschaft zwischen Vietnam und China zutiefst schätzend und erfüllt von der Tradition der Humanität, hat das vietnamesische

Volk den Tausenden chinesischen Mitbürgern Hilfe und Unterstützung gewährt, die von den kampucheanischen Behörden verfolgt und vertrieben wurden und im südlichen Vietnam Zuflucht gesucht hatten, und mit ihnen jedweden Lebensunterhalt geteilt.

Seitdem sich die vietnamesisch-kampucheanischen Zwischenfälle ereigneten, sind unter dem Hoa-Volke Gerüchte verbreitet worden, daß China Kampuchea gegen Vietnam unterstütze und ein großer Krieg ausbrechen werde, daß das Hoa-Volk in Vietnam Verluste erleiden werde, daß es daher Möglichkeiten finden müsse, Vietnam schleunigst zu verlassen, die chinesische Regierung rufe die Auslandschinesen auf zurückzukehren, die dies nicht täten, seien Verräter an ihrem Land usw. Das ist genau das, was viele Hoas, die in Frieden in Vietnam lebten, veranlaßt hat, plötzlich in Massen auf illegalem Wege nach China zurückzukehren, obwohl die örtlichen vietnamesischen Behörden und das Volk ihnen rieten, sich nicht zu ängstigen und nicht auf die von schlechten Elementen verbreiteten Gerüchte zu hören.

Wir haben genug Beweise für die Handlungen schlechter Elemente unter der Hoa-Bevölkerung, die die Hoa-Bevölkerung getäuscht, aufgehetzt, bedroht und gezwungen haben in einem Versuch, die Produktion zu sabotieren, Schwierigkeiten in der Wirtschaft und überhaupt im Leben der Vietnamesen zu verursachen und Zwietracht zwischen dem Viet- und dem Hoa-Volke zu säen, die der Freundschaft zwischen Vietnam und China schädlich ist. Nach der Rückkehr nach China sind viele Hoas nun wieder nach Vietnam zurückgekehrt. Dies zeigt deutlich, daß sie nicht von Vietnam vertrieben wurden, sondern durch Täuschung zum Weggang veranlaßt wurden.

Nach vielen Jahren der Verwüstung durch den Krieg beginnt das vietnamesische Volk jetzt das Stadium des Wiederaufbaus des Landes und muß dabei zahllose Schwierigkeiten überwinden, so daß es keinen Grund hat, die Hoa-Bevölkerung zu „vertreiben“, um sich so noch mehr wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten aufzuladen. Vietnam hat auch keinen Grund und kein Interesse daran, Komplikationen in seinen Beziehungen zum benachbarten sozialistischen China zu schaffen, das Schulter an Schulter mit Vietnam in dem langwierigen revolutionären Kampf beider Länder gestanden hat. Wir bedauern zutiefst, daß die chinesischen Genossen zu einer ernsten einseitigen Entscheidung gelangt sind, die in den Beziehungen der beiden Länder ohne Beispiel ist, und dies auf der Grundlage falscher Berichte und unter dem Vorwand, daß Vietnam „das Hoa-Volk geächtet“ habe. Diese Entscheidung hat Vietnam sofort zahlreiche große Schwierigkeiten bereitet, aber noch ernster ist, daß sie der uralten Freundschaft zwischen den beiden Völkern Schaden zugefügt hat.

3. Es liegt im grundlegenden Interesse unserer beider Völker, unsere Solidarität und Freundschaft zu bewahren und zusammen unserem gemeinsamen Ziel zuzustreben – dem Aufbau des Sozialismus und des Kommunismus. In den vergangenen Jahrzehnten haben die Kommunistische Partei, die Regierung und das Volk Vietnams das Äußerste getan, um die kämpferische Solidarität zwischen den beiden Völkern zu bewahren und zu festigen. Selbst als die vietnamesisch-chinesischen Beziehungen durch schlechte Elemente während der Periode der chinesischen Kulturrevolution geschädigt und durch die „Viererbande“ behindert wurden, hat das vietnamesische Volk beharrlich und unentwegt die Solidarität und Freundschaft mit China bewahrt.

Die Entscheidung der chinesischen Regierung 21 vollständige Fabrik-Projekte zur Unterstützung Vietnams abzubrechen, einschließlich von Projekten, die für unsere nationale Verteidigung und die Wirtschaft unerlässlich sind, hat uns gezwungen, unsere Pläne wieder in Ordnung zu bringen, um den wirtschaftlichen Aufbau und die kulturellen Entwicklungsaufgaben, die unsere Partei zum Ziel gesetzt hat, zum Erfolg zu bringen.

Was auch immer für Schwierigkeiten und Verwicklungen in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern bestehen mögen, das vietnamesische Volk wird niemals die Unterstützung vergessen, die die chinesische Partei und Regierung seiner revolutionären Sache gewährt haben. So wie sie immer an ihrer Linie der Unabhängigkeit, Souveränität und unbeirrten Solidarität festgehalten haben, so sind die Kommunistische Partei, die Regierung und das Volk Vietnams auch entschlossen, Solidarität und Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern, „die sowohl Genossen wie Brüder“ sind, zu bewahren und zu festigen, eine Solidarität und Freundschaft, die die Kommunistische Partei Vietnams, Präsident Ho Chi Minh, die Kommunistische Partei Chinas und der Vorsitzende Mao Tse-tung sorgfältig gepflegt haben.

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ergreift die Gelegenheit, die Regierung der Volksrepublik China erneut ihrer hohen Wertschätzung zu versichern.

Note des chinesischen Außenministeriums vom 2. 6. 1978

Das Außenministerium der Volksrepublik China entbietet dem Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam seine Grüße und möchte seine Haltung zu der Note des Außenministeriums der SRV vom 28. Mai 1978 wie folgt darlegen:

Die chinesische Regierung hat beharrlich die Regelung von Meinungsverschiedenheiten zwischen Nationen durch Verhandlungen befürwortet. Aber derzeit schlägt die vietnamesische Seite, während sie in wahnsinniger Weise chinesische Bürger diskriminiert, ächtet, verfolgt und vertreibt, ein Treffen vor, um Differenzen über das sog. Problem der Hoas in Vietnam zu regeln, während sie die Anwesenheit von chinesischen Bürgern in Vietnam grundlegend verweigert. Infolgedessen ist ein derartiger Vorschlag äußerst heuchlerisch und kann von der chinesischen Seite nicht akzeptiert werden.

Die chinesische Seite möchte noch einmal feststellen, daß, da die chinesischen Bürger in Vietnam von der vietnamesischen Seite weiterhin diskriminiert, geächtet, verfolgt und vertrieben werden, der Beschluß der chinesischen Regierung, Schiffe nach Haiphong und Ho-Chi-Minh-Stadt zu senden, um die drangsalieren chinesischen Bürger heimzuholen, die Ausübung eines verbrieften Rechts darstellt, die legitimen Interessen chinesischer Bürger zu verteidigen, und

außerdem eine Verpflichtung, der die chinesische Regierung nachzukommen hat. Die vietnamesische Seite hat argumentiert, daß das Problem der Entsendung von Schiffen durch China zur Repatriierung seiner Staatsangehörigen zurückzustehen habe, bis beide Seiten zusammenträfen, um diese Frage zu erörtern; dies ist eine absichtliche Behinderung Chinas bei der Ausübung seines verbrieften Rechtes, chinesische Staatsbürger zu repatriieren und ist vollkommen unvernünftig. Die chinesische Seite wünscht, daß Vietnam den international anerkannten Prinzipien folgen, die notwendigen Voraussetzungen sowie die Zusammenarbeit mit China gewährleisten möge, damit China Schiffe zur Repatriierung chinesischer Staatsbürger entsenden kann.

Unsere Regierung hat beschlossen, daß die ersten Schiffe zur Repatriierung chinesischer Bürger hier am 8. Juni 1978 auslaufen werden.

Das Außenministerium der Volksrepublik China ergreift diese Gelegenheit, dem Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam erneut Versicherungen seiner hohen Wertschätzung zu übermitteln.

Erklärung des vietnamesischen Außenministeriums vom 5. 6. 1978

In der Erklärung des Sprechers des Außenministeriums der Sozialistischen Republik Vietnam vom 27. Mai 1978 und in der Note des Außenministeriums der Sozialistischen Republik Vietnam an das Außenministerium der Volksrepublik China vom 28. Mai 1978 schlug die vietnamesische Seite vor, Propaganda, die mit den Gefühlen der Menschen spiele und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern schade, einzustellen und ein Treffen von Vertretern der beiden Parteien und Regierungen so bald wie möglich abzuhalten. Wenn möglich, sollte dies Anfang Juni 1978 geschehen, um die Differenzen über die Frage der Hoa-Bevölkerung in Vietnam, einschließlich des Vorschlags der chinesischen Regierung, Schiffe nach den Häfen von Haiphong und Ho-Chi-Minh-Stadt zu schicken, um die Hoa-Bevölkerung nach China zurückzuholen, zu diskutieren und beizulegen. Der vietnamesische Vorschlag, der der Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk entspringt, steht in Einklang mit den Interessen der beiden Völker und mit der üblichen internationalen Praxis.

Die vietnamesische Seite war sehr erstaunt über die Note vom 2. Juni 1978, die das Außenministerium der Volksrepublik China an das Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam gerichtet hat, in der die chinesische Regierung den fairen und vernünftigen Vorschlag der vietnamesischen Seite zurückwies. In dieser wiederholte sie unwahre Beschuldigungen und erhob Forderungen, die internationalem Recht und der üblichen Praxis widersprechen.

Die vietnamesische Seite hat wiederholt betont, daß sie in den letzten mehr als 20 Jahren in Übereinstimmung mit der Vereinbarung zwischen dem Zentralkomitee der vietnamesischen Partei und dem Zentralkomitee der chinesischen Partei von 1955 der Hoa-Bevölkerung in Nordvietnam die gleichen Rechte gewährt und die gleichen Pflichten übertragen hat, wie sie die vietnamesischen Bürger haben, de facto sind sie vietnamesische Bürger geworden.

In Südvietnam haben fast alle chinesischen Einwohner die vietnamesische Staatsbürgerschaft angenommen und sind Vietnamesen chinesischer Herkunft geworden. Wenn die chinesische Seite jetzt die Vereinbarung zwischen den beiden Parteien hinsichtlich der Frage der Hoa-Bevölkerung im Norden von 1955 ändern möchte und die von der Geschichte noch offengelassene Frage der Vietnamesen chinesischer Herkunft im Süden neu betrachten möchte, dann ist jedem klar, daß die chinesische Seite mit der vietnamesischen Seite verhandeln sollte. Wenn die chinesische Seite Schiffe nach Vietnam zu schicken wünscht, um die Hoa-Bevölkerung nach China zurückzuholen, dann muß sie ebenfalls zuvor mit der vietnamesischen Seite verhandeln. Dies ist die richtige Art, Differenzen zwischen den beiden Ländern beizulegen, in Übereinstimmung mit den Interessen der beiden Völker und mit den Prinzipien von Gleichheit und gegenseitigem Respekt in internationalen Beziehungen.

Die Differenz in der Frage der Hoa-Bevölkerung ist leicht beizulegen, aber die chinesische Seite verweigert auf der einen Seite Verhandlungen und hat auf der anderen Seite die Mär erfunden, daß Vietnam die Hoa-Bevölkerung „ächte, verfolge und vertreibe“, und eine

Propagandakampagne großen Ausmaßes angeheizt, die nationalen Haß anstacheln und antivietnamesische Gefühle im chinesischen Volke erzeugen soll. Die Handlungen der chinesischen Seite sind offensichtlich wohlüberlegt und zielen auf die Erschwerung des sozialistischen Aufbaus in Vietnam und auf die Unterminierung der jahrhundertalten Freundschaft zwischen den Völkern Chinas und Vietnams.

Die Politik von Partei und Regierung Vietnams gegenüber der Hoa-Bevölkerung in Vietnam ist korrekt und einheitlich. Sie basiert auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus, in Übereinstimmung mit der Vereinbarung zwischen den beiden Parteien und mit den grundlegenden und langfristigen Interessen der Hoa-Bevölkerung in Vietnam. Keine Lüge, kein provokatorisches Manöver kann aus Weiß Schwarz machen.

Ausgehend von der Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk im Interesse der beiden Völker und in der Absicht, günstige Bedingungen für die Beilegung der Differenzen in der Frage der Hoa-Bevölkerung zu schaffen, erklärt die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam:

1. Die Hoa-Bevölkerung, die nunmehr seit Jahrzehnten mit dem vietnamesischen Volke in der nationalen Gemeinschaft Vietnams in Harmonie gelebt und mit ihm Wohl und Weh geteilt hat, sollte in Vietnam ohne Angst bleiben, ein normales Leben führen und sich dem Volke im ganzen Lande beim Aufbau des Sozialismus in Vietnam und eines glücklichen und blühenden Lebens für sich selbst anschließen.

2. Die Hoa-Bevölkerung in Nordvietnam, die die gleichen Rechte genossen und die gleichen Pflichten erfüllt hat wie die vietnamesischen Staatsbürger, sowie die Vietnamesen chinesischer Herkunft in Südvietnam, die Vietnam zu verlassen wünschen, werden die Erlaubnis hierzu von den vietnamesischen Behörden erhalten, nachdem sie sich sämtlichen Ausreiseformalitäten unterzogen haben. Diejenigen, die Vietnam verlassen, werden die Erlaubnis erhalten, ihr persönliches Eigentum mit sich zu nehmen in Übereinstimmung mit den derzeitigen Gesetzen und Regelungen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam.

3. Diejenigen chinesischen Einwohner in Südvietnam, die jetzt Vietnam zu verlassen wünschen, müssen sich an die Ausreiseformalitäten halten in Übereinstimmung mit den Gesetzen und Regelungen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam. Diejenigen, die weiterhin in Vietnam bleiben wollen, werden behandelt wie alle anderen ausländischen Einwohner.

4. Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam wird chinesischen Schiffen erlauben, die von Vietnam bezeichneten Häfen anzulaufen, um diejenigen Hoas aufzunehmen, die Vietnam in Richtung China verlassen wollen, nachdem sie alle Formalitäten erfüllt haben, in Übereinstimmung mit den geltenden vietnamesischen Gesetzen und Regelungen betreffend das Einlaufen ausländischer Schiffe in vietnamesische Häfen. Die ersten chinesischen Schiffe werden die Erlaubnis zum Anlaufen vietnamesischer Häfen für den 20. Juni 1978

erhalten.

Das vietnamesische Volk und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam haben eindeutig ihren guten Willen gezeigt und die große Bedeutung betont, die sie der Freundschaft zwischen den beiden Völkern beimessen, indem sie alle Voraussetzungen für die Beilegung der Differenzen zwischen China und Vietnam in der Frage

Chinesische Regierungsnote vom 3. 7. 1978

Die Regierung der Volksrepublik China übermittelt der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ihre Grüße und möchte sie von folgendem in Kenntnis setzen:

Von Anfang an, seit Vietnam seine aktive Opposition gegen China begann und sich an antichinesischen Aktivitäten beteiligte, hat die chinesische Seite ihr Möglichstes getan, durch Verhandlungen zwischen hohen Stellen der beiden Parteien und auf anderen Wegen Vietnam anzuraten, die Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder und ihre grundlegenden Interessen hochzuschätzen und seinen vollständig irrigen Kurs aufzugeben. Aber die vietnamesische Seite hat für diese geduldigen Ermahnungen nur taube Ohren gehabt und an ihren Anschauungen festgehalten, um unablässig ihre Opposition gegen China zu steigern und antichinesische Handlungen zu begehen. Diese Politik und dieses Verhalten der vietnamesischen Seite haben den freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und Vietnam ernsthaft geschadet, die brüderliche Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder zutiefst verletzt, eine sehr schlechte Atmosphäre, ein schlechtes Ansehen und einen Haß gegenüber China erzeugt und die chinesischen Techniker der zumindest

der Hoa-Bevölkerung in Vietnam geschaffen haben. Das vietnamesische Volk ist fest davon überzeugt, daß trotz aller Schwierigkeiten und Verwicklungen, die durch die chinesische Seite verursacht wurden, die Gerechtigkeit siegen und heimtückische Manöver fehlgeschlagen werden, und daß die kostbare Freundschaft zwischen den Völkern von Vietnam und China sicherlich erhalten bleiben wird.

notwendigen Bedingungen beraubt, die zur Fortsetzung ihrer Arbeit in Vietnam im Rahmen des Hilfsprogramms erforderlich wären. Aus diesem Grund sieht sich die chinesische Regierung gezwungen, alle ökonomische und technische Hilfe an Vietnam einzustellen und alle chinesischen Experten, die noch in Vietnam arbeiten, abzuziehen. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk schätzen die revolutionäre Freundschaft und die kämpferische Solidarität zwischen den Völkern beider Länder unbeirrt hoch und haben alles getan, um diese Freundschaft aufrechtzuerhalten und zu stärken. Die erste Verschlechterung der Beziehungen zwischen China und Vietnam ist ausschließlich von Vietnam verursacht worden, das die volle Verantwortung hierfür zu tragen hat. Die chinesische Regierung bedauert diese Situation zutiefst. Wir haben jedoch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die vietnamesische Regierung schließlich die große Bedeutung der Aufrechterhaltung der Freundschaft zwischen China und Vietnam erkennen und ihre ernste Opposition gegen China sowie ihre antichinesischen Handlungen aufgeben wird. Die chinesische Regierung ergreift diese Gelegenheit, um der vietnamesischen Regierung erneut Versicherungen ihrer hohen Wertschätzung zu übermitteln.

Vietnamesische Regierungsnote vom 6. 7. 1978

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam entbietet der Regierung der Volksrepublik China ihre Grüße und möchte die folgende Haltung zur Note der Regierung der Volksrepublik China vom 3. Juli 1978 einnehmen:

1. Am 12. und am 30. Mai 1978 beschloß die chinesische Regierung, die meisten der vollständig ausgerüsteten Fabrik-Projekte zur Unterstützung Vietnams zurückzuziehen, angeblich, um das Geld und die Materialien zur Finanzierung von Vorkehrungen für die Lebenshaltung und die produktive Tätigkeit der von Vietnam „vertriebenen“ Hoas zu verwenden.

Jetzt hat die chinesische Regierung beschlossen, jede wirtschaftliche und technische Hilfe an Vietnam einzustellen und alle chinesischen Techniker, die noch in Vietnam arbeiten, abzuziehen. Der Grund, den die chinesische Seite für diese ernste Entscheidung angibt, ist, daß „Vietnam in wahn sinnigerweise eine antichinesische Politik verfolgt und die Hoas ächtet“. Dies ist reine Erfindung. Tatsachen haben diese verleumderischen Beschuldigungen als Lügen offenbart.

Wie die vietnamesische Seite wiederholt betont hat, beruht die Freundschaft des vietnamesischen Volkes gegenüber dem chinesischen Volk unbeirrbar auf dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Internationalismus. Selbst als die Beziehungen zwischen den beiden Völkern von schlechten Elementen untergraben wurden, hat das vietnamesische Volk dieses treue und reine revolutionäre Gefühl bewahrt. Dies ist offensichtlich nicht nur für die Völker unserer beiden Länder, sondern auch für die Völker der Welt.

Auf der anderen Seite hat die chinesische Seite, seit das vietnamesische Volk den vollständigen Sieg errungen hat, eine Reihe anti-vietnamesischer Handlungen unternommen: Sie hat dem Aggressionskrieg der kampucheanischen Behörden entlang der ganzen vietnamesisch-kampucheanischen Grenze und ihren barbarischen Verbrechen gegen vietnamesische Menschen fortgesetzt umfassende Unterstützung gewährt; sie hat eine große Zahl von Angehörigen des Hoa-Volkes, die in Vietnam lebten, aufgehetzt oder gezwungen, nach China zu fliehen und hat sodann die sog. „Vertreibung chinesischer Bürger durch Vietnam“ erfunden; sie hat provokatorische Propaganda im chinesischen Volk verbreitet, in dem Versuch, Haß zwischen den beiden Völkern zu entfachen; sie hat den vietnamesischen Vorschlag zu Verhandlungen zurückgewiesen; sie hat einseitig alle Vereinbarungen über wirtschaftliche und technische Hilfe für Vietnam, die von beiden Regierungen unterzeichnet waren, aufgekündigt; sie hat drei vietnamesische Generalkonsulate in China geschlossen und

hat Vietnam fortgesetzt vor der internationalen öffentlichen Meinung offen und verdeckt angegriffen und verleumdet.

Diese Aktionen entsprangen eindeutig und untrennbar einem ausgefüllten Plan. Die chinesische Seite versuchte, Vietnam zur Aufgabe seiner korrekten Linie der Unabhängigkeit, Souveränität und internationalen Solidarität zu zwingen; und als dieser Versuch fehlgeschlug, hat sie Schritt für Schritt ihre feindselige Politik gegen Vietnam intensiviert. Dieses Verhalten der chinesischen Behörden hat bei vielen Ländern in der Welt Betroffenheit erzeugt und ist von der öffentlichen Meinung der Welt ernsthaft kritisiert worden.

2. In den Beziehungen zwischen Ländern ist Unterstützung immer wechselseitig. Dies haben auch die chinesischen Führer selbst in früheren Erklärungen gesagt. In Treue zu seinen Freunden wird das vietnamesische Volk niemals die wertvolle Hilfe und Unterstützung vergessen, die das chinesische Volk seiner revolutionären Sache gewährt hat.

In seinem langen Kampf gegen den Imperialismus hat das vietnamesische Volk, geführt von einer richtigen Linie, erfüllt vom Geist der Selbstsicherheit und gestärkt durch die Sympathie und die große Unterstützung von Brüdern und Freunden in der ganzen Welt, hartnäckig gekämpft und glorreiche Siege errungen. Gegenwärtig wird das vietnamesische Volk bei der Verteidigung und beim Aufbau seines Landes, bestärkt durch diese äußerst wichtigen Faktoren, gewiß alle Schwierigkeiten und Hindernisse überwinden und seine historische Aufgabe im neuen Abschnitt der Revolution erfolgreich erfüllen. Keine Macht, kein Plan und kein Manöver können sich dieser eisernen Entschlossenheit des vietnamesischen Volkes in den Weg stellen.

Die Freundschaft zwischen dem vietnamesischen und dem chinesischen Volk geht durch Prüfungen ohne Beispiel. Die Tatsache, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich ernstlich verschlechtert haben, ist eindeutig auf das Fehlverhalten der chinesischen Führung zurückzuführen. Die chinesische Seite hat die volle Verantwortung hierfür zu tragen. Das Volk und die Regierung Vietnams wünschen aufrichtig, daß die chinesische Seite der Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder großes Gewicht beimessen, ihre anti-vietnamesische Politik aufgeben und alle Handlungen einstellen wird, die der traditionellen Freundschaft zwischen den Völkern beider Länder zuwiderlaufen.

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ergreift diese Gelegenheit, der Regierung der Volksrepublik China erneut Versicherungen ihrer hohen Wertschätzung zu übermitteln.

(Quelle: The Hoa in Vietnam. Dossier, Hanoi 1978, S. 113–118, 126–129, 145–147, 167–168 und 180–181)



Hoa-Meeting zur Unterstützung der vietnamesischen Revolution in Hanoi

Vietnam ist ein multinationaler Staat. Die Volksgruppe chinesischer Abstammung (die Hoas) stellt mit 1 200 000 Menschen etwa 5 % der Gesamtbevölkerung Vietnams. Die Mehrheit der Hoas (fast 1 Mio) lebt in den südlichen Provinzen, hauptsächlich in Ho-Chi-Minh-Stadt und in den anderen Städten des Mekong Deltas. Der 5., 6., 10. und 11. Distrikt von Ho-Chi-Minh-Stadt weist eine starke Hoa-Bevölkerung auf – 80 % im 5. Distrikt. In Nordvietnam konzentrieren sich die Hoas in der Provinz Quang Ninh; mit 160 000 Menschen stellen sie 22 % der dort ansässigen Bevölkerung. Quang Ninh hat eine über 1200 km lange gemeinsame Grenze mit China und außerdem viele Küstenstreifen und Inseln, wo chinesische Einwanderer als Bauern oder Fischer siedelten. Hoas leben auch in Hanoi (13 000 Menschen), Haiphong (33 000), Nam Dinh und in den Provinzen von Ha Bac, Cao Lang, Bac Thai, Hai Hung, Hoang Lien Son, Ha Tuyen usw.

Die Hoa-Einwanderung nach Vietnam

Mehr als 2000 Jahre lang suchten Chinesen Asyl in Vietnam – nach einem Bauernaufstand, einem Dynastenwechsel oder einer Naturkatastrophe, entweder weil sie ins Elend getrieben worden waren oder den Verfolgungen entfliehen mußten. Eroberungen Vietnams durch chinesische Feudalherren brachten für die Chinesen auch die Möglichkeit, in Vietnam zu siedeln. Die 1200 km lange chinesisch-vietnamesische Grenze, die durch gebirgige Gebiete führt, bietet viele Übergangsmöglichkeiten, da die Gebirgsketten und Flüsse alle in nordwestlich-südöstlicher Richtung verlaufen; viele Menschen kamen auch auf dem Seeweg, besonders die Einwohner der Küstenprovinzen Kwang Tung und Fu Kien. Die bedeutendsten Wellen der Hoa-Einwanderungen sind die folgenden:

Unter der Tsin-Dynastie (214 v. Chr.) eroberten chinesische Feudaltruppen in einer Stärke von 1/2 Mio Nam Viet, das Teile des heutigen Nordvietnam umfaßte, und teilten es in chinesische Provinzen und Distrikte auf. Chinesische Einwanderer wurden mit der Verwaltung und Ausbeutung des Landes betraut. Im Jahre 50 v. Chr. schickte die westliche Han-Dynastie Bauernsoldaten, um Gebiete urbar zu machen, die weiter südlich lagen und hauptsächlich zu den Provinzen Giao Chi, Cuu Chan und Nhat Nam (dem heutigen Nordvietnam) gehörten.

Unter der östlichen Han-Dynastie (25–200 n. Chr.) wurden in großer Zahl chinesische Gefangene in die Provinz Giao Chi deportiert.

Während der tausendjährigen chinesischen Herrschaft, die mit dem Beginn der christlichen Zeitrechnung begann, kamen chinesische Einwanderer als Besatzungstruppen, Verwaltungsbeamte, Landbesitzer oder Händler nach Vietnam.

Im 9. Jahrhundert unterdrückten Tang-Truppen einen von Hwang Tsao geführten Bauernaufstand. Viele der chinesischen Aufständischen und Bauern, die nach Vietnam fliehen mußten, um Verfolgungen zu entgehen, siedelten sich schließlich dort an.

Seit dem 10. Jahrhundert wurden Angriffskriege gegen Vietnam geführt von den Sung (10. und 11. Jahrhundert), den Yuan (13. Jahrhundert), den Ming (14. und 15. Jahrhundert) und den Ching (18. Jahrhundert), und neue Ströme chinesischer Einwanderer kamen ins Land. Besonders im 13. Jahrhundert, als die Sung-Dynastie von der Auslöschung durch die Yuang (Mongolen, 1279) bedroht war, flohen viele zivile und militärische Beamte des chinesischen Hofes vor der Mongolenherrschaft und zogen zusammen mit ihren Familien, Verwandten und Untergebenen nach Vietnam.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts kam eine Gruppe von Chinesen nach Vietnam, unter ihnen Mo Jiu aus Lei Zhou (Kwang Tung), der sich geweigert hatte, dem Ching-Hof seine Ehrerbietung zu zeigen. Diese Chinesen stellten sich in den Dienst der Nguyen-Feudalherren in Südvietnam.

Im 19. Jahrhundert, nach der Niederlage des Taipeng-Aufstandes, der von Hung Hsiu-chuan (1864) angeführt worden war, flohen die restlichen Teile der aufständischen Armee ebenfalls nach Vietnam.

Als die französischen Kolonialisten Nordvietnam angriffen (1873), kämpfte der chinesische General Liu Yong Fu an der Spitze seiner Soldaten Seite an Seite mit den Vietnamesen gegen die französischen Truppen. Nach der Niederlage zerstreuten sie sich in viele Gegenden Nordvietnams, um inmitten der vietnamesischen Bevölkerung zu leben, und allmählich mischten sie sich unter sie.

Die Hoas (dieser Name bezeichnet Menschen chinesischen Ursprungs) ließen sich einst in Vietnam nieder; zuerst lebten sie in verschiedenen Gruppen und behielten ihre eigenen Sitten und Gebräuche bei, während sie ihre sämtlichen Pflichten ebenso erfüllten wie sie ihre Rechte als vietnamesische Bürger genossen. Im 13. Jahrhundert, als mongolische Truppen in Vietnam einfielen, schlossen sich die Hoas den Vietnamesen an und boten den Mongolen Widerstand. Dies war auch im 18. Jahrhundert der Fall, als sie mit der vietnamesischen Armee zusammen gegen die siamesischen Truppen kämpften. Eine Generation nach der anderen, die Freud und Leid mit der lokalen Bevölkerung teilte, wurde stärker in die nationale Gemeinschaft der Vietnamesen eingegliedert und übernahm die regionalen Sitten und Gebräuche in einem Maße, daß man sie nur noch schwer von dem Rest der vietnamesischen Bevölkerung unterscheiden konnte.

Unter französischer Herrschaft wurde die chinesische Einwanderung nach Vietnam in bestimmten Perioden verstärkt: Zwischen 1925 und 1933 kamen ca. 60 000 Menschen, um sich in Vietnam niederzulassen. Während des chinesisch-japanischen Krieges verließen wiederum viele Chinesen ihre Heimat mit dem Ziel Vietnam, um der Zwangsarbeit oder Einberufung zur Armee zu entgehen, was ihnen vom Tschiang Kai Schek-Regime, den japanischen Faschisten oder durch das Unterdrückungssystem der örtlichen chinesischen Kriegs-

herren aufgezwungen wurde. In jüngster Zeit, vor der Befreiung Südvietnams, als die US-Marionettenregierung noch an der Macht war, kamen Chinesen aus Macao, Hongkong, Taiwan usw. aus geschäftlichen Interessen nach Vietnam und ließen sich dort nieder.

Erst kürzlich überquerten Zehntausende Chinesen, die von den Regierenden in Phnom Penh verfolgt und ausgebeutet wurden, die Grenze von Kampuchea nach Vietnam und wurden vom vietnamesischen Volk willkommen geheißen.

Nachdem sie sich in Vietnam niedergelassen hatten, vollzog sich unter den Hoas ein Prozeß sozialer Differenzierung. Unter der französischen Kolonialherrschaft gelangte eine Minderheit von Geschäftsleuten, vor allem Händler, als Kapitalisten zu großem Reichtum, während die große Mehrheit der chinesischen Siedler als Arbeiter ein Leben in Armut und mit Entbehrungen führte. Die Reisernte im Mekong-Delta lag zu dieser Zeit in den Händen chinesischer Händler, die den Reis zu Exportzwecken an französische Gesellschaften weiterverkauften, wobei jede Seite ihren Gewinnanteil erhielt. Gebrauchsgüter französischer Produktion, die durch französische Firmen nach Vietnam importiert wurden, verkauften chinesische Händler mit Alleinverkaufsrechten an die Landbevölkerung im Süden.

Klassenunterschiede bei den Hoas

Die französischen Kolonialisten erlaubten es den in den Städten lebenden Hoas, sich in sog. „Versammlungen“ zu organisieren, die sich jeweils aus Leuten derselben chinesischen Provinz zusammensetzten. Diese Versammlungen verfügten über eine gewisse Autonomie und ihre Abgeordneten besaßen einen direkten Zugang zur oberen Kolonialverwaltung. Diese Maßnahme zielte darauf, die Unterstützung der Chinesen für die Kolonialisten zu gewinnen und gleichzeitig die Chinesen von der vietnamesischen Gemeinschaft abzuspalten und auch untereinander zu zersplittern.

In Südvietnam, unter der US-Marionettenherrschaft, beuteten Kapitalisten chinesischer Herkunft die arbeitende Bevölkerung, einschließlich der aus China stammenden Arbeiter, hart aus. Begünstigt durch die Machthaber nutzten diejenigen unter ihnen, die ihre Geschäfte auf den Agrarbereich verlegt hatten, jede kleinste Schwierigkeit ihrer bäuerlichen Schuldner aus, um ihnen ihr Land, ihre landwirtschaftlichen Geräte, Tiere und die Ernte zu rauben. Sie erhöhten willkürlich die Gebühren für landwirtschaftliche Maschinen, die Preise für Dünger und Insektizide, Landpacht und Pachtzins, indem sie den Pachtbauern jederzeit mit dem Entzug des Landes drohten.

Kluge Kriegsgewinnler, viele Kapitalisten chinesischer Herkunft, wurden Kompradoren-Kapitalisten, handelten im Einverständnis mit den US-Marionetten und dienten ihren aggressiven Zielen. Mit Unterstützung der Regierung konnten sie sich selbst ungeheure Vermögen verschaffen. Einigen wurde der Titel „König“ verliehen. So war Ma Hy der „Reiskönig“, Ly Long Than und Lam Hue Ho die „Eisen- und Stahlkönige“, Dao Mau der „Glutamat-König“, Ly Hoa der „Benzinkönig“ usw. Die Ma-, Ong- und Truong-Familien rühmten sich ebenfalls, wohlbekannte Magnaten zu sein.

Nachdem Vietnam befreit und dort ein sozialistisches System errichtet worden war, arbeitete eine Anzahl von Kapitalisten chinesischer Abstammung gegen die Revolution und sabotierte die sozialistische Umwandlung der kapitalistischen Industrie und des Handels. Mit unehrlichen Methoden – indem sie Privatbesitz verteilten und den Vermögensstand geheimhielten, durch Steuerhinterziehung, Spekulation, Hamsterkäufe, Preissteigerungen für Gebrauchsgüter u. a. m. – verursachten sie ernste wirtschaftliche Probleme und beeinträchtigten die Lebensbedingungen der Menschen auf verheerende Weise.

Die Politik der vietnamesischen Partei und Regierung

A: Vor 1955

Als Vietnam noch französische Kolonie war, führten die Arbeiter unter den Hoas, ebenso wie der Rest der vietnamesischen Bevölkerung, ein trostloses Leben, denn sie wurden ökonomisch ausgebeutet, politisch unterdrückt und moralisch gedemütigt.

Als Führerin der Revolution erkannte die Kommunistische Partei Indochinas (heute Kommunistische Partei Vietnams) schnell die Hoas als revolutionäre Kraft. Das politische Programm der Partei, das im Oktober 1930 verabschiedet wurde, betonte: „Die Arbeiter und ungelerten Arbeiter chinesischer Nationalität sind Verbündete der vietnamesischen Revolution.“ Die Resolution des Parteiplenums, das 1939 stattfand, stellte ebenfalls fest: „Sie (die chinesischen Nationalitäten) werden, obwohl sie auch Ausländer sind, anders behandelt als die übrigen Ausländer, weil sie aus einem halbkolonialen Lande stammen; sie werden im Gegensatz dazu in jeder Hinsicht von den Imperialisten unterdrückt. Die chinesischen Arbeiter haben die von den Imperialisten ge-



Der Hoa Tang Dao Binh ist Transportarbeiter in Haiphong. 6 seiner 8 Kinder besuchen eine höhere Schule.

schürten Rassenvorurteile überwunden und bei vielen Anlässen an der Seite der vietnamesischen Arbeiter gekämpft. In den letzten Jahren hat sich – als ein Erfolg der Bewegung zur Unterstützung des Widerstandes des chinesischen Volkes – das Gefühl gegenseitiger Zuneigung und eine enge Beziehung zwischen den beiden Völkern entwickelt.“ Um die Hoas zu ermutigen, die Revolution für die nationale Befreiung zu unterstützen, gründete die Partei die Vereinigung der chinesischen Nationalitäten für die nationale Rettung.

1941, parallel zur Gründung des Viet Minh-Bundes, gab das Zentralkomitee der Partei die folgende Devise an alle Grundorganisationen der Partei und die Massenorganisationen heraus: „Die Arbeiter und ungelerten Arbeiter unter der aus China stammenden Bevölkerung bilden eine Reservearmee für die Revolution in Indochina. Daher ist es dringend notwendig, die Agitation und Propagandaaarbeit unter ihnen zu erhöhen.“ Auf diese Weise, noch vor dem Triumph der Revolution, übernahm die vietnamesische Partei die Führung der Hoas und zeigte ihnen den richtigen revolutionären Weg.

B: Nach 1955 im Norden

Das Zentralkomitee der Partei der Werktätigen Vietnams und das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas trafen 1955 eine offizielle Übereinkunft, nach der die Hoas in Nordvietnam der Führung der Partei der Werktätigen Vietnams unterstellt wurden und allmählich vietnamesische Staatsbürger werden sollten. 1956 bestätigte der Premierminister der Volksrepublik China, Tschou En-lai, anlässlich eines Besuches in Hanoi, daß die Chinesen sich an dieses Abkommen halten würden. Er sagte den Hoas: „Ihr als Hoa-

Bevölkerung und Hoa-Studenten in Vietnam solltet jeden Fluß, jeden Grashalm in Vietnam lieben, ihr solltet das vietnamesische Vaterland als euer Vaterland betrachten.“
Im Februar 1957 schloß die chinesische Botschaft in Hanoi auf Anordnung der Regierung der VR China folgendes Abkommen mit der vietnamesischen Seite:

- Die Ngai (eine Volksgruppe chinesischen Ursprungs) in Quang Ninh werden als vietnamesische Bürger betrachtet, und die Regierung Vietnams gesteht ihnen zu, dieselben Rechte wahrzunehmen und dieselben Pflichten zu erfüllen wie andere vietnamesische Bürger.
- In Bezug auf die Hoas, die in anderen Gegenden in Nordvietnam leben, wird das neue Gesetz dazu dienen, sie alle zu vietnamesischen Bürgern zu machen.
- Ab sofort wird die politische und soziale Arbeit bei den Hoas ausschließlich von vietnamesischen Behörden geleistet werden.

Nach dieser Übereinkunft aus dem Jahre 1957 gab es nur noch in den großen Städten wie Hanoi, Haiphong und Nam Dinh Hoas, die die vietnamesische Staatsbürgerschaft noch



Ein vietnamesischer Sicherheitsbeamter hilft einer „verfolgten Überseechinesin“ beim Grenzübertritt in Ho Kieu

nicht angenommen hatten. Der Allgemeine Verband chinesischer Nationalitäten (eine Massenorganisation für Chinesen in Nordvietnam) war nur noch in diesen Städten aktiv und wurde der Leitung der vietnamesischen Partei unterstellt. Die chinesische Botschaft ihrerseits gab auch keine Pässe mehr an sie aus, und die vietnamesischen Behörden stellten auch keine Aufenthaltsgenehmigungen mehr aus, wie es für Ausländer üblich wäre. Stattdessen erhielten die Hoas denselben Personalausweis, der an alle vietnamesischen Bürger ausgegeben wurde.

Unter diesen Bedingungen schloß die chinesische Botschaft in Hanoi im Januar 1961 ein neues Abkommen mit dem Außenministerium der Demokratischen Republik Vietnam: Hoas, die zu Besuch nach China fahren wollten, sollten sich zuerst an die vietnamesischen Behörden wenden. Namenslisten sollten dann an die chinesische Botschaft übermittelt werden, die „Besuchsgenehmigungen“ ausstellen würde, mit denen chinesisches Gebiet betreten werden dürfte.

C: Südvietnam

Während des Widerstandes gegen die USA in Südvietnam betrachtete die Nationale Befreiungsfront und später die Provisorische Revolutionsregierung die Hoas übereinstimmend als „Ausländer einer besonderen Kategorie“. Die revolutionären Behörden waren daran interessiert, die Interessen der Hoas zu schützen und verurteilten die Marionettenregierung, weil sie die Hoas zu Kanonenfutter machte, wenn sie die vietnamesische Staatsbürgerschaft erwarben; gleichzeitig forderten sie die Hoas auf, an der Seite der Vietnamesen am Widerstand gegen die US-Marionetten teilzunehmen.



Hoas in Ho-Chi-Minh-Stadt

Seit 1956 hatten beinahe alle Hoas, die in den von US-Marionetten kontrollierten Gebieten wohnten, die vietnamesische Staatsbürgerschaft angenommen. Dies war zuallererst das Ergebnis einer Zwangsmaßnahme von Ngo Dinh Diem, dann aber auch eine Folge ökonomischer Maßnahmen Nguyen Van Thieus, der ihnen die Freiheit, Geschäfte zu machen, Import-, Export- und Baugeschäfte, nur dann einräumte, wenn sie die vietnamesische Staatsbürgerschaft erwarben. Deshalb besaßen die Hoas am Tag der Befreiung Südvietnams bereits seit 20 Jahren die vietnamesische Staatsbürgerschaft. Den Status quo in dieser Frage beizubehalten, heißt nicht nur, das Vermächtnis der Geschichte anzuerkennen, sondern auch einen wirklich revolutionären Standpunkt einzunehmen. Denn es sind zwei ganz und gar verschiedene Dinge, ob man vor der Befreiung die vietnamesische Staatsangehörigkeit besaß oder nicht. Vor der Befreiung in den von den Marionetten kontrollierten Gebieten mit vietnamesischer Staatsbürgerschaft zu leben bedeutete, zu konterrevolutionären Taten gezwungen werden zu können, einschließlich der Einberufung in die Marionettenarmee.

Deshalb vertraten die südvietnamesische Nationale Befreiungsfront und Provisorische Revolutionäre Regierung die Position, die Hoas als „Ausländer einer besonderen Kategorie“ einzustufen. Aber nach der Befreiung bedeutet der Besitz der vietnamesischen Staatsbürgerschaft, daß man die Rechte eines Staatsbürgers in einem sozialistischen Land wahrnimmt. Dies befand sich darüber hinaus in vollem Einklang mit dem Abkommen zwischen der vietnamesischen und der chinesischen Partei die Hoas in Nordvietnam betreffend.

Die gesellschaftliche Rolle der Hoas

Noch vor ihrem Machtantritt hatte die vietnamesische Partei die Hoas (damals noch unter dem Begriff Nationalchinesen) als Teil der revolutionären Kräfte des Landes betrachtet. In der Tat spielten die Hoas zu jener Zeit eine aktive Rolle in der antiimperialistischen Bewegung für die nationale Befreiung Vietnams, ebenso wie ihre Vorfahren gegen die Mongolen und Siamesen gekämpft hatten, die Jahrhunderte zuvor nach Vietnam eingedrungen waren.

Im Jahre 1930 und den darauffolgenden Jahren wurden in vielen Städten und Bergbauzentren Gewerkschaftsgruppen unter den chinesischen Arbeitern gegründet. Ab 1935 entstanden viele revolutionäre Organisationen der Hoas, z. B. Tien Duc Xa, Hai Yen Ga, Lien Ouan. Basen der Hoas in Luc Ngan (Provinz Ha Bac), Dong Trieu (Provinz Quang Ninh) usw. gewährten Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die in Haiphong und in der Bergbaugegend von Hongay in den Jahren 1935–36 aktiv waren, Unterschlupf und Unterstüt-

Hilfsaktion für Vietnam

Medikamente und Nahrungsmittel für die **Opfer der Unwetterkatastrophe in Vietnam** hat die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam von der Hilfsaktion Vietnam e. V. in Düsseldorf erbeten.

Schwere Unwetter haben in diesem Jahr wiederum Vietnam heimgesucht. Neun Provinzen Südvietnams waren bereits überschwemmt, als Ende September die stärksten Monsun-Regenfälle seit 40 Jahren einsetzten und Wirbelstürme unübersehbare Verwüstungen im ganzen Lande anrichteten.

Bei den katastrophalen Überschwemmungen kamen zahlreiche Menschen ums Leben – 2 Mio. Vietnamesen verloren ihr ganzes Hab und Gut. Die Wassermassen des über die Dämme gestiegenen Mekong und all seiner Nebenflüsse überschwemmten fast 1 Mio. ha Reisfelder, vernichteten Saaten und Ernten, rissen Vieh und Häuser mit fort. Noch ist ein Absinken des Wasserstandes nicht abzusehen und es besteht die große Gefahr, daß weite Teile des Landes den ganzen Monat Oktober noch überschwemmt sein werden, daß Seuchen und Epidemien ausbrechen, wenn nicht rechtzeitig Hilfe kommt.

Um diese schlimmen Folgen der Unwetterkatastrophe zu verhindern hat die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam um schnelle Lieferung von Medikamenten und hochwertigen konzentrierten Nahrungsmitteln gebeten.

Die Hilfsaktion Vietnam e. V. ruft die Bürger der Bundesrepublik auf, das Soforthilfe-Programm „Unwetterkatastrophe“ durch **Spenden** zu unterstützen.

Postscheckamt Essen Konto-Nr. 900 40-430,

Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf Konto-Nr. 1016250300

zung. Viele Hoa-Arbeiter schlossen sich 1936 ihren vietnamesischen Genossen an und initiierten Streiks in Cam Pha, Hongay, Uong Bi usw.

Die Hoas nahmen an der August-Revolution 1945 teil. Während des Widerstandes gegen den französischen Kolonialismus (1946–1954) schrieben sich junge Hoas begeistert in die Listen der Volksarmee ein, und viele Hoa-Freiwillige dienten an der Front oder im Hinterland in den verschiedensten Tätigkeitsbereichen. Guerilla-Zonen wurden in von Hoas bewohnten Gebieten eingerichtet. Bedeutende Siege, besonders der im Grenzgebiet (1950), gingen teilweise auf das Konto der beteiligten Hoas.

In Nordvietnam spielten die Hoas sofort nach der Wiederherstellung des Friedens im Jahre 1954 eine aktive Rolle beim Aufbau der neuen revolutionären Macht und bei der Suche nach Spionen, Banditen und Piraten, die der Feind in den neubefreiten Gebieten zurückgelassen hatte. Soweit ihre Rechte betroffen waren, wurde ihnen in der Agrarreform Land zugeteilt, sie wurden Mitglieder der lokalen Verwaltungen und Massenorganisationen und genossen soziale und kulturelle Vorteile wie den Besuch vietnamesischer Schulen usw.

Abgeordnete und „Helden der Arbeit“

In der Periode des Widerstandes gegen die USA und des sozialistischen Aufbaus in Nordvietnam traten viele junge Hoas der Armee oder Selbstverteidigungseinheiten bei. Eine landwirtschaftliche Kooperative der Hoas wurde mit der Militärischen Heldentaten-Medaille 3. Klasse ausgezeichnet, weil sie ein US-Fluzeug abgeschossen hatten. Soldaten der Hoas kämpften im Frühjahr 1975 in der Ho-Chi-Minh-Kampagne. Gegen Ende des Jahres 1960 waren beinahe alle in ländlichen Gebieten, in Gebirgs- und Küstenregionen wohnenden Hoas Nordvietnams Mitglieder von Landwirtschafts- oder Fischerei-Kooperativen. Zur Zeit erstrecken sich beinahe alle Hoa-Kooperativen über ganze Gemeinden. Einige Fischerei-Kooperativen der Hoas, die praktisch mit nichts angefangen haben, besitzen heute die stattliche Zahl von 70 Booten (jedes 90–120 PS stark). Die Hoas haben ebenfalls Handwerks-Kooperativen gegründet, die Textilien, Keramik usw. her-

stellen. Jede Textilkoooperative der Hoas in der Provinz Quang Ninh besitzt 1500 Webrahmen mit einer Jahresproduktion von 300 000 m Stoff. Keramik-Kooperativen der Hoas, ebenfalls in Quang Ninh, produzieren jährlich über 25 Mio Einzelteile, insgesamt 50 % der Produktion im nördlichen Landesteil.

Viele Hoas sind politische, wissenschaftliche oder technische Kader, andere Facharbeiter. In Ho-Chi-Minh-Stadt sind drei Mitglieder des Nationalrates (Nghi Doan, Ngo Lien und Du Hue Lien), fünf Mitglieder des Volksrates der Stadt und 30 Mitglieder der Stadt- oder Bezirksräte chinesischer Nationalität.

Die Belegschaften von Unternehmen und Fabriken wie z. B. Viet Thang (VIMYTEX), Thang Loi (VINATEXCO), Phuong Long, Chan A in Ho-Chi-Minh-Stadt bestehen fast völlig aus Hoas. Im Norden liegt der Anteil der Hoa-Bergleute zwischen 15 und 20 %.

Viele Hoas in Vietnam arbeiten in staatlichen Büros, Krankenhäusern, Schulen und Forschungsinstituten. Von den 13 000 in Hanoi lebenden Hoas sind 3000 Staatsbedienstete und 103 von ihnen haben eine abgeschlossene Oberschul- oder Universitätsausbildung. In der Stadt Lao Cai leben 1529 Hoas, von denen 215 im Staatsdienst oder in staatlichen Unternehmen beschäftigt sind.

Die Partei und der Staat haben sich sehr darum bemüht, den Lebensstandard der Hoas zu heben. Im 5., 6., 10. und 11. Bezirk von Ho-Chi-Minh-Stadt lebten die Hoas in Slums, sogar auf ehemaligen Friedhöfen. Nach der Befreiung wurden sie von den Behörden umgesiedelt. Ebenso wurden den Hoa-Arbeitern wie auch ihren vietnamesischen Kollegen Wohnquartiere bei Thu Thiem (im Bezirk Thu Duc) zugeteilt. Mehr als 100 000 Hoa-Schüler und -Studenten erhalten eine kostenlose Allgemeinbildung, Berufsausbildung und Universitätsausbildung in Ho-Chi-Minh-Stadt.

Viele Hoa-Arbeiter haben sich durch ihre Tätigkeit ausgezeichnet und erhielten den Titel „Wettkämpfer“, einige sogar den Ehrentitel „Held der Arbeit“ (wie z. B. Mai Tinh Kang in Hanoi).

Noch vor dem 23. März 1978, als der kapitalistische Handel in Ho-Chi-Minh-Stadt und den anderen südvietnamesischen Städten abgeschafft wurde, hatten sich einige der vietnamesischen Kapitalisten chinesischer Herkunft im Bewußtsein des kommenden Wandels der Produktion zugewandt und gründeten die Dong-Tien-Gemüsefarm, die Thong-Nhat-Landmaschinenfabrik, das Gia-Lanh-Zentrum für Seidenraupenzucht und Seidenweberei usw. Andere Kapitalisten fügten sich seit dem 23. März der staatlichen Politik und den Anordnungen und gaben ihren Besitz ehrlich an. Viele Söhne und Töchter aus kapitalistischen Hoa-Familien spielten ebenso wie viele Hoa-Kader und Arbeiter eine aktive Rolle bei der sozialistischen Umgestaltung der kapitalistischen Industrie und des Handels. In halbstaatlichen Betrieben sind 14 Arbeiter chinesischer Herkunft in das Direktorium berufen worden.

(Quelle: The Hoa in Vietnam. Dossier, Hanoi 1978, S. 19–28)



**Vietnam
bleibt
unsere
Sache!**

Mitglied werden in der „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern in der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam, e.V.“, Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1



Gespräch von Prof. Günter Giesenfeld mit Xuan Thuy

Meinungsverschiedenheiten seit der „Kulturrevolution“

G. GIESENFELD: Wie ist die augenblickliche Lage an der Grenze zwischen Vietnam und Kampuchea?

X. THUY: Zur Lösung des Grenzkonfliktes zwischen Vietnam und Kampuchea haben wir vorgeschlagen, durch Verhandlungen eine friedliche Lösung der Meinungsverschiedenheiten zu finden. Aber die kampucheanische Seite ist bis jetzt immer noch nicht darauf eingegangen und setzt ihre Verletzungen der Grenze fort. Vietnam sieht sich gezwungen, diese ständigen Angriffe zurückzuschlagen. Dies ist der Grund dafür, daß der Grenzkrieg zwischen Vietnam und Kampuchea immer noch weitergeht. (...)

„Sowjetische Leichen“ in Kampuchea?

G. GIESENFELD: Welche wahren Gründe hat ihrer Meinung nach die Politik der kampucheanischen Führer?

X. THUY: Die kampucheanische Führung übt eine diktatorische Herrschaft in ihrem Lande aus, sie zwingt das kampucheanische Volk, ein Regime zu akzeptieren, das es nicht haben will. So wurde die Bevölkerung z. B. gezwungen, unter unzumutbaren Bedingungen zusammenzuleben und zu arbeiten. Die Regierung hat den Handel (die Märkte) abgeschafft, das Geld abgeschafft und jegliche religiöse Aktivität verboten. Diese Maßnahmen stießen auf den Protest der Bevölkerung. Um diesen Protest und die Empörung zu dämpfen und von ihr abzulenken, hat die Regierung feindliche Aktionen gegen Vietnam unternommen. Die Pekinger Regierung hat dies benutzt, um durch Unterstützung dieser Politik Kampuchea zu einem Krieg gegen Vietnam aufzuhetzen.

G. GIESENFELD: Gibt es in Kampuchea eine Opposition, eine „Résistance“ gegen die Regierung Pol Pot/Ieng Sary?

X. THUY: Wie ich schon angedeutet habe, wurde in Kampuchea nach dem Sieg die städtische Bevölkerung aufs Land getrieben. Dort müssen die Leute in Gemeinschaft leben und arbeiten, Frauen und Männer streng getrennt. Das Essen wird ausgegeben, eingeteilt in Portionen pro Tag und auch die Zahl der Mahlzeiten ist streng geregelt. Niemand darf irgendeinen privaten Besitz haben. Besuche in der Kirche oder Pagode sind verboten. Wenn jemand einen Obstbaum oder ein Huhn für sich behält, wird er schwer, oft mit dem

Tod bestraft. Unter diesen Umständen ist das kampucheanische Volk natürlich gezwungen, Widerstand gegen die Regierung zu leisten. Aber solche Widerstände sind spontan und unorganisiert, werden vom militärischen Apparat der Regierung unterdrückt. Vor dieser Unterdrückung und Verfolgung flohen viele Kampucheaner nach Thailand, Laos oder Vietnam. Von ihnen hören wir die erschreckenden und traurigen Berichte, die die Grausamkeit der kampucheanischen Regierung aufdecken.

G. GIESENFELD: Gibt es auch bewaffneten oder organisierten Widerstand?

X. THUY: Einige Einheiten der kampucheanischen Streitkräfte sind gegen die Regierung eingestellt und leisten bewaffneten Widerstand. Die Bevölkerung auf dem Lande besitzt nur primitive Werkzeuge wie Beile, Messer usw. Sie wehrt sich mit den Waffen, die sie sich besorgen kann – darunter auch solche, die sie den Regierungstruppen hat abnehmen können.

G. GIESENFELD: Ieng Sary hat behauptet, kampucheanische Einheiten hätten auf kampucheanischem Gebiet „sowjetische Leichen“ gefunden (Le Monde, 30./31. 7. 1978). Was sagen Sie dazu?

X. THUY: Das ist eine reine Lüge. Zuerst hatten sie behauptet, einer ihrer Gefangenen habe eine lange Nase, d. h. er sei Europäer! Später sagten sie, dieser Europäer sei ein Sowjetbürger. Als sie gefragt wurden, wie denn ein Sowjetbürger aussehe, wußten sie keine Antwort. Solche propagandistischen Unterstellungen sollen dazu dienen, die Öffentlichkeit auf eine Teilnahme chinesischer Truppen auf kampucheanischer Seite vorzubereiten.

Chinas Grenzprovokationen forderten Opfer

G. GIESENFELD: Ich möchte jetzt einige Fragen stellen zu den Konflikten zwischen Vietnam und der VR China. Gestern hat es an der Grenze zwischen beiden Ländern wieder einen blutigen Zwischenfall gegeben. Können Sie mir etwas sagen zu seinem Verlauf und zu den Hintergründen solcher Vorfälle?



"Für den Schutz des Vaterlandes, morgen ebenso wie gestern"

X. THUY: Seit März 1978 haben die chinesischen Behörden damit begonnen, Agenten in die vietnamesische Hoa-Bevölkerung einzuschleusen, die das Gerücht verbreiten sollten, daß es bald einen großen Krieg zwischen China, der Sowjetunion und Vietnam geben würde. Diese chinesischen Agenten haben den Hoas betrügerischerweise eingeredet, nur wenn sie Vietnam verließen und nach China kämen, könnten sie dem sicheren Tod in diesem Krieg entgehen. Daraufhin verließen einige Hunderttausend Hoas Vietnam illegal, viele davon noch in der Zeit, während Verhandlungen zwischen den stellvertretenden Außenministern beider Länder stattfanden. Die Hoas begaben sich zu den Grenzübergängen zwischen China und Vietnam. Vor dem „Tor der Freundschaft“, Grenzübergang in der Provinz Cao Lang, z. B. stauten sich tausende von Hoas, weil die chinesische Regierung am 12. Juli alle Grenzübergänge geschlossen hatte.

Bei den Verhandlungen beider Seiten am 15. und 19. 8. schlug die vietnamesische Seite vor, die Übergänge wieder zu öffnen, wenn die chinesische Seite die dort befindlichen Hoas aufnehmen wolle. Falls sie dies aber nicht wolle, so solle sie der vietnamesischen Seite erlauben, die Hoas wieder in ihre Wohnorte zurückzubringen. In diesem Falle sollten beide Seiten gemeinsam einen Aufruf veröffentlichen, der diese Rückkehr empfehle. Die chinesische Seite ist auf diesen Vorschlag nicht eingegangen, erklärte zwar, sie hielte einen solchen Aufruf für gut, weigerte sich jedoch, das Dokument zu veröffentlichen.

Am 25. 8. 1978 kamen von vietnamesischer Seite Polizisten und Gesundheitsbeamte zu den Hoas, die immer noch vor der geschlossenen Grenze warteten. Sie sollten den Hoas mitteilen, jeder der es wolle, könne an seinen Wohnort zurückkehren, und die vietnamesischen Behörden seien bereit, bei dieser Rückkehr jegliche Hilfe zu leisten. Von chinesischer Seite der Grenze her wurde dagegen mit Lautsprechern die Aufforderung an die Hoas übermittelt, sie sollten ableiben und nirgendwohin gehen. Trotzdem packte ein Teil der Hoas seine Sachen und wollte zur Rückkehr aufbrechen. Daraufhin überquerten etwa 200 chinesische Sicherheitsbeamte – getarnt als Zivilisten – die Grenze und schlugen mit Beilen, Dolchen und Buschmessern auf die vietnamesischen Beamten ein. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte unter den vietnamesischen Beamten. (...)

G. GIESENFELD: Nun einige Fragen zur Vorgeschichte des aktuellen Konflikts mit der VR China. Gab es schon während des Krieges, während der US-Aggression gegen Vietnam, Meinungsverschiedenheiten zwischen Vietnam und China?

X. THUY: Wir können sagen, daß es zwischen Vietnam und China in dieser Zeit schon drei schwere Meinungsverschiedenheiten gegeben hat. Die erste hängt zusammen mit der „Kulturrevolution“ in China in den Jahren 1966–1969. China

verlangte von Vietnam eine Unterstützung dieser „Kulturrevolution“, zu der wir nicht bereit waren. Was stellte denn eigentlich diese sog. „Kulturrevolution“ dar? Dies ist schwer zu sagen, weil es eigentlich gar keine Kulturrevolution war. Was stattfand, war, daß eine Gruppe, mit Unterstützung der Armee, jene Gruppen von Jugendlichen mobilisierte, die die Aufgabe hatten, eine andere Gruppe, die eine andere Meinung hatte, zu stürzen und zu vernichten. Es handelte sich um nichts anderes als um eine Abrechnung zwischen verschiedenen rivalisierenden Gruppen, die einander verfolgten, diffamierten und umbrachten. Das kann man doch wohl nicht „Kulturrevolution“ nennen!

G. GIESENFELD: Was hätte es für Vietnam konkret bedeutet, wenn es, nach dem Wunsch der Chinesen, diese Kulturrevolution unterstützt hätte?

X. THUY: Kurz gesagt, wir sollten es gutheißen, daß Mao Tse Tung Liu Tschao Tschü und Lin Piao stürzte, um die Viererbande in den Sattel zu heben. Das konnten wir nicht unterstützen. Wir sagten den Chinesen, daß wir dies für eine innere Angelegenheit der Chinesen hielten und uns nicht einmischen würden. Daraufhin riefen chinesische Funktionäre die Hoas in und um Hanoi zusammen, um mit ihnen eine „Kulturrevolution“ auf vietnamesischem Territorium zu machen. Wie hieß das konkret? Die Hoas verließen ihre Arbeitsplätze, versammelten sich, um zu diskutieren, um gegen die vietnamesische Politik zu agitieren. Sie kamen nicht mehr zur Arbeit. Wir sagten ihnen, daß sie, wenn sie die „Kulturrevolution“ machen wollten, doch nach China gehen sollten. Wir duldeten solche Tätigkeiten nicht, wir haben Verbote ausgesprochen und einige Chinesen ausgewiesen.

G. GIESENFELD: Und nun die zweite Meinungsverschiedenheit?

X. THUY: Sie betrifft das Ziel unseres Widerstandskampfes gegen die US-Aggressoren. Wir wollten in diesem Kampf bewirken, daß die USA Vietnam, Indochina und den südostasiatischen Raum räumen sollten. Zu diesem Zeitpunkt hat Peking Nixon eingeladen und mit ihm Gespräche geführt, die auch die Anwesenheit der Amerikaner in Vietnam betrafen. Die Chinesen sprachen sich für diese Anwesenheit aus. Wir protestierten dagegen und erklärten, daß es Sache der Chinesen sei, Nixon einzuladen, daß dabei aber nicht die Interessen Vietnams berührt werden sollten, keine Gespräche über Vietnam geführt werden dürften.

Absage an die „Drei-Welten-Theorie“

G. GIESENFELD: Ist es richtig, daß die chinesische Regierung dagegen war, daß in Paris über einen Frieden in Vietnam mit den Amerikaner verhandelt wurde?

X. THUY: Ja. Die chinesische Regierung wollte weder einen Erfolg der Pariser Verhandlungen noch einen vollständigen Abzug der US-Streitkräfte aus Vietnam. Als Vietnam vollständig befreit wurde, freute sich das chinesische Volk aufrichtig. Dagegen zeigte die chinesische Regierung ihre Freude nur zögernd. Wahrscheinlich deshalb, weil wir die Befreiung nach unseren Vorstellungen verwirklicht hatten und nicht nach denen der chinesischen Regierung.

G. GIESENFELD: Ist es richtig, daß am ersten Parteitag nach dem Sieg, dem sog. „Vereinigungsparteitag“, dem IV. Parteitag der KP Vietnams, keine Delegation der KP Chinas teilgenommen hat?

X. THUY: Das ist richtig. Wir hatten sie eingeladen, aber sie kamen nicht.

Nun die dritte Meinungsverschiedenheit. Als die Pekinger Führung in den Jahren 1972–1974 die sog. „Drei-Welten-Theorie“ aufstellte, waren wir damit nicht einverstanden. Aber wir haben dies nicht öffentlich gesagt. Unsere Meinung ist, daß es in der heutigen Welt zwei Systeme gibt, das soziali-

stische Lager, und das kapitalistische. Und auf dieser Welt gibt es drei revolutionäre Strömungen: das sozialistische Lager, die nationalen Befreiungsbewegungen und die kämpfende Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern – alle drei richten ihre Angriffe gemeinsam gegen den Imperialismus.

Heute geht die Pekinger Führung dazu über, ihre „Drei-Welten-Theorie“ in die Tat umzusetzen. Dabei ist ihr die Tatsache hinderlich, daß Vietnam nicht damit einverstanden ist. Deshalb versucht sie, Druck auf Vietnam auszuüben. Wir sind aber der Meinung, daß solche Meinungsverschiedenheiten zunächst zurückgestellt werden sollten, damit wir die gemeinsam vor uns liegenden Aufgaben verwirklichen können. Auf diese Weise kann die Freundschaft erhalten bleiben. Aber die Pekinger Führung hat nicht auf uns gehört und betreibt ihre Politik weiter.

G. GIESENFELD: Solche Meinungsverschiedenheiten und Konflikte waren bei uns in der BRD bis jetzt kaum bekannt geworden. Deshalb sind wir durch ihre plötzliche öffentliche Austragung sehr überrascht worden.

X. THUY: Als in den Jahren 1959/1960 die Meinungsverschiedenheiten zwischen der VR China und der Sowjetunion bekannt wurden, waren wir der Meinung, daß wir uns in diese Auseinandersetzung nicht einmischen sollten. Wir sprachen beiden Seiten gegenüber die Empfehlung aus, die freundschaftlichen Beziehungen nicht aufzugeben. Wir waren und sind immer noch der Meinung, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen sozialistischen Ländern bzw. zwischen den kommunistischen Parteien intern beigelegt werden sollten.



Gefangengenommene kambucheanische Soldaten

Deshalb haben wir uns zu diesem Konflikt niemals geäußert.

G. GIESENFELD: Welchen Inhalt und welches Ergebnis hatten die Gespräche, die bei einem Besuch hoher Regierungsvertreter Vietnams in Peking im Juli und November 1977 stattfanden?

X. THUY: Diese Gespräche hatten die Aufgabe, die Freundschaft zwischen China und Vietnam zu verstärken und einen grundsätzlichen Meinungs austausch zu ermöglichen, damit die aufgetretenen Differenzen nicht die Solidarität gefährdeten. Ich war selber Mitglied der vietnamesischen hohen Partei- und Regierungsdelegation. Im Verlauf der Gespräche predigte Hua Kuo Feng unablässig die „Drei-Welten-Theorie“, während Le Duan die Vorstellung von den zwei Systemen und den drei revolutionären Bewegungen vertrat. Es war auf diese Weise nicht möglich, weiterzukommen. Daraufhin schlugen wir vor, diese Diskussion aufzuschieben und über die chinesischen Hilfeleistungen zum Aufbau Vietnams zu sprechen. Wir baten um eine beschleunigte Abwicklung älterer Projekte, deren Verwirklichung in der letzten Zeit stark verzögert worden war. Neue Hilfsprojekte könnten vereinbart werden, falls dies möglich ist. Sollte dies aber im

Augenblick nicht möglich sein, so sollten wenigstens die 5–10 % der laufenden Projekte schnellstens verwirklicht werden, die am dringendsten waren und die am meisten verzögert worden waren. Die Antwort der chinesischen Seite war, es könnten keine neuen Hilfsprojekte in Angriff genommen werden, und auch die alten könnten nicht beschleunigt werden. Da wir eine solche Antwort erwartet hatten, waren wir nicht verärgert darüber. (. . .)

Auf eine Aggression vorbereitet

G. GIESENFELD: Zum Schluß möchte ich noch eine Frage stellen zu den Perspektiven der gegenwärtigen Situation. Korrespondenten westlicher Zeitungen berichten, Vietnam würde wieder den Anblick einer Nation bieten, die sich im Kriegszustand befindet. Bereitet sich das Land auf eine militärische Auseinandersetzung vor?

X. THUY: Auf der einen Seite stiftet die Pekinger Führung Kampuchea dazu an, einen Krieg gegen Vietnam zu führen, nämlich durch massive Lieferung von Kriegsmaterial und die Entsendung von militärischen Beratern. Andererseits verstärkt die VR China ihre Truppen an der nördlichen Grenze Vietnams. Ihre Artillerie ist auf Ziele in Vietnam gerichtet, fast täglich finden Provokationen an der Grenze statt, ähnlich derjenigen am „Tor der Freundschaft“, die ich bereits erwähnt habe. Man kann sich vorstellen, wie sich Vietnam unter diesen Umständen fühlen muß. Wir müssen wachsam sein. Von uns aus wollen wir keinen Krieg. Nach 30 Jahren grausamsten Krieges, des leidvollsten und opferreichsten Widerstandes, wollen wir jetzt nur Ruhe und Frieden, um das Land und ein neues Leben aufzubauen.

G. GIESENFELD: In unseren Zeitungen wird von einer „Mobilisierungskampagne“ gesprochen, einer „Militarisierung“ des Lebens, und das wird als Zeichen dafür angesehen, daß Vietnam sich auf eine „Aggression“ vorbereite.

X. THUY: Nach unserem Gesetz muß jeder männliche Bürger nach der Vollendung seines 18. Lebensjahres einen Militärdienst leisten. Nach drei Jahren wird er aus der Armee entlassen. Jedes Jahr werden neue Bürger eingezogen, um die aus dem Militärdienst entlassenen zu ersetzen. In diesem Jahr haben wir mehr Leute eingezogen.

(Quelle: Vietnam Kurier. Organ der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV, Düsseldorf, Sonderdruck September 1978, S. 3–6)

Deutsche Volkszeitung

ein
demokratisches
Wochenblatt –
unentbehrlich
für
den
kritischen
Zeitgenossen

Probexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, Düsseldorf, Oststr. 154, Postfach 5707 – Anforderungskarten liegen dieser Ausgabe bei –

NICARAGUA

Ein kämpfendes Volk braucht Hilfe und Solidarität. Von uns.

Ein Land seit über 45 Jahren in der Willkür eines Diktators, seiner Familie und der Konzerne. Das Volk verelendet. Tausende kämpfen jetzt um die Freiheit und ein neues Nicaragua. Wir wollen helfen. Durch Information und Geld.

Büro Nicaragua
c/o Angelika Pappe
Ravensberger Straße 149
D 5600 Wuppertal 1

Günter Ritter

Die kampucheanische Tragödie

Als am 17. April 1975 die letzten Amerikaner und die von ihnen installierte Lon Nol-Clique Phnom Penh in wilder Flucht verließen, glaubte man allgemein, daß die im anti-imperialistischen Kampf gegen die USA geeinten Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea nun mit dem ebenso geeinten Aufbau einer revolutionären Gesellschaft in ihren Ländern beginnen würden.

Heute kann man feststellen, daß diese Hoffnung sich nicht erfüllt hat. Vietnam und Kampuchea stehen sich in einem offenen Krieg gegenüber, und viele Menschen, die einst in der weltweiten Solidaritätsbewegung für die Völker Indochinas vereint waren, stellen sich die Frage: Wie konnte es dazu kommen, daß Soldaten, die den US-Imperialismus in fester Waffenbrüderschaft bezwungen hatten, jetzt ihre Gewehre aufeinander richten?

Will Vietnam die Indochina-„Föderation“?

Die Tatsachen sind weitgehend bekannt¹: Bereits seit Mai 1975 begehen kampucheanische Truppen Grenzverletzungen. Die wegen der häufigen Zwischenfälle auf Initiative der Regierung der SR Vietnam zustande gekommenen Grenzgespräche mit dem Ziel einer endgültigen Grenzfestlegung wurden von kapucheanischer Seite abgebrochen. Stattdessen erklärte die Regierung in Phnom Penh plötzlich, Vietnam versuche gewaltsam, Kampuchea in eine „Indochinesische Föderation“ einzugliedern. In der Tat hatte der Plan einer solchen Föderation zwischen Vietnam, Laos und dem damaligen Kambodscha zu einer Zeit bestanden, als die 1930 gegründete KP Indochinas unter Führung Ho Chi Minhs noch existierte. Als jedoch 1951 die KP Indochinas aufgelöst wurde und an ihre Stelle nationale revolutionäre Organisationen traten und als 1954 mit der Genfer Konferenz das Ende des französischen Kolonialgebietes Indochina endgültig besiegelt war, da hatte sich die Frage einer „Indochinesischen Föderation“ historisch überlebt. Sie wurde von vietnamesischer Seite nie wieder erwähnt².

Überhaupt ist die Beschuldigung der kampucheanischen Führung, Vietnam wolle das Land annektieren und seiner nationalen Unabhängigkeit berauben, von vornherein äußerst unglaubwürdig. Zweifellos hätte Vietnam mit seiner erdrückenden militärischen Überlegenheit dieses Ziel längst erreichen können, wenn es gewollt hätte. Bis heute aber ist nachweislich nicht ein qm Kampuchea von vietnamesischen Truppen besetzt. Sollte die aggressive Haltung der Regierung in Phnom Penh, die weiterhin jegliche Verhandlungen ablehnt, vielleicht nur teilweise außenpolitisch motiviert sein? Und sollte sie vor allen Dingen dazu dienen, Schwierigkeiten im eigenen Land durch eine nationalistische und chauvinistische Politik gegenüber Vietnam zu kaschieren?

Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich zwangsläufig mit der Entwicklung in Kampuchea seit April 1975 beschäftigen, was jedoch mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist. Denn während Laos und Vietnam die Weltöffentlichkeit in jeder Beziehung umfassend über ihre Bemü-

hungen bei der sozialistischen Umgestaltung informierten, riegelte Kampuchea sein Territorium hermetisch von der Außenwelt ab. Nicht zuletzt diese Geheimniskrämerei führte zu einer ausufernd spekulativen Berichterstattung seitens der bürgerlichen Presse. An objektiven, sachlichen Informationen sickerte nur wenig nach außen. Aus ihnen läßt sich ein Bildmosaik zeichnen, das an einem keinen Zweifel läßt: Die Führung in Phnom Penh hat, statt eine Politik der nationalen Versöhnung zu betreiben, Haß und Rachegefühle zu Triebfedern des gesellschaftlichen Lebens gemacht.

In Vietnam wurden lediglich die größten Kriegsverbrecher zu Haftstrafen verurteilt, die einfachen Gefolgsleute und Soldaten des Thieu-Regimes jedoch in die neue Gesellschaft eingliedert. Eine Vaterländische Front wurde gebildet, um alle Klassen und Schichten des Volkes (also auch die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum in Südvietnam!) am Aufbau des Landes zu beteiligen³.

Rache statt nationaler Versöhnung

Anders dagegen in Kampuchea: Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen wurden nicht nur hohe Offiziere und Regierungsmitglieder des Lon Nol-Regimes, sondern auch einfache Mitläufer in großer Zahl hingerichtet. Viel schlimmer ist jedoch die Tatsache zu bewerten, daß mitten durch das kampucheanische Volk eine Trennungslinie gezogen wurde: Diejenigen, die in den befreiten Gebieten auf dem Land gelebt hatten, gelten als „echte“ („originals“), diejenigen, die zum Zeitpunkt der Einnahme von Phnom Penh im Einflußbereich Lon Nols (also in den Städten) wohnten, als „Neu-Kampucheaner“ („new citizens“). Diese letztere Gruppe von Menschen, mit 3,5 Mio immerhin fast die Hälfte der Bevölkerung, füllte während des Befreiungskampfes keineswegs freiwillig die Städte, vielmehr waren hunderttausende von Menschen vor den Flächenbombardements der US-Luftwaffe vom Land in die Städte geflohen.

Nach der Eroberung Phnom Penhs durch die Roten Khmer glaubte man dem Problem Herr zu werden, indem man die Städte zwangsweise nahezu vollständig evakuierte. In Phnom Penh, einst von etwa 2 Mio Menschen bevölkert, sollen heute nur noch ungefähr 20 000 Einwohner leben. Ein jugoslawisches Journalistenteam, das einzige, welches bisher Kampuchea bereisen durfte, bezeichnete die kampucheanischen Städte als „Geisterstädte“. Ziel der Räumungsaktion war es, zum einen das einseitig auf die Landwirtschaft ausgerichtete wirtschaftliche Konzept durchzusetzen, zum anderen aber auch, die Vorstellungen der kampucheanischen „Theoretiker“ von einer „neuen Gesellschaft“ zu verwirklichen. Keinen Platz in dieser Gesellschaft haben offensichtlich die vielen hunderttausend Hoas (Auslandschinesen) und Vietnamesen, die seit Generationen in Kampuchea gelebt und aktiv am Befreiungskampf teilgenommen haben. Sie wurden ermordet oder vertrieben und leben heute in Flüchtlingslagern in Vietnam oder Thailand.

Aber nicht nur der Fremdenhaß forderte seine Opfer. Auch

die Angehörigen der ohnehin nur schwach entwickelten Arbeiterklasse und der Intelligenz wurden größtenteils aus den „Horten der Konterrevolution“, den Städten, auf das Land deportiert. Ihnen erging es ebenso wie den buddhistischen Mönchen, deren Tempel und Heiligenstatuen zerstört wurden. Für die Verantwortlichen in Phnom Penh existiert allerdings kein Problem wie das der Religiosität der Bevölkerung. Frau Yun Yat, Minister für Propaganda und Erziehung: „Mit der Ausweitung des revolutionären Bewußtseins hört das Volk zu glauben auf, und selbst die Bonzen verlassen die Tempel. Das Problem erlischt allmählich, und damit gibt es kein Problem mehr.“⁴ So einfach ist das also.

Auch der Institution Familie begegnen die Verantwortlichen in Phnom Penh mit Mißtrauen: Sie existiert in der bisherigen Form nicht mehr und mußte den neuen „Grundzellen“ der kampucheanischen Gesellschaft, den landwirtschaftlichen Kooperativen und den Arbeitsbrigaden, Platz machen.

Reis über alles

„Wir organisieren das Land um, wobei wir die Landwirtschaft als Basis nehmen. Mit dem, was die Landwirtschaft erzielen kann, bauen wir eine Industrie auf, die wiederum der Landwirtschaft zu dienen hat. Das Volk der Khmer hat jahrhundertlang Erfahrung im Reisanbau, und vom Reisanbau müssen wir deshalb ausgehen.“⁵ Mit diesen drei Sätzen beschrieb Kampuchreas Vizepremier und Außenminister Ieng Sary die wirtschaftliche Konzeption der Führung in Phnom Penh. In der Umsetzung in die ökonomische Praxis sieht das so aus, daß die quasi-militärisch organisierten landwirtschaftlichen Kooperativen bis zu 14 Stunden täglich im Reisanbau beschäftigt sind; die mobilen Arbeitsbrigaden werden nahezu ausschließlich beim Bau von Bewässerungsanlagen für die Reisfelder eingesetzt.

Ganz offensichtlich werden in Kampuchea keinerlei Anstrengungen unternommen, um eine nationale Industrie aufzubauen. Besucher des Landes – so der schwedische Botschafter in Peking – wundern sich darüber, daß selbst funktionsbereite Betriebe nicht genutzt werden. Dafür warten offizielle Stellen in Phnom Penh jedoch mit überraschenden Erfolgsmeldungen auf. Kampuchea soll laut Premier Pol Pot 1977 bereits „tausende Tonnen Reis“ exportiert haben. Wirtschaftsexperten haben allerdings errechnet, daß die Reiserzeugung Kampuchreas erst 60–70 % des Vorkriegsniveaus erreicht hat. Sie mutmaßen, daß der Reisexport lediglich darauf zurückzuführen ist, daß die Reiszuteilung pro Jahr und Kopf der Bevölkerung nicht 312 kg beträgt, wie offiziell behauptet

wird, sondern lediglich 1–2 Schüsseln pro Tag, was wesentlich weniger ausmacht. In der Tat bestätigen Flüchtlinge immer wieder, daß der Hunger keineswegs ausgerottet ist.

Im übrigen scheint im wirtschaftlichen Konzept Kampuchreas ein chronisches Außenhandelsdefizit einkalkuliert zu sein: Einfuhren im Wert von 13 Mio Dollar standen 1977 Ausfuhren im Wert von nur 307 791 Dollar gegenüber. Die Differenz wurde mit chinesischer Entwicklungshilfe ausgeglichen.⁶ Eine weitere Konsequenz dieses wirtschaftlichen Kurses besteht darin, daß der gesamte Postverkehr eingestellt wurde. Es gibt keinen nennenswerten nationalen Handel mehr. Das Geld als Zahlungsmittel wurde abgeschafft. Allerdings erwägt die kampucheanische Führung nach neuesten Meldungen eine Rückkehr zur Geldwirtschaft, was nicht zuletzt mit Schwierigkeiten beim Handel mit anderen Nationen zusammenhängen dürfte.

Für bürgerliche Beobachter besteht kein Zweifel: Kampuchea ist ebenso ein sozialistisches Land wie Vietnam eines ist. Grundsätzlich, besonders aber in einer Situation, in der sich beide Länder kriegerisch gegenüberstehen, wird jedoch der Frage aus dem Wege gegangen, ob der Charakter des Regimes in Phnom Penh wirklich sozialistisch zu nennen ist. Konkret gefragt: Hält die reale Entwicklung in Kampuchea den objektiven Kriterien, die ein Land zu einem sozialistischen machen, stand?

Gesellschaft ohne „Vorbild“?

Sicherlich, das private Eigentum an Produktionsmitteln wurde abgeschafft, und nicht nur das, sondern das Privateigentum überhaupt. Aber reicht dieser Tatbestand alleine aus, um zu konstatieren, daß in Kampuchea der Sozialismus aufgebaut wird? Eines läßt sich nicht leugnen: Der Korrespondent der Zagreber Zeitschrift Vjesnik, der Kampuchea besucht hat, stellt fest, „Kambodscha sei das einzige sozialistische Land, (. . .), in dem der Sozialismus ohne Rückgriff auf die Klassiker des Marxismus aufgebaut wird. In den drei Jahren nach der siegreichen Revolution wurde kein einziges marxistisches Buch gedruckt.“⁷ Und Christian Roll schrieb in der Süddeutschen Zeitung: „Es fällt auf, daß im Programm von Radio Phnom Penh die marxistische Terminologie fehlt. Begriffe wie ‚Klassenkampf‘, ‚sozialistische Gesellschaft‘ und ‚Volksdemokratie‘ kommen nicht vor.“⁸

In einem Interview mit dem Spiegel erklärte Ieng Sary auf die Frage, was für eine Gesellschaft in Kampuchea denn aufgebaut würde: „Es gibt kein Vorbild für das revolutionäre Experiment der Khmer. Wir wollen etwas verwirklichen, das





Pol Pot (l.) und Ieng Sary

es noch niemals in der Geschichte gegeben hat. Dafür gibt es keine Modelle.“⁹

In der Tat ist es richtig, daß die kampucheanische Führung die Erfahrungen, die in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern beim Aufbau des Sozialismus gemacht wurden, ausdrücklich negiert. Es gibt auch so gut wie keine Beziehungen zwischen den Ländern des sozialistischen Lagers und Kampuchea, obwohl diese dem Land nach der Befreiung ihre Unterstützung angeboten haben. Nun hat allerdings auch der „kollektivistische Sozialismus“ (Pol Pot), der in Kampuchea errichtet wird, gar nichts gemein mit dem von Marx, Engels und Lenin begründeten wissenschaftlichen Sozialismus, auf den sich beispielsweise Vietnam und Kuba bei der Überwindung ihres Status als unterentwickelte Länder stützen. Dabei sind die Leugnung der führenden Rolle der Arbeiterklasse in Partei und Gesellschaft sowie eine allgemein feststellbare Theoriefeindlichkeit, die sich in der Liquidierung der Intelligenz als gesellschaftliche Schicht verbunden mit der Schließung sämtlicher Hochschulen, niederschlägt, lediglich zwei, wenn auch schwerwiegende, Indizien für diese Tatsache.

So neu allerdings, wie die herrschende Clique in Phnom Penh glauben machen möchte, ist ihr „Experiment“ in der Menschheitsgeschichte nun auch wieder nicht. Es existiert nämlich eine unübersehbare Ähnlichkeit der Methoden und Zielsetzungen der kampucheanischen Führung mit der maoistischen Politik, und dies mit ihren extremsten Formen aus der Zeit der „Kulturrevolution“.

Widerstand gegen die Pol Pot-Clique

Die rigorose Unterdrückungspolitik der Machthaber in Phnom Penh im eigenen Lande sowie die extrem nationalistische, chauvinistische Außenpolitik läßt sich zumindest teilweise aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Kampuchejas erklären. Hervorgegangen aus der KP Indochinas zählte die KPK 1954 an die 2500 Mitglieder. Durch Verfolgung und Terror sank die Mitgliederzahl bis 1960 auf 200. Als 1963 Saloth Sar (heute als Pol Pot Premierminister Kampuchejas) Sekretär der KPK wurde, drängte er der Partei den falschen Kurs des bewaffneten Kampfes gegen die Regierung Prinz Sihanouks auf, die damals auf durchaus antiimperialistischen Positionen stand. Erst als sich 1970 Lon Nol durch einen von den USA inszenierten Staatsstreich an die Macht gepusht hatte, ging die KPK unter dem Druck der objektiven Erfordernisse ein Bündnis mit den bürgerlich-nationalen Kräften um Sihanouk ein, um im Rahmen der Nationalen Einheitsfront (FUNK) und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kampuchejas (GRUNK) den Kampf gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien in Phnom Penh aufzunehmen.

Nach dem endgültigen Sieg der Befreiungstreitkräfte glaubten bestimmte Kräfte in der KPK jedoch, das nationale Bündnis sei nun überflüssig, da man sich auf die Macht der Ge-

wehre stützen könne. Die Nationale Einheitsfront wurde aufgelöst. Sihanouk unter Hausarrest gestellt, seine Anhänger unnachdsichtig verfolgt. Die politische Schwäche der KPK manifestierte sich aber unübersehbar in der Tatsache, daß sie bis zum September 1977, also noch 2 1/2 Jahre nach der Befreiung Kampuchejas, anonym unter der Bezeichnung „Angkar“ (Organisation) tätig war. Es gibt indes sichere Belege dafür, daß sich der abenteuerliche Kurs der jetzigen Führer Kampuchejas nicht ohne Widerstand durchgesetzt hat.

Erst Mitte 1976 war die heutige Führungsclique erfolgreich aus den Machtkämpfen hervorgegangen. Eine Clique ist die Regierung in Phnom Penh freilich im wahrsten Sinne des Wortes; Premier Pol Pot ist mit Khieu Ponnary, der Schwester von Ieng Tirth (der Frau des Vizepremiers und Außenministers Ieng Sary) verheiratet, die wiederum Minister für Sozialaufgaben ist. Yun Yat, die für Jugend und Kultur zuständig ist, ist nebenbei auch die Frau des Verteidigungsministers Son Sen.

Der Widerstand gegen das Regime hat sich offensichtlich durch den Krieg gegen das vietnamesische Brudervolk gewaltig verstärkt. Die in der Regel gut informierte Far Eastern Economic Review berichtete detailliert über Pläne, die Machthaber in Phnom Penh zu stürzen. Danach soll sich bereits unter Führung des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten So Phim eine Khmer Befreiungsfront gebildet haben, die einige Teile des Landes, besonders an der vietnamesischen Grenze, unter Kontrolle hat. Die Inbetriebnahme eines Befreiungssenders stehe unmittelbar bevor.¹⁰ Selbst Radio Phnom Penh berichtet immer häufiger über Aufstände und anschließende Säuberungsaktionen in Partei und Armee.¹¹

Rückhalt China

In dieser Situation scheint die VR China der einzige Rückhalt für das Regime in Phnom Penh zu sein. Obwohl mittlerweile feststeht, daß Peking 6000 „Berater“ nach Kampuchea geschickt und die Armee des Landes derart aufgerüstet hat, daß sie heute besser bewaffnet ist als zur Zeit des Befreiungskampfes, mehren sich die Bittgänge führender kampucheanischer Politiker in die VR China. Die Far Eastern Economic Review macht das Schicksal der Regierung Pol Pot/Ieng Sary unmittelbar vom Wohlwollen (sprich: massiver materieller und politischer Unterstützung) Pekings abhängig.¹²

Die Lage, in die Kampuchea durch eine solche Politik hineinmanövriert worden ist, ist in jeder Beziehung tragisch; Tragisch für das kampucheanische Volk, welches um die Früchte seines erfolgreichen Befreiungskampfes gebracht wird. Tragisch für die Sozialistische Republik Vietnam, die nach einem jahrzehntelangen Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus wiederum ihr Territorium verteidigen muß und ihre gesamten Anstrengungen nicht auf den Aufbau des Sozialismus konzentrieren kann. Tragisch nicht zuletzt auch für jene Kräfte in der Welt, die den Völkern Indochinas im Befreiungskampf zur Seite gestanden haben.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. Dokumentation in AIB 4/1978
- 2) Siehe dazu: „Tatsachen über die Frage der Indochinesischen Föderation“, in: Kampuchea Dossier I, Hanoi 1978, S. 94–119
- 3) Zur Vaterlandischen Front Vietnams siehe AIB 9/1977
- 4) Zit. nach Frankfurter Rundschau (FR), 12. 4. 1978
- 5) Interview mit Ieng Sary in: Der Spiegel, 9. 5. 1977
- 6) Angaben nach: Asia Yearbook 1978, Hongkong 1978, S. 158
- 7) Vgl. FR, 12. 4. 1978
- 8) Süddeutsche Zeitung (SZ), 20. 1. 1977
- 9) Der Spiegel, 9. 5. 1977
- 10) Vgl. Far Eastern Economic Review, Hongkong, 19. 5. 1978 und 28. 7. 1978
- 11) SZ, 18. 7. 1978
- 12) Far Eastern Economic Review, 11. 8. 1978

Somozismus ohne Somoza?

„Somoza schien bereit zu sein, das Land zu zerstören, um es für seine eigene Person zu retten“, charakterisierte treffend der Korrespondent der Newsweek am 25. 9. 1978 die Bürgerkriegssituation in Nicaragua. In der Tat, nur die wahllose Massakrierung der Zivilbevölkerung, die Verwüstung ganzer Städte und die harte Verfolgung der Opposition ermöglichte es Somoza, sich noch an der Macht zu halten.

Die Nationalgarde sah sich mit einer Bevölkerung konfrontiert, die sich spontan den Kämpfern der FSLN anschloß, als sie in einer großen Offensive u. a. fünf Städte besetzte. In León wußte ein Anwalt zu berichten, daß es keine anständige Person gebe, die nicht gegen Somoza eingestellt sei; jedermann kooperiere mit den Guerillas. Allein der Lage nicht gewachsen, da Hunderte Nationalgardisten zur Sandinistischen Front (FSLN) überliefen und die Moral der Gruppe gesunken war, wurden mehr als 1000 Söldner aus den USA, Guatemala, El Salvador, Chile usw. ins Land geholt. Ohne dafür belangt zu werden, konnte sogar der Motelbesitzer Guy Gabaldon aus Albuquerque in den USA per Zeitungsanzeige 100 Vietnamveteranen als Söldner werben. Anscheinend war der Kampagne ein solcher Erfolg beschieden, daß er in Managua nachfragte, ob man dort nicht noch mehr gebrauchen könne (vgl. Time, 25. 9. 1978).

Greuel der Somozabanden

Die bisherige Bilanz des Bürgerkrieges ist erschreckend: die Städte Masaya, Matagalpa, Chinandega, León und die bis zuletzt heftig umkämpfte Stadt Esteli liegen nach Dauerbombardements und Artilleriebeschuß in Schutt und Asche. Von dem wahllosen Töten der Somozatruppen blieb besonders die Jugend nicht verschont. Viele von ihnen kamen beim Häuserkampf ums Leben, der weitaus größte Teil aber wurde wegen des bloßen Verdachts, mit Guerillas zusammengearbeitet zu haben, erschossen. Selbst vor den Verwundetentransporten machten die Greuel der Nationalgarde und Söldnerhorden nicht halt.

Das Rote Kreuz schätzt mittlerweile die Opfer in der Bevölkerung auf über 5000 Tote und 12 000 Verwundete. Mehr als 35 000 Menschen befinden sich auf der Flucht vor den marodierenden Somozabanden. 10 000 Flüchtlinge befinden sich im Ausland.

Die zu Ende September unübersehbare Situation in Nicaragua brachte die Weltöffentlichkeit zunehmend in Harnisch. Während einer Solidaritätskonferenz für das nikaraguanische Volk vom 30. 9.—1. 10. 1978 in Panama-Stadt forderten 100 Teilnehmer aus 20 Ländern Lateinamerikas den Abbruch der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Nicaragua und die Unterstützung der Kämpfenden. Die Konferenz billigte damit die Entsendung von Internationalen Brigaden zur Unterstützung der FSLN. Auf einer Nicaragua-Beratung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verlas der Außenminister Venezuelas einen Appell des Volkes von Nicaragua, in dem die Weltöffentlichkeit um Beistand ersucht wird. Venezuela will darüber hinaus die Frage von Sanktionen prüfen. Eine Resolution, die eine Beteiligung der OAS an der Lösung des politischen Konflikts in Nicaragua vorsah, wurde von den reaktionären Militärregimes verhindert. Diese Länder und auch Somoza scheinen nur an einer internen Lösung ohne internationale Beteiligung interessiert, die auch die Zustimmung der USA fände.

Eine entsprechende Reisetätigkeit von US-Diplomaten — zuerst Botschafter Solaun und nun US-Sonderbotschafter Jor-

den —, die abwechselnd mit Somoza und gemäßigeren Oppositionsgruppen über einen „kontrollierten Wandel von der Diktatur zu relativen Demokratie“ (Süddeutsche Zeitung, 3. 10. 1978) oder einen „Somozismus ohne Somoza verhandeln, unterstreichen dies. Besondere Ansprechpartner für die USA sind Wirtschafts- und Finanzexperten sowie Teile der Konservativen Partei, die es allesamt ermöglichen sollen, daß Somoza unter Wahrung seines Gesichtes und der Wahrung der US-Interessen in absehbarer Zeit zurücktritt. Das lange Zögern der USA, sich zur Konfliktlösung in Nicaragua zu engagieren, ist denn auch nur darauf zurückzuführen, daß man bisher glaubte, der obere Mittelstand sei noch zu schwach, Somoza ersetzen und eine „kommunistische Machtübernahme“ verhindern zu können.

Demokratische Exilregierung formiert

Dagegen ist Somoza, der sich in einer Position der Stärke wähnt, nicht willens, sich in sein Schicksal zu fügen. Seine Zugeständnisse an die Forderungen der Opposition nach Demokratisierung — wie Freilassung einiger Gefangener, Lockerung der Pressezensur und Wiedezulassung der oppositionellen Zeitung La Prensa — erwiesen sich als Ablenkungsmanöver. Sein erklärter Wille, daß er die Nationalgarde verdoppeln, erst nach Wahlen 1981 zurücktreten und das Kriegsrecht weiter ausdehnen wolle, deutet auf keine Entspannung hin. Vielmehr will er die USA durch eigene Verhandlungen mit Oppositionsgruppen vor vollendete Tatsachen stellen, um seine Herrschaft unbehindert fortsetzen zu können.

Allerdings dürfte diese Basis auf tönernen Füßen stehen. Im Ausland hat sich eine Exilregierung, gebildet aus dem Präsidenten der Demokratischen Bewegung Nicaraguas, Alfonso Robelo Callejas, dem Mitglied der Gruppe der 12, Sergio Ramirez Mercado, und dem Präsidenten der Demokratischen Union der Befreiung (UDEL), Rafael Cordova Rivas, entschieden gegen jegliche internen Lösungsversuche des Somoza-Regimes gewandt. Die Exilregierung wird darin von der FSLN unterstützt, die bereits im Juni d. J. ein detailliertes Programm für eine demokratische Volksregierung vorgelegt hat (wir dokumentieren den vollen Wortlaut). Eine eingehende Einschätzung zur Somoza-Diktatur und Aspekte der revolutionärdemokratischen Alternative enthält das ferner dokumentierte Kommuniqué des Sandinista-Kommandos, das im August d. J. den Nationalpalast stürmte und diese Erklärung im Rundfunk verlesen ließ. Über die Sandinista-Interna und ihre Offensive vom September d. J. gibt schließlich das Interview mit dem FSLN-Verantwortlichen Daniel Ortega Savecra näheren Aufschluß (siehe auch Analyse und FSLN-Dokument in AIB 4/1978).

Exilregierung wie FSLN drängen im Augenblick auf eine internationale Vermittlung. Zu Grundbedingungen für die Teilnahme an solchen Gesprächen machen sie den Rücktritt Somozas, die Einstellung der Repression und die Freilassung aller politischen Gefangenen. Für die Übergangsphase nach Somoza stellt sich die Exilregierung als Garant einer Demokratisierung dar. Sie schlägt unverzügliche freie Wahlen unter Zulassung aller politischen Parteien, die Auflösung der Nationalgarde und die Enteignung der Reichtümer Somozas vor. Um eine Anerkennung der Exilregierung ersuchte der Vertreter der FSLN, Enrique Schmidt, im Hessischen Rundfunk am 10. 10. 1978 auch die Regierungen Westeuropas. Darüber hinaus kündigte er ob der starren Haltung Somozas eine neue Großoffensive der FSLN an.

D. Ortega Savecra

Der Kampf geht weiter



Das nachfolgende Interview führte der Sonderberichterstatter der *Le Monde* „irgendwo in Nicaragua“ mit dem Mitglied der Führung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront, (FSLN), Daniel Ortega Savecra. D. Ortega, der ungefähr 30 Jahre alt ist, verbrachte sieben Jahre in den Gefängnissen Somozas und wurde 1974 mit anderen FSLN-Mitgliedern im Austausch gegen Geiseln, die von den Sandinisten gemacht worden waren, freigelassen.

FRAGE: Die Offensive, die Sie Anfang September auslösten, brachte keinen Erfolg. Wie interpretieren Sie diese?

ANTWORT: Wir haben unseren Aufstand nicht für 24 oder 72 Stunden geplant, nicht einmal in Tagesfristen. Für uns hat der Aufstand im Oktober 1977 begonnen, als wir zum ersten Mal die Städte Ocotal und San-Carlos und mehrere Vororte von Managua angriffen.

Die gegenwärtige Offensive ist nur eine Etappe. Die Dinge konnten sich in zwei verschiedene Richtungen entwickeln: Entweder würde Somoza fliehen oder er beginnt einen Völkermord. Wir waren uns unserer unzulänglichen materiellen Lage bewußt, insbesondere was die Bewaffnung und die Ausrüstung betrifft. Doch wir sind der Meinung, daß der revolutionäre Krieg nicht mit einer perfektionistischen Mentalität geführt werden kann.

Im Gegenteil: Er muß seine Form und seinen Rhythmus im Kampf finden. Dazu befanden wir uns an der Seite eines verzweifelten Volkes, das bereit war, sich ohne Waffen, ohne die Hilfe seiner Avantgarde in die Straßen zu werfen, wie es sich Ende August in Matagalpa ereignet hat. Wir mußten uns an die Spitze dieses Volkes stellen und mit ihm erfolgreich sein oder teilweise scheitern.

An der Seite eines verzweifelten Volkes

Unsere militärische und politische Struktur blieb intakt, wir konnten uns zurückziehen. Unsere Kader sind nicht ernstlich getroffen worden und unsere operationelle Fähigkeit blieb ebenfalls erhalten. Was uns im wesentlichen zum Rückzug gezwungen hat, ist, daß der Feind seine Gegenoffensive gegen das Volk richtete. Dieses ist unter den Kugeln gefallen. Gleichzeitig hat das Volk sein politisches Bewußtsein gestärkt, es hat gelernt zu kämpfen. Unsere Offensive geht weiter, die Unruhen werden nicht enden. Kämpfer haben wir. Was uns fehlt, sind Material, Waffen und Medikamente.

FRAGE: Wie erklären Sie, daß in den meisten Städten „muchachos“, unorganisierte junge Leute die letzten waren, die dem Vorstoß der Nationalgarde Widerstand leisteten, während die Kader der Front die Orte schon verlassen hatten?

ANTWORT: In jeder Stadt haben wir zu einem gewissen Zeitpunkt den Befehl zum Rückzug gegeben. Aber es gibt immer Kämpfer, die sich weigern, den Rückzug anzutreten.

FRAGE: Sind Sie Marxist?

ANTWORT: Ich bin Sandinist. Man muß wissen, daß in unserem Land der Prozeß, den der Kampf von Sandino (General C. A. Sandino, der 1934 von Somozas Nationalgarde ermordet wurde; d. Red.) eröffnete, durch die amerikanische Intervention gestoppt wurde. Das war eine spezifisch nationale Bewegung, die wirkliche Reformen vorschlug wie z. B.

die Verteidigung der natürlichen Bodenschätze.

All das bewahren wir. Was es im Herzen der Front zuallererst gibt, das sind Revolutionäre, seien sie Christen, Marxisten oder andere. Wir gehen von einer grundlegenden Plattform aus und von da aus marschieren wir nach dem Rhythmus, den das Volk bestimmt. Die Front ist bereit, das zu akzeptieren, was das Volk annehmen wird, eine sozialistische oder eine sozialdemokratische Lösung. Nach dem Sturz Somozas wird die Front eine Teilnahme an der provisorischen Regierung nicht fordern. Sie wird jedoch die Anwendung des Minimalprogramms und die Respektierung der Mitwirkung des Volkes fordern. Im übrigen sind wir der Meinung, daß von den verschiedenen politischen Gruppen, die eine Veränderung in Nicaragua wollen, die Gruppe der 12 (Mitte 1978 aus der Verbannung zurückgekehrte progressive Intellektuelle, Geistliche und Geschäftsleute; d. Red.) unser Vertrauen verdient.

Mehrere Richtungen innerhalb der Sandinistas

FRAGE: Sie sind einer der Verantwortlichen der sog. „terceristischen“ Richtung der Sandinistischen Befreiungsfront, während Männer wie Henry Ruiz und Tomas Borra an der Spitze der sog. Gruppe des „fortgesetzten Volkskriegs“ (GPP) stehen. Mit welchen Richtungen korrespondieren die verschiedenen Gruppen und welche Rolle spielten sie bei den aktuellen Ereignissen?

ANTWORT: Dies sind die beiden anderen Gruppen (Sie haben die proletarische Richtung vergessen), die uns „Terceristen“ nennen. Wir definieren uns als die aufständische Richtung der Bewegung.

Die Entwicklung und die Stärkung der Front haben Widersprüche an den Tag gebracht, deren Wurzeln in diesen Meinungsverschiedenheiten liegen. Die Front als solche wurde 1963 als eine Zusammenfassung von Guerilleros und politisch Aktiven gegründet. Es handelte sich zunächst um den Kampf im Gebirge, der städtische Kampf bestand im wesentlichen aus Propagandaarbeit und Geldsammlungen mit dem Ziel, denen zu helfen, die in den Bergen waren.

Die Krise innerhalb der Front trat 1974/75 zutage. In dem Maße wie die Bewegung an Breite gewann, verfochten die Mitglieder der GPP-Richtung die These der „Guerillaherde“ und stellten den Kampf in den Städten, der ihrer Meinung nach nur eine zusätzliche Sache sein dürfe, an die zweite Stelle. Wir waren der Meinung, daß es ein Irrtum der GPP war, die sog. Phase der „Sammlung der Kräfte“ zu lange andauern zu lassen. Man überließ jede Initiative der Nationalgarde, wenn man Kräfte sammelte, ohne zu kämpfen. Das Resultat: Die Nationalgarde vernichtete die GPP praktisch zwischen 1974 und 1977. Man mußte die Strategie ändern. Wir waren nicht dagegen, daß die „Guerillaherde“ weiterhin existierten, sofern sie nicht im Mittelpunkt des Kampfes standen. Die Verantwortlichen der GPP haben diese Orientierung nicht akzeptiert, und die Abspaltung fand statt.

Unsere Meinungsverschiedenheiten erstreckten sich auch auf politische Fragen. Wir dachten, um das erste Ziel, den Sturz Somozas, zu verwirklichen, müsse die Mitwirkung aller politischen und ökonomischen Gruppen des Landes gesucht werden. Wir waren und sind noch immer der Meinung, daß Nika-

ragua eine Etappe der „Volks“regierung durchlaufen muß, um danach zum Sozialismus zu gelangen. Diejenigen, die man die Proletarischen nennt – die besonders im Arbeitermilieu arbeiten – und ebenso die GPP betrachteten dies als einen nicht akzeptablen Kompromiß. Sie schätzten ein, daß man direkt zum Sozialismus gelangen könne.

Ferner wollten wir schnell in die Offensive gehen, die anderen waren dagegen. Unserer Meinung nach hielt sich Somoza nur noch durch Gewalt und ihm fehlte völlig die Unterstützung in der Bevölkerung: Auf diesen Widerspruch mußte man sich stützen und ihn auf die Spitze treiben.

Die aufständische Richtung hat im Oktober 1977 mit dem Angriff auf Ocotal und San Carlos begonnen, ihre Theorien in die Praxis umzusetzen. Die anderen Richtungen haben die Operation vorher und nachher verurteilt. Wir unterhielten auch eine Guerilla-Gruppe in der Gebirgszone des Nordens, aber nicht in Anwendung der Theorie der „Guerillaherde“. Für uns verwirklicht sich die wahre Sammlung der Kräfte im Kampf. Nach dem Oktober 1977 kam Bewegung in die öko-

nomischen und politischen Kräfte des Landes. Sie erstrebten einen nationalen Dialog, zunächst unter den oppositionellen Gruppen, danach mit Somoza. Wir waren mit dem zweiten Punkt nicht einverstanden ebenso wie die Zwölf, die sich gerade konstituiert hatten.

Während die Antisomozisten unter den ökonomischen Kräften ihren Generalstreik vorbereiteten, blieben wir weiterhin in der Offensive, im Norden in der Region von Nuevo Segovia, dann im Februar 1978 mit dem Angriff auf die Städte Grenada und Rivas. Der Aufstand des Vororts Monimbo in der Stadt Masaya Ende Februar d. J., war weitgehend eine spontane Sache, je mehr unsere Aktion jedoch an Breite gewann, desto mehr stand die aufständische Richtung im Mittelpunkt des Kampfes, in mehr oder weniger Zusammenarbeit mit den anderen Gruppen. Danach kam am 23. August der Angriff auf das Nationalpalais, dann die Septemberoffensive . . . Der Kampf geht weiter.

(Quelle: Le Monde, Paris, 28. 9. 1978)

FSLN-Kommuniqué zur Eroberung des Nationalpalastes An das Volk von Nicaragua!



Eroberer des Nationalpalastes: Sandinista-Kommandant Cerro (l.); Sympathiedemonstranten in Managua

Es lebe das heldenhafte Volk Sandinos!
Es lebe die Sandinistische Nationale Befreiungsfront!
Es lebe die Operation „Tod dem Somozismus! Carlos Fonseca Amador!“
Es lebe Rigoberto López Perez!

Nikaraguanische Brüder!

Die Geschichte unseres Volkes wurde geschrieben mit dem Helden-tum, der Kampfkraft und dem Widerstand des Indios, des Bauern und des Arbeiters von Nicaragua. Es war der Indio, der von der Kolonialmacht einer unbarmherzigen Ausbeutung unterworfen wurde und der sich gegen diese Herrschaft erhob.

Die Aufstände von 1811 und 1812 in León und Masaya, 1823 und 1824 in Granada und Masaya, 1845 in Subitava, wo mehr als 400 Indios ermordet wurden, die erneuten Erhebungen von 1849 und 1851 in Masaya, Rivas und Carazo und die entschlossene Teilnahme von Hunderten von Indios am Kampf gegen die von Walker geleitete Yankee-Intervention von 1856 legen Zeugnis ab von der großen Tapferkeit des Indios, der in vorderster Front für die Freiheit und gegen die Ausbeutung kämpfte. Der Krieg von 1881, als die Indios von Matagalpa in den Bergen und in den Dörfern monatelang der kreolischen Oligarchie heldenhaft Widerstand leisteten; das Arbeiter- und Bauernheer, das sich im bewaffneten Kampf der Yankee-Intervention widersetzte und die Arbeiter und Bauern, die Sandino (General, 1934 ermordet; d. Red.) im Heer zur Verteidigung der Nationalen Souveränität Nicaraguas organisiert hatte, das sich der Yankee-

Intervention von 1930 erfolgreich entgegenstellte – all das sind Zeugnisse dafür, welche Rolle die einfachen und am meisten ausgebeuteten Menschen in unserem Lande bei der Verteidigung unserer nationalen Selbständigkeit und Souveränität gespielt haben.

Auch die 44 Jahre Somoza-Tyrannie sind 44 Jahre kämpferischen Widerstands der Arbeiter und Bauern Nicaraguas, die der brutalsten, feigsten und unbarmherzigsten Repression ausgesetzt waren:

- Hunderte Familien verschwanden.
- Tausende von Bauern wurden gefoltert und ermordet.
- Hunderte Bäuerinnen geschändet und vergewaltigt.
- Tausende von Bauern wurden von ihrem Land vertrieben.
- Hunderte von Bauern verschwanden in Konzentrationslagern.

Bis vor einigen Monaten traf die Repression diese unterdrückte und ausgebeutete Bauernschaft, die Helden hervorgebracht hat von der Größe eines General Pedro Altamirano und eines Oberst Santos López. Die Sandinistische Front von Rio Coco und Bocay, von Carlos Fonseca und Jorge Navarro, ehrt die Bauern von Matagalpa, Jinotega, Nueva Segovia und Zelaya, die standhaft der sandinistischen Revolution gedient haben. Jacinta Hernández und Bernardino Díaz Ochoa, Helden und Märtyrer der Bauernbewegung, sind Früchte dieser selbstlosen Arbeit, die unser Bruder Rigoberto Cruz, als Pablo Ubeda bekannt, in den 60er Jahren vorantrieb.

Neben dem Bauern unseres Landes steht der Arbeiter, der in der Gewerkschaft und in der Guerilla seinen Posten bezogen hat. Durch die heldenhaften Kämpfe der Bauarbeiter gegen die unbarmherzige Aus-

beutung ist die Gewerkschaft der Zimmerleute, Maurer und gleichartiger (SCAAS) an die Spitze der organisierten Arbeiterbewegung getreten. Die Bergarbeiter, die Textilarbeiterinnen, die Arbeiter in den Ölmühlen und in den Schuhfabriken, die Straßenarbeiter und die Hafен- und Transportarbeiter, die Werktätigen beim Rundfunk und anderen Presseorganen, die Beschäftigten des Nationaldistrikts und des Gesundheitswesens, die sich heute alle der Diktatur entgegenstellen, sie alle haben in den letzten Jahren den Kampf gegen die Ausbeutung verstärkt und ein deutlich gewachsenes Bewußtsein gezeigt.

- 300 000 Werktätige in Landwirtschaft und Fischerei,
- 4000 im Bergbau und in den Steinbrüchen,
- mehr als 60 000 in der verarbeitenden Industrie,
- rund 50 000 im Bauwesen,
- 4000 bei Elektrizitäts- und Wasserwerken und im Gesundheitswesen,
- 23 000 im Transport- und Nachrichtenwesen,
- 100 000 bei Banken, Versicherungen und im Dienstleistungsbereich, usw.

Eine gewaltige Masse von insgesamt über 850 000 Werktätigen ist sich heute ihrer Stärke bewußt, organisiert sich und nimmt aktiv am Kampf für die revolutionäre Beseitigung der Somoza-Tyrannie teil. Und sie erobert neue Positionen, um das Ziel der Abschaffung der Ausbeutung zu erreichen.

Die 300 000 Bauern und die 150 000 Arbeiter müssen Vertrauen in die revolutionäre Organisation haben. Sie gewährleistet, daß ihre Beteiligung an einem volksdemokratischen Prozeß die entscheidende Bedeutung erhält, die ihnen als führender Kraft bei der Produktion des Reichtums unseres Landes zukommt.

Die Sandinistische Front von Pancasan und Zinica, von Enrique Lorente und José Benito Escobar bezeugt der Arbeiterklasse von Managua, León, Chinandega, Granada, Masaya, Rivas und Estel, deren standhafteste und entschlossenste Vertreter sich dem bewaffneten sandinistischen Kampf angeschlossen haben, ihre Anerkennung. Heute ist es an allen Werktätigen, auf dem Land und in den Städten, an den Landarbeitern der Zuckermühlen und der Baumwollentkörnungsfabriken, an den Kaffeepflückern, sich immer fester um die Linie und das Programm der FSLN zusammenzuschließen.

Die Studentenbewegung, deren heldenhafter Widerstand ein mit Blut geschriebenes Kapitel unserer Geschichte ist, hat immer an der Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten gestanden:

- die Oberschüler
- die Universitätsstudenten
- die Lehrer-Studenten
- die Landwirtschaftsschüler
- die Hauptschüler,

sie alle zeugen von der Lebenskraft dieses Volkes, das eine Jugend hervorgebracht hat, welche sich Männer wie Andrés Castro, Benjamin Zeledón, Augusto César Sandino, Rigoberto López Pérez und Carlos Fonseca würdig erweist. In den 44 Jahren der Somoza-Tyrannie und der Yankee-Einmischung war die Studentenschaft der Ankläger, der dem Volk gezeigt hat, wo die Feinde stehen. Da es dem Somoza-Regime weder mit Terror noch mit Schmeichelei gelang, die Jugend zu gewinnen, schuf es mit dem Kollegium 1. Februar seine eigene Schule. Aber auch aus ihr sollten tapfere und ehrliche Kämpfer hervorgehen, die wie Julián Roque Cuadra ihr Leben für die Sache des Sandinismus gaben.

Inzwischen hat das Regime die Schule für Grundausbildung geschaffen, um einen Teil der Jugend unseres Landes zu vergiften, der sich, von Hunger und Arbeitslosigkeit getrieben, gezwungen sieht, zur Nationalgarde zu gehen, um zu überleben. Die technische Ausbildung und die Ideen, die man den 800 Jugendlichen in dieser Schule einimpft, sollen aus ihnen Wachhunde im Interesse Somozas, seiner Anhänger und des Generalstabs der Nationalgarde machen. In der Militärakademie hat der Somozismus das Bewußtsein Hunderter nikaraguanischer Jugendlicher deformiert und sie seinen Interessen unterworfen. Aber auch aus ihr sind Helden hervorgegangen wie Leutnant David Tejada und sein Bruder René Tejada.

Die Sandinistische Front, die General Pérez Vega und Sergeant Gonzalo Lacayo hingerichtet und ihre Raketen auf die Schule für Grundausbildung und den Bunker Somozas gelenkt hat, die Sandinistische Front von Julio Buitrago, Casimiro Sotelo, Roberto Amaya und Pedro Artanz bekundet erneut ihr Vertrauen in die revolutionäre Studentenbewegung und ruft sie auf, den revolutionären Straßenkampf, den Protest und die revolutionäre Organisation um die strategische und programmatische Linie der FSLN zu verstärken. Sie ruft alle Jugendlichen, die heute in der Nationalgarde dienen, auf, sich gegen Somoza, gegen den Generalstab und gegen die Somoza-Anhänger, deren Werkzeuge sie heute sind, zu erheben.

Wir rufen diese jungen Menschen auf,

- sich nicht für die Nationalgarde zu verpflichten,
- keine neuen Verträge einzugehen,
- mit den Waffen zu desertieren,
- die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten hinzurichten, die Menschen aus dem Volk foltern und ermorden.

Die Nationale Leitung der FSLN hat im Oktober (1977; d. Red.) eine Kampflinie festgelegt, die uns zur **allgemeinen Erhebung** führen muß, um das Somoza-Regime zu stürzen und eine demokratische Volksregierung einzusetzen.

Als die Nationale Leitung zur sandinistischen Oktoberoffensive aufrief, setzte sie nur die kämpferische Linie von Diriangen, Andrés Castro, Benjamin Zeledón, Augusto César Sandino, Rigoberto López Pérez, Carlos Fonseca, Oscar Turcios, Ricardo Morales, Silvio Mayorga, Carlos Aguero und Eduardo Contreras fort. Es ging vor allem darum, die Situation zu analysieren, als sich in unserem Land der Sturz der Diktatur noch nicht abzeichnete. Wir gingen von der unbedingten Notwendigkeit aus, das Volk **militärisch** zu organisieren, denn hier lag in der Tat die Kraft dieses antisomozistischen und revolutionären Geistes, die die breiten werktätigen Massen in der Stadt und auf dem Land noch nicht einsetzen konnten. Der **Aufstand**, der tägliche und landesweite Kampf in der Stadt, auf dem Land und in den Bergen, der den sandinistischen Krieg zur Wirklichkeit werden ließ, war die Antwort. Es ging nicht darum, den Krieg zu predigen, sondern ihn zu machen.

Wir können sagen, daß unsere Organisation im Oktober 1977 einen entscheidenden Schritt nach vorn gemacht hat, als es ihr gelang, ihre zutiefst revolutionäre Linie festzulegen. Die Sandinistische Front unterstrich erneut ihre Avantgarde-Rolle im Interesse der Unterdrückten, der Ausgebeuteten, der Arbeiterklasse, der breiten werktätigen Massen unseres Landes.

Die Stunde der Einheit der revolutionären Kräfte darf nicht zu spät schlagen. Wir stehen vor einem historischen Augenblick von gewaltiger Bedeutung. Jetzt hängt es von der **sandinistischen Einheit**, von der **revolutionären Einheit** ab, welchen Weg der volksdemokratische Prozeß in unserem Vaterland in nächster Zukunft gehen wird. Wir dürfen uns nicht täuschen, und wir versuchen niemanden zu täuschen. Zur Klarheit sei gesagt, daß am Prozeß des antisomozistischen Kampfes alle ökonomischen Kräfte beteiligt sein werden. Auf der einen Seite und an erster Stelle steht das werktätige Volk, die Arbeiter, die Bauern, die Ausgebeuteten zusammen mit den Studenten. Sie sind daran gegangen, unter Einsatz von Blut und Schweiß der Somoza-Tyrannie entgegenzutreten. Sie mußten ebenso gegen Hungerlöhne und gegen den Großgrundbesitz kämpfen, der sie im Schutz des Somozismus zu seinem Kapital gemacht hat.

Das Signal des Oktober 1977

Die Frau spielt eine hervorragende Rolle im revolutionären Kampf des Volkes. Seit den Jahren der Yankee-Intervention haben sich Frauen hervorgetan wie Concepción Alday, Maria Altamirano und die Schwestern Villatoro und Blanca Aranz. Im Laufe des Kampfes der Sandinisten fielen unter den Kugeln der Tyrannie Luisa Amanda Espinoza, Julia Herrera, Maria Castil, Arlen Sin, Norma Quezada, Mildred Abaunza, Claudia Chamorro, Luz Marina Silva, Maria Mercedes Avendaño, Maria Campos, Angela Morales Avilez, Mercedes Reyes Pérez, Martha Angélica Quezada.

Die Teilnahme der Frauen am Kampf des Volkes gegen die Somoza-Diktatur zeigte sich auch in der kämpferischen Solidarität der Mütter der politischen Gefangenen, in der entschlossenen Hilfe von Marktfrauen und Hausangestellten, am Beispiel von Genossinnen, die sich aktiv an den Kampffaktionen beteiligten wie die sandinistische Genossin Maria Castil, die in der Guerilla gefallen ist. Die Sandinistische Front, die am 27. Dezember 1974 das Haus von José Maria Castillo einnahm und die Überfälle von Kuskawás und El Lisupo durchführte, bezeugt allen nikaraguanischen Frauen, die sich heute in Gewerkschaften und Bündnisorganisationen vereinigen, um dem Kampf gegen die Tyrannie mehr Schlagkraft zu verleihen, ihre sandinistische Anerkennung. Wir rufen die Mütter, Ehefrauen, Schwestern und Töchter der Soldaten, Unteroffiziere und Offiziere der Nationalgarde auf, von ihren Angehörigen zu verlangen, sich nicht die Hände mit Blut zu beflecken und an der Seite des Volkes zu kämpfen.

Die echten Christen, diejenigen, die sich entschlossen haben, den Weg des Opfers und des Kampfes für eine gerechte Gesellschaft zu gehen, werden immer mehr. Heute gehören Hunderte von revolutionären Christen und Rebellenpriester wie Ernesto Cardenal und Gaspar Garcia Leviana zur Sandinistischen Front.

Eine neue Etappe im Kampf unseres Volkes begann im Oktober 1977. Die sandinistische Offensive vom Oktober kündigte den Anfang vom Ende der Tyrannei an. Seither schlossen sich dem antisomozistischen Kampf breite Kreise an, die über die wachsende Krise besorgt waren, die Somoza erzeugt hat. In jenen Tagen bestätigte sich erneut die Führungsrolle des Sandinismus im Kampf des Volkes gegen das Somoza-Regime. Außerdem kam unsere Organisation mit der siegreichen Offensive in San-Carlos, Masaya und Ocotal den Versuchen der US-Regierung zuvor, den Kampf, an dessen Spitze wir stehen, unter Kontrolle zu bringen.

Ebenfalls im Oktober erfolgte der Aufruf der Gruppe der 12 zur Einsetzung einer demokratischen Regierung unter Beteiligung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront. Mit diesem doppelten Vorgehen, dem revolutionären Kampf der FSLN und der fortschrittlichen Haltung der Gruppe der 12 wurde der einzige Ausweg für unser Land aufgezeigt. In der Folgezeit versuchten einige, mit Somoza über eine Lösung zu verhandeln, die Verrat an der Sache des Volkes bedeutet hätte. Diese Verhandlungen wurden von uns sofort verurteilt. Diejenigen, die im Namen des Friedens, der Ruhe und der Gewaltlosigkeit mit dem Tyrannen verhandelten, suchten vor allem ihre eigene Ruhe und nicht die des einfachen Volkes, das keinen Frieden finden wird, solange weiterbesteht, was es zerstört, nämlich Somoza, der Somozismus und die Nationalgarde.

Am 10. 1. 1978 ermordete das Regime den Demokraten und alten Kämpfer gegen Somoza, Pedro Joaquín Chamorro. In den Spalten seiner Zeitung erhob Chamorro zunehmend Anklage gegen die Verbrechen und Machenschaften Somozas. Das trug ihm den Haß der reaktionärsten somozistischen Kreise und des Großkapitals ein, für das er mit seinen pluralistischen Thesen den sozialen Frieden gefährdete. Das Verbrechen an Chamorro erregte das Bürgertum von Nicaragua, das in einer Protestwelle auf die Straße ging, wobei sich zeigte, wie tief das sandinistische Bewußtsein in unserem Volk verwurzelt ist. Dabei riefen Teile des Kapitals, Händler und Industrielle einen nationalen Streik zur Unterstützung des Volkes aus. Sie glaubten, bei Protestaktionen so großen Ausmaßes sei der Sturz oder der Rücktritt des Tyrannen so gut wie sicher und es wäre dann an ihnen, den antisomozistischen Kampf zum Nachteil der breiten sandinistischen Massen anzuführen.

Die bewaffnete revolutionäre Aktion war die Antwort unserer Organisation auf die Manöver aller, die versuchten, die Amtsenthebung Somozas in eine Umarmung zu überführen. Die Einnahme der Stadt Granada unter der Führung des sandinistischen Helden Camilo Ortega Saavedra, die Einnahme der Stadt Rivas und der Anti-Guerilla-Kaserne von El Rosario durch die Einheiten der Nordfront „Carlos Fonseca“ in den Bergen von Segovias zeigten, welchen Charakter der antisomozistische Kampf, der Kampf des Volkes haben muß.

Der bewaffnete Kampf des Volkes

Die Einbeziehung des Volkes in den bewaffneten sandinistischen Kampf hat zugenommen, und heute erhebt sich die gerechte Empörung in den heldenhaften Orten Monimbó, Jinotepe, Diriamba, San Marcos, Matagalpa, Esteli, León und Chinandega und in den Vororten von Managua. Die Sandinistische Front kämpft nicht mehr allein, jetzt kämpft das sandinistische Volk an der Seite seiner Avantgarde.

Die SF von Selim Shible, Edmundo Pérez, Filemón Rivera, Roberto Huembes und Carlos Reyna ruft das werktätige Volk auf, den täglichen Kampf zu verstärken, alles in seiner Reichweite zu Waffen zu machen, die Spitzel des Viertels zu töten, die Nationalgardisten hinzurichten, die in dem Viertel wohnen oder es aufsuchen und von denen bekannt ist, daß sie an Übergriffen gegen das Volk beteiligt waren; Barrikaden zu errichten; Bomben auf Patrouillen der Nationalgarde zu werfen – mit anderen Worten ständig und in jedem Augenblick die kriminellen Kräfte Somozas zu bekämpfen.

Die Losung lautet: **Tod dem Somozismus!!!**

Und der Somozismus umfaßt einen ganzen militärischen Apparat in Gestalt der Nationalgarde und einen zivilen Apparat in Gestalt von Ministern, Senatoren, Abgeordneten, Richtern, Bürgermeistern, Beamten usw. Von diesen Kräften, die den Somozismus verkörpern, ist die bedeutendste die sog. Nationalgarde, und gegen sie muß das Volk seine bewaffneten Angriffe richten ebenso wie gegen jene Zivilisten, die die Nationalgarde unterstützen.

Wir alle müssen für die Auflösung der Nationalgarde und für die Bildung eines Volksheeres kämpfen; denn die Nationalgarde war und ist die Hauptstütze des Somozismus. Wer die Nationalgarde erhal-

ten will, vergißt die Verbrechen dieser Institution. Wer einen Wechsel mit der Nationalgarde beabsichtigt, wird in Wirklichkeit zum Komplizen des Somozismus. Der erinnere sich an die Hunderte von Bauernfamilien, die im Jahre 1934 in Wiwili von dieser somozistischen Garde ermordet wurden. Und er soll die Ermordung General Sandinos und seiner Genossen nicht vergessen und sich an die ermordeten Märtyrer vom April 1954, von 1959 und 1960 erinnern. Die Brüder Baez Bone, Pablo Leal, Luis Gabuardi, Napoleón Uvilla Baca, Ajax Delgado, Erck Ramirez, José Rubi, Ajax Saldaña, Mauricio Martinez, Edith Castro, Cornelio Silva, Ausberto Narvaez; die Märtyrer von Zanjón de Posoltega; die Hunderte von Ermordeten vom 22. Januar 1978; René Carrión, José Luis Barrera; die in Yanosea im Jahre 1970 ermordeten Bauern und Tausende namenloser Nikaraguaner, die der Folter oder den Kugeln der Nationalgarde zum Opfer fielen – sie alle fordern Gerechtigkeit.

Mit der Nationalgarde über eine Lösung zu verhandeln ist Verrat an den Märtyrern des Volkes.

Die Armen unseres Landes, die einfachen Menschen sind es, die die ganze Last der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politisch-militärischen Repression der Somoza-Tyrannei tragen mußten. Und nur dieses Volk wird, fest gestützt auf seine Arbeiter und Bauern, der Schmied einer Gesellschaft von freien Menschen sein können, für die Sandino gekämpft hat. Es sind die in den Arbeiter-Zentralen, in der Sozialistischen Partei Nicaraguas, in den Gewerkschaften und Massenorganisationen organisierten Werktätigen, die mit der Sandinistischen Front die entscheidende Schlacht gegen die Tyrannei schlagen werden.

Nein zum Somozismus ohne Somoza

Andererseits nahmen die Reichen von der Konservativen Partei, die sich ständig Somoza verkauft haben, jetzt am Prozeß des antisomozistischen Kampfes teil. Ebenso die Neureichen von der Christlich Sozialen Partei, die bei Somoza ständig um ihre Legalisierung gebettelt haben und die alten Reichen von der Liberalen Konstitutionalistischen Partei, die für einen Dialog mit Somoza eintreten. Andere Geldleute wie Händler, Industrielle und das große Finanzkapital waren bis vor einigen Monaten nicht weiter am Kampf gegen Somoza beteiligt. Erst nach der Offensive vom Oktober 1977 sprachen sich all diese Kräfte mit Ausnahme des Finanzkapitals für einen Dialog mit dem Tyrannen aus.

In dem Maße wie sich die Krise des Regimes verschärfte, stellte sich auch das Finanzkapital gegen Somoza. Und so können wir identische Positionen bei diesen Kreisen beobachten, die einen **gewaltlosen** Ausweg suchen und den Rücktritt des Tyrannen fordern. Diese Herren wollen eine Lösung, bei der die Nationalgarde als Retter beteiligt ist. Sie vertrauen in Wirklichkeit nicht dem Volk, sondern der Nationalgarde, das geht aus ihren Erklärungen in Presse und Rundfunk hervor. So sorgen sich Alfredo Pellas und Eduardo Montalegre Callejas um **ihre eigenen Interessen** und sprechen nicht vom Volk. Sie sagen, sie seien nicht mit Somoza einverstanden und schlagen als Lösung Verhandlungen über den Rücktritt des Tyrannen vor. Sie verlieren dabei kein Wort über Somozas Nationalgarde.

Um der Wahrheit willen sagen wir: Wir sind **nicht dagegen**, daß das Finanzkapital, das Handelskapital und was es sonst für Arten von Kapital in unserem Land geben mag, am Kampf gegen Somoza teilnehmen. Wir sind einverstanden mit ihrer Teilnahme, aber wir können nicht hinnehmen, daß sie versuchen, die Bedingungen für das Abtreten Somozas aufzustellen. Sie, die lange Zeit mit ihrem komplizierten Schweigen Somoza unterstützt haben, wobei sie in ihrem Sektierertum sogar Pedro Joaquín Chamorro die Unterstützung versagten, können jetzt nicht Lösungen erzwingen, bei denen ihre eigenen Interessen über die Interessen des Volkes gestellt werden sollen.

Die Sandinistische Nationale Befreiungsfront, die heute ihre revolutionäre Aktivität auf Rio San Juan, Chontales, Boaco und Somoto ausdehnt; die Sandinistische Front von Juan Carlos Herrera, Israel Lewites, Carlos Arroyo, Norman López und Francisco Moreno, Verteidigerin und Vertreterin der werktätigen und unterdrückten Klassen unseres Landes, erneuert ihren Aufruf zur Einheit aller antisomozistischen Kräfte und verurteilt alle Machenschaften und Versuche, einen Somozismus ohne Somoza zu errichten.

Die SF von Danilo Rosales, Leonel Rugama, Fausto Garcia, Victor Tinoco und Anibal Castillo ist der Auffassung, daß jedes Minimalprogramm, das die verschiedenen politischen, religiösen und anderen Kräfte und Gruppierungen erfaßt, folgende zwei Punkte als Grundlage haben muß:

1. die Enteignung der Familie Somoza,
2. die Bildung einer neuen Armee.

Was die zweite Forderung betrifft, so sagen wir, daß diejenigen Mitglieder der Nationalgarde, die sich von diesem historischen Augenblick an gegen den Somozismus stellen und an der Seite des Volkes kämpfen, der neuen Armee werden angehören können. Die Sandinistische Front von Monimbo, von Arnoldo Quant, von Moisés Rivera, von Ernesto Medrano und Francisco Gutiérrez fordert alle ökonomischen und politischen Kräfte auf, sich klar gegen Somoza zu wenden und die beiden Punkte zu unterstützen.

Der Kampf endet nicht mit einer Volksregierung

Wir sind uns darüber im Klaren, daß der Prozeß des Kampfes nicht mit einer demokratischen Volksregierung endet und es Sache des Volkes ist, sein eigenes Schicksal zu bestimmen. Und dies unter Verhältnissen, die garantieren, daß sein Wille respektiert wird.

Die Sandinistische Front spricht Ländern wie Venezuela, Panama, Mexiko, Kostarika und Kuba, die sich mit dem Kampf unseres Volkes solidarisiert haben, ihre Anerkennung aus. Erwähnt seien auch liberale Kräfte in der amerikanischen Regierung, die ihre Stimme gegen die Somoza-Tyrannie erhoben und gegen die Unterstützung der US-Regierung für Somoza und den Somozismus protestiert haben.

Am 5. Juli 1978 fand sich das Volk von Nicaragua zu einer gewaltigen sandinistischen Demonstration zusammen, um die Gruppe der 12 zu empfangen.

Weil wir für eine Regierung kämpfen, die die Interessen der einfachen Menschen, der Arbeiter und Bauern zum Motor des Gesamtinteresses werden läßt, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir für eine Agrarreform im Interesse der Bauern und der Entwicklung des Landes kämpfen, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß es keine Arbeitslosigkeit gibt und daß die Arbeit unter Bedingungen der Achtung vor der Menschenwürde des Arbeiters getan werden kann, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir wollen, daß der Bergbau, der sich heute in den Händen ausländischer Gesellschaften befindet, in die Hände des Volkes übergeht, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß sich die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zugunsten der Zuckerrohrschneider, der Kaffee-, Baumwoll- und Tabakpflücker usw. ändern, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß die Lehrer gerecht behandelt werden, daß die Bankangestellten, die Beamten, die Büroangestellten, die Angestellten im Handel ein würdiges Leben führen können, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir für die Gewerkschaftsfreiheit der Arbeiter kämpfen und dafür, daß die Lebenshaltungskosten nicht ständig steigen, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß die öffentlichen Verkehrsmittel menschenwürdig und effektiv sind und nicht eine Quelle der Ausbeutung, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß Gesundheit und Wohlstand ein Recht des Volkes sind und die Bildung für alle da ist, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß die Kinder und die Jugend zum ersten Mal glücklich sind, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß die Atlantikküste in die Entwicklung des Landes einbezogen wird und daß unsere natürlichen Reichtümer verteidigt werden, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß die Banken der Entwicklung im Interesse des Volkes dienen und uns nicht bei ausländischen Regierungen und Banken verschulden, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß das organisierte Verbrechen für immer verschwindet und die Kriminalität bekämpft wird, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß Folter und politischer Mord aufhören und wir demokratische Freiheiten erlangen, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß Schluß gemacht wird mit der Ausbeutung und Diskriminierung der Frau, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß Beziehungen zu allen Ländern der Welt hergestellt werden und daß Schluß ist mit der ausländischen Einmischung, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß niemand wegen seiner Religion verfolgt wird, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir für ein Volksheer kämpfen, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Weil wir dafür kämpfen, daß die Helden und Märtyrer im Herzen des Volkes bleiben, **deshalb sind wir Sandinisten!**

Die Sandinistische Nationale Befreiungsfront ruft in diesem bedeutenden Augenblick dazu auf, unseren Toten Treue zu schwören und

bereit zu sein, eher im Kampf zu sterben als Lösungen hinzunehmen, die die Institution der feigen und verbrecherischen somozistischen Nationalgarde nicht abschaffen.

Die Sandinistische Front prangert vor dem Volk von Nicaragua und der Welt die Komplizenschaft der reaktionären Kreise der amerikanischen Regierung, des nikaraguanischen Großkapitals und des Generalstabs der Nationalgarde an, die im stillen Einvernehmen mit Somoza und nur zum Schein gegen ihn gerichtet, den heldenhaften Kampf des Volkes von Sandino mit einem Somozismus ohne Somoza Einhalt gebieten wollen.

Die Sandinistische Front von Jorge Sinforsoso Bravo, Félix Picado, Jacinto Baca, Alesio Blandón, Modesto Duarte und Edgardo Munguía verurteilt jeden Versuch des Dialogs mit Somoza oder seinen zivilen und militärischen Vertretern als Hochverrat. Der Rücktritt Somozas kann und darf nicht Gegenstand von Verhandlungen sein. Der Tyrann ist ein vom Volk zum Tode verurteilter Verbrecher.

Die Sandinistische Front von Francisco Buitrago, Julián Corrales, Humberto Cruz Guevara, Ernesto Fernández, Felipe Gaitán, Jonathan González und Juan José Quezada ruft alle sandinistischen Einheiten und das Volk Sandinos zu revolutionärer Wachsamkeit auf, um allen Machenschaften des Somozismus, des Großkapitals und der Yankee-Regierung entgegenzutreten.

Die Sandinistische Front von Marvin Guerrero, Raul González Alendárez, Roger Langran, Rufo Marin, Edwin Meléndez und Juan de Dios Muñoz Reyes stellt fest, daß es keinen Dialog mit denen geben kann und darf, die einfache Bürger durch ihre paramilitärischen Banden ermorden lassen.

Die Sandinistische Front von Silvio Reñasco, Walter Pentzke, Marco Antonio Rivera, Favián Rodríguez, Santiago Baldovinos und Dennis Romero spricht sich gegen jede Übergangsregierung unter Beteiligung der Somozisten und der Nationalgarde aus. Das wäre eine Regierung, die sich aus dem Blut von Monimbo, Carazo, Matagalpa, Managua, León, Chinandega, Esteli, Rivas und Rio San Juan, aus dem Blut des ganzen heldenhaften und opferbereiten Volkes, das heute brutal ermordet wird, nährt.

Die Sandinistische Front von César Augusto Salinas Pinell, Iván Sánchez, Boanerges Santamaria, Igor Ubeda und Lucian Vilchez ruft alle ehrlichen Mitglieder der Nationalgarde, alle wahrhaft demokratischen Kräfte der Opposition und die revolutionären demokratischen Kräfte auf, die Machenschaften aufzudecken und anzuprangern und sich auf den großen Kampf vorzubereiten, der die Somoza-Tyrannie brechen wird.

Die Sandinistische Front von Miguel Angel Ortez, Juan Pablo Umanzor, Francisco Estrada, Sócrates Sandino, Heriberto Reyes und Ramón Raudales ruft alle ehrlichen Nikaraguaner auf, sich für die demokratische Volksregierung einzusetzen, an der sie sich ohne sektiererische Ansprüche beteiligen wird.

Die Nationalgarde und Somoza sind dieselbe Sache!

Nein zum Manöver, ja zum Kampf der antisomozistischen Kräfte!

Es lebe das vereinte Volk!

Es lebe die demokratische Volksregierung!

Es lebe der sandinistische Volksaufstand!

Freies Vaterland oder Tod!

Für die Nationale Leitung der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront (FSLN)

Daniel Ortega Saavedra, Victor M. Tirado López, Humberto Ortega Saavedra

(Quelle: La Tribuna, Honduras, 31. 8. 1978)

Nicaragua-Solidarität

Das **Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK)** hat eine 12seitige Broschüre mit dem Titel „Nicaragua-Daten“ herausgegeben, die Stichpunkte zur Geographie, Geschichte und Wirtschaft des Landes enthält. Die Broschüre kann für 1,- DM beim ASK, Eichwaldstr. 32, 6000 Frankfurt bestellt werden. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren kostet das Heft 0,80 DM.

In einer Erklärung ruft das ASK zur Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Nicaragua auf und verurteilt den von Somoza und seiner Nationalgarde verübten Terror gegen die Bevölkerung des Landes. Die Bundesregierung wird aufgefordert, jegliche Unterstützung für die Somoza-Diktatur sofort einzustellen.

Spenden zur Unterstützung der demokratischen Bewegung in Nicaragua werden erbeten auf das

Sonderkonto Prof. Erich Wulff

PschA Ffm., Konto-Nr. 527 055-602

Kenntwort: Nicaragua

Iván Ljubetić

Minenarbeiter trotzen der Junta



8. August 1978. Im Kupferbergwerk Chuquicamata findet eine Versammlung statt, an der über 4000 Arbeiter teilnehmen. Die Sitzung hat bereits begonnen, als Belarmino Castillo, der von Pinochet eingesetzte Vorsitzende der Kupfergewerkschaft CTC den Saal betritt. Sofort setzt ein ohrenbetäubendes Pfeifen ein, das 20 Minuten lang fortgesetzt wird und erst dann aufhört, als Castillo den Gewerkschaftsraum wieder verläßt. Tags darauf erklärte Castillo selber einigen Reportern: „Ich kann Ihnen versichern, daß es innerhalb meiner zwanzigjährigen Laufbahn als Gewerkschafter das erste Mal ist, daß mir so etwas passiert . . . Man hat mich ausgepiffen, weil ich der Regierung den Rücken decke . . . Im Grunde haben sie gegen die Regierung gepiffen, denn mich identifizieren sie mit ihr“.¹

Ein Arbeiter aus Chuquicamata schrieb seinerseits an eine Zeitschrift in Santiago: „Wir haben ihm einfach ein 20 Minuten lang dauerndes Pfeifkonzert geboten, ihm das Recht, uns zu vertreten, entzogen und ihn zur persona non grata für die Arbeiter von Chuquicamata erklärt, weil er ein außerordentlich schlechter Gewerkschaftsführer ist. Das haben wir während der Versammlung klar zum Ausdruck gebracht und somit muß er, wenn er Moral hat, einfach zurücktreten“.²

Was ist Chuquicamata?

Es ist das größte Kupferbergwerk der Welt, das im Tagebau betrieben wird. Etwa 1500 km nördlich von Santiago gelegen, befindet es sich im Wüstengebiet Nordchiles auf 3000 m Höhe.

Zwischen 1913 und 1971 wurde es vom US-amerikanischen Unternehmen Chile Exploration Company ausgebeutet, einer Tochtergesellschaft der Anaconda, die dort einen außerordentlich hohen Gewinn machte. Wenn man davon ausgeht, daß die „normale Rentabilität“ bei 12 % liegt, so war der Gewinn der Anaconda in Chuquicamata mit 21,5 % fast doppelt so hoch. Allein in den letzten 15 Jahren betrug der über die „normale Rentabilität“ hinausgehende Extragewinn 318 Mio Dollar.

Chuquicamata wurde zusammen mit drei weiteren großen Kupferminen (El Teniente, El Salvador und La Exotica)

1971 von der von Salvador Allende angeführten Volksregierung nationalisiert. Zu ihrer Verwaltung wurde die Kupferkorporation CODELCO gegründet. In Chuquicamata arbeiten über 9000 Menschen.

B. Castillo ist der gegenwärtige Vorsitzende der CTC, die 25 000 Arbeiter der großen Kupferunternehmen vereinigt. Zum Zeitpunkt des Putsches, am 11. September 1973, wurde die CTC von der Unidad Popular kontrolliert. Bereits im Dezember 1973 ersetzte die Junta sieben der 13 Vorstandsmitglieder der CTC durch ihr genehme Gewerkschafter, alle Mitglieder oder Sympathisanten der Christdemokratischen Partei (PDC), die anderthalb Jahre lang mit der Junta kollaborierte. Zum Vorsitzenden wurde der Christdemokrat Guillermo Santana ernannt.

Die Wirtschaftspolitik der Junta, die für die Mehrheit der Bevölkerung äußerst negative Folgen hatte, und die fortgesetzte Verletzung der Menschenrechte führten dazu, daß sich mit der Zeit die PDC von der Junta distanzierte und Ende 1975 in die Opposition ging. Damit entglitt auch die CTC der Kontrolle Pinochets. Daraufhin führte er im September 1976 einen neuen Wechsel durch: die sieben im Dezember ernannten Gewerkschaftsführer wurden entfernt und an ihrer Stelle juntaergebene Funktionäre eingesetzt. Den Vorsitz der CTC übernahm Belarmino Castillo, ein Christdemokrat, der sich dazu benutzen ließ, seine eigenen Parteikameraden auszubooten. Er entwickelte sich zu einem der bedingungslosesten Lakaien des faschistischen Regimes. Seit dem Putsch ist die Junta ständig bemüht, die Gewerkschaftsbewegung unter ihre Kontrolle zu bringen, wobei der Kupferbergbau einen besonderen Stellenwert einnimmt, da er für die Wirtschaft des Landes von entscheidender Bedeutung ist. So wurde nicht nur in die CTC eingegriffen, sondern auch alle Basisgewerkschaften der Kupferarbeiter wurden geköpft. In den zwei Gewerkschaften von Chuquicamata gibt es beispielsweise nur noch ein einziges Vorstandsmitglied, das vor dem Putsch gewählt wurde, alle anderen sind von den Faschisten ernannt worden.

Aber diese Machenschaften der Diktatur und der herrschende Terror haben die Kampfaktionen in den Kupferbergwerken nicht verhindern können. Der Druck, der von der Basis kommt, ist so stark, daß die von außen eingesetzten Marionetten nichts ausrichten können. Großes Aufsehen erregten die Streiks in El Teniente im September und November 1977 (vgl. AIB 5/1978), auch in El Salvador kam es letztes Jahr zu Protestbewegungen. Und jetzt steht Chuquicamata im Mittelpunkt der Unruhen. Warum wird in Chuquicamata protestiert?

Im Juli 1978 setzte die Basis durch, daß die CTC Pinochet ein Dokument vorlegte, in dem die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Kupferarbeiter erörtert wurden. Unter anderem hieß es darin: „Gegenwärtig beträgt die wirtschaftliche Verschlechterung der Kupferarbeiter für die letzten fünf Jahre zwischen 75 und 95 % . . . Im Durchschnitt liegen die Löhne und Gehälter heute bei etwa 6000 Pesos, wovon nach den gesetzlichen Abzügen 3000 Pesos Netto bleiben“ (etwa 200,-

DM).³

Die Wirtschaftspolitik der Junta ist dahin ausgerichtet, die Produktionskosten durch eine extreme Ausbeutung der Arbeiter zu senken. „Copper Studies, eine der zuverlässigsten Fachpublikationen, gibt in ihrer letzten Ausgabe an, daß die Produktionskosten der Kupfergesellschaft CODELCO seit dem Sturz von Allende bis 1976 um 55 % gesunken sind. Im gleichen Zeitraum stiegen die Netto-Produktionskosten in der sog. „freien Welt“ um 59 %. . . . Copper Studies bringt noch eine weitere Angabe: Wenn man für die Löhne im Kupferbereich im Jahr 1971 ein Grundindex von 100 ansetzt, so waren sie 1975 auf 30 gesunken“.⁴

Die Kupferarbeiter – darunter auch die von Chuquicamata – haben also Grund genug, um zu protestieren. Für viele anderen chilenischen Arbeiter, deren Mindestlohn kaum 2376 Pesos beträgt, oder die innerhalb von einem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung noch weniger als den Mindestlohn verdienen, sind die Probleme noch viel akuter, ganz zu schweigen von der 1/2 Mio Arbeitslosen.

Der Streik der leeren Henkelmänner

Am 31. Juli 1978 beschlossen die Bergleute von Chuquicamata, mittags nicht mehr die Eßräume der Kupfergesellschaft aufzusuchen. Sie nannten diesen Protest den „Druck der Henkelmänner“ oder „Streik der leeren Henkelmänner“. Mit ihrer Weigerung zu essen, wollten sie darauf aufmerksam machen, daß auch ihre Frauen und Kinder zu Hause nichts zu Essen hätten.

Die Protestbewegung veranlaßte die faschistischen Autoritäten und die Gewerkschaftsführer dazu, die Versammlung vom 8. August einzuberufen. In ihrem Verlauf brachten die Arbeiter nicht nur ihre Ablehnung Castillo gegenüber zum Ausdruck, sondern sie legten auch einen Forderungskatalog vor (was unter der Diktatur immer noch verboten ist), den sie dem anwesenden Arbeitsminister persönlich übergaben. Unter anderem forderten sie eine Gehaltsaufbesserung von 50 % sowie die Wiedereinführung bestimmter Errungenschaften aus der Zeit der Volksregierung, die von der Junta abgeschafft worden sind.

Aber, wie der bereits erwähnte Arbeiter von Chuquicamata an die Zeitschrift Hoy schrieb, forderte man nicht nur „bessere wirtschaftliche und soziale Bedingungen, sondern man muß auch gewerkschaftliche Freiheit verlangen, und das wurde den anwesenden lokalen Gewerkschaftsführern . . . deutlich erklärt. Das bedeutet, daß wir unsere Vertreter wählen können, daß Versammlungsfreiheit herrscht, usw.“⁵

Mit anderen Worten geht es den Arbeitern in Chuquicamata nicht nur darum, ihre persönlichen wirtschaftlichen Probleme zu lösen, sondern sie machen sich die Forderungen des gesamten chilenischen Volkes nach Freiheit, Beendigung der Diktatur und Demokratie zu eigen.

Am 9. August 1978 kam der stellvertretende Exekutivsekretär der Kupferkorporation CODELCO, General Orlando Urbina, nach Chuquicamata. Er rief die Gewerkschaftsführer zusammen und drohte ihnen sogar damit, die Mine an ausländische Unternehmen zu verkaufen, wenn die Arbeiter ihre Protesthaltung nicht aufgäben. Noch am gleichen Tag rief er die Frauen der Minenarbeiter dazu auf, ihre Ehemänner von weiteren Protestaktionen abzuhalten. Doch stattdessen trommelten die Frauen um 20.00 Uhr in allen Minenarbeitersiedlungen auf ihren Kochtöpfen. Es war ihre Antwort: Sie standen zu ihren Männern und protestierten gegen die Regierung.

Am 10. August wurde bekannt, daß man sechs Arbeiter entlassen hatte. Als Grund wurde angegeben, daß sie während der Versammlung am 8. August das Wort ergriffen hätten. Gleichzeitig bezeichneten die faschistischen Machthaber die Bewegung der Minenarbeiter als „politische“ Aktion, für die ein Bündnis der Kommunistischen Partei und der Christ-



Juli 1978: General Mattel (l.), der neue Mann der Junta

demokratischen Partei verantwortlich sei.

Die Repression weckte eine Welle der Solidarität von breitesten Kreisen der chilenischen Arbeiterschaft. Mit den Entlassenen solidarisierten sich das Nationale Gewerkschaftliche Koordinationskomitee, das von Mitgliedern der Unidad Popular und der PDC gebildet wird; die christdemokratische Gruppe der Zehn; die Einheitsfront der Werktätigen (FUT), christlicher Tendenz; die Vereinigung der Werktätigen Chiles (UNTRACH), die juntatreu ist, doch langsam zu einer kritischen Haltung übergeht und sogar die Arbeitsfront, die der Diktatur bedingungslos ergeben ist. Diese Tatsache beweist, daß es möglich ist, die chilenischen Werktätigen zu vereinigen, wenn es um konkrete Probleme geht. Sie zeigt außerdem, wie sehr sich der Stand der Dinge seit September 1973 gewandelt hat.

Wiedereinstellungen erzwungen

Am 18. August reisten die Gewerkschaftsführer von Chuquicamata nach Santiago. Nachdem sie Unterredungen mit dem Arbeitsminister und mit Vertretern von CODELCO geführt hatten, kehrten sie nach Chuquicamata mit dem Vorschlag zurück, den „Streik der Henkelmänner“ zu beenden als Vorbedingung für die Wiedereinstellung der entlassenen Kumpel und zur Fortsetzung der Gespräche, um nach einer Lösung des Konflikts zu suchen.

Am 30. August gab es wieder eine Versammlung in Chuquicamata, über die eine Zeitung in Santiago schrieb. „In einer zweistündigen stürmischen Sitzung beschlossen 5000 Minenarbeiter des Kupfervorkommens ihren Protest der ‚Henkelmänner‘ fortzusetzen, nachdem sie den Aufruf ihrer Gewerkschaftsführer zur Eintracht zurückgewiesen hatten. Diese wurden, als sie zur Versammlung sprachen, Opfer lang fortgesetzter Pfiffe.“⁶ So brachten die Arbeiter einmal mehr ihre Ablehnung der von der Diktatur eingesetzten Gewerkschaftsfunktionäre zum Ausdruck und setzten sie unter Druck, daß sie die Rechte der Werktätigen zu verteidigen hätten. Vor und während der Versammlung wurden Flugblätter der Kommunistischen Partei verteilt, in denen es hieß: „Diesmal haben die Arbeiter mit absoluter Offenheit und Klarheit ihre gerechtfertigten Forderungen aufgestellt, um bessere

Löhne und Zulagen zu erhalten. Eine direkte Methode des Druckes, die unsere Entschlossenheit und Kampfbereitschaft zum Ausdruck bringt, ist die nachdrückliche Weigerung, die Eßräume von CODELCO aufzusuchen“.⁷ Am 31. August wurde in der ganzen Provinz der Ausnahmezustand ausgerufen und die Mine in ein wahres Konzentrationslager verwandelt, in dem sogar private Feste verboten waren. 13 Arbeiter wurden verhaftet und zehn von ihnen verbannt. Man klagte sie an, Flugblätter der Kommunistischen Partei verteilt zu haben.

Am 4. September erreichte der Druck der Arbeiter die Wiedereinstellung ihrer Kollegen. Daraufhin wurde der Streik der Henkelmänner abgebrochen. Aber der Ausnahmezustand blieb bestehen. Die Zahl der Verhafteten stieg bis Ende September auf etwa 70 und die Diktatur gab keine positive Antwort auf die Forderungen der Minenarbeiter.

Unruhe in den Streitkräften

Die Aktionen der chilenischen Arbeiter begannen unmittelbar nach dem Putsch vom 11. September 1973. Es gab mehrere Streiks der Bauarbeiter, die grausam unterdrückt wurden. Wirklichen Massencharakter erreichten die Protestaktionen aber erst ab Mitte 1977, nach dem ersten Hungerstreik der Angehörigen von verschleppten und verschwundenen Patrioten. Die Kämpfe der Arbeiter, der Angehörigen von Verschwundenen, der Studenten und anderer Kreise der Bevölkerung haben Pinochet nach und nach in die Enge getrieben. Hinzu kam der Druck der internationalen Solidarität, was zur Folge hatte, daß sich die Diktatur seit Dezember 1977 in einer tiefen Krise befindet.

Am 24. Juli 1978 erreichte diese Krise auch die Führungsspitze der Diktatur, als General Leigh von seinen Ämtern als

Mitglied der Junta und Oberkommandierender der Luftwaffe zurücktreten mußte. Die Widersprüche zwischen Leigh und Pinochet entstanden als Folge der Kämpfe der Antifaschisten. Zwar ist Leigh nicht demokratischer als Pinochet, er ist aber realistischer und weiß, daß die Entwicklung in Chile zu einem Wechsel führen wird und den möchte er rechtzeitig kontrollieren. Er ist für einen bürgerlich-demokratischen Ausweg: so bürgerlich und so wenig demokratisch wie möglich. Leigh fürchtet die Kraft der Arbeiterklasse. Deshalb versuchte er als Mitglied der Junta, einige formale Änderungen durchzusetzen, denen sich Pinochet widersetzte.

Die Entfernung von Leigh bedeutet für Pinochet eine kurzfristige Festigung seiner Position, da er jetzt innerhalb der Junta größere Handlungsfreiheit hat, mittel- und langfristig gesehen ist es jedoch eine empfindliche Schwächung, da nicht nur Leigh sein Amt als Oberbefehlshaber abgab, sondern mit ihm 19 der 21 Generäle dieser Waffengattung zurücktraten, was zu Unruhe und Unzufriedenheit innerhalb der gesamten Streitkräfte führte.

Die Situation in Chile wird aber weder durch die Widersprüche der Faschisten noch durch Eingriffe des Imperialismus (beispielsweise durch den Fall Letelier) entschieden. Entscheidend ist der Kampf des chilenischen Volkes, insbesondere seiner Arbeiterklasse, der – wie der Fall Chuquicamata zeigt – immer mehr an Einheit und Kraft gewinnt

Anmerkungen:

- 1) La Tercera, Santiago, 10. 8. 1978
- 2) Hoy, Santiago, Nr. 66/30. 8.–5. 9. 1978, S. 82
- 3) La Tercera, Santiago, 11. 8. 1978, S. 6
- 4) Zit. nach: Hoy, Nr. 66/30. 8.–5. 9. 1978, S. 9
- 5) Ebenda, S. 82
- 6) La Tercera, 31. 8. 1978
- 7) Zit. nach: La Tercera, 1. 9. 1978

Beatriz Brinkmann Die Malbrigadiers der Unidad Popular

„Wir schreiten in den Reihen des Volkes. Und die Völker haben denselben Feind. Deshalb schreiten wir jetzt um Vietnam zu unterstützen. Der Zug der Jugend brach von Valparaiso auf. In drei Tagen wird er Santiago erreichen. . . . Mit uns marschieren auch Mädchen – in jeder Stadt schließen sich immer mehr an. Doch es gibt eine, die wir nicht vergessen können. Sie schloß sich uns bei unseren ersten Schritten am Meeresstrand, im Sand von Valparaiso an. Sie ist eine Heldin des Volkes, getötet im Kampf auf einer Volksdemonstration im Jahre 1946. Sie wurde wiedergeboren, um ihre Jugend noch einmal für das neue Morgen von Chile hinzugeben. Auf jeden Felsen in den Bergen, auf jedes Brückengeländer, auf jede Wand in den Städten hatte sie mit großen Buchstaben „Vietnam wird siegen! – B. R. P.“ geschrieben. So kam Ramona Parra wieder und verwandelte sich in eine Brigade. Sie marschierte und schrieb Losungen an die Wände zur Verteidigung von Vietnam, so beann sie zur Unterstützung ihres Volkes, seiner Hoffnungen und Träume zu marschieren und zu schreiben. So wurde die ‚Brigade Ramona Parra‘ (B. R. P.) geboren.“¹

Das war Anfang 1970. Bald wurde der Propagandatrupp Brigade Ramona Parra vom Kommunistischen Jugendverband Chiles, dessen Entstehung Luis Alberto Corvalán be-



schreibt, zu einem der wichtigsten Faktoren in der Wahlkampagne der Unidad Popular zu den Präsidentschaftswahlen, die für September 1970 anstanden. Allein in Santiago bildeten sich sieben Gruppen, die zwischen 300 und 700 morgens

auszogen, um Losungen an Mauern, Zäune und Wände zu malen. Nach ihrem Muster bildeten auch die anderen Parteien der Unidad Popular ähnliche Propagandagruppen von Jugendlichen.

Ihre Arbeit war nicht ungefährlich, da sie oft von reaktionären Trupps angegriffen wurden und sich auch vor der Polizei in acht nehmen mußten. Um diesen Angriffen zu entgehen, galt es, möglichst schnell zu arbeiten. Bald erreichten sie eine solche Perfektion, daß es ihnen gelang, innerhalb von 2 1/2 Minuten auf eine 2 m hohe und 30 m lange Wand die Losung „Con Allende venceremos“ („Mit Allende werden wir siegen“) zu schreiben.

Wichtig war die Arbeit der Propagandabrigaden besonders deshalb, weil die Reaktion die große Mehrheit der Massenmedien kontrollierte und sich dank der finanziellen Unterstützung durch die einheimische Bourgeoisie und imperialistische Konzerne eine kostspielige Anzeigenkampagne leisten konnte.

Die Mittel der Linken waren gering, aber, wie Luis Alberto Corvalán in seinen Erinnerungen weiter schreibt, hatten ihre Brigaden „was die von der Bourgeoisie bezahlten Propagandisten niemals besaßen – Wagemut, Jugend und Furchtlosigkeit“.²

Die Erben Ramona Parras

Mit dem Sieg der Unidad Popular weitete sich die Bewegung der Brigaden Ramona Parra aus: in allen Stadtteilen, in den Betrieben, in den Universitäten und in den Schulen entstanden neue Gruppen. Gleichzeitig erreichte ihre Arbeit eine neue Qualität. Während im Wahlkampf vor allem Losungen gemalt wurden, entstanden nun Wandbilder, die aktuelle Probleme aufgriffen: die Steigerung der Produktion, die Alphabetisierung, die Nationalisierung der Bodenschätze, die Landreform und 1973 auch die immer bedrohlicher werdende faschistische Gefahr.

Der Stil dieser Wandmalereien steht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihren Zielen. Die dargestellten Themen werden in direkter, präziser und verständlicher Form vermittelt. Alle Figuren befinden sich auf einer selben Ebene und sind rein und einfach, ohne Benutzung von Licht- und Schatteneffekten. Die Farben sind auch rein und meistens sehr kräftig. Die Ideen werden durch einfache, für jeden verständliche Symbole wiedergegeben.

Das großartigste Beispiel dieser Wandbilder war die 500 Meter lange und 7 Meter hohe Bildersequenz am Fluß Mapocho in Santiago, die zum 50. Jahrestag der Kommunistischen Partei Chiles (Januar 1972) angefertigt wurde und die wichtigsten Etappen des Befreiungskampfes des chilenischen Volkes und seiner Arbeiterklasse darstellte.

Nach dem faschistischen Putsch vom 11. September 1973 wurden nicht nur die Organisationen der Arbeiterklasse, ihre Parteien und Gewerkschaften verfolgt, sondern auch ihre kulturellen Ausdrucksformen zerstört. Bücher wurden verbrannt, die vom Volk als Ausdruck seiner Ziele und Ideale geschaffenen Wandbilder übermalt, die in der Volksmusik benutzten Instrumente verboten.

Doch Chile kämpfte und leistete Widerstand. Trotz des Terrors nahmen die Volksparteien im Untergrund ihre Arbeit wieder auf, die Gewerkschaften ließen sich nicht ins faschistische Joch einspannen und auch die Volkskunst begann langsam wieder an Boden zu gewinnen. Besonders im musikalischen Bereich gelang es Gruppen junger Folkloristen, sich mit ihren Liedern durchzusetzen und ein immer breiteres Publikum zu erreichen, obgleich sie von den offiziellen Fernseh- und Radiosendern weiterhin totgeschwiegen werden.

Nicht nur in Chile selbst, sondern auch im Ausland haben sich chilenische Künstler die Aufgabe gestellt, die eigenen kulturellen Werte zu erhalten und zu entwickeln. Gleichzeitig verstehen sie ihre Arbeit im Exil als einen Beitrag zur inter-

nationalen Solidaritätskampagne mit dem kämpfenden chilenischen Volk. Mit dieser Zielsetzung entstand in der Bundesrepublik Deutschland die bekannte chilenische Sing- und Tanzgruppe „Victor Jara“ aus Frankfurt.

Über die einzige zur Zeit in der BRD bestehende chilenische Malgruppe berichtet ihr Mitbegründer Boris Eichin: „Die Brigade Salvador Allende wurde Ende 1976 in der BRD von der chilenischen Jugend gegründet, um den Kampf unseres Volkes gegen den Faschismus zu unterstützen. Zu ihr gehören sieben Jugendliche im Alter von 15 bis 25 Jahren: zwei von ihnen sind Arbeiter, einer ist Student (Grafik) und vier sind noch Schüler. Man kann sagen, daß unsere Brigade die Arbeit der Brigaden Ramona Parra fortsetzt. Natürlich hat sich der Stil verändert und entwickelt. Jedes Bild ist ein Aufruf zum Kampf und zur Solidarität. Bevor die Brigade Salvador Allende gegründet wurde, nannten wir uns Brigade Victor Jara, in Erinnerung an den ermordeten Volksänger. Unter diesem Namen haben wir 25 Wandmalereien in 12 verschiedenen Städten der BRD gemalt. Dies war der Grundstein unserer zukünftigen Arbeit.“

Jedes von der Brigade Salvador Allende hergestellte Wandbild wurde von Solidaritätsaktionen begleitet. Während einer Solidaritätswoche mit Lateinamerika fertigten sie im Dezember 1976 in der Bielefelder Universität ein großes Wandgemälde an (17 x 14 m), für dessen Erhaltung hunderte von Unterschriften gesammelt wurden. So erreichte man, daß der Senat der Universität dem Bild zustimmte und gleichzeitig eine Resolution gegen die faschistische Diktatur in Chile verabschiedete. Im April 1977 malten sie in der Universität Konstanz vier Wandbilder auf Stoff, von denen eines an das Solidaritätsmuseum in Ho-Chi-Minh-Stadt geschickt und ein anderes an der Wand der Aula angebracht wurde.

Wandbilder im Exil

Das bisher größte Bild wurde von der Brigade Salvador Allende in Zusammenarbeit mit der in Frankreich lebenden Brigade Pablo Neruda (vormals Brigade Luis Corvalán, bis zu seiner Befreiung aus den faschistischen Kerkern) gemalt, zu der bekannte chilenische Künstler wie José Balmes, Gracia Barrios und Guillermo Nunez gehören. Es war 60 m lang und 4 m hoch und wurde von Juli bis Oktober 1977 in der Documenta 6 in Kassel ausgestellt. Gelegenheit zum Kontakt mit jungen ausländischen Künstlern bot der Brigade das internationale Kunstseminar der Naturfreundejugend-International im Oktober 1977 im europäischen Jugendzentrum in Straßburg. Teilnehmer aus 13 verschiedenen Ländern stellten dort sieben Bilder in gemeinsamer Arbeit her.

Nicht nur in Chile, sondern auch in der BRD haben die Wandbilder, die zum Kampf gegen den Faschismus aufrufen, zuweilen nur ein kurzes Leben. Ein am 11. September 1977 zum 4. Jahrestag des faschistischen Putsches in Chile an der Hauptwache in Frankfurt/Main mit Unterstützung der Stadt gemaltes Wandbild, wurde bereits zwei Tage später zerstört. Doch das sind Rückschläge, die die jungen Künstler nicht entmutigen können, sondern ihre Überzeugung von der Notwendigkeit und Bedeutung ihrer Arbeit nur festigen. Entstand die Brigade Ramona Parra 1970 in Chile während einer Solidaritätskampagne für Vietnam, so unterstützt heute die Brigade Salvador Allende die Solidaritätsaktionen für Chile in der BRD mit dem Ziel vor Augen, zum Sturz der Junta beizutragen, um in die Heimat zurückkehren zu können. Dort warten die weißen Flächen der von den Faschisten übermalten Wandbilder auf junge Hände, die sie in einem freien Chile zu neuem Leben erwecken werden.

Anmerkungen:

- 1) L. A. Corvalán: Schmerz und Hoffnung meiner Brüder, Dortmund 1977, S. 16 f.
- 2) a. a. O., S. 17

Es hat sich mittlerweile herumgesprochen: Die Bundesrepublik Deutschland ist in den 70er Jahren zur zweitstärksten neokolonialistischen Macht hinter den USA aufgestiegen und reklamiert neue weltmachtpolitische Ansprüche. Die Geschichte und wirtschaftliche Dimension dieser Dritte Welt-Expansion der BRD wurde in unserem dreiteiligen Einleitungsbeitrag in AIB 7—10/1978 nachgezeichnet. In diesem Heft eröffnen wir eine Reihe von vertiefenden Beiträgen zu Einzelaspekten neokolonialistischer Politik mit dem Fallbeispiel der Dritte Welt-Expansion des Konzerns AEG-Telefunken. Gert Hautsch, der Autor dieses Beitrags, stützt die Ausführungen wesentlich auf seine Buchveröffentlichung unter dem Titel *Das Imperium AEG-Telefunken*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. Ende 1978.

Gert Hautsch

Zum Beispiel AEG-Telefunken

Mitte 1977 zeigte sich der Vorstandsvorsitzende der AEG-Telefunken AG, Walter Cipa, gekränkt. In einem Interview mit dem manager magazin beklagte er sich über „gewisse Faktoren“ in Entwicklungsländern, die früher Goldgruben für Konzerninvestitionen waren, heute nicht mehr: „Aus eigener nationaler Kraft können diese Länder ihren Lebensstandard nicht verbessern. Es ist zwar interessant, das Rad immer wieder zu erfinden, aber es wird immer wieder rund.“ Cipas Schlußfolgerung: „Wir werden dort investieren, wo man uns . . . nicht morgen hinauswerfen kann.“¹

Der Herr wußte, wovon er sprach. In den letzten sieben Jahren hat sein Konzern 433 Mio DM in ausländischen Tochterunternehmen investiert. Von fünf Beschäftigten arbeitet einer im Ausland. Der Umsatz der ausländischen Niederlassungen belief sich (ohne Mehrwertsteuer) 1977 auf knapp 2 Mrd DM; er ist gegenüber 1973 um 82 %, gegenüber 1967 um 347 % gestiegen. Von diesen 2 Mrd entfielen etwa 20 % auf Tochtergesellschaften in Asien, Afrika und Lateinamerika. Das scheint auf den ersten Blick nicht viel zu sein. Die Bedeutung wird aber klar, wenn man sich das Engagement in Entwicklungsländern genauer ansieht. AEG-Telefunken ist ein gutes Studienobjekt für die Expansionsstrategie multinationaler Monopole in die „Dritte Welt“.

Ausländische Aktivitäten entfaltete die AEG schon wenige Jahre nach ihrer Gründung 1883. Um die Jahrhundertwende gab es auf der Erde vier elektrotechnische Riesenkonzerne, die die Weltmärkte unter sich aufteilten: AEG, General Electric (GEC), Siemens und Westinghouse. 1907 schlossen AEG und GEC einen förmlichen Vertrag: die AEG „erhielt“

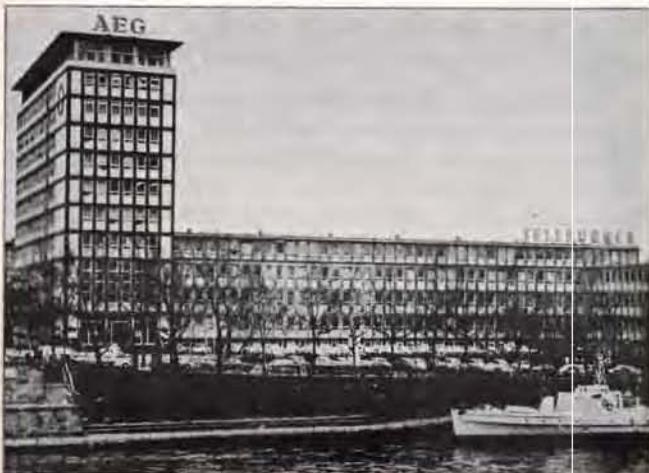
fast ganz Europa; für Asien, Afrika und Lateinamerika wurde „Zusammenarbeit“ vereinbart. 1912 hatte die AEG überseeische Niederlassungen in Argentinien (3), Chile (2), Brasilien, Uruguay, Südafrika und selbstverständlich in den deutschen Kolonien.²

Nach dem 1. Weltkrieg waren diese Firmen enteignet worden. Das dadurch veränderte Kräfteverhältnis erforderte eine Neuaufteilung der Weltmärkte. Deshalb wurde 1923 der Vertrag zwischen AEG und GEC neu formuliert; Lateinamerika wurde zur vorzugsweisen Interessensphäre des US-Monopols erklärt.³ Infolgedessen verlagerte sich der Schwerpunkt des AEG-Engagements nach Asien und Afrika. 1937 hatte der Konzern zwar auch wieder Niederlassungen in Mexiko, Argentinien, Chile und Brasilien, aber auch in Persien, Indien, Ägypten und Südafrika.⁴

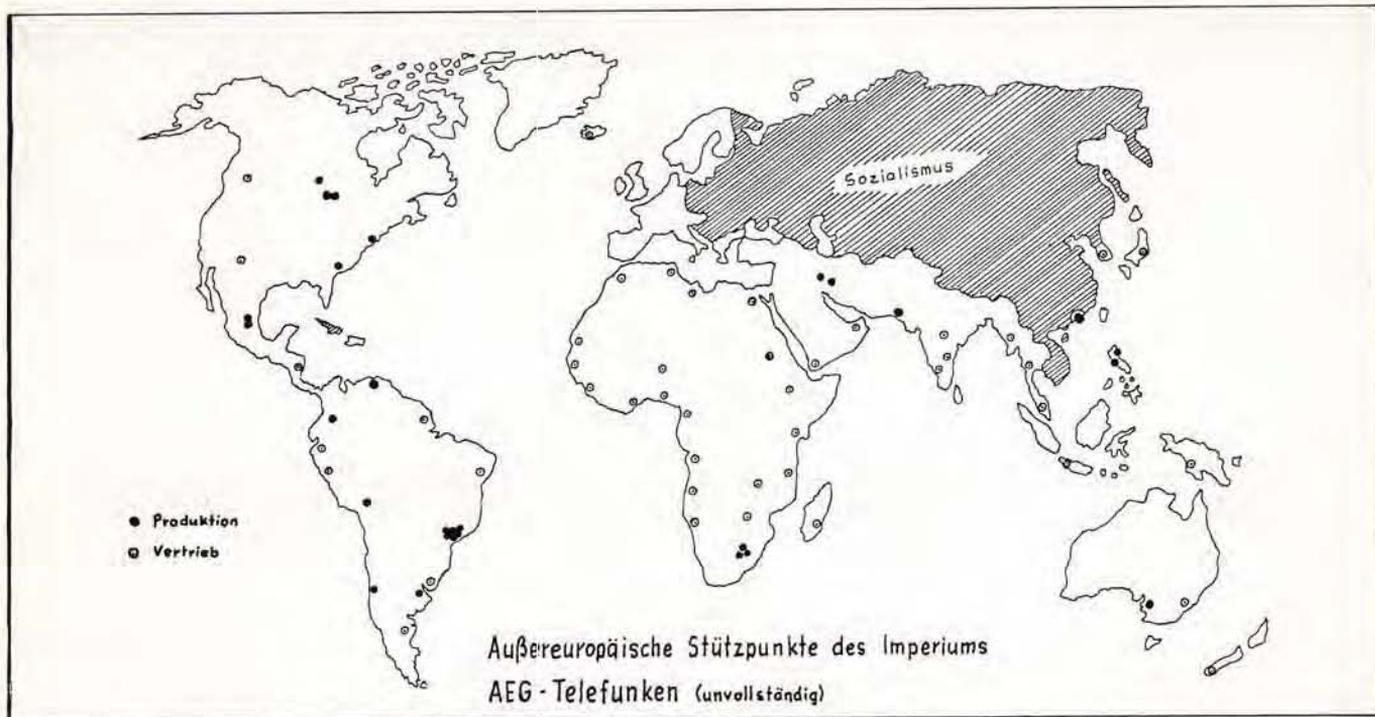
Motive der AEG-Expansion

Im 2. Weltkrieg waren die Auslandstöchter abermals enteignet worden. Für eine Exportoffensive waren jedoch ausländische Stützpunkte von großem Vorteil, und die AEG begann sehr schnell mit deren erneutem Aufbau. Mitte der 50er Jahre war sie schon wieder in 80 Ländern präsent, zunächst meist noch über Vertretungen durch andere Firmen. Ende der 50er Jahre wurde verstärkt der Erwerb eigener Niederlassungen angestrebt. 1964 erfolgte die Gründung einer Holdinggesellschaft für die ausländischen Firmen. Nach wie vor gab es aber – wie auch schon vor dem ersten und zweiten Weltkrieg – nur wenige ausländische Produktionsbetriebe (vor allem in Brasilien und Südafrika); die Auslandstöchter waren im allgemeinen Vertriebs- und Serviceunternehmen. Der Aufbau eines Netzes von Fertigungsstätten in anderen Ländern begann erst nach der Krise 1966/67.

Heute zeigt das AEG-Telefunken-Imperium folgende Struktur: In der BRD und Westberlin bestehen 101 Produktionsbetriebe, 8 Forschungseinrichtungen, 1 Verwaltungszentrum und Vertriebsbüros in jeder größeren Stadt. In Europa sind 22 Produktionsbetriebe und 18 Vertriebs- und Reparaturbetriebe angesiedelt, in Nordamerika und Australien 6 Produktions- und Nichtproduktionsbetriebe (viele davon haben wiederum mehrere Werke im Land.) In der Region der „Dritten Welt“ schließlich findet man AEG-Telefunken-Fertigungsstätten in Brasilien (5), der Republik Südafrika (3), dem Iran (2), Argentinien, Chile, Indien, Indonesien, Kolumbien, Mexiko, den Philippinen, Pakistan und Venezuela. Vertriebs- und Reparaturbetriebe werden unterhalten in Hongkong, Indien, Mexiko, Philippinen und der Republik Südafrika.



AEG-Zentrale in Frankfurt



Der Geschäftsbericht teilt mit, daß AEG-Telefunken 1977 in 31 Staaten insgesamt 74 Fabrikations- und Vertriebsgesellschaften im Mehrheitsbesitz unterhalten hat; in weiteren 124 Ländern bestehen Minderheitsbeteiligungen oder Vertretungen durch fremde Firmen.⁵ Im Reich des AEG-Telefunken-Imperiums geht die Sonne nicht unter. Die Frage ist, welche Politik der Konzern mit diesen Machtpositionen treibt.

Es sind im wesentlichen zwei Gründe, die Monopole dazu veranlassen, Profite im Ausland anzulegen. Einerseits geht es darum, auf fremden Märkten Positionen aufzubauen. Das ist leichter, wenn man nicht Importeur, sondern „einheimische Firma“ ist. So können Subventionen kassiert, Importbeschränkungen unterlaufen, Transportwege gespart werden usw. Bei Großprojekten im Ausland können Konzernfirmen als „einheimische Zulieferer“ auftreten. Das andere Motiv besteht darin, daß die Produktionskosten niedriger als in der BRD sind. Wenn sich Löhne durchsetzen lassen, die nur einen Bruchteil von denen in der BRD ausmachen, wenn die rück-sichtslose Ausplünderung nationaler Reichtümer erlaubt wird, dann ist das Engagement der Konzerne verständlich.

Aus diesen beiden Interessenlagen ergeben sich zwangsläufig die Schwerpunkte der ausländischen Investitionspolitik. Die spezifischen Bedingungen der Elektroindustrie spielen dabei eine verstärkende Rolle, denn dieser Wirtschaftszweig ist am unmittelbarsten mit der Höherentwicklung der Produktivkräfte verbunden: modernste technologische Entwicklungslinien sind gekennzeichnet durch wachsende Bedeutung der Elektronischen Datenverarbeitung, der Steuerungs- und Regeltechnik oder der Kernenergie – alles Sparten der Elektrotechnik. Schwerpunkte der Auslandsinvestitionen von Monopolen wie AEG-Telefunken sind daher einerseits die hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten, bei denen es um die Durchdringung der Volkswirtschaften geht. In der „Dritten Welt“ werden Länder bevorzugt, in denen eine gewisse eigenständige kapitalistische Entwicklung stattfindet, oder in denen relativ stabile autoritäre/faschistische Diktaturen an der Macht sind; „ideal“ sind Länder, in denen beide Merkmale zusammenfallen.

Hauptstützpunkte von AEG-Telefunken in dieser Region sind deshalb:

- **Brasilien**, das größte und am weitesten kapitalistisch entwickelte Land Lateinamerikas mit einer 14 Jahre alten faschistischen Diktatur. Hier existieren die Unternehmen:
 - AEG-Telefunken do Brasil S. A., Sao Paulo
 - Industria Electronica Stevenson S. A., Sao Paulo

- Transformadores Uniao S. A., Sao Paulo
- Hartmann & Braun Brasil S. A., Sao Paulo
- Maquinas de Escritorio Olympia do Brasil Ltda., Sao Paulo
- Vertretungen der AEG-Telefunken Kabelwerke AG Rheydt und der Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co, Frankfurt/M.

● **Republik Südafrika**, ein Land mit hochentwickelter kapitalistischer Industrie und Infrastruktur, das aufgrund der Rassistpolitik gleichzeitig die „Vorteile“ eines Billiglohndlandes bietet. AEG-Betriebe sind:

- AEG-Telefunken (Pty) Ltd., Johannesburg
- Switchcraft Ltd., Johannesburg
- Olympia (South Africa) Pty. Ltd., Johannesburg
- Vertriebsgesellschaften anderer AEG-Telefunken-Konzerntöchter.

● **der Iran**, dessen Schah-Regime seit mehr als 20 Jahren an der Macht ist und ebenfalls die kapitalistische Entwicklungsvariante forciert. AEG-Telefunken kontrolliert hier die Firmen:

- Sherkate Sahami Khass AEG-Telefunken Iran, Teheran
- Sherkate Sahami Khass Kontorsazi, Ghazvin.

Diesen drei Ländern ist gemeinsam, daß das Engagement der AEG schon in die Zeit vor dem 2. oder gar dem 1. Weltkrieg zurückreicht. Sie spielen heute eine wichtige Rolle in der imperialistischen Globalstrategie: als „Regional-Imperialismen“ und Bollwerke gegen fortschrittliche Entwicklungen in Südamerika, Afrika und Mittelasien. AEG-Telefunken leistet einen wichtigen Beitrag zur Auf- und Ausrüstung dieser Regimes für ihre konterrevolutionären Aufgaben.

In Südafrika, wo die Verankerung der AEG schon auf ein Sambesi-Staudammprojekt 1907/08 zurückgeht, ist AEG-Telefunken einer der Hauptbeteiligten am atomaren und militärischen Komplott BRD-RSA.⁶ Schon 1965 war der Konzern am Bau des ersten Forschungsreaktors beteiligt, des gleichen am **Koebberg-Reaktor** und der Uran-Anreicherungsanlage **Pelindaba**.

Inzwischen wurde die AEG von Siemens aus dem Atomkraftwerksgeschäft weitgehend ausgebootet. Dafür wächst die Bedeutung des Rüstungsgeschäfts. Ein Exportschlager in die RSA und nach Rhodesien ist die **Panzerrakete MILAN**, an deren Entwicklung AEG-Telefunken beteiligt war. Als 1973 vier Schnellboote über Portugal nach Südafrika gingen, stammte die Elektronik von der AEG; die **Exocet-Raketen** waren von der Tochterfirma Eltro mitentwickelt wor-

den. Schaltgeräte für Panzer werden in der Tochter Switchcraft in Johannesburg produziert.

Hauptlieferant war AEG-Telefunken beim Bau des Luft-Boden-Überwachungssystems **DRUMPEL** in Nord-Namibia (das den Aggressionen gegen Angola dienen dürfte), und dem **See- und Luftüberwachungssystem Advocaat** bei Kapstadt. Letzteres (ein 65 Mio DM-Projekt) erfaßt eine Fläche von 15 000 km im Durchmesser; es reicht von Westaustralien bis Südamerika, von Puerto Rico bis zur Türkei; es erlaubt die Kontrolle des Küstenvorfelds von 19 afrikanischen Staaten. Das Advocaat-System ist mit Fernschreiber- und Rechencodes der NATO ausgestattet und schließt direkt an das Gebiet des NATO-Überwachungssystems NADGE an (das ebenfalls von AEG-Telefunken mitgebaut worden ist). Die RSA-Militärs erhalten Satellitenfotos aus den USA und Großbritannien, die die Überwachung des Territoriums der afrikanischen Nachbarstaaten erlauben. Mit Advocaat ist das Rassistenregime de facto in den Überwachungsverbund der NATO integriert.

Als das brasilianische Faschistenregime 1975 einen 12 Mrd-Auftrag für Atomkraftwerke in der BRD unterbrachte, da war AEG-Telefunken noch zur Hälfte am Auftragnehmer Kraftwerk-Union beteiligt. Inzwischen ist das nicht mehr der Fall, aber Brasilien bleibt der wichtigste Stützpunkt in der „Dritten Welt“. Am Beispiel dieses Landes läßt sich zeigen, daß Investitionen multinationaler Konzerne auch den Interessen der Völker der Entwicklungsländer entgegenstehen. Von den brasilianischen Niederlassungen der AEG-Telefunken werden jedes Jahr Verluste gemeldet, obwohl allein zwischen 1971 und 1975 35 Mio Dollar investiert worden waren. Der Grund ist, daß mit Hilfe dieser Firmen einheimische Industrien vernichtet wurden.⁷ Mitte der 60er Jahre stammten 70 % der brasilianischen Radios und Fernseher aus heimischer Produktion. Der Angriff der AEG hiergegen begann 1969 mit der Weigerung, Lizenzen für das PAL-Farbfernsehensystem zu vergeben. Später wurde eine Dumping-Preispolitik betrieben, sowie mit anderen Elektro-Multis Lieferboykotte organisiert. Bis 1976 hatten 17 brasilianische Firmen aufgeben müssen. Die beiden letzten unabhängigen Hersteller, Semp und Colorado (Marktanteil 20 %) mußten zeitweise ihre Bauteile bei Einzelhändlern kaufen, weil Philips eine Liefersperre verhängte. Wichtigster Hersteller von Radios und Fernsehgeräten ist in Brasilien inzwischen Telefunken.

Ähnlich war etwa um dieselbe Zeit durch Philips mit der brasilianischen Kühlschrankschrankindustrie verfahren worden. Die Investitionen von AEG-Telefunken und anderer Multis bedeuteten nicht die Schaffung, sondern die Vernichtung von Arbeitsplätzen – auch in Brasilien. Sie dienen der Durchdringung der Volkswirtschaft, um den sich entwickelnden Kapitalismus nicht in die Kontrolle der einheimischen Bourgeoisie geraten zu lassen.

„Nachhilfen“ für den Faschismus

Es ist kein Zufall, daß die Schwerpunktländer der AEG-Expansion in die „Dritte Welt“ nicht nur „Regional-Imperialismen“ sind, sondern auch von faschistisch/rassistischen Regierungen beherrscht werden. Die genannten volksfeindlichen Praktiken lassen nur Regimes zu, denen der Dienst an den Multis und am Imperialismus sogar wichtiger ist als die Interessen der einheimischen Bourgeoisie, und erst recht die des arbeitenden Volkes. Je blutiger ein System ist, desto besser pflegt das „Investitionsklima“ zu sein, desto größer ist die Gewähr dafür, daß die Monopole nicht „hinausgeworfen“ werden können. Ein spezifisches Interesse bei AEG-Telefunken, einem der wichtigsten Rüstungsproduzenten der BRD, besteht außerdem in der aggressiven Militärpolitik, die gerade die Länder Brasilien, Südafrika und der Iran betreiben.

Z. B. sollen vier Fregatten F 122, von denen gerade AEG-Telefunken als Generalunternehmer zehn Stück für die Bundeswehr bauen läßt, an den Iran geliefert werden.

Das unmittelbare ökonomische Interesse von AEG-Telefunken an Investitionen in Südafrika zeigte 1973 eine Untersuchung von zwei Mitarbeitern der Aktion Dritte Welt. Sie stellten fest, daß die Durchschnittslöhne schwarzer Arbeiter in westdeutschen Konzernbetrieben bei 180 DM lagen; das behördlich angegebene Existenzminimum lag zwischen 300 und 400 DM. In der AEG-Telefunken Ltd, in Johannesburg wurden 68 % der Schwarzen unter dem Existenzminimum bezahlt.⁸

Angesichts derartiger „Vorzüge“ faschistischer Herrschaft ist AEG-Telefunken offenbar auch bereit, „Nachhilfe“ zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung solcher gesellschaftlicher Zustände zu leisten. Als im Herbst 1973 durch eine konzertierte Aktion des internationalen Monopolkapitals in Chile die Volksregierung unter Salvador Allende gestürzt wurde, da hatte man sicher auch bei AEG-Telefunken aufgetan. Schließlich stand – neben Vertriebsniederlassungen – die Olympia (Chile) Ltda., Santiago, im Land. Es dauerte nicht lange, bis der Vorstandsvorsitzende des Konzerns nach Santiago flog, um den Massenmördern höchstpersönlich seine Aufwartung zu machen. Im September 1974, als Zehntausende ermordet, gefoltert oder in KZs gesperrt waren, toastete Hans Groebe mit dem Junta-Minister General Toro: „Auf gute Zusammenarbeit!“⁹

Stärker als viele Entwicklungsländer

Monopole wie AEG-Telefunken sind riesige internationale Machtkörper. Das Potential, das dieser neuntgrößte Industriekonzern der BRD mobilisieren kann, übertrifft die Möglichkeiten zahlreicher Entwicklungsländer. Das Kapital, das dieses Monopol in der BRD und im Ausland akkumuliert hat, konnte 1976 auf 17 Mrd DM geschätzt werden. Demgegenüber betrug das Volkseinkommen in Irland 16 Mrd, das Bruttosozialprodukt von Sri Lanka (14 Mio Einwohner) entsprach 7,5 Mrd DM.

Die im Rahmen des AEG-Telefunken-Imperiums 1976 umverteilten Finanzierungsmittel beliefen sich auf etwa 2,5 Mrd DM. Zum Vergleich die Staatsausgaben verschiedener Entwicklungsländer im gleichen Jahr:

Pakistan (73 Mio Einw.)	3,5 Mrd DM
Zaire (25 Mio Einw.)	3,2 Mrd DM
Senegal (4 Mio Einw.)	1,5 Mrd DM
Bangladesh (82 Mio Einw.)	1,1 Mrd DM
Uganda (11 Mio Einw.)	0,9 Mrd DM

Mit dieser ökonomischen Macht wird Politik getrieben – im Interesse des Profits und gegen die Völker, im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie, gegen die nationale und soziale Befreiung. Beispiele wie AEG-Telefunken zeigen: der Kampf gegen die multinationalen Monopole ist eine gemeinsame Notwendigkeit für die arbeitenden Menschen aller Länder.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. manager magazin, 1977, Nr. 6
- 2) Vgl. K. Heinig, Der Weg des Elektrotrusts, in: Die Neue Zeit, 28. 6. 1912, S. 474 f.
- 3) Vgl. K. R. Mirow, Die Diktatur der Kartelle, Reinbek 1978, S. 99
- 4) Vgl. Verlag Hoppenstedt & Co, Das Spezialarchiv der deutschen Wirtschaft, Berlin, Ausgabe 1938
- 5) Die Angaben entstammen den AEG-Telefunken-Geschäftsberichten, sowie eigenen Ermittlungen des Autors.
- 6) Vgl. zum folgenden: AIB, Nr. 7–8/1976 und 7/1977; Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 5/1976, S. 506, 5/1977, S. 591 und 2/1978, S. 169; Unsere Zeit, 3. 10. 1977
- 7) Vgl. zum folgenden K. R. Mirow, a. a. O., S. 117 ff.
- 8) Vgl. Konkret, Hamburg, 17. 5. 1973, S. 48 ff.
- 9) Vgl. Unsere Zeit, 11. 11. 1974

Lateinamerika-Analysen



In jüngster Zeit sind zwei Bücher über Lateinamerika erschienen, die beide die Analyse der ökonomischen und politischen Entwicklung auf dem Subkontinent zum Gegenstand haben. Mit dem Buch **Lateinamerika. Analysen und Berichte 2: Internationale Verflechtung und soziale Kämpfe**, hrsg. von: V. Bennholdt-Thomsen, T. Evers, K. Meschkat, C. Müller-Plantenberg, U. Müller-Plantenberg, W. Olle und W. Schoeller, Verlag Olle & Wolter, Westberlin 1978, 375 S., 24,80 DM

liegt nun der zweite Band des Lateinamerika-Jahrbuches linksorientierter Wissenschaftler aus der BRD vor. Der Natur eines Jahrbuches entspricht es, aktuelle Entwicklungen in den Vordergrund der Untersuchung zu stellen. Den Ausgangspunkt der Überlegungen der Herausgeber bildet der im Jahre 1977 auf dem ganzen Kontinent feststellbare Aufschwung der Klassenkämpfe. Richtig wird betont: „Kennzeichen all dieser Widerstandsformen ist die **Breite** der sich mobilisierenden Kräfte, die in fast allen Fällen nicht nur die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern auch Landarbeiter und Kleinbauern, städtische Mittelklassen in ihren verschiedenen Ausdrucksformen (Parteien, Berufsverbände, Studenten, Kirchen, kultureller Sektor), die Bewohner städtischer Randsiedlungen sowie allgemein die durch Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit verarmten städtischen Massen umfassen.“ (S. 9)

Dem Aufschwung der Klassenkämpfe werden in der Struktur des abhängigen Kapitalismus Lateinamerikas begründete Entwicklungen gegenübergestellt, die die Kampfbedingungen der fortschrittlichen Kräfte des Kontinents wesentlich mitbestimmen. W. Hein stellt Überlegungen an, wie sich die Bedingungen der weltweiten Kapitalakkumulation auf die Herausbildung nationalstaatlicher Strukturen auswirken. U. Müller-Plantenberg behandelt die Position der Bundesrepublik und der Bundesregierung in der Auseinandersetzung über die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO). Er gibt wichtige Hinweise zur Erklärung der Härte, mit der die Bundesregierung den Forderungen der Dritten Welt entgegentritt (hoher Grad der Weltmarktverflechtung und des daraus resultierenden Interesses am Erhalt des Status quo); diese Überlegungen widersprechen jedoch in gewissem Maße der Interpretation der NIWO, die in Anlehnung an Senghaas als „Sturm im Wasserglas“ gesehen wird. Besonders hervorgehoben werden muß der Beitrag von Würtele über die Aktivitäten des VW-Konzerns in Brasilien. Der analytische Teil des Jahrbuches wird abgeschlossen durch zwei Beiträge, in deren Mittelpunkt die ökonomischen Faktoren stehen, die für die Zurückdrängung fortschrittlicher Entwicklungen mitverantwortlich gemacht werden müssen. Einmal handelt es sich um eine von Fürst/Gebhardt/Koschützke vorgenommene Analyse der Rolle des Internationalen Währungsfonds bei der Ausschaltung fortschrittlicher Tendenzen im Militär; zum anderen analysiert C. Valenzuela die Bedingungen und das Modell der Kapitalakkumulation, die durch den faschistischen Militärputsch in Chile ermöglicht wurden. Daran schließen sich zwölf Länderberichte an, die Entwicklungen des letzten Jahres resümieren.

Die durch das Jahrbuch 2 bereitgestellten Materialien sind größten-

teils hilfreich bzw. diskussionsanregend. Einige kritische Hinweise sollten jedoch beim Lesen beachtet werden. Problematisch ist vor allem die politisch-strategische Schlußfolgerung, die (im übrigen im Gegensatz zu der einleitend zitierten Erkenntnis über die reale Breite des Massenwiderstands in den Ländern Lateinamerikas) durchgängig von einem bereits erwiesenen Scheitern breiter politischer Bündnisse auf antiimperialistischer Plattform ausgeht (z. B. S. 33). Auch wenn man von einigen unqualifizierten Bemerkungen (z. B.: „Illusionen der chilenischen UP-Führer im Exil“) absieht, ist es wenig überzeugend, wenn in abstrakter Weise und an den Bewegungen der Volkseinheit vorbei eine „Alternative“ gefordert wird, die auf kontinentaler Ebene „eine autonome, sozialistische und proletarische revolutionäre Perspektive“ weist (S. 51).

Mit dem Erscheinen von:

Lateinamerika im antiimperialistischen Kampf. Probleme eines Kontinents, Autorenkollektiv unter Leitung von A. Dessau, Akademie-Verlag Berlin 1978, 591 S., 30,80 DM

liegt nun seit Mitte d. J. der erste regionalspezifische Fortsetzungsband der Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes (siehe Rezension in AIB 10/1977) vor. Aufbauend auf dem Buch von M. Uschner (siehe Rezension in AIB 2/1978) sowie anderen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu diesem Themenkomplex, theoretischen Arbeiten der kommunistischen Weltbewegung und antiimperialistischen Autoren aus den Ländern Lateinamerikas, versucht ein aus den bekanntesten Lateinamerikaexperten der DDR zusammengesetztes Autorenkollektiv eine Zusammenfassung seiner bisherigen Forschungsergebnisse vorzunehmen.

Die in Lateinamerika vorfindlichen Gesellschaftssysteme werden nicht als eine vom Kapitalismus prinzipiell zu unterscheidende „Formation der Unterentwicklung“ (S. 50) begriffen, sondern als abhängige und rückständige kapitalistische Länder (S. 76). Zeitlich setzt das vorliegende Werk mit dem bürgerlichen Revolutionszyklus einer kreolischen Variante der klassischen bürgerlichen Revolution, von 1810–1825 ein. Analysiert wird die historische Eingliederung der Länder Lateinamerikas in das System der internationalen kapitalistischen Arbeitsteilung, die durch die Erlangung der politischen Unabhängigkeit keineswegs unterbrochen wurde. Die beiden anschließenden theoretischen Kapitel widmen sich ebenfalls grundlegenden Begrifflichkeiten, wie z. B. den Begriffen Abhängigkeit und Rückständigkeit, sowie dem Kampf der kommunistischen Parteien bei der Schaffung breiter Bündnisse.

Anhand von fünf Ländern werden Einzeluntersuchungen unter jeweils ausgesuchten Aspekten vorgenommen. Bei Kuba steht die Analyse der Rolle kleinbürgerlicher Kräfte im revolutionären Prozeß im Vordergrund. Bei der Nachzeichnung des chilenischen Weges wird danach gefragt, welche Konsequenzen für die Revolutionstheorie mit dem Scheitern des friedlichen Weges verbunden sind. Bei der Analyse des gesellschaftlichen Prozesses in Peru wird vor allem der Charakter und die Rolle des Militärs diskutiert. Die Auswirkungen einer imperialistischen Entwicklungskonzeption werden vor allem am Beispiel Brasilien untersucht. Unter dem Mythos, die bürgerlich-demokratische Revolution von 1910–1917 in Mexiko fortzuführen, gibt die mexikanische Großbourgeoisie vor, einen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu suchen, der Gegenstand eines weiteren Kapitels ist. Zu bedauern ist es, daß Argentinien, das mit Mexiko und Brasilien zu den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern Lateinamerikas gehört, in den Einzelbetrachtungen keine Berücksichtigung gefunden hat.

Abgeschlossen wird das Buch mit drei Untersuchungen zu „allgemeinen Problemen des Kampfes um die ökonomische Unabhängigkeit sowie zur internationalen Politik der Länder Lateinamerikas und zur Stellung des antiimperialistischen Kampfes der Völker Lateinamerikas im revolutionären Weltprozeß der Gegenwart.“ (S. XXIII) Da das Buch in der Auseinandersetzung „mit den Auffassungen nicht nur der offenen Gegner des antiimperialistischen Kampfes der Völker Lateinamerikas, sondern auch jener Kräfte (. . .), die – subjektiv meist ehrlich – von nicht-proletarischen Standpunkten aus an seine Betrachtung herangehen“ (S. XXI) geschrieben ist, stellt es für jeden, der sich mit den Problemen dieses Kontinents beschäftigt, ein wichtiges Handbuch dar.

B. Pflug/K. Wetzel

BRD-Weltbank

Die diesjährige Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank Ende September in Washington nahm Entwicklungshilfeminister Offergeld zum Anlaß, einen westdeutschen Schuldenerlaß für die 30 am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer anzukündigen. Insgesamt sollen ab 1. 1. 1979 bereits ausbezahlte Kredite im Wert von 4,3 Mrd DM in Zuschüsse umgewandelt werden. Diese Anpassungsmaßnahme erfolgt aufgrund wachsender Kritik an der westdeutschen Vergabepaxis in der Dritten Welt. Bis 1977 waren die öffentlichen finanziellen Leistungen der BRD auf ganze 0,27 % des Bruttosozialprodukts herabgesunken, obwohl der international anerkannte Richtsatz bei 0,7 % liegt. Im Rahmen ihrer Finanzplanung 1978–82 will die Bundesregierung die Barmittel für „Entwicklungshilfe“ jährlich um 11 % steigern. Obwohl dies über der durchschnittlichen Steigerungsrate des Haushaltsansatzes liegt (8,4 %), ist damit die Endlösung der internationalen Verpflichtungen der BRD immer noch in weiter Ferne. Stattdessen gilt seit kurzem wieder das private Kapitalengagement von Großkonzernen offiziell als „Entwicklungshilfe“. Ein neu in den BMZ-Haushalt aufgenommener Titel dient der „Förderung von Niederlassungen deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern“.

Libanon

Die im September/Oktober d. J. in Beirut und dem Süden des Landes zwischen der arabischen Friedenstruppe (syrisch dominiert) und rechtslibanesischen Milizen aufgeflamten militärischen Auseinandersetzungen waren die schwersten seit dem Libanonkrieg 1975/76 und der israelischen Südlibanoninvasion im März 1978 (siehe AIB 5/1978). Israel, das Mitte Juni d. J. angeblich seine Besatzungstruppen zurückgezogen und die Grenzregion der Kontrolle der Separatistenarmee von Major Saad Haddad übergeben hatte, griff mit Kriegsschiffen, Militärberatern und großen Waffenlieferungen in die Kämpfe ein. Israelische Truppen vereitelten im Verein mit Haddad im Juli d. J. das Einrücken der rekonstituierten regulären libanesischen Armee – sie ist Präsident Sarkis unterstellt – im Südlibanon. Die Begin-Regierung unterstützt die Anfang Oktober von Haddad proklamierte „Freie Republik Libanon“ sowie die parallele Forderung der Rechtsallianz Gemayels/Chamouns nach Abzug aller syrischen Truppen. Die erstmalige Aufforderung der Phalangisten zur Vernichtung bzw. Austreibung der „feindlichen Besatzungstruppen“ Syriens korrespondiert mit der gleichlautenden israelisch-ägyptischen Geheimabsprache von Camp David (siehe Beitrag zu Camp David in diesem Heft). Die rechtslibanesischen Herbstoffensive zielt nicht zuletzt darauf, die zum 26. Oktober d. J. fällige Erneuerung des Mandats für die arabische Friedensstreitmacht im Libanon zu vereiteln. Nach Camp David droht ein neuer Libanonkrieg.

Brasilien

Nach 14 Jahren Militärdiktatur in Brasilien wurde von Regierungschef Geisel erstmals wieder eine Wahl anberaumt, und zwar um seine Nachfolge als Präsident. Diese Wahl fand allerdings unter Ausschluß des Volkes statt, denn die Entscheidung traf ein Wahlmännergremium, dem ausschließlich Senatoren, Bundes- und Landespolitiker sowie sorgfältig ausgesuchte Repräsentanten eines jeden Bundesstaates angehören, über deren Treue zum Regime keinerlei Zweifel besteht. Präsidentschaftskandidaten gab es zwei. Als Vertreter des „harten“ proimperialistischen Flügels im Militär protegierte Geisel den Führer des berüchtigten brasilianischen Geheimdienstes, General Figueiredo. Da dieser bislang in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt war, wurde die größte Werbeagentur des Landes mit einer Image-Kampagne beauftragt; er selbst trat mit markigen Sprüchen hervor, wie etwa „Mir ist der Geruch von Pferden lieber als der Geruch des Volkes“ oder „Der Brasilianer muß erst lernen, die Zähne zu putzen, bevor er ans Wählen denken sollte.“ Auch der Gegenkandidat ist Militär: Vier-Sterne-General Euler Bentes stützte sich jedoch als Repräsentant der einzig zugelassenen Oppositionspartei MDB auf die wachsende Gruppe jener Offiziere und Geschäftsleute, die eine begrenzte Liberalisierung befürworten. Von vornherein stand allerdings fest, daß die Regierungspartei ARENA im Wahlmännergremium über die absolute Mehrheit verfügte, und so endete diese Wahlfarce auch mit einem Ergebnis von 355:226 Stimmen zugunsten Figueiredos.

Puerto Rico

Den Interessen der USA nach Einverleibung Puerto Ricos als 51. Bundesstaat (siehe AIB 3 und 4/1977) erteilte der Dekolonisierungsausschuß der Vereinten Nationen am 12. 9. d. J. eine klare Absage. Eine von Kuba und dem Irak eingebrachte und verabschiedete Resolution votierte für das Recht des Volkes von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Weiter heißt es in der Resolution, daß das Volk von Puerto Rico seinen zukünftigen politischen Status selbst frei entscheiden könne und ein Recht darauf habe, sein nationales Territorium, einschließlich des durch die USA besetzten, zurückzufordern. Jede frei Assoziierung zwischen den USA und Puerto Rico könne nur auf der Basis der politischen Gleichberechtigung zustande kommen. Zugleich wurden die USA aufgefordert, die vier puertorikanischen Langzeitgefangenen, die sich über 24 Jahre in den USA in Haft befinden, bedingungslos frei zu lassen.

Äthiopien

In den letzten zwei Monaten mußten die eritreanischen Separatistenbewegungen ELF und EPLF die Kontrolle über weite Teile Eritreas abgeben. Die äthiopische Armee brachte alle wichtigen Städte unter ihre Kontrolle, durchbrach den Belagerungsring um die Hauptstadt Asmara, zerstörte Nachschubstützpunkte an der Grenze zum Sudan und stellte wichtige Straßenverbindungen (u. a. die von Asmara nach Addis Abeba) wieder her. Energisch wurden sowohl von äthiopischer, als auch von sowjetischer und kubanischer Seite Behauptungen zurückgewiesen, an der Offensive der äthiopischen Armee in Eritrea seien sowjetisch-kubanische Truppen beteiligt gewesen. Fidel Castro stellte in einem Interview mit US-amerikanischen und kubanischen Journalisten noch einmal eindeutig die Position Kubas zum Eritrea-Konflikt dar. Er sagte, daß diese Angelegenheit ausschließlich ein internes Problem Äthiopiens sei. Allerdings befürworte er eine politische Lösung des Konflikts auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen Nationalitätenpolitik. Die nationale Integrität Äthiopiens müsse jedoch unter allen Umständen gewahrt bleiben. Zur Unterstützung der eritreanischen Separatisten durch westliche und arabische Länder sagte Fidel Castro: „Als die Eritreaner gegen den Kaiser (Haile Selassie) kämpften, half ihnen niemand; aber als in Äthiopien eine tiefgreifende, radikale Revolution durchgeführt wurde, da begannen die reaktionären arabischen Länder und eine Menge von Leuten, die niemals ein Interesse an Eritrea bekundet hatten, den eritreanischen Separatistenbewegungen zu helfen mit dem Ziel, Äthiopien auseinanderzubrechen.“ (Granma, Havanna, 17. 9. 1978)



Moncada-Rede Fidel Castros Sonderdruck 1/1978

Umfang 16 Seiten, Preis 1,— DM

An alle AIB-Abon- nenten und-Leser!



Liebe AIB-Abonnenten und -Leser,

das AIB erscheint seit 1970 zum selben Preis: 1,50 DM das Einzelheft, 15,- DM das Jahresabonnement. Wir haben solange wie nur möglich diesen – verglichen auch mit anderen fortschrittlichen Zeitschriften – niedrigen Preis gehalten. Wir taten dies trotz der unaufhörlichen Preissteigerungen für Papier, Druck, Porto usw.

Nun ist der Preis leider wirklich nicht mehr zu halten. Ab 1. Januar 1979 müssen wir das Einzelheft auf 2,- DM, die Doppelnummer auf 3,50 DM und das Jahresabonnement auf 20,- DM inklusive Porto erhöhen. Diese Entscheidung ist uns, der Redaktion des AIB, nicht leicht gefallen. Wir haben auch lange Zeit alles getan, um durch äußerste Sparsamkeit des Bürobetriebs, weitestgehend ehrenamtliche Mitarbeit, Honorarverzicht von Autoren und Übersetzern u. a. m. den mit der Inflationsentwicklung und der anspruchsvolleren Aufmachung gewachsenen Kostenberg des AIB so klein wie möglich zu halten. Er ist nun zu hoch angestiegen, um ihn ohne nennenswerte Preisangleichung noch weiter auffangen zu können. Wir bitten Sie um Verständnis und Ihre weitere Unterstützung. Wir vertrauen darauf, daß Sie uns trotz dieser notwendig gewordenen Erhöhung auch 1979 und darüber hinaus die Treue halten.

Neuabonnenten haben die Möglichkeit bis zum 31. Dezember 1978 ein Jahresabo für 1979 noch zum Preis von 15,- DM zu bestellen, falls der Abo-Preis bis zum 31. Dezember d. J. eingezahlt wird (Postscheck-Konto Ffm., 312093-607 Weltkreis Verlags GmbH, Sonderkonto AIB, Dortmund).

AIB-Abo: Jetzt noch zu 15 DM!